

# Monatsbericht des BMF September 2010





Monatsbericht des BMF September 2010

### Zeichenerklärung für Tabellen

| Zeichen | Erklärung                                                                            |
|---------|--------------------------------------------------------------------------------------|
| -       | nichts vorhanden                                                                     |
| 0       | weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts |
|         | Zahlenwert unbekannt                                                                 |
| X       | Wert nicht sinnvoll                                                                  |

# Inhaltsverzeichnis

| EGITOTIAI                                                                  | 4   |
|----------------------------------------------------------------------------|-----|
| Übersichten und Termine                                                    | 6   |
| Finanzwirtschaftliche Lage                                                 | 7   |
| Steuereinnahmen von Bund und Ländern im August 2010                        |     |
| Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes                                 | 17  |
| Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht                          | 22  |
| Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2010                              |     |
| Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik                                 |     |
| Termine, Publikationen                                                     | 33  |
| Analysen und Berichte                                                      | 35  |
| Ohne Finanzmarktreformen keine Lösung der europäischen Staatsschuldenkrise | 36  |
| Bundespolitik und Kommunalfinanzen                                         |     |
| Transparenz von privaten Riester- und Basisrentenprodukten                 | 52  |
| Europäische Union – von der Konjunkturstützung zur Haushaltskonsolidierung | 62  |
| Analyse und Prognose des Spar- und Konsumverhaltens privater Haushalte     | 70  |
| Statistiken und Dokumentationen                                            | 84  |
| Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung            | 85  |
| Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte               | 110 |
| Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung                          | 117 |

### **Editorial**

Liebe Leserinnen und Leser,

infolge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise haben sich die Haushaltsdefizite und Schuldenstände der meisten Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) über die letzten zwei Jahre deutlich, zum Teil sogar drastisch erhöht. Nach den Maßnahmen zur Rettung des Finanzsektors und zur Konjunkturstützung sowie der erkennbaren Erholung der Wirtschaft richtet sich das Augenmerk der Regierungen und der Öffentlichkeit daher zu Recht auf die Sanierung der öffentlichen Finanzen. Sowohl aus ordnungspolitischen als auch aus budgetären und stabilitätspolitischen Gründen ist es nun notwendig, die hohe Neuverschuldung zügig zu reduzieren und damit mittelfristig auch die Entwicklung der Schuldenquote umzukehren. Oberstes Ziel muss es sein, die Vorgaben des Stabilitätsund Wachstumspaktes strikt einzuhalten. Damit werden die Haushaltsdefizite in den einzelnen EU-Staaten sukzessive wieder unter den Referenzwert von 3% des Bruttoinlandsprodukts zurückgeführt, und die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen wird gestärkt.

Die Sicherung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen ist der beste Beitrag zu mehr Wachstum und damit mehr Wohlstand. Steigt das Vertrauen der Bevölkerung, der Unternehmen und der Finanzmärkte in die Solidität der Finanzpolitik, so wirkt sich dies positiv auf Konsum und Investitionen aus, und gleichzeitig sinken die Risikoprämien auf den Finanzmärkten. Darüber hinaus ist ein nachhaltiger Konsolidierungskurs notwendig, da auch durch die demografische Entwicklung Druck auf die öffentlichen Haushalte in Deutschland entstehen wird.

Mit seinem aktuellen Brief "Ohne Finanzmarktreformen keine Lösung der europäischen Staatsschuldenkrise"



bestätigt der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium der Finanzen die im Rahmen der G20 und der EU eingeleiteten Finanzmarktreformen. Mit seinen Ausführungen zur Restrukturierung verschuldeter Mitgliedstaaten unterstützt der Beirat grundsätzlich die Bemühungen der Bundesregierung, dem Risiko staatlicher Insolvenzen in Zukunft besser vorbeugen und begegnen zu können. Der aktuelle Brief liefert Anregungen für eine sachliche Diskussion über eine der zentralen Herausforderungen der Politik in der Währungsunion.

Seit dem Jahr 2009 müssen auch die Kommunen als Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise hohe Finanzierungsdefizite verkraften. So entwickelte sich der Rekord-Finanzierungsüberschuss des Jahres 2008 in Höhe von 7,6 Mrd. € zu einem Defizit von 7,2 Mrd. € für das Jahr 2009. Zahlreiche Kommunen können Liquiditätsengpässe zurzeit nur über Kassenkredite ausgleichen. Die negative Entwicklung der Finanzierungssalden vieler Städten und Gemeinden deutet auf Schwächen des kommunalen Finanzsystems hin. Auch als Reaktion darauf hat die Bundesregierung am 24. Februar 2010 die Einsetzung einer gemeinsamen Gemeindefinanzkommission beschlossen. Vertreter von Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden erarbeiten in mehreren Arbeitsgruppen Konzepte zur Neuordnung der Gemeindefinanzierung auf

#### □ Editorial

der Einnahmen- und Ausgabenseite sowie zu einer verbesserten Beteiligung der Kommunen an Rechtsetzungsverfahren. Ergebnisse werden noch in diesem Jahr erwartet.

Altersvorsorgesparer stehen bei ihrer Anlageentscheidung häufig vor dem Problem, unter einer Vielzahl angebotener Produkte die für sie richtige Wahl zu treffen. Ihnen steht hierzu eine Fülle von Informationen zur Verfügung, ohne dass die Angaben der Anbieter zu den entscheidungserheblichen Produktkriterien immer miteinander vergleichbar wären. Um die Transparenz von privaten Riester- und Basisrentenprodukten zur erhöhen, hat das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung in Zusammenarbeit mit dem infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft und dem Institut für Finanzdienstleistungen im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen eine Studie zu Möglichkeiten einer größeren Transparenz im Markt für Altersvorsorgeprodukte vorgelegt. Kernpunkte des vorgelegten Konzepts sind der übersichtliche Ausweis zusammenfassender Kennziffern für die Kosten von Altersvorsorgeprodukten und eine einfache Darstellung der wichtigsten Informationen in standardisierter Form.

Der Konsum der privaten Haushalte stellt mit rund 60 % Anteil am Bruttoinlandsprodukt eine zentrale Größe der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage in Deutschland dar. Zugleich

dienen die Ersparnisse der privaten Haushalte unter anderem als eine wichtige Quelle zur Finanzierung von Investitionsprojekten der Unternehmen. In der Vergangenheit ist es auch aufgrund einer Vielzahl von Sondereinflüssen schwierig gewesen, die Entwicklung des privaten Konsums zuverlässig zu prognostizieren. Insgesamt ist nur wenig darüber bekannt, wie Spar- und Konsumentscheidungen von den Haushalten getroffen werden. Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung hat daher ein Forschungsgutachten zur Analyse und Prognose des Spar- und Konsumverhaltens privater Haushalte im Auftrag des BMF erstellt. Das Gutachten gibt zunächst einen Überblick über die bestehenden Erklärungsansätze des privaten Konsums. Darauf aufbauend wird der Erklärungs- und Prognosegehalt derzeit verwendeter Stimmungsindikatoren für Deutschland genauer analysiert. In einem weiteren Schritt konstruiert das Institut einen Stimmungsindikator, der zur Verbesserung von Prognosen der privaten Konsumnachfrage beitragen könnte.

Dr. Hans Bernhard Beus Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

# Übersichten und Termine

| Finanzwirtschaftliche Lage                          | 7  |
|-----------------------------------------------------|----|
| Steuereinnahmen von Bund und Ländern im August 2010 |    |
| Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes          |    |
| Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht   | 22 |
| Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2010       | 28 |
| Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik          | 30 |
| Termine. Publikationen                              |    |

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

# Finanzwirtschaftliche Lage

### Ausgabenentwicklung

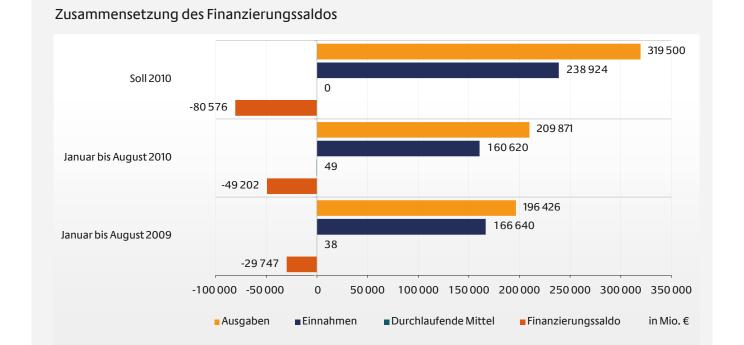
Die Ausgaben des Bundes bis einschließlich August bewegten sich mit 209,9 Mrd. € um 13,4 Mrd. € (+ 6,8 %) über dem Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Die Steigerung ist wie im bisherigen Jahresverlauf im Wesentlichen auf das vorzeitige Abrufen der Bundesbeteiligung an den Kosten der Arbeitsförderung durch die Bundesagentur für

### Entwicklung des Bundeshaushalts

| Nettokreditaufnahme/aktueller Kapitalmarktsaldo (Mrd. €) | -80,2     | -41,3                                                    |
|----------------------------------------------------------|-----------|----------------------------------------------------------|
| Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)                    | -0,4      | -0,1                                                     |
| Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €)                        | -         | -7,7                                                     |
| Finanzierungssaldo (Mrd. €)                              | -80,6     | -49,2                                                    |
| Veränderung gegenüber Vorjahr in %                       | -7,0      | -3,4                                                     |
| Steuereinnahmen (Mrd. €)                                 | 211,9     | 139,4                                                    |
| Veränderung gegenüber Vorjahr in %                       | -7,3      | -3,6                                                     |
| Einnahmen (Mrd. €)                                       | 238,9     | 160,6                                                    |
| Veränderung gegenüber Vorjahr in %                       | 9,3       | 6,8                                                      |
| Ausgaben (Mrd. €)                                        | 319,5     | 209,9                                                    |
|                                                          | Soll 2010 | lst - Entwicklung <sup>1</sup><br>Januar bis August 2010 |

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Buchungsergebnisse.

Ouelle: Bundesministerium der Finanzen.



FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

### Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

|                                                                                                            | Ist       | Soll      | Ist - Entw   | icklung     | Ist - Entw    | icklung     | Veränderung  |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|-----------|--------------|-------------|---------------|-------------|--------------|
|                                                                                                            | 2009      | 2010      | Januar bis A | ugust 2010  | Januar bis Au | igust 2009  | ggü. Vorjahr |
|                                                                                                            | in Mio. € | in Mio. € | in Mio. €    | Anteil in % | in Mio. €     | Anteil in % | in%          |
| Allgemeine Dienste                                                                                         | 53 357    | 54 219    | 35 032       | 16,7        | 34 766        | 17,7        | 0            |
| Wirtschaftliche Zusammenarbeit und<br>Entwicklung                                                          | 5 646     | 6 000     | 3 882        | 1,8         | 4032          | 2,1         | -3           |
| Verteidigung                                                                                               | 31 320    | 31 188    | 20 695       | 9,9         | 20 196        | 10,3        | 2            |
| Politische Führung, zentrale Verwaltung                                                                    | 6356      | 6 2 5 8   | 3 997        | 1,9         | 4183          | 2,1         | -4           |
| Finanzverwaltung                                                                                           | 3 662     | 3 944     | 2 402        | 1,1         | 2324          | 1,2         | 3            |
| Bildung, Wissenschaft, Forschung,<br>Kulturelle Angelegenheiten                                            | 14 960    | 15 402    | 8 683        | 4,1         | 8 456         | 4,3         | 2            |
| BAföG                                                                                                      | 1 3 2 4   | 1 382     | 967          | 0,5         | 948           | 0,5         | 2            |
| Forschung und Entwicklung                                                                                  | 8 701     | 9124      | 4 674        | 2,2         | 4376          | 2,2         | 6            |
| Soziale Sicherung, Soziale<br>Kriegsfolgeaufgaben,<br>Wiedergutmachungen                                   | 147 716   | 173 074   | 114 357      | 54,5        | 98 833        | 50,3        | 15           |
| Sozialversicherung                                                                                         | 76 305    | 78 088    | 57 562       | 27,4        | 56 237        | 28,6        | 2            |
| Arbeitslosenversicherung                                                                                   | 7 777     | 7 927     | 7 927        | 3,8         | 0             | 0,0         |              |
| Grundsicherung für Arbeitssuchende                                                                         | 36 011    | 38 311    | 24 002       | 11,4        | 23 623        | 12,0        | 1            |
| darunter: Arbeitslosengeld II                                                                              | 22 374    | 23 900    | 15 265       | 7,3         | 15 015        | 7,6         | 1            |
| Arbeitslosengeld II, Leistungen des<br>Bundes für Unterkunft und Heizung                                   | 3 5 1 5   | 3 400     | 2 195        | 1,0         | 2 329         | 1,2         | -5           |
| Wohngeld                                                                                                   | 784       | 791       | 602          | 0,3         | 511           | 0,3         | 17           |
| Erziehungsgeld/Elterngeld                                                                                  | 4 455     | 4 485     | 3 111        | 1,5         | 3 038         | 1,5         | 2            |
| Kriegsopferversorgung und -fürsorge                                                                        | 2 071     | 1 908     | 1374         | 0,7         | 1 492         | 0,8         | -7           |
| Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung                                                                        | 1 251     | 1 414     | 666          | 0,3         | 650           | 0,3         | 2            |
| Wohnungswesen, Raumordnung und<br>kommunale Gemeinschaftsdienste                                           | 1 808     | 2 034     | 1 072        | 0,5         | 908           | 0,5         | 18           |
| Wohnungswesen                                                                                              | 1 142     | 1 286     | 879          | 0,4         | 759           | 0,4         | 15           |
| Ernährung, Landwirtschaft und Forsten<br>sowie Energie- und Wasserwirtschaft,<br>Gewerbe, Dienstleistungen | 5 584     | 7 100     | 3 465        | 1,7         | 3 410         | 1,7         | 1            |
| Regionale Förderungsmaßnahmen                                                                              | 966       | 684       | 358          | 0,2         | 375           | 0,2         | -4           |
| Kohlenbergbau                                                                                              | 1 3 7 5   | 1 351     | 1319         | 0,6         | 1 3 7 5       | 0,7         | -4           |
| Gewährleistungen                                                                                           | 601       | 2 050     | 477          | 0,2         | 325           | 0,2         | 46           |
| Verkehrs- und Nachrichtenwesen                                                                             | 12 426    | 12 351    | 6 571        | 3,1         | 6 930         | 3,5         | -5           |
| Straßen (ohne GVFG)                                                                                        | 6 925     | 6335      | 3 163        | 1,5         | 3 482         | 1,8         | -9           |
| Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines<br>Grund- und Kapitalvermögen                                          | 15 740    | 16 374    | 10 102       | 4,8         | 9 795         | 5,0         | 3            |
| Bundeseisenbahnvermögen                                                                                    | 5 3 3 3   | 5 3 3 0   | 3 281        | 1,6         | 3 3 6 1       | 1,7         | -2           |
| Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG                                                                    | 4154      | 4328      | 2 3 7 2      | 1,1         | 2 3 6 5       | 1,2         | C            |
| Allgemeine Finanzwirtschaft                                                                                | 39 412    | 37 532    | 29 923       | 14,3        | 32 679        | 16,6        | -8           |
| Zinsausgaben                                                                                               | 38 099    | 36 751    | 29 109       | 13,9        | 31 735        | 16,2        | -8           |
| Ausgaben zusammen                                                                                          | 292 253   | 319 500   | 209 871      | 100,0       | 196 426       | 100,0       | 6            |

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Arbeit sowie den gestiegenen Bedarf für den Gesundheitsfonds zurückzuführen.

### Einnahmeentwicklung

Die Einnahmen des Bundes lagen mit 160,6 Mrd. € bis einschließlich August um 6,0 Mrd. € unter dem Ergebnis bis einschließlich August 2009.

Die Veränderungsrate blieb wie in den Vormonaten mit – 3,6 % stabil.

Die Steuereinnahmen gingen im Vorjahresvergleich um 4,9 Mrd. € zurück und beliefen sich auf 139,4 Mrd. € (– 3,4 %).

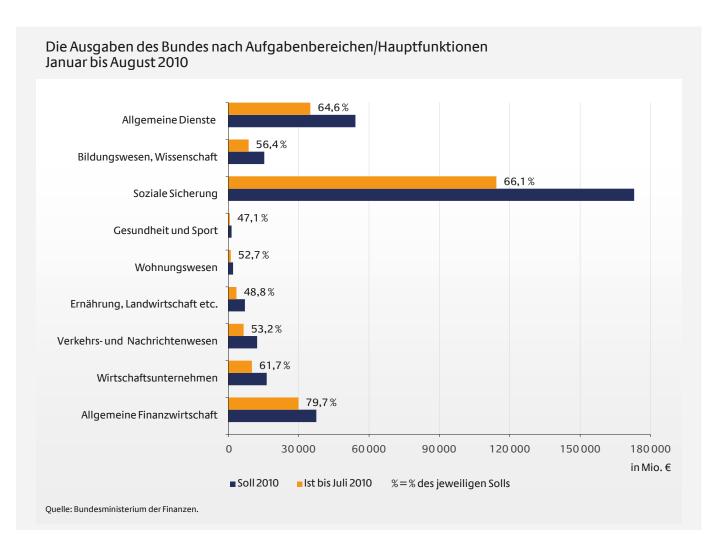
Die Verwaltungseinnahmen lagen mit 21,1 Mrd. € um – 5,0 % unter dem Ergebnis des Vorjahreszeitraums.

### Finanzierungssaldo

Der Finanzierungssaldo betrug Ende August – 49,2 Mrd. €. Es besteht die Erwartung, dass die Nettokreditaufnahme am Jahresende deutlich unter 60 Mrd. € bleiben wird.

### Sondervermögen ITF

Ein wesentlicher Bestandteil des 2009 beschlossenen Konjunkturpakets II ist der "Investitions- und Tilgungsfonds" (ITF). Der Bund stellt über dieses Sondervermögen außerhalb des Bundeshaushalts in den Jahren 2009 bis 2011 insgesamt 20,4 Mrd. € für Maßnahmen zur Konjunkturbelebung bereit. Bis einschließlich August 2010 sind



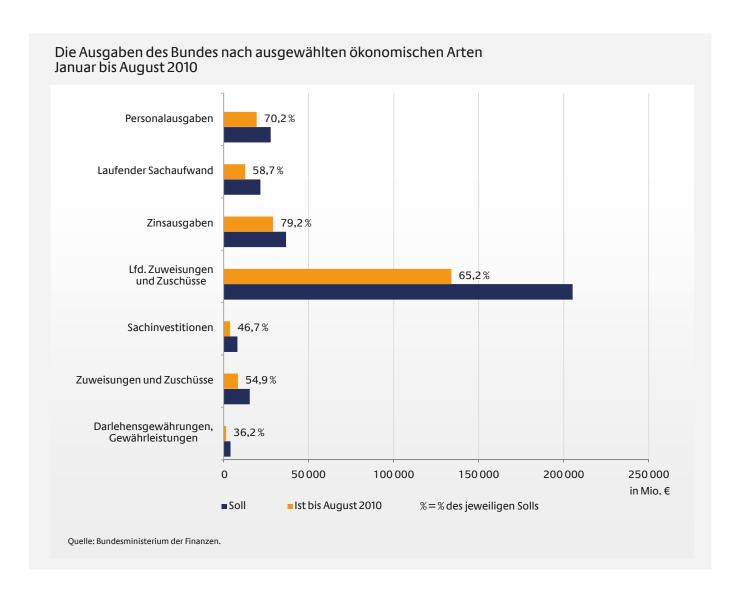
FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

bereits 9,5 Mrd. € abgeflossen. Davon wurden rund 4,9 Mrd. € für die Umweltprämie, rund 3,1 Mrd. € für Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder und rund 1,3 Mrd. € für Investitionen des Bundes ausgezahlt. Aus dem Bundesbankgewinn hat der ITF eine Zuführung in Höhe von rund 0,65 Mrd. € zur Tilgung seiner Verbindlichkeiten erhalten.

### Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

|                                           | Ist       | Soll      | Ist - Entw   | ricklung    | Ist - Entw    | ricklung    | Veränderund  |
|-------------------------------------------|-----------|-----------|--------------|-------------|---------------|-------------|--------------|
|                                           | 2009      | 2010      | Januar bis A | ugust 2010  | Januar bis Au | ıgust 2009  | ggü. Vorjahr |
|                                           | in Mio. € | in Mio. € | in Mio. €    | Anteil in % | in Mio. €     | Anteil in % | in%          |
| Konsumtive Ausgaben                       | 265 150   | 291 723   | 195 457      | 93,1        | 181 376       | 92,3        | 7,           |
| Personalausgaben                          | 27 939    | 27 704    | 19 456       | 9,3         | 18 863        | 9,6         | 3,           |
| Aktivbezüge                               | 20 977    | 20 789    | 14426        | 6,9         | 14178         | 7,2         | 1,           |
| Versorgung                                | 6 9 6 2   | 6915      | 5 0 2 9      | 2,4         | 4684          | 2,4         | 7.           |
| Laufender Sachaufwand                     | 21 395    | 21 583    | 12 659       | 6,0         | 12 726        | 6,5         | -0           |
| Sächliche Verwaltungsaufgaben             | 1 478     | 1 466     | 899          | 0,4         | 868           | 0,4         | 3            |
| Militärische Beschaffungen                | 10 281    | 10 469    | 6011         | 2,9         | 6131          | 3,1         | -2           |
| Sonstiger laufender Sachaufwand           | 9 635     | 9 647     | 5 749        | 2,7         | 5 727         | 2,9         | 0            |
| Zinsausgaben                              | 38 099    | 36 751    | 29 109       | 13,9        | 31 735        | 16,2        | -8           |
| Laufende Zuweisungen und Zuschüsse        | 177 289   | 205 272   | 133 922      | 63,8        | 117 739       | 59,9        | 13           |
| an Verwaltungen                           | 14396     | 14503     | 9 389        | 4,5         | 9 491         | 4,8         | -1           |
| an andere Bereiche                        | 162 892   | 190 769   | 124 694      | 59,4        | 108 380       | 55,2        | 15           |
| darunter:                                 |           |           |              |             |               |             |              |
| Unternehmen                               | 22 951    | 25 316    | 15 479       | 7,4         | 14624         | 7,4         | 5            |
| Renten, Unterstützungen u. a.             | 29 699    | 31 274    | 20 370       | 9,7         | 20 098        | 10,2        | 1            |
| Sozialversicherungen                      | 105 130   | 128 365   | 85 419       | 40,7        | 70 450        | 35,9        | 21           |
| Sonstige Vermögensübertragungen           | 429       | 413       | 312          | 0,1         | 314           | 0,2         | -0           |
| Investive Ausgaben                        | 27 103    | 28 293    | 14 414       | 6,9         | 15 050        | 7,7         | -4           |
| Finanzierungshilfen                       | 18 599    | 20 180    | 10 622       | 5,1         | 10 826        | 5,5         | -1           |
| Zuweisungen und Zuschüsse                 | 15 190    | 15 342    | 8 420        | 4,0         | 8 499         | 4,3         | -0           |
| Darlehensgewährungen,<br>Gewährleistungen | 2 490     | 4028      | 1 457        | 0,7         | 1 437         | 0,7         | 1            |
| Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen | 919       | 810       | 745          | 0,4         | 891           | 0,5         | -16          |
| Sachinvestitionen                         | 8 504     | 8 113     | 3 792        | 1,8         | 4 224         | 2,2         | -10          |
| Baumaßnahmen                              | 6830      | 6 5 3 2   | 3 103        | 1,5         | 3 3 6 4       | 1,7         | -7           |
| Erwerb von beweglichen Sachen             | 1 030     | 1 035     | 450          | 0,2         | 549           | 0,3         | -18          |
| Grunderwerb                               | 643       | 546       | 239          | 0,1         | 311           | 0,2         | -23          |
| Globalansätze                             | 0         | - 516     | 0            |             | 0             |             |              |
| Ausgaben insgesamt                        | 292 253   | 319 500   | 209 871      | 100,0       | 196 426       | 100,0       | 6            |

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE



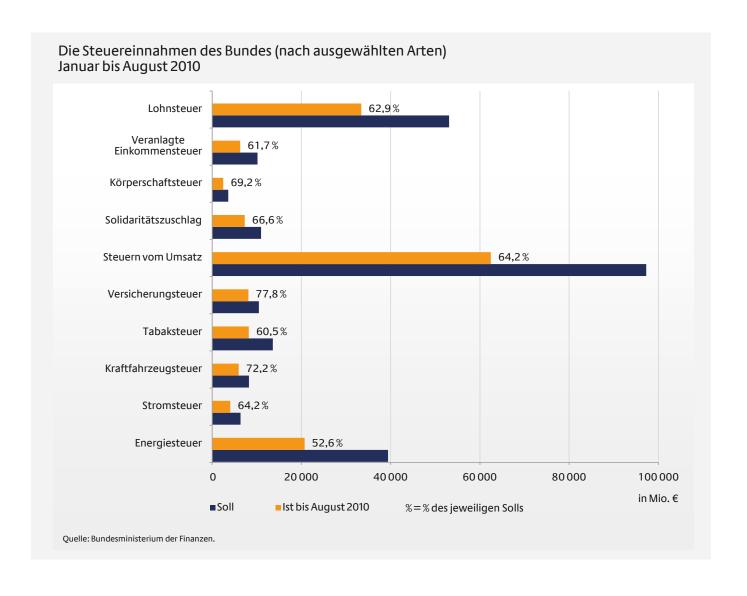
FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

### Entwicklung der Einnahmen des Bundes

|                                                                                                                    | Ist                | Soll               | Ist - Entw     | icklung     | Ist - Entw         | icklung     | Veränderung   |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------|--------------------|----------------|-------------|--------------------|-------------|---------------|
|                                                                                                                    | 2009               | 2010               | Januar bis Au  | ugust 2010  | Januar bis Au      | ıgust 2009  | ggü. Vorjahr  |
|                                                                                                                    | in Mio. €          | in Mio. €          | in Mio. €      | Anteil in % | in Mio. €          | Anteil in % | in%           |
| I. Steuern                                                                                                         | 227 835            | 211 887            | 139 419        | 86,8        | 144 318            | 86,6        | -3,           |
| Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:                                                                              | 180 223            | 171 884            | 113 458        | 70,6        | 114841             | 68,9        | -1,           |
| Einkommen- und Körperschaftsteuer<br>(einschl. Abgeltungsteuer auf Zins- und<br>Veräußerungserträge <sup>1</sup> ) | 83 779             | 73 391             | 50 343         | 31,3        | 51 834             | 31,1        | -2,9          |
| davon:                                                                                                             | F7.240             | F2.002             | 22.410         | 20.0        | 25.267             | 21.2        | -             |
| Lohnsteuer                                                                                                         | 57 248             | 53 083             | 33 410         | 20,8        | 35 367             | 21,2        | -5,           |
| veranlagte Einkommensteuer                                                                                         | 11 233             | 10 179             | 6 283          | 3,9         | 4 668              | 2,8         | 34,0          |
| nicht veranlagte Steuer vom Ertrag<br>Abgeltungsteuer auf Zins- und                                                | 6 2 3 7<br>5 4 7 5 | 5 3 4 3<br>5 0 6 0 | 5 262<br>2 900 | 3,3<br>1,8  | 5 3 4 5<br>4 2 2 0 | 3,2<br>2,5  | -1,6<br>-31,3 |
| Veräußerungserträge <sup>1</sup>                                                                                   |                    |                    |                |             |                    |             |               |
| Körperschaftsteuer                                                                                                 | 3 587              | 3 595              | 2 489          | 1,5         | 1 542              | 0,9         | 61,4          |
| Steuern vom Umsatz                                                                                                 | 95 400             | 97 274             | 62 452         | 38,9        | 62 403             | 37,4        | 0,            |
| Gewerbesteuerumlage                                                                                                | 1 044              | 1219               | 662            | 0,4         | 604                | 0,4         | 9,            |
| Energiesteuer                                                                                                      | 39 822             | 39 400             | 20 707         | 12,9        | 21 195             | 12,7        | -2,           |
| Tabaksteuer                                                                                                        | 13 366             | 13 590             | 8 222          | 5,1         | 8 351              | 5,0         | -1,5          |
| Solidaritätszuschlag                                                                                               | 11 927             | 10950              | 7 298          | 4,5         | 7 643              | 4,6         | -4,           |
| Versicherungsteuer                                                                                                 | 10 548             | 10 450             | 8 126          | 5,1         | 8 087              | 4,9         | 0,!           |
| Stromsteuer                                                                                                        | 6278               | 6350               | 4 0 7 4        | 2,5         | 4 175              | 2,5         | -2,           |
| Kraftfahrzeugsteuer                                                                                                | 3 803              | 8 240              | 5 951          | 3,7         | 1 239              | 0,7         | ,             |
| Branntweinabgaben                                                                                                  | 2 103              | 2 082              | 1 289          | 0,8         | 1 391              | 0,8         | -7,:          |
| Kaffeesteuer                                                                                                       | 997                | 1010               | 660            | 0,4         | 643                | 0,4         | 2,            |
| Ergänzungszuweisungen an Länder                                                                                    | -13 462            | -12 694            | -6 348         | -4,0        | -6891              | -4,1        | -7,           |
| BNE-Eigenmittel der EU                                                                                             | -14880             | -22 030            | -11 765        | -7,3        | -7 775             | -4,7        | 51,           |
| Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU                                                                                  | -2 017             | -1 930             | -1 226         | -0,8        | -1 401             | -0,8        | -12,          |
| Zuweisungen an Länder für ÖPNV                                                                                     | -6 775             | -6877              | -4 585         | -2,9        | -4517              | -2,7        | 1,            |
| Zuweisung an die Länder für Kfz-Steuer und Lkw-<br>Maut                                                            | -4 571             | -8 992             | -6 744         | -4,2        | -                  | -           |               |
| II. Sonstige Einnahmen                                                                                             | 29 907             | 27 037             | 21 201         | 13,2        | 22 323             | 13,4        | -5,0          |
| Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit                                                                           | 4 457              | 4279               | 4119           | 2,6         | 4062               | 2,4         | 1,            |
| Zinseinnahmen                                                                                                      | 574                | 395                | 255            | 0,2         | 481                | 0,3         | -47,          |
| Darlehensrückflüsse, Beteiligungen,<br>Privatisierungserlöse                                                       | 3 836              | 4 1 4 7            | 3 337          | 2,1         | 3 263              | 2,0         | 2,            |
| Einnahmen zusammen                                                                                                 | 257 742            | 238 924            | 160 620        | 100,0       | 166 640            | 100,0       | -3,           |

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Bis 2008 Zinsabschlag.

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE



Steuereinnahmen von Bund und Ländern im August 2010

# Steuereinnahmen von Bund und Ländern im August 2010

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne reine Gemeindesteuern) stiegen im August 2010 im Vorjahresvergleich um + 3,6 %. Die Steuereinnahmen des Bundes (nach Bundesergänzungszuweisungen) übertrafen das Vorjahresniveau um + 3,2 %, gleichermaßen getragen von Zuwächsen bei den Bundessteuern und den gemeinschaftlichen Steuern.

Für den kumulierten Zeitraum Januar bis August 2010 ergeben sich für die Steuereinnahmen insgesamt noch leichte Aufkommensverluste von - 0,4% gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Die Steuereinnahmen des Bundes gingen im Zeitraum Januar bis August 2010 um - 3,5% zurück¹.

Die gemeinschaftlichen Steuern lagen im Berichtsmonat August 2010 um + 2,7% über dem Vorjahresniveau. Hierfür war insbesondere ein Zuwachs um 0,9 Mrd. € bei der Körperschaftsteuer infolge geringerer Erstattungen für Vorjahre verantwortlich.

Die reinen Bundessteuern konnten ein Einnahmeplus von +4,4% verzeichnen, weil Energiesteuer (+6,0%), Tabaksteuer (+5,6%) und Kfz-Steuer (+12,0%) deutlich zulegten. Die reinen Ländersteuern übertrafen das Vorjahresergebnis um +15,5% infolge signifikanter Zuwächse bei der Grunderwerbsteuer (+14,2%) und der Erbschaftsteuer (+31,4%).

Das Kassenaufkommen der Lohnsteuer ist im Berichtsmonat August 2010 um - 3,4 % gesunken. Dabei haben die aus dieser Steuer zu leistenden Kindergeldzahlungen um + 10,8 % zugenommen, weil das Kindergeld zu Jahresbeginn angehoben wurde. Die Zahlungen der Altersvorsorgezulage gingen hingegen um - 27,4 % zurück, weil sich die Auszahlungen zunehmend auf den Mai-Termin konzentrieren. Das Volumen der Lohnsteuer vor Abzug von Kindergeld und Altersvorsorgezulage sank im Vorjahresvergleich um - 1,3 %.

Die Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer haben sich insgesamt um rund 70 Mio. € vermindert, was weitgehend auf etwas höhere Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer zurückzuführen ist. Für den kumulierten Zeitraum Januar bis August 2010 errechnet sich für die veranlagte Einkommensteuer insgesamt jedoch ein Plus von + 34,6 %, weil bisher alle Abzugsbeträge (Investitionszulage, Eigenheimzulage und Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer) deutlich geringer ausfielen. Das Bruttoaufkommen der veranlagten Einkommensteuer entspricht im bisherigen Jahresverlauf exakt dem Aufkommen des Vorjahres.

Auch die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag meldeten Aufkommenseinbußen (-19,2%). Nachdem zuletzt die Erstattungen durch das Bundeszentralamt für Steuern kräftig zurückgegangen waren, unterschritten sie im Berichtszeitraum das Vorjahresniveau lediglich um -4,4%. Bis einschließlich August liegen die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag im Aufkommen etwas unter Vorjahresniveau (-1,6%).

Die Einnahmen aus der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge reduzierten sich mit - 31,1% zwar etwas weniger deutlich als noch in den drei Vormonaten, doch ist angesichts des immer noch sehr niedrigen Zinsniveaus nicht mit einer durchgreifenden

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Abweichung zu Tabelle "Einnahmen des Bundes" ist methodisch bedingt (vgl. Fn 1, Seite 15).

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im August 2010

### Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr<sup>1</sup>

| 2010                                                                                  | August   | Veränderung<br>ggü. Vorjahr | Januar bis<br>August | Veränderung<br>ggü. Vorjahr | Schätzungen<br>für 2010 | Veränderung<br>ggü. Vorjah |
|---------------------------------------------------------------------------------------|----------|-----------------------------|----------------------|-----------------------------|-------------------------|----------------------------|
|                                                                                       | in Mio € | in%                         | in Mio €             | in%                         | in Mio € <sup>5</sup>   | in%                        |
| Gemeinschaftliche Steuern                                                             |          |                             |                      |                             |                         |                            |
| Lohnsteuer <sup>2</sup>                                                               | 9 672    | -3,4                        | 81 660               | -5,6                        | 125 200                 | -7,4                       |
| veranlagte Einkommensteuer                                                            | - 631    | Х                           | 14783                | 34,6                        | 26 450                  | 0,1                        |
| nicht veranlagte Steuern vom Ertrag                                                   | 333      | -19,2                       | 10 524               | -1,6                        | 11 170                  | -10,5                      |
| Abgeltungsteuer auf Zins- und<br>Veräußerungserträge (einschl. ehem.<br>Zinsabschlag) | 564      | -31,1                       | 6 592                | -31,3                       | 9 962                   | -19,9                      |
| Körperschaftsteuer                                                                    | 54       | X                           | 4977                 | 61,4                        | 7 020                   | -2,1                       |
| Steuern vom Umsatz                                                                    | 15 629   | 3,5                         | 117 381              | 1,3                         | 179 900                 | 1,6                        |
| Gewerbesteuerumlage                                                                   | 233      | -0,7                        | 1 629                | 9,5                         | 2 789                   | 8,5                        |
| erhöhte Gewerbesteuerumlage                                                           | 167      | 5,6                         | 1 452                | 10,0                        | 2 447                   | 4,7                        |
| gemeinschaftliche Steuern insgesamt                                                   | 26 021   | 2,7                         | 238 997              | -0,2                        | 364 938                 | -2,8                       |
| Bundessteuern                                                                         |          |                             |                      |                             |                         |                            |
| Energiesteuer                                                                         | 3 359    | 6,0                         | 20 707               | -2,3                        | 39 200                  | -1,6                       |
| Tabaksteuer                                                                           | 1 208    | 5,6                         | 8 222                | -1,6                        | 13 210                  | -1,2                       |
| Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer                                                  | 159      | -1,2                        | 1 287                | -7,3                        | 2 040                   | -2,9                       |
| Versicherungsteuer                                                                    | 1 006    | -1,1                        | 8 126                | 0,5                         | 10 480                  | -0,6                       |
| Stromsteuer                                                                           | 507      | -3,9                        | 4074                 | -2,4                        | 6 150                   | -2,0                       |
| Kraftfahrzeugsteuer (ab 1. Juli 2009) <sup>3</sup>                                    | 647      | 12,0                        | 5 951                | X                           | 8 450                   | X                          |
| Solidaritätszuschlag                                                                  | 635      | 4,6                         | 7 298                | -4,5                        | 11 150                  | -6,5                       |
| übrige Bundessteuern                                                                  | 118      | 2,5                         | 965                  | 0,7                         | 1 466                   | -0,5                       |
| Bundessteuern insgesamt                                                               | 7 639    | 4,4                         | 56 630               | 6,8                         | 92 146                  | 3,2                        |
| Ländersteuern                                                                         |          |                             |                      |                             |                         |                            |
| Erbschaftsteuer                                                                       | 447      | 31,4                        | 2 8 6 5              | -13,2                       | 4 175                   | -8,2                       |
| Grunderwerbsteuer                                                                     | 477      | 14,2                        | 3 3 6 3              | 6,5                         | 4850                    | -0,1                       |
| Rennwett- und Lotteriesteuer                                                          | 102      | -0,4                        | 930                  | -8,4                        | 1 410                   | -6,7                       |
| Biersteuer                                                                            | 73       | 2,2                         | 487                  | -0,9                        | 720                     | -1,3                       |
| Sonstige Ländersteuern                                                                | 3        | -86,2                       | 228                  | -10,8                       | 340                     | 2,8                        |
| Ländersteuern insgesamt                                                               | 1 104    | 15,5                        | 7 873                | -37,7                       | 11 495                  | -29,8                      |
| EU-Eigenmittel                                                                        |          |                             |                      |                             |                         |                            |
| Zölle                                                                                 | 379      | 19,1                        | 2 792                | 15,0                        | 3 800                   | 5,4                        |
| Mehrwertsteuer-Eigenmittel                                                            | 158      | 3,8                         | 1 2 2 6              | -12,5                       | 2 2 1 0                 | 9,6                        |
| BSP-Eigenmittel                                                                       | 1 293    | 9,4                         | 11 765               | 51,3                        | 19 930                  | 33,9                       |
| EU-Eigenmittel insgesamt                                                              | 1 830    | 10,8                        | 15 783               | 36,0                        | 25 940                  | 26,5                       |
| Bund <sup>4</sup>                                                                     | 16 463   | 3,2                         | 139 299              | -3,5                        | 216 366                 | -5,1                       |
| Länder <sup>4</sup>                                                                   | 15 115   | 4,2                         | 133 608              | 0,0                         | 202 540                 | -2,2                       |
| EU                                                                                    | 1 830    | 10,8                        | 15 783               | 36,0                        | 25 940                  | 26,5                       |
| Gemeindeanteil an der Einkommen- und<br>Umsatzsteuer                                  | 1 736    | -4,5                        | 17 600               | -2,7                        | 27 534                  | -5,9                       |
| Steueraufkommen insgesamt<br>(ohne Gemeindesteuern)                                   | 35 143   | 3,6                         | 306 291              | -0,4                        | 472 380                 | -2,6                       |

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

 $<sup>^2\,</sup> Nach\, Abzug\, der\, Kindergelder stattung\, durch\, das\, Bundeszentralamt\, für\, Steuern.$ 

 $<sup>^3\,\</sup>mathrm{Ab}\,\mathrm{dem}\,\mathrm{1.}\,\mathrm{Juli}\,\mathrm{2009}\,\mathrm{steht}\,\mathrm{das}\,\mathrm{Aufkommen}\,\mathrm{aus}\,\mathrm{der}\,\mathrm{Kfz}\text{-}\mathrm{Steuer}\,\mathrm{dem}\,\mathrm{Bund}\,\mathrm{zu}.$ 

 $<sup>^4\,</sup>Nach\,Erg\"{a}nzungszuweisungen; Abweichung\,zu\,Tabelle\,"Einnahmen\,des\,Bundes"\,ist\,methodisch\,bedingt\,(vgl.\,Fn.\,1).$ 

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> Ergebnis AK "Steuerschätzungen" vom Mai 2010.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im August 2010

Verbesserung der Einnahmeentwicklung zu rechnen.

Das Körperschaftsteueraufkommen erhöhte sich um 0,9 Mrd. € von - 0,8 Mrd. € im

Vorjahresmonat auf nunmehr + 0,1 Mrd. €.

Im Zeitraum Januar bis August 2010
sind die Einnahmen damit um + 61,4%
gestiegen. Diese Verbesserung wird fast
ausschließlich hervorgerufen durch
geringere Erstattungen und höhere
Nachzahlungen für zurückliegende
Veranlagungszeiträume. Es bleibt abzuwarten,
wann sich die wieder verbesserten Gewinne
der Kapitalgesellschaften in höheren
Vorauszahlungen zur Körperschaftsteuer
niederschlagen.

Die Steuern vom Umsatz dehnten ihr Volumen - ausgehend von einer sehr schwachen Vorjahresbasis - um + 3,5 % aus. Aufgrund der weiterhin sehr lebhaften Außenhandelstätigkeit übertraf die Einfuhrumsatzsteuer ihr Vorjahresergebnis um + 31,6 %. Da dieser Anstieg bei der Einfuhrumsatzsteuer die Vorsteuerabzüge im Inland erhöht, sank das Niveau der (Binnen-) Umsatzsteuer in diesem Monat um - 3,4 %.

Die reinen Bundessteuern verzeichneten Mehreinnahmen von + 4,4 %. Bei der Energiesteuer kam es zu einer Steigerung des Aufkommens um + 6,0 %. Mit zunehmender Konjunkturbelebung sind wieder mehr Lastwagen auf deutschen

Straßen unterwegs, und somit wird vermehrt Dieselkraftstoff nachgefragt. Die Tabaksteuer (+ 5,6 %) meldete ebenso einen Zuwachs wie die Kraftfahrzeugsteuer (+12,0%) und der Solidaritätszuschlag (+4,6%). Die Stromsteuer (-3,9%) und die Versicherungsteuer (-1,1%) mussten Einbußen hinnehmen. Die Veränderungsrate bei den reinen Bundessteuern für den kumulierten Zeitraum Januar bis August 2010 (+6,8%) ist bis zum Jahresende noch verzerrt durch die Verlagerung der Aufkommenshoheit bei der Kraftfahrzeugsteuer auf den Bund zum 1. September 2009. Ohne diese Verlagerung wäre es insgesamt zu einer Verminderung der Einnahmen aus den Bundessteuern um - 4,4% gekommen.

Das Volumen der reinen Ländersteuern weitete sich um +15,5 % aus. Ausschlaggebend waren die Mehreinnahmen bei der -typischerweise sehr schwankungsanfälligen – Erbschaftsteuer (+31,4%), der Grunderwerbsteuer (+14,2%) und auch der Biersteuer (+2,2%). Die Rennwett- und Lotteriesteuer unterschritt ihr Vorjahresniveau mit - 0,4% nur unwesentlich. Der Rückgang bei den sonstigen Ländersteuern – worunter insbesondere die Feuerschutzsteuer fällt - ist technischer Natur: Zum 1. Juli 2010 wird das Aufkommen der Feuerschutzsteuer nicht mehr monatlich über die örtlichen Finanzämter, sondern nur quartalsweise über das Bundeszentralamt für Steuern gemeldet.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

# Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

### Europäische Finanzmärkte

Die Rendite europäischer Staatsanleihen betrug im August durchschnittlich 3,33 % (Juli 3,59 %; Juni 3,62 %).

Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe sank Ende August auf 2,11% (Ende Juli 2,68%, Juni 2,56%).

Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – blieben Ende August mit 0,89 % fast konstant (Ende Juli 0,90 %, Ende Juni 0,77 %).

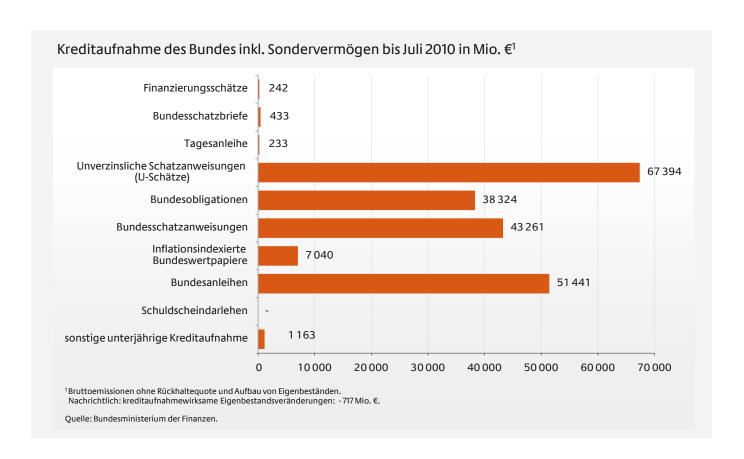
Die Europäische Zentralbank hat in der EZB-Ratssitzung am 5. August 2010 die seit Mai 2009 geltenden Zinssätze für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 1,00 %, 1,75 % beziehungsweise 0,25 % belassen.

Am 31. August 2010 betrug der deutsche Aktienindex 5 925 Punkte (31. Juli 2010: 6 148 Punkte).

Der Euro Stoxx 50 fiel von 2742 Punkten am 31. Juli 2010 auf 2623 Punkte am 30. August 2010.

### Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 lag im Juli 2010 unverändert bei 0,2 %



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

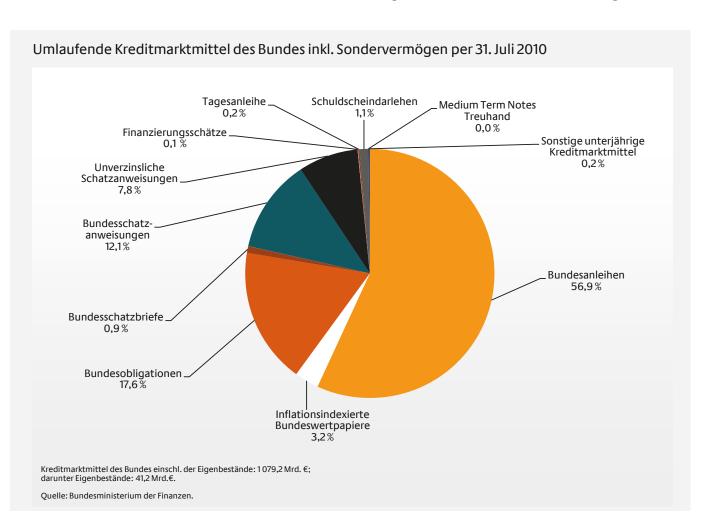
(Mai 0,0%). Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresänderungsraten von M3 für den Zeitraum von Mai bis Juli 2010 lag bei 0,1% nach 0,0% im vorangegangenen Dreimonatszeitraum (Referenzwert 4,5%).

Die Wachstumsrate der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum betrug im Juli 0,6% (0,1% im Vormonat).

In Deutschland betrug die Wachstumsrate der Kreditgewährung an Unternehmen und Privatpersonen im Juli - 2,52% (Juni - 3,22%, Mai - 2,37%).

### Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes inklusive Sondervermögen

Bis einschließlich Juli 2010
betrug der Bruttokreditbedarf
von Bund und Sondervermögen
(Finanzmarktstabilisierungsfonds und
Investitions- und Tilgungsfonds) 209,53 Mrd. €.
Davon wurden 200 Mrd. € im Rahmen des
Emissionskalenders umgesetzt. Darüber
hinaus wurde am 13. Januar 2010 die 1,75 %ige
Inflationsindexierte Bundesanleihe (ISIN
DE 0001030526, WKN 103052) um ein
Volumen von insgesamt 2,0 Mrd. € und am
10. März, 9. Juni und 21. Juli um jeweils ein
Volumen von 1,0 Mrd. € im Tenderverfahren
aufgestockt. Weiterhin wurde die 2,25 %ige



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

### Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2010 (in Mrd. €)

| Kreditart                          | Jan  | Feb  | Mrz  | Apr  | Mai  | Jun  | Jul      | Aug | Sept | Okt | Nov | Dez | Summe insges. |
|------------------------------------|------|------|------|------|------|------|----------|-----|------|-----|-----|-----|---------------|
|                                    |      |      |      |      |      | i    | n Mrd. € |     |      |     |     |     |               |
| Anleihen                           | 20,3 | -    | -    | -    | -    | 4,0  | 20,3     |     |      |     |     |     | 44,5          |
| Bundesobligationen                 | -    | -    | -    | 17,0 | -    | -    | -        |     |      |     |     |     | 17,0          |
| Bundesschatzanweisungen            | -    | -    | 15,0 | -    | -    | 15,0 | -        |     |      |     |     |     | 30,0          |
| U-Schätze des Bundes               | 11,9 | 11,9 | 11,9 | 14,9 | 14,9 | 14,9 | 10,0     |     |      |     |     |     | 90,5          |
| Bundesschatzbriefe                 | 0,2  | 0,0  | 0,1  | 0,1  | 0,0  | 0,0  | 0,1      |     |      |     |     |     | 0,5           |
| Finanzierungsschätze               | 0,1  | 0,1  | 0,0  | 0,0  | 0,0  | 0,0  | 0,1      |     |      |     |     |     | 0,4           |
| Tagesanleihe                       | 0,1  | 0,1  | 0,1  | 0,1  | 0,1  | 0,1  | 0,1      |     |      |     |     |     | 0,6           |
| Fundierungsschuldverschreibungen   | -    | -    | -    | -    | -    | -    | -        |     |      |     |     |     | 0,0           |
| MTN der Treuhandanstalt            | -    | -    | -    | -    | -    | -    | -        |     |      |     |     |     | 0,0           |
| Entschädigungsfonds                | -    | -    | -    | -    | -    | -    | -        |     |      |     |     |     | 0,0           |
| Schuldscheindarlehen               | -    | 0,1  | 0,0  | 0,3  | -    | 0,0  | -        |     |      |     |     |     | 0,5           |
| Sonst. unterjährige Kreditaufnahme | -    | -    | 0,7  | -    | -    | -    | -        |     |      |     |     |     | 0,7           |
| Sonstige Schulden gesamt           | 0,0  | -0,0 | 0,0  | 0,0  | 0,0  | 0,0  | 0,0      |     |      |     |     |     | -0,0          |
| Gesamtes Tilgungsvolumen           | 32,6 | 12,2 | 27,9 | 32,4 | 15,0 | 34,1 | 30,4     |     |      |     |     |     | 184,6         |

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

### Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2010 (in Mrd. €)

| Kreditart                                                          | Jan  | Feb | Mrz | Apr | Mai | Jun | Jul     | Aug | Sept | Okt | Nov | Dez | Summe insges. |
|--------------------------------------------------------------------|------|-----|-----|-----|-----|-----|---------|-----|------|-----|-----|-----|---------------|
|                                                                    |      |     |     |     |     |     | in Mrd. | €   |      |     |     |     |               |
| Gesamte Zinszahlungen und<br>Sondervermögen<br>Entschädigungsfonds | 13,9 | 0,1 | 0,7 | 3,6 | 0,1 | 1,5 | 13,5    |     |      |     |     |     | 33,6          |

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Inflationsindexierte Bundesobligation (ISIN DE 0001030518, WKN 103051) am 7. April um ein Volumen von 2,0 Mrd. € aufgestockt. Die übrige Kreditaufnahme erfolgte durch Verkäufe im Privatkundengeschäft des Bundes und im Rahmen von Marktpflegeoperationen (Eigenbestandsabbau: 0,72 Mrd. €).

Die im Juli 2010 zur Finanzierung von Bund und Sondervermögen begebenen Kapital- und Geldmarktemissionen ergeben sich aus der Übersicht über die "Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2010". Für Bund und Sondervermögen belaufen sich bis einschließlich Juli 2010 die Tilgungen auf rund 184,64 Mrd. € und die Zinszahlungen auf rund 33,58 Mrd. €.

Der Bruttokreditbedarf wurde zur Finanzierung des Bundeshaushaltes in Höhe von 184,49 Mrd. €, des Finanzmarktstabilisierungsfonds in Höhe von 21,00 Mrd. € und des Investitions- und Tilgungsfonds in Höhe von 4,04 Mrd. € eingesetzt.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

# Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2010 Kapitalmarktinstrumente

| Emission                                                                 | Art der Begebung | Tendertermin       | Laufzeit                                                                                                   | Volumen <sup>1</sup> |
|--------------------------------------------------------------------------|------------------|--------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------|
| Bundesanleihe<br>ISIN DE0001135408<br>WKN 113540                         | Aufstockung      | 7. Juli 2010       | 10 Jahre<br>fällig 4. Juli 2020<br>Zinslaufbeginn 30. April 2010<br>erster Zinstermin 4. Juli 2011         | 5 Mrd. €             |
| Bundesobligation<br>ISIN DE0001141570<br>WKN 114157                      | Aufstockung      | 14. Juli 2010      | 5 Jahre<br>fällig 10. April 2015<br>Zinslaufbeginn 10. April 2010<br>erster Zinstermin 10. Juli 2011       | 5 Mrd. €             |
| Bundesanleihe<br>ISIN DE0001135432<br>WKN 113543                         | Neuemission      | 21. Juli 2010      | 30 Jahre<br>fällig 4. April 2042<br>Zinslaufbeginn 4. Juli 2010<br>erster Zinstermin 4. Juli 2011          | 4 Mrd. €             |
| Inflationsindexierte<br>Bundesanleihe<br>ISIN DE0001030526<br>WKN 103052 | Aufstockung      | 21. Juli 2010      | 10 Jahre<br>fällig 15. April 2020<br>Zinslaufbeginn 15. April 2009<br>erster Zinstermin 15. April 2011     | 1 Mrd. €             |
| Bundesschatzanweisung<br>ISIN DE0001137313<br>WKN 113731                 | Neuemission      | 11. August 2010    | 2 Jahre<br>fällig 14. September 2012<br>Zinslaufbeginn 13. August 2010<br>erster Zinstermin 14. Sept. 2011 | ca.7 Mrd.€           |
| Bundesanleihe<br>ISIN DE0001135416<br>WKN 113541                         | Neuemission      | 18. August 2010    | 10 Jahre<br>fällig 4. September 2020<br>Zinslaufbeginn 20. August 2010<br>erster Zinstermin 4. Sept. 2011  | ca. 6 Mrd. €         |
| Bundesschatzanweisung<br>ISIN DE0001137313<br>WKN 113731                 | Aufstockung      | 8. September 2010  | 2 Jahre<br>fällig 14. September 2012<br>Zinslaufbeginn 13. August 2010<br>erster Zinstermin 14. Sept. 2011 | ca. 6 Mrd. €         |
| Bundesanleihe<br>ISIN DE0001135416<br>WKN 113541                         | Aufstockung      | 15. September 2010 | 10 Jahre<br>fällig 4. September 2020<br>Zinslaufbeginn 20. August 2010<br>erster Zinstermin 4. Sept. 2011  | ca. 5 Mrd. €         |
| Bundesobligation<br>ISIN DE0001141588<br>WKN 114188                      | Neuemission      | 22. September 2010 | 5 Jahre<br>fällig 9. Oktober 2015<br>Zinslaufbeginn 24. Sept. 2010<br>erster Zinstermin 9. Oktober 2011    | ca. 6 Mrd. €         |
|                                                                          |                  |                    | 3. Quartal 2010 insgesamt                                                                                  | ca. 45 Mrd. €        |

 $<sup>^1</sup> Volumen\ einschließlich\ Marktpflege quote.$ 

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

# Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2010 Geldmarktinstrumente

| Emission                                                             | Art der Begebung | Tendertermin       | Laufzeit                               | Volumen <sup>1</sup> |
|----------------------------------------------------------------------|------------------|--------------------|----------------------------------------|----------------------|
| Unverzinsliche<br>Schatzanweisung<br>ISIN DE0001115657<br>WKN 111565 | Neuemission      | 12. Juli 2010      | 6 Monate<br>fällig 12. Januar 2011     | 5 Mrd. €             |
| Unverzinsliche<br>Schatzanweisung<br>ISIN DE0001115608<br>WKN 111560 | Aufstockung      | 19. Juli 2010      | 9 Monate<br>fällig 20. April 2011      | 2 Mrd. €             |
| Unverzinsliche<br>Schatzanweisung<br>ISIN DE0001115665<br>WKN 111566 | Neuemission      | 26. Juli 2010      | 12 Monate<br>fällig 27. Juli 2011      | 4 Mrd. €             |
| Unverzinsliche<br>Schatzanweisung<br>ISIN DE0001115673<br>WKN 111567 | Neuemission      | 9. August 2010     | 6 Monate<br>fällig 09. Februar 2011    | ca. 5 Mrd. €         |
| Unverzinsliche<br>Schatzanweisung<br>ISIN DE0001115624<br>WKN 111562 | Aufstockung      | 16. August 2010    | 12 Monate<br>fällig 18. Mai 2011       | ca.2 Mrd.€           |
| Unverzinsliche<br>Schatzanweisung<br>ISIN DE0001115681<br>WKN 111568 | Neuemission      | 23. August 2010    | 12 Monate<br>fällig 24. August 2011    | ca. 4 Mrd. €         |
| Unverzinsliche<br>Schatzanweisung<br>ISIN DE0001115699<br>WKN 111569 | Neuemission      | 13. September 2010 | 6 Monate<br>fällig 13. März 2011       | ca. 5 Mrd. €         |
| Unverzinsliche<br>Schatzanweisung<br>ISIN DE0001115640<br>WKN 111564 | Aufstockung      | 20. September 2010 | 9 Monate<br>fällig 29. Juni 2011       | ca.2 Mrd.€           |
| Unverzinsliche<br>Schatzanweisung<br>ISIN DE0001115707<br>WKN 111570 | Neuemission      | 27. September 2010 | 12 Monate<br>fällig 28. September 2011 | ca. 4 Mrd. €         |
|                                                                      |                  |                    | 3. Quartal 2010 insgesamt              | ca. 33 Mrd. €        |

 $<sup>^1</sup> Volumen\ einschließlich\ Marktpflege quote.$ 

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

# Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Die deutsche Wirtschaft ist verhalten in das 3. Quartal gestartet.
- Die Abschwächung der industriellen Dynamik spiegelt teilweise einen Rückgang des außenwirtschaftlichen Expansionstempos wider.
- Die Konsumerholung dürfte sich angesichts positiver Arbeitsmarktdaten weiter festigen.
- Die Verbraucherpreisentwicklung verläuft weiterhin in ruhigen Bahnen.

Das Wirtschaftswachstum in Deutschland fiel im 2. Quartal außergewöhnlich kräftig aus. Der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 2,2% gegenüber der Vorperiode (preis-, kalenderund saisonbereinigt) wurde sowohl von der Außen- als auch von der Binnenwirtschaft getragen. Dabei trugen die Nettoexporte rein rechnerisch im Vorquartalsvergleich gut ein Drittel zum Wachstum bei. Der Beitrag der inländischen Verwendung fiel mit 1,3 Prozentpunkten wesentlich höher aus. Damit hat der konjunkturelle Aufschwung im Zuge einer deutlichen Ausweitung der Ausrüstungs- und Bauinvestitionen (saisonbereinigt + 4,4% beziehungsweise +5,2% gegenüber Vorquartal) sowie einer spürbaren Belebung der privaten Konsumnachfrage (+ 0,6 %) inzwischen merklich an Breite gewonnen.

Der Aufschwung dürfte sich im weiteren Jahresverlauf wahrscheinlich fortsetzen, jedoch mit deutlich geringerem Wachstumstempo. Auf die Fortsetzung des Aufschwungs deuten die meisten Wirtschaftsdaten hin, insbesondere die Stimmungsindikatoren sind der Tendenz nach klar aufwärtsgerichtet. Dennoch signalisieren im Monat Juli die verhaltene Entwicklung sowohl der industriellen Erzeugung als auch der Außenhandelstätigkeit, dass sich die konjunkturelle Dynamik in den Sommermonaten deutlich abgeschwächt hat.

Nach spürbarer Erhöhung im Frühjahr dieses Jahres ist das Expansionstempo im Außenhandel zu Beginn des 3. Quartals zurückgegangen. So waren die nominalen Warenexporte im Juli im Vormonatsvergleich nach zwei deutlichen monatlichen Anstiegen in Folge – erstmals wieder rückläufig. Im Zweimonatsdurchschnitt (Juni/Juli gegenüber April/Mai) sind die Warenausfuhren aber weiterhin klar aufwärtsgerichtet. Auch im Vorjahresvergleich zeigt sich nach wie vor eine ausgeprägte Erholungstendenz im Außenhandel. So lag das nominale Ausfuhrergebnis im Zeitraum Januar bis Juli dieses Jahres 18,3 % über dem Vorjahresniveau (Ursprungswerte). Die Ausfuhren in Drittländer wurden dabei mit + 26,0 % besonders deutlich gesteigert. Die Exporttätigkeit in den Nicht-Euroraum der Europäischen Union (+16,3%) sowie in den Euroraum (+ 12,6 %) verzeichnete zwar auch zweistellige Zuwachsraten, verlief aber weniger dynamisch. Dies spiegelt die anhaltende konjunkturelle Schwäche in einigen EU-Ländern wider.

Angesichts der nach wie vor aufwärtsgerichteten Grundtendenz der nominalen Warenausfuhren ist vorerst weiterhin mit spürbaren Wachstumsimpulsen von der Exporttätigkeit zu rechnen. Dies signalisiert auch der klare Aufwärtstrend der industriellen Auslandsnachfrage, der sich aus der insgesamt günstigen Entwicklung in allen

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Gütergruppen ergibt. Dieser Aufwärtstrend hat sich jedoch zuletzt abgeflacht. Hierin und in den zuletzt weniger optimistischen ifo-Exporterwartungen dürfte sich eine gewisse Abschwächung der globalen Wachstumsdynamik ausdrücken.

Die nominalen Warenimporte sanken im Juli gegenüber dem Vormonat um gut 2%. Auch bei den Wareneinfuhren zeigt sich jedoch im Zweimonatsvergleich nach wie vor ein deutlicher Aufwärtstrend. Insgesamt wurde im Zeitraum Januar bis Juli das Einfuhrergebnis des Vorjahres um knapp 18 % übertroffen.

Der Anstieg des Aufkommens der Einfuhrumsatzsteuer für den Zeitraum Januar bis August belegt ebenfalls die bisher insgesamt lebhafte Außenhandelstätigkeit (+31,6 % gegenüber dem Vorjahr).

Die aktuellen Industrieindikatoren zeigen, dass die deutsche Wirtschaft offenbar nur verhalten in das 3. Quartal gestartet ist. So hat sich der Aufwärtstrend der Industrieproduktion zuletzt spürbar abgeflacht. Die industrielle Erzeugung erreichte im Juli in saisonbereinigter Betrachtung lediglich das Niveau des Vormonats. Dabei war die Herstellung von Investitionsgütern rückläufig, während die Produktion in den anderen Gütergruppen leicht ausgeweitet wurde. Insgesamt zeigt die Industrieproduktion im Zweimonatsvergleich aber weiterhin einen klaren Aufwärtstrend.

Die industriellen Umsätze weisen ebenfalls auf eine inzwischen etwas ruhigere Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe hin. Im Juli wurde das Umsatzergebnis des Vormonats in saisonbereinigter Betrachtung insgesamt um gut ¾% unterschritten, wobei sowohl die Inlands- als auch die Auslandsumsätze rückläufig waren. Der Grundtendenz nach sind die Auslandsumsätze nun seitwärtsgerichtet. Dabei steht ein Abwärtstrend im Bereich der Investitionsgüter einem leichten Aufwärtstrend bei Vorleistungs- und Konsumgütern gegenüber. Dagegen steigen die Inlandsumsätze für alle drei Gütergruppen leicht an.

Mit Blick auf die spürbare Abschwächung der Industriekonjunktur steht insbesondere die verhaltene Produktionstätigkeit in der Industrie zu Beginn des 3. Quartals in deutlichem Kontrast zu der zuletzt überaus günstigen Entwicklung der meisten Stimmungsindikatoren. So konnte im Juli der stärkste Anstieg des ifo-Geschäftsklimaindex seit der deutschen Einheit verzeichnet werden, wozu die Umfragewerte für das Verarbeitende Gewerbe maßgeblich beitrugen. Auch beim Einkaufsmanagerindex fiel der Anstieg zu Beginn des 3. Quartals sehr deutlich aus, was u. a. auf eine Verbesserung des Teilindex für die Produktion zurückzuführen war. Vor dem Hintergrund dieser Umfrageergebnisse sowie der überaus dynamischen Entwicklung der Auftragseingänge im Vorquartal sind auch im 3. Quartal zunächst noch spürbare Wachstumsimpulse aus der Industrie zu erwarten.

Allerdings nahm das industrielle
Bestellvolumen im Juli im Vormonatsvergleich
deutlich ab. Der Rückgang stellt dabei zu
einem gewissen Teil eine Gegenbewegung
zur kräftigen Zunahme im Juni dar, die auf
einen überdurchschnittlichen Umfang an
ausländischen Großaufträgen im Bereich
der Investitionsgüter zurückzuführen war.
Die Inlandsnachfrage nach Industriegütern
zeigt sich weiterhin wenig dynamisch. Im
Zweimonatsvergleich ist sie aufgrund der
rückläufigen Entwicklung am aktuellen Rand
nun seitwärtsgerichtet.

Die Bauproduktion zeigt trotz eines leichten Anstiegs im Juli, nach zuvor zwei monatlichen Rückgängen in Folge, weiterhin eine Abwärtstendenz. Diese dürfte sich fortsetzen. Darauf deuten zumindest die vorlaufenden Indikatoren hin. So haben sich die ifo-Geschäftserwartungen im Bauhauptgewerbe zuletzt deutlich eingetrübt. Darüber hinaus waren die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe im 2. Quartal deutlich rückläufig (2. Quartal: saisonbereinigt - 4,4% gegenüber Vorquartal). Dies spricht dafür, dass die von den staatlichen Fördermaßnahmen bisher ausgehenden Impulse für die

 $Konjunkturent wicklung \ aus \ finanz politischer \ Sicht$ 

| Gesamtwirtschaft / Einkommen                          | 2009                 |                  | Veränderung in % gegenüber         |        |                             |         |        |            |
|-------------------------------------------------------|----------------------|------------------|------------------------------------|--------|-----------------------------|---------|--------|------------|
|                                                       | Mrd. €               |                  | Vorperiode saisonbereinigt Vorjahr |        |                             |         | r      |            |
|                                                       | bzw.Index            | ggü. Vorj. in%   | 4. Q.09                            | 1.Q.10 | 2.Q.10                      | 4. Q.09 | 1.Q.10 | 2.Q.10     |
| Bruttoinlandsprodukt                                  |                      |                  |                                    |        |                             |         |        |            |
| Vorjahrespreisbasis (verkettet)                       | 105,2                | -4,7             | +0,3                               | +0,5   | +2,2                        | -1,3    | +2,1   | +4,1       |
| jeweilige Preise                                      | 2 397                | -3,4             | +0,3                               | +0,6   | +2,3                        | +0,0    | +3,1   | +4,9       |
| Einkommen                                             |                      |                  |                                    |        |                             |         |        |            |
| Volkseinkommen                                        | 1 792                | -4,2             | +0,8                               | +2,2   | +1,5                        | +0,2    | +6,5   | +8,3       |
| Arbeitnehmerentgelte                                  | 1 226                | +0,2             | +0,2                               | +1,1   | +0,9                        | -0,6    | +1,3   | +2,5       |
| Unternehmens- und                                     |                      |                  |                                    |        |                             |         |        |            |
| Vermögenseinkommen                                    | 566                  | -12,6            | +2,1                               | +4,5   | +2,6                        | +1,9    | +17,3  | +21,9      |
| Verfügbare Einkommen                                  |                      |                  |                                    |        |                             |         |        |            |
| der privaten Haushalte                                | 1 554                | -1,0             | +0,2                               | +1,0   | +0,5                        | -0,7    | +1,8   | +1,5       |
| Bruttolöhne ugehälter                                 | 992                  | -0,2             | +0,5                               | +0,7   | +1,1                        | -0,7    | +1,2   | +2,5       |
| Sparen der privaten Haushalte                         | 177                  | -5,7             | -0,7                               | +7,3   | -2,1                        | -7,8    | +5,5   | +4,5       |
| Außenhandel / Umsätze / Produktion / Auftragseingänge |                      | 2009             | -,-                                | ,.     | Veränderung i               |         |        | ,,         |
| , iai ti agoeii igai ige                              |                      |                  | Vorperiode saisonbereinigt         |        |                             | Vorjahr |        |            |
|                                                       | Mrd. €<br>bzw. Index | ggü.Vorj.<br>in% | Jun 10                             | Jul 10 | Zweimonats-<br>durchschnitt | Jun 10  | Jul 10 | Zweimonats |
| in jeweiligen Preisen                                 |                      |                  |                                    |        |                             |         |        |            |
| Umsätze im Bauhauptgewerbe (Mrd.<br>€)                | 82                   | -4,0             | +0,0                               |        | +6,2                        | +2,7    |        | +0,9       |
| Außenhandel (Mrd. €)                                  |                      |                  |                                    |        |                             |         |        |            |
| Waren-Exporte                                         | 803                  | -18,4            | +3,7                               | -1,5   | +6,8                        | +28,4   | +18,7  | +23,5      |
| Waren-Importe                                         | 667                  | -17,2            | +1,6                               | -2,2   | +7,0                        | +31,4   | +24,9  | +28,1      |
| in konstanten Preisen von 2005                        |                      |                  |                                    |        |                             |         |        |            |
| Produktion im Produzierenden                          | 94,3                 | -15,5            | -0,6                               | +0,1   | +0,9                        | +10,6   | +11,3  | +11,0      |
| Gewerbe (Index 2005 = 100) <sup>1</sup>               |                      |                  |                                    |        |                             |         |        |            |
| Industrie <sup>2</sup>                                | 93,7                 | -17,3            | -0,3                               | +0,0   | +1,3                        | +12,3   | +12,9  | +12,6      |
| Bauhauptgewerbe                                       | 108,2                | -0,0             | -0,8                               | +0,9   | -1,3                        | +3,6    | +5,9   | +4,8       |
| Umsätze im<br>Produzierenden Gewerbe <sup>1</sup>     |                      |                  |                                    |        |                             |         |        |            |
| Industrie (Index 2005 = 100) <sup>2</sup>             | 92,9                 | -17,6            | -0,6                               | -0,8   | +0,5                        | +10,5   | +10,2  | +10,3      |
| Inland                                                | 93,1                 | -14,4            | +0,6                               | -1,1   | +1,1                        | +6,4    | +7,4   | +6,9       |
| Ausland                                               | 92,6                 | -21,0            | -1,9                               | -0,4   | -0,1                        | +15,7   | +13,4  | +14,6      |
| Auftragseingang                                       | , -                  |                  | ,-                                 |        |                             |         |        | ,-         |
| (Index 2005 = 100) <sup>1</sup>                       |                      |                  |                                    |        |                             |         |        |            |
| Industrie <sup>2</sup>                                | 87,3                 | -21,6            | +3,6                               | -2,2   | +2,4                        | +24,5   | +17,6  | +21,0      |
| Inland                                                | 88,6                 | -18,2            | +0,1                               | -0,3   | -0,3                        | +19,9   | +9,6   | +14,5      |
| Ausland                                               | 86,1                 | -24,4            | +6,6                               | -3,7   | +4,7                        | +28,5   | +25,3  | +27,0      |
| Bauhauptgewerbe                                       | 95,7                 | -6,9             | -2,0                               |        | -6,7                        | -1,0    |        | -0,6       |
| Umsätze im Handel<br>(Index 2005=100)                 |                      |                  |                                    |        |                             |         |        |            |
| Einzelhandel<br>(ohne Kfz und mit Tankstellen)        | 96,6                 | -2,5             | -0,3                               | -0,3   | +0,4                        | +4,7    | +0,8   | +2,7       |
| Handel mit Kfz                                        | 93,6                 | +0,6             | +2,9                               | +1,3   | +2,5                        | -4,3    | -8,1   | -6,2       |

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

### Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

| Arbeitsmarkt                                  | ;                         | 2009                            |                            | Veränderung in Tsd. gegenüber |         |         |        |        |  |
|-----------------------------------------------|---------------------------|---------------------------------|----------------------------|-------------------------------|---------|---------|--------|--------|--|
|                                               | Personen                  | aaii Vari in %                  | Vorperiode saisonbereinigt |                               |         | Vorjahr |        |        |  |
|                                               | Mio.                      | ggü. Vorj. in %                 | Jun 10                     | Jul 10                        | Aug 10  | Jun 10  | Jul 10 | Aug 10 |  |
| Arbeitslose<br>(nationale Abgrenzung nach BA) | 3,42                      | +4,8                            | -22                        | -21                           | -17     | -257    | -271   | -283   |  |
| Erwerbstätige, Inland                         | 40,27                     | -0,0                            | +26                        | +13                           |         | +124    | +137   |        |  |
| sozialversicherungspflichtig<br>Beschäftigte  | 27,38                     | -0,3                            | +28                        |                               |         | +284    |        |        |  |
| Preisindizes                                  |                           | 2009 Veränderung in % gegenüber |                            |                               | er      |         |        |        |  |
| 2005=100                                      |                           | ggü. Vorj. in %                 | Vorperiode                 |                               | Vorjahr |         |        |        |  |
|                                               | Index                     | ggu. voij. III /s               | Jun 10                     | Jul 10                        | Aug 10  | Jun 10  | Jul 10 | Aug 10 |  |
| Importpreise                                  | 100,5                     | -8,6                            | +0,9                       | -0,2                          |         | +9,1    | +9,9   |        |  |
| Erzeugerpreise gewerbl. Produkte              | 108,0                     | -4,2                            | +0,6                       | +0,5                          |         | +1,7    | +3,7   |        |  |
| Verbraucherpreise                             | 107,0                     | +0,4                            | +0,1                       | +0,3                          | +0,0    | +0,9    | +1,2   | +1,0   |  |
| ifo-Geschäftsklima<br>gewerbliche Wirtschaft  | sais on bereinigte Salden |                                 |                            |                               |         |         |        |        |  |
|                                               | Jan 10                    | Feb 10                          | Mrz 10                     | Apr 10                        | Mai 10  | Jun 10  | Jul 10 | Aug 10 |  |
| Klima                                         | -8,8                      | -10,0                           | -4,1                       | +2,7                          | +2,5    | +3,0    | +11,6  | +12,6  |  |
| Geschäftslage                                 | -20,7                     | -23,2                           | -14,2                      | -4,9                          | -4,7    | -1,3    | +9,6   | +12,3  |  |
| Geschäftserwartungen                          | +3,8                      | +4,3                            | +6,5                       | +10,6                         | +9,9    | +7,4    | +13,6  | +12,9  |  |

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Veränderungen gegenüber Vorjahr aus saisonbereinigten Zahlen berechnet.

 $Quellen: Statistisches \, Bundesamt, \, Deutsche \, Bundesbank, \, if o\text{-}Institut.$ 

Bauwirtschaft damit im weiteren Jahresverlauf allmählich nachlassen dürften.

Die Konsumerholung dürfte sich festigen und zu einer weiteren Belebung der Binnennachfrage beitragen. Darauf deutet die Gesamtheit der relevanten Indikatoren hin. Zwar sind Einzelhandelsumsätze (ohne Kfz) im Juli leicht zurückgegangen. Die Umsätze im Kfz-Handel sind jedoch deutlich aufwärtsgerichtet. Angesichts der Zunahme der Neuzulassungen privater Pkw im August dürfte sich dieser Aufwärtstrend fortsetzen. Gestützt wird die Erwartung einer günstigen Entwicklung der Privaten Konsumausgaben durch einen Anstieg der nominalen Nettolöhne und -gehälter im 2. Quartal 2010 um saison- und kalenderbereinigt 1,2% gegenüber dem Vorquartal. Auch die Stimmungsindikatoren deuten auf eine zunehmende Konsumtätigkeit der privaten Haushalte hin. So verbesserten sich sowohl der GfK-Indikator Konsumklima als auch

das ifo-Geschäftsklima im Einzelhandel zuletzt deutlich. Darüber hinaus dürften das anhaltend milde Preisklima sowie die erneute Verbesserung der Situation auf dem Arbeitsmarkt die Erholung des privaten Konsums weiterhin begünstigen.

So nahm die Zahl der registrierten Arbeitslosen (nach Ursprungszahlen) im August im Vergleich zum Vorjahr um 283 000 Personen auf 3,19 Millionen Personen ab. Die entsprechende Arbeitslosenquote sank im gleichen Zeitraum um 0,7 Prozentpunkte auf 7,6%. Gegenüber dem Vormonat verringerte sich die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl ebenfalls merklich. Die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl liegt nunmehr nur noch leicht über dem Tiefstand vom Oktober 2008.

Die saisonbereinigte Zahl der Erwerbstätigen (Inlandskonzept) stieg im Juli gegenüber dem Vormonat erneut an. Mit einer Zunahme der

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup>Ohne Energie

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Erwerbstätigenzahl (nach Ursprungswerten) um 137 000 Personen auf 40,35 Millionen Personen wurde im Juli der entsprechende Vorjahresstand spürbar überschritten.

Die sozialversicherungspflichtige
Beschäftigung nahm im Juni in
saisonbereinigter Betrachtung zu. Damit
wird der Höchststand vom Oktober 2008
inzwischen um 93 000 Personen überschritten.
Im Vergleich zum Vorjahr wurde die
sozialversicherungspflichtige Beschäftigung
(nach Ursprungswerten) ebenfalls spürbar
ausgeweitet. Dies war sowohl auf einen
Anstieg der Teilzeitbeschäftigung (rund
+ 174 000 gegenüber dem Vorjahr) als auch
der Vollzeitbeschäftigung (rund + 109 000)
zurückzuführen.

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung erfuhr im Vorjahresvergleich einen spürbaren Zuwachs bei den Arbeitnehmerüberlassungen und in Dienstleistungsbranchen wie z. B. Gesundheitsund Sozialwesen sowie Erziehung und Unterricht. Im Verarbeitenden Gewerbe wird immer noch Beschäftigung abgebaut, aber in deutlich geringerer Zahl als während der Krise. In diesem Wirtschaftsbereich zeigt sich die positive Wirkung des Aufschwungs besonders anhand der Zunahme der geleisteten Arbeitszeit je Erwerbstätigem: Kurzarbeit wird abgebaut, und die Wochenarbeitszeit steigt allmählich wieder an. Die Zahl der konjunkturell bedingten Kurzarbeiter für alle Wirtschaftsbereiche erreichte im Juni 2010 hochgerechnet nur noch ein gutes Viertel des Höhepunktes der Inanspruchnahme vom Mai 2009 (rund 406 000 Personen nach 1,52 Mio. Personen im Mai 2009).

Der Arbeitsmarkt dürfte auch im weiteren Jahresverlauf von dem konjunkturellen Aufschwung profitieren, wenngleich dieser eine ruhigere Gangart eingelegt hat. Dafür spricht die zunehmende Arbeitsnachfrage, die sich u. a. in dem BA-X-Stellenindex widerspiegelt, der inzwischen wieder das Vorkrisenniveau erreicht hat. Darüber hinaus planen die vom ifo-Institut befragten

Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes und des Dienstleistungsbereiches zunehmend Beschäftigung aufzubauen Auch aus der Umfrage unter Einkaufsmanagern hatte sich zu Beginn des Monats ein ähnliches Bild ergeben.

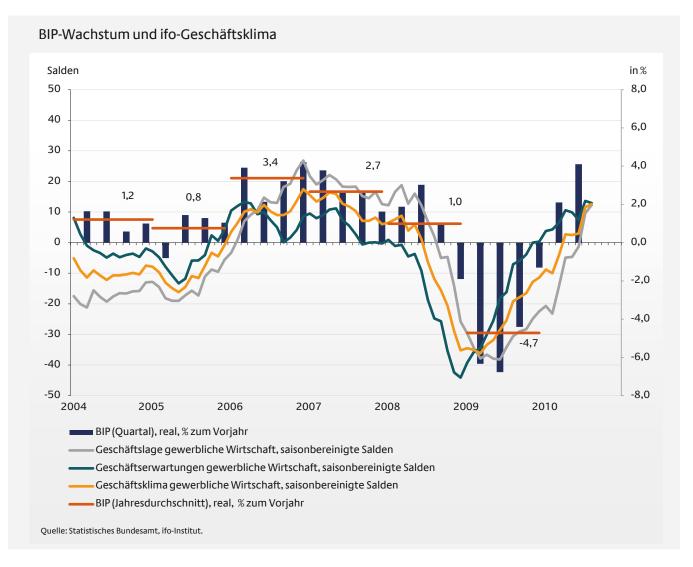
Die Entwicklung des Verbraucherpreisindex (VPI) für Deutschland blieb auch im August mit einer jährlichen Teuerungsrate von 1,0 % moderat. Im Vergleich zum Vormonat veränderte sich der Verbraucherpreisindex nicht. Der Preisniveauanstieg im Vorjahresvergleich wurde weiterhin maßgeblich von der Verteuerung von Heizöl (+15,6%) und Kraftstoffen (+5,3%) geprägt. Auch Strompreise stiegen an (+3,3%). Die Preise für Nahrungsmittel nahmen ebenfalls binnen Jahresfrist überdurchschnittlich zu (+2,8%). Ohne Berücksichtigung von Energie und Nahrungsmitteln hätte der jährliche Preisanstieg bei 0,7% gelegen. Wie in den vergangenen Monaten dämpften rückläufige Preise bei Gas sowie bei Umlagen für Zentralheizung und Fernwärme den Verbraucherpreisanstieg. Insgesamt bewegt sich die jährliche Teuerungsrate damit seit Beginn dieses Jahres nahe dem Wert von 1%. Der Anstieg des Rohölpreises im Vorjahresvergleich schlägt sich deutlich in den Preisen für Mineralölerzeugnisse sowohl auf der Verbraucherstufe als auch auf den vorgelagerten Produktionsstufen nieder.

So ist der Anstieg der Importpreise (+ 9,9 % gegenüber dem Vorjahr) vor allem durch höhere Preisniveaus für Rohöl (+ 35,4 %) geprägt. Importpreise für Mineralölerzeugnisse (+ 27,5 %) und Erdgas (+ 29 %) zogen ebenfalls kräftig an. Ohne Rohöl und Mineralölerzeugnisse lagen die Importpreise im Juli noch um 7,5 % über dem entsprechenden Vorjahresniveau. Dies ist auf eine spürbare Verteuerung von nichtenergetischen Rohstoffen im Vergleich zum Vorjahr zurückzuführen. Bei Nahrungsmitteln fiel insbesondere die Preissteigerung bei Rohkaffee mit 37,1% besonders kräftig aus.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Auch der Anstieg der Erzeugerpreise im Juli (+3,7% gegenüber dem Vorjahr) war vor allem durch hohe Preissteigerungen bei Energiegütern geprägt. Preise für Mineralölerzeugnisse zeigten dabei den höchsten Anstieg (+16,7%). Stromerzeugung (+3,6%) und Erdgasherstellung (+6,8%) waren ebenfalls teuerer als vor einem Jahr. Ohne Berücksichtigung von Energie lag das Niveau der Erzeugerpreise im Juli um 2,4% über dem entsprechenden Vorjahresniveau. Erzeugerpreise für Vorleistungsgüter stiegen um 5,5 % an. Eine höhere Jahresteuerungsrate hatte es hier letztmalig im März 2007 gegeben. Preise für Verbrauchsgüter erhöhten sich nur leicht.

Der Anstieg der Preise für Mineralöl- und Mineralölprodukte sowie der spürbare Aufwärtstrend der Importpreise für nichtenergetische Rohstoffe dürften insbesondere auf die Erholung der Weltwirtschaft zurückzuführen sein. Im Zuge einer Fortsetzung der konjunkturellen Aufwärtsbewegung dürfte es im weiteren Jahresverlauf in Deutschland wieder zu etwas höheren Preissteigerungsraten auf der Verbraucherstufe kommen. Allerdings dürfte es angesichts der gerade erst sichtbar gewordenen Erholungstendenz beim privaten Konsum für die Unternehmen noch schwierig sein, die Preissteigerungen auf der Produktionsstufe auf die Verbraucherstufe zu überwälzen.

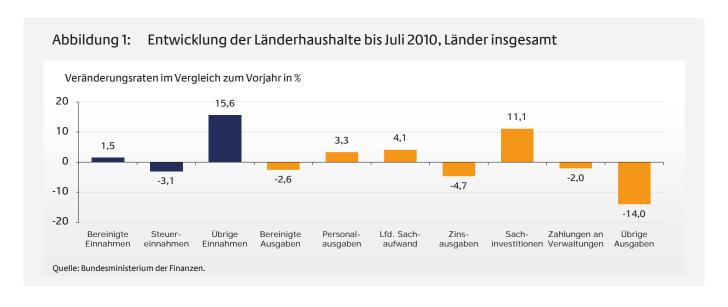


Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2010

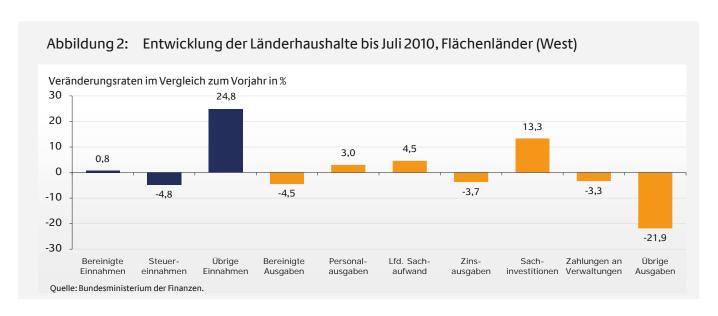
# Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2010

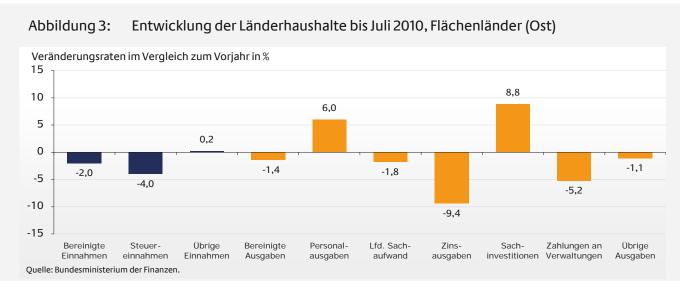
Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder bis einschließlich Juli 2010 vor.

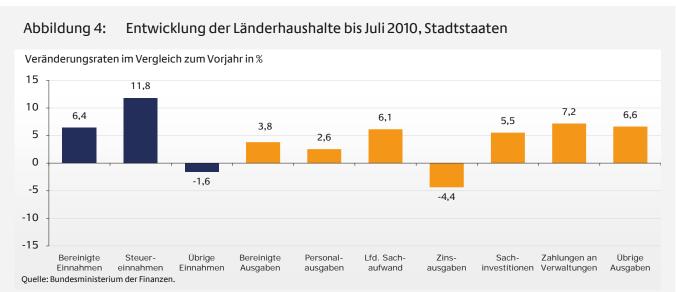
Die Einnahmen der Länder insgesamt erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um + 1,5 %, während sich die Ausgaben um - 2,6 % verringerten. Bei den Steuereinnahmen konnten nur die Stadtstaaten einen deutlichen Zuwachs (+11,8%) gegenüber dem Vorjahreszeitraum verzeichnen, die Flächenländer wiesen dagegen einen Rückgang aus (Flächenländer West - 4,8%, Flächenländer Ost - 4,0%). Das Finanzierungsdefizit der Ländergesamtheit betrug am Ende des Berichtszeitraums rund - 14,7 Mrd. € und lag damit rund 6,4 Mrd. € günstiger als der entsprechende Vorjahreswert. In den Haushaltsansätzen sehen die Länder insgesamt für 2010 einen Finanzierungssaldo von rund - 31,7 Mrd. € vor.



Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2010







EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

# Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

### Rückblick auf den ECOFIN-Rat am 7. September 2010 in Brüssel

### Rechtsetzungspaket zur EU-Finanzaufsicht

Das Rechtsetzungspaket zur EU-Finanzaufsicht besteht aus insgesamt sechs Rechtstexten. Zwei EU-Verordnungen betreffen die Errichtung eines Europäischen Ausschusses für Systemrisiken (ESRB) sowie die Übertragung der Sekretariatsaufgaben dieses Ausschusses auf die EZB. Drei EU-Verordnungen betreffen die Schaffung von drei neuen Europäischen Aufsichtsbehörden (ESAs) im Banken-, Versicherungs- und Wertpapiersektor. Schließlich werden mit der sogenannten Omnibusrichtlinie I elf Richtlinien im Banken-, Versicherungs- und Wertpapiersektor (z. B. Bankenrichtlinie) an die Errichtung der neuen EU-Aufsichtsstrukturen angepasst.

Im ECOFIN-Rat im Dezember 2009 hatten sich die Mitgliedstaaten auf einen Kompromiss geeinigt, bei dem sie u. a. zum Schutz des Haushaltsrechts der nationalen Parlamente einen detaillierten Entscheidungsmechanismus für den Widerspruch eines Mitgliedstaates wegen haushaltspolitischer Auswirkungen vereinbarten. Die Trilogverhandlungen zwischen Europäischem Parlament, Rat und Europäischer Kommission haben sich angesichts der weit auseinander liegenden Positionen von Rat und EP sehr schwierig gestaltet. Um an das EP ein klares Signal zu senden, dass eine Einigung zeitnah möglich ist, haben die Mitgliedstaaten im ECOFIN-Rat am 13. Juli 2010 der Ratspräsidentschaft einvernehmlich ein neues Verhandlungsmandat erteilt. Auf Grundlage dieses Mandats hat die Ratpräsidentschaft die Trilogverhandlungen weitergeführt und am 2. September 2010 zum Abschluss gebracht. Die ECOFIN-Minister haben die Einigung zur ESRB- und zur EBA-Verordnung (EU-Bankenaufsichtsbehörde)

gebilligt. Durch die gefundene Einigung wird sichergestellt, dass zum 1. Januar 2011 EU-Aufsichtsstrukturen geschaffen werden, die einen Beitrag zur Sicherung der Finanzstabilität und zur Verbesserung der Qualität und Kohärenz der Aufsicht in der EU leisten werden. Auf europäischer Ebene wird damit ein wichtiger Schritt unternommen, die Finanzaufsicht in Europa zu stärken und besser zu verzahnen. Dies ist ein zentrales Element für die Stabilität des gesamten Finanzsystems und für mehr Kontrolle auf den Finanzmärkten. Das Vorhaben steht in einer Linie mit dem G20-Beschluss, einen stärkeren, global konsistenteren Aufsichts- und Regulierungsrahmen für den Finanzsektor aufzubauen.

Im Einzelnen sieht der Kompromiss folgendes vor:

- ESRB: Es wird ein Europäischer Ausschuss für Systemrisiken (ESRB) errichtet. Der ESRB wird die Stabilität des gesamten Finanzsystems überwachen. Das Sekretariat des ESRB wird bei der EZB in Frankfurt am Main angesiedelt werden. Der EZB-Präsident wird für die ersten fünf Jahre Vorsitzender des ESRB. Nach drei Jahren muss neu geregelt werden, wie der Vorsitz nach Ablauf der ersten fünf Jahre bestimmt werden soll.
- EU-Aufsichtsbehörden: Es wird ein Europäisches Finanzaufsichtssystem geschaffen, in dem die nationalen Aufseher mit drei neuen EU-Aufsichtsbehörden im Banken-, Versicherungs- und Wertpapiersektor vernetzt werden.
- Standorte: Die EU-Aufsichtsbehörden werden ihre Standorte in London (EU-Bankaufsichtsbehörde), Frankfurt am Main (EU-Versicherungsaufsichtsbehörde) und

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

- Paris (EU-Wertpapieraufsichtsbehörde) haben. In drei Jahren wird geprüft, ob eine Zusammenführung der EU-Aufsichtsbehörden an einem Standort sinnvoll ist.
- Nationale Aufsichtsbehörden: Im Europäischen Finanzaufsichtssystem werden die nationalen Aufsichtsbehörden weiterhin die operative Aufsicht über Finanzinstitute ausüben. Die EU-Aufsichtsbehörden werden hingegen vornehmlich harmonisierende Aufgaben wahrnehmen, um die Zusammenarbeit der nationalen Aufseher zu intensivieren und insbesondere ein einheitliches Aufsichtshandeln sicherzustellen.
- Aufgaben: Die Aufgaben der EU-Aufsichtsbehörden schließen die Entwicklung technischer Standards sowie den Erlass bindender Entscheidungen ein. Bindende Entscheidungen können die EU-Aufsichtsbehörden im Fall von EU-Rechtsverletzungen, in Krisensituationen und zur Streitbeilegung zwischen nationalen Aufsehern treffen. Die bindenden Entscheidungen der EU-Aufsichtsbehörden richten sich zunächst an die nationalen Aufseher. Kommen die nationalen Aufseher den Entscheidungen nicht nach, können die EU-Aufsichtsbehörden in den genannten drei Fällen jedoch direkt gegenüber den Finanzinstituten einschreiten. In Krisenfällen soll es diese sogenannten Durchgriffsrechte auf Finanzinstitute aber nur geben, wenn eine wesentliche Verletzung des EU-Rechts vorliegt und die Beseitigung dringend erforderlich ist.
- Erklärung der Krisensituation: Bevor die ESAs in Krisenfällen aktiv werden dürfen, bedarf es zunächst einer Erklärung, dass eine Krisensituation vorliegt. Diese Erklärung wird durch den ECOFIN-Rat nach Konsultation mit der Europäischen Kommission, dem ESRB und gegebenenfalls den ESAs erfolgen.

- Verbot von Finanzaktivitäten: Die EU-Aufsichtsbehörden können ferner bestimmte Finanztransaktionen oder Finanzprodukte zeitlich beschränkt verbieten, wenn dies zum Schutz der Finanzstabilität oder der Integrität und Funktionsweise der Finanzmärkte erforderlich ist.
- Haushaltsrecht der nationalen Parlamente: Schließlich war aus deutscher Sicht wichtig, dass der Kompromiss weiterhin das Haushaltsrecht der nationalen Parlamente respektiert, indem die Schutzklausel beibehalten wurde, die vorsieht, dass die Mitgliedstaaten gegen die Entscheidungen der EU-Aufsichtsbehörden in Krisenfällen oder zur Streitbeilegung Widerspruch einlegen können, wenn diese Entscheidungen die haushaltspolitische Zuständigkeit der Mitgliedstaaten berühren.

### **Europäisches Semester**

Mit der Einführung eines sogenannten EU-Semesters ab dem Jahr 2011 soll vor Abschluss der nationalen Haushaltsverfahren die Möglichkeit zur Stellungnahme der EU-Partner geschaffen werden, ohne die Haushaltssouveränität der nationalen Parlamente anzutasten. So sollen die EU-Mitgliedstaaten ihre Stabilitäts- und Konvergenzprogramme und ihre Nationalen Reformprogramme zeitgleich vorlegen. Dies wird wesentlich zu einer höheren Transparenz und einer besseren Vergleichbarkeit der Haushalte der Mitgliedstaaten beitragen. Die Minister begrüßten die erzielte Einigung.

### Bankenabgabe

Am 26. Mai 2010 hat die Europäische Kommission in einer Mitteilung vorgeschlagen, von den Banken finanzierte Bankenrettungsfonds einzurichten. Damit soll sichergestellt werden, dass sich Banken an den Kosten künftiger Krisen beteiligen. Die

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Staats- und Regierungschefs waren sich beim Europäischen Rat im Juni 2010 einig, dass die Mitgliedstaaten Systeme für Abgaben und Steuern für Finanzinstitute einführen sollten, damit für eine gerechte Lastenverteilung gesorgt wird und damit Anreize für eine Eindämmung der Systemrisiken geschaffen werden. Diese Abgaben und Steuern sollten Teil eines glaubwürdigen Rahmens für Rettungsmaßnahmen sein.

Die ECOFIN-Minister führten zum Thema Bankenabgabe einen ersten Gedankenaustausch. Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble erläuterte zur deutschen Bankenabgabe, dass beim deutschen Gesetzentwurf darauf geachtet worden sei, dass eine Anpassung an künftige EU-Rahmenvorgaben leicht erfolgen könne. Auch sei wichtig gewesen, Doppelbelastungen von Banken zu vermeiden. Dies sei aus deutscher Sicht auch ein zentraler Punkt. dem es bei einer EU-Regelung Rechnung zu tragen gelte. In der Diskussion wurde deutlich, dass bei der Ausgestaltung auf Flexibilität zu achten ist, damit nationale Besonderheiten berücksichtigt werden können. Dies gilt insbesondere zur Frage der Verwendung der Mittel einer Bankenabgabe. Die Kommission kündigte an, die Anregungen bei der Erstellung der für Oktober vorgesehenen Mitteilung für ein EU-Krisenmanagement, einschließlich einer Bankenabgabe, zu berücksichtigen.

Die belgische Präsidentschaft möchte die Diskussion beim informellen ECOFIN-Rat am 30. September bis 1. Oktober 2010 fortsetzen, auch um dem Europäischen Rat im Oktober Bericht zu erstatten.

### **Finanztransaktionssteuer**

Die ECOFIN-Minister hatten einen ersten Meinungsaustausch zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Die Diskussion war

von Deutschland und Frankreich angestoßen worden. Die Europäische Kommission hatte hierzu ein informelles Papier vorgelegt, in dem sie sowohl eine mögliche Finanzaktivitätsteuer als auch eine Finanztransaktionssteuer untersucht. Im Zentrum der Erörterung stand jedoch die Finanztransaktionssteuer. Mehrere Minister äußerten sich skeptisch zur Einführung einer Finanztransaktionsteuer und verwiesen auf zu erwartende Abwanderungen von Finanzmarkttransaktionen. Eine europäische Finanztransaktionssteuer hätte zur Folge, dass erhebliche Marktanteile in die USA ausgelagert würden. Außerdem würde die Finanztransaktionssteuer die Liquidität der Märkte einschränken, genau dies sei gegenwärtig jedoch kontraproduktiv. Frankreich und Deutschland unterstützen grundsätzlich die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Mehrere Mitgliedstaaten zeigten sich offen.

In der Diskussion wies Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble auf die Meinung in der Bevölkerung hin, dass der Finanzsektor gegenwärtig einen zu geringen Beitrag leiste. Das Steuersystem müsse Gerechtigkeitsüberlegungen aufgreifen. Auch das Ziel, mit den zu erzielenden Mitteln die notwendige Konsolidierung der nationalen öffentlichen Haushalte zu erleichtern, sei gerechtfertigt. Als Lehre aus der Finanzkrise gelte es zudem, der Tendenz der Finanzmärkte zur Übertreibung entgegenzuwirken. Dafür sei die Finanztransaktionssteuer ein diskussionswürdiges Instrument. Bei der Sorge um die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Finanzmärkte dürfe man nicht übersehen, dass die USA viel engagierter für einen Finanzbeitrag des Finanzsektors einträten.

Die belgische Präsidentschaft hat angekündigt, dass Thema beim informellen ECOFIN am 30. September bis 1. Oktober 2010 erneut aufzugreifen.

TERMINE, PUBLIKATIONEN

# Termine, Publikationen

### Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

| 30. September/1. Oktober 2010 | Informeller ECOFIN in Brüssel                                   |
|-------------------------------|-----------------------------------------------------------------|
| 8. Oktober 2010               | Gemeinsame Jahresversammlung von IWF und Weltbank in Washington |
| 8./9. Oktober 2010            | G7-Finanzministertreffen in Washington                          |
| 18./19. Oktober 2010          | Eurogruppe und ECOFIN in Luxemburg                              |
| 22./23. Oktober 2010          | G20-Finanzministertreffen in Gyeongju/Korea                     |
| 11./12. November 2010         | G20-Gipfeltreffen in Seoul/Korea                                |
| 16./17. November 2010         | Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel                                |

### Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2011

| 4. bis 6. Mai 2010                  | Steuerschätzung                          |
|-------------------------------------|------------------------------------------|
| bis 25. Juni 2010                   | Regierungsinterne Haushaltsverhandlungen |
| 2. Juli 2010                        | Zuleitung an Kabinett                    |
| 7. Juli 2010                        | Kabinettbeschluss                        |
| 13. August 2010                     | Zuleitung an Bundestag und Bundesrat     |
| 14. bis 17. September 2010          | 1. Lesung Bundestag                      |
| 24. September 2010                  | 1. Beratung Bundesrat                    |
| 27. September bis 10. November 2010 | Beratungen im Haushaltsausschuss         |
| 15. Oktober 2010                    | Stabilitätsrat                           |
| 11. November 2010                   | Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss   |
| 23. bis 26. November 2010           | 2./3. Lesung Bundestag                   |
| 17. Dezember 2010                   | 2. Beratung Bundesrat                    |
| Ende Dezember 2010                  | Verkündung im Bundesgesetzblatt          |
|                                     |                                          |

TERMINE, PUBLIKATIONEN

# Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

| Monatsbericht Ausgabe | Berichtszeitraum | Veröffentlichungszeitpunkt |  |  |
|-----------------------|------------------|----------------------------|--|--|
| Oktober 2010          | September 2010   | 21. Oktober 2010           |  |  |
| November 2010         | Oktober 2010     | 22. November 2010          |  |  |
| Dezember 2010         | November 2010    | 20. Dezember 2010          |  |  |

### Publikationen des BMF

#### Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen

Referat Bürgerangelegenheiten

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

buergerreferat@bmf.bund.de

www.bundesfinanzministerium.de

#### Zentraler Bestellservice:

Telefon: 01805 / 77 80 90<sup>1</sup> Telefax: 01805 / 77 80 94<sup>1</sup>

 $^1$  Jeweils 0,14  $\,{\in}\,/$  Min. aus dem Festnetz der Telekom, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

#### Internet

http://www.bundesfinanzministerium.de

http://www.bmf.bund.de

# Analysen und Berichte

| Ohne Finanzmarktreformen keine Lösung der europäischen Staatsschuldenkrise | 36 |
|----------------------------------------------------------------------------|----|
| Bundespolitik und Kommunalfinanzen                                         | 40 |
| Transparenz von privaten Riester- und Basisrentenprodukten                 | 52 |
| Europäische Union – von der Konjunkturstützung zur Haushaltskonsolidierung |    |
| Analyse und Prognose des Spar- und Konsumverhaltens privater Haushalte     |    |

Ohne Finanzmarktreformen keine Lösung der europäischen Staatsschuldenkrise

# Ohne Finanzmarktreformen keine Lösung der europäischen Staatsschuldenkrise

# Brief des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen an den Minister Dr. Wolfgang Schäuble<sup>1</sup>

In den letzten Monaten haben die Länder der Europäischen Währungsunion in Kooperation mit dem IWF eine Reihe weitreichender Maßnahmen getroffen, um hochverschuldete Mitgliedstaaten zu unterstützen. Bisheriger Höhepunkt war die Schaffung eines Rettungsschirms im Volumen von 750 Mrd. €. Das hat an den Kapitalmärkten dazu geführt, dass sich die Kurse der Staatsanleihen hochverschuldeter Mitaliedstaaten des Euroraumes zunächst stabilisiert haben. Dafür wurde jedoch ein hoher Preis gezahlt. Die No-Bailout-Klausel, einer der Grundpfeiler der Währungsunion, wurde zumindest vorübergehend außer Kraft gesetzt. Diejenigen, die bereits hochverschuldeten Mitgliedstaaten weitere Kredite zu entsprechend hohen Zinsen gegeben haben, und Spekulanten, die auf eine Rettungsaktion gesetzt haben, wurden belohnt. Das ging allerdings auf Kosten der Steuerzahler in niedriger verschuldeten Ländern, die zumindest ein hohes Risiko eingehen, am Ende zur Kasse gebeten zu werden.

Diese Notoperation hat deutlich gemacht, dass die Europäische Währungsunion auf Verschuldungskrisen einzelner Mitgliedstaaten nicht angemessen vorbereitet war, obwohl die Möglichkeit derartiger Krisen bei der Gründung der Union durchaus Gegenstand ausführlicher Debatten gewesen ist und der Stabilitäts- und Wachstumspakt

Die Schaffung des Rettungsschirms, der zunächst bis zum Jahr 2015 bestehen soll, wirft die Frage auf, ob die No-Bailout-Klausel künftig wieder Bestand haben wird. Vor allem in Deutschland, aber auch in anderen Ländern der Eurozone wird öffentlich diskutiert, ob sich die Währungsunion zu einer Transfergemeinschaft entwickelt, in der einzelne Mitgliedstaaten die Kosten übermäßiger Verschuldung auf andere abwälzen können. Die Regierungen der Mitgliedstaaten und die Europäische Kommission versichern jedoch, dass die Verantwortung einzelner Länder für ihre Schulden aufrechterhalten werden müsse. Derzeit werden auf europäischer Ebene unterschiedliche Vorschläge für eine Reform der fiskalpolitischen Regeln in der Eurozone kontrovers diskutiert.

Um zu identifizieren, wo Reformen ansetzen müssen, ist es zunächst notwendig zu klären, warum die bisher geltenden Regeln des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes und die No-Bailout-Klausel umgangen wurden. Von zentraler Bedeutung ist, warum man sich entschieden hat, sich über die No-Bailout-Klausel hinwegzusetzen. Hauptgrund dafür war die Sorge, dass eine Zahlungsunfähigkeit eines einzelnen Mitgliedstaats eine neuerliche Bankenkrise und eine Kettenreaktion auslösen könnte, in deren Verlauf auch andere hochverschuldete Mitgliedstaaten das Vertrauen der Kapitalanleger verlieren.

Dass die Zahlungsunfähigkeit eines einzelnen, noch dazu recht kleinen Mitgliedstaats eine

eigens dafür konstruiert war, derartige Verschuldungskrisen zu verhindern.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Der Brief des Wissenschaftlichen Beirats ist als Beitrag zum allgemeinen Diskurs zu verstehen. Er gibt nicht notwendigerweise die Meinung des Bundesministeriums der Finanzen wieder.

Ohne Finanzmarktreformen keine Lösung der europäischen Staatsschuldenkrise

Bankenkrise auslöst, wäre zu erwarten, wenn einzelne Banken ihre Kapitalanlagen so stark in Anleihen des betreffenden Staats konzentriert haben und dies so wenig mit Eigenkapital unterlegt ist, dass diese Banken durch eine Insolvenz des Mitgliedstaats selbst insolvent zu werden drohen. In einem gesunden Finanzmarktumfeld stellt die Insolvenz und nachfolgende Umschuldung eines kleinen oder mittelgroßen Mitglieds der Eurozone kein systemisches Risiko dar: Folgen die Kapitalgeber vernünftigen Strategien der Portfoliodiversifikation, dann ist der Anteil, den Anleihen eines solchen Mitgliedstaats der Eurozone am Anlageportfolio von Kapitalgebern haben, eine Größe, deren Verlust die Kapitalgeber verschmerzen können. Wenn die Sorgen wegen möglicher Finanzmarktturbulenzen also berechtigt waren, dann u. a. deshalb, weil es durch die Finanzmarktregulierung bis heute nicht gelungen ist, eine Konzentration von Risiken bei dieser Art der Anlage zu verhindern.

Hinzu kommt, dass die Verteilung der Risiken so unüberschaubar sein kann, dass nicht einzuschätzen ist, welche Banken von einer Insolvenz bedroht wären und welche systemischen Auswirkungen sich daraus ergeben würden. In diesem Fall ist die Ursache in mangelnder Transparenz an den Finanzmärkten zu suchen.

Problematisch kann darüber hinaus sein, dass eine staatliche Insolvenz einen so großen Teil des Eigenkapitals in Teilen des Bankensektors vernichtet, dass die Banken in starkem Umfang ihre Bilanzen verkürzen müssen, also Aktiva auf den Markt werfen und Kredite kündigen müssen (deleveraging), um die von der Regulierung verlangte Eigenkapitalausstattung aufrechtzuerhalten. Daraus können Verkaufswellen an den Wertpapiermärkten und eine Kreditkontraktion entstehen, die in eine Finanz- und Wirtschaftskrise münden.

In allen diesen Fällen wird deutlich, dass letztlich die mangelnde Krisenresistenz der Finanzmärkte die Hauptursache dafür ist, dass man das Risiko eines No-Bailout, und damit einer staatlichen Insolvenz, nicht eingehen konnte.

Da die Bedeutung der Finanzmarktstabilität schon bei der Einführung der Währungsunion zu wenig beachtet wurde, waren von Anfang an Zweifel an der Wirksamkeit der No-Bailout-Klausel angebracht. Da dies auch den Investoren an den Kapitalmärkten bekannt war, konnten sie mit hoher Wahrscheinlichkeit davon ausgehen, dass das Risiko, hochverschuldeten Mitgliedstaaten weitere Kredite zu geben, begrenzt ist. Das hat sicherlich dazu beigetragen, dass viele dieser Länder überhaupt so hohe Schulden aufbauen konnten, also in so hohem Umfang Kredite erhalten konnten, bevor die Kapitalanleger nervös wurden. Eine Disziplinierung von Schuldnern durch die Kapitalmärkte kann also nur bei einer glaubwürdigen No-Bailout-Klausel funktionieren.

Daraus folgt, dass der Schlüssel zu einer Wiederherstellung der Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten in der Finanzpolitik in erster Linie darin besteht, die Finanzmärkte weniger krisenanfällig gegenüber einer staatlichen Insolvenz zu machen. Erst wenn das gelingt, können die Staaten des Euroraumes glaubwürdig ankündigen, eine No-Bailout-Klausel einhalten zu wollen.

Welche Rolle kommt in diesem Kontext einer Verschärfung der fiskalpolitischen Überwachung zu, die derzeit offenbar im Vordergrund der Debatte steht? Unseres Erachtens ist dieser Aspekt in der europäischen Diskussion durchaus wichtig. Für die dringend gebotene Wiederherstellung der Eigenverantwortung ist damit aber nichts gewonnen. Die Verschuldungsregeln des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes sind nicht deshalb gebrochen worden, weil es an Kontroll- und Sanktionsinstrumenten gefehlt hätte. Was fehlte, war die Bereitschaft der Regierungen der Eurozone, auch Deutschlands, diese Instrumente tatsächlich einzusetzen. Dabei besteht eine Tendenz,

Ohne Finanzmarktreformen keine Lösung der europäischen Staatsschuldenkrise

um der guten Zusammenarbeit willen oder als Gegenleistung für die Unterstützung bei anderen Entscheidungen, die vorhandenen Ermessensspielräume im Sinne einer Vermeidung von Sanktionen auszuschöpfen. Zudem wäre die Überwachung von Staatsschulden und Budgetdefiziten auch bei automatischen und selbst bei verschärften Sanktionen keine Garantie dafür, dass Finanzkrisen in einzelnen Mitgliedstaaten verhindert werden können. Wenn eine Regierung sich dafür entscheidet, lieber Sanktionen in Kauf zu nehmen, als die politischen Kosten einer Sanierung des Staatshaushaltes zu tragen, kann eine supranationale Überwachung der Fiskalpolitik sie kaum daran hindern. Und eine supranationale Überwachung mit automatischen Sanktionen ist nicht dagegen gefeit, dass diese Sanktionen diskretionär ausgesetzt werden. Die Geschichte der Eurozone kennt dafür Beispiele. Deren wichtigstes ist der Garantieschirm. Zudem kann es auch Fälle schwerer Wirtschaftskrisen geben, in denen einzelne Mitgliedstaaten unfreiwillig in so hohe Verschuldung geraten, dass ihre Solvenz bedroht ist. Häufig wird eine Mischung aus beiden Faktoren vorliegen.

Eine Konzentration auf die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes würde wahrscheinlich darauf hinauslaufen, dass eine verschärfte Überwachung der nationalen Haushalte mit einer Fortführung der Rettungsschirmpolitik oder Varianten wie beispielsweise der Einführung von Europäischen Anleihen kombiniert wird. Es könnte auch dazu kommen, dass Hilfen einem Insolvenzverfahren vorgeschaltet werden. In beiden Fällen würden die Anreize für eine verantwortliche Haushaltspolitik in Europa dauerhaft verschüttet.

Im Mittelpunkt muss deshalb der Versuch stehen, auf den Finanzmärkten für Bedingungen zu sorgen, die es ermöglichen, eine staatliche Insolvenz zu überstehen, ohne dass dies in eine allgemeine Finanzkrise einmündet. Wenn es gelingt, durch mehr Risikovorsorge und Pflicht zur Diversifizierung eine Situation an den Finanzmärkten herbeizuführen, in der eine Umschuldung eines hoch verschuldeten Mitgliedstaats weder zu großen Finanzmarktturbulenzen noch zu Ansteckungseffekten für andere Staaten der Eurozone führen würde, kann der Stabilitäts- und Wachstumspakt unverändert fortbestehen.

Angesichts eines glaubhaften Ausschlusses gegenseitiger Hilfen und einer Umschuldung als Konsequenz einzelstaatlich unsolider Haushaltspolitik würde der Pakt fortan die haushaltspolitisch disziplinierende Wirkung entfalten, die sich seine Gründer von ihm versprochen hatten. Eine Änderung des Europäischen Primärrechts wäre nicht erforderlich. Auch eine stärkere Koordinierung der Haushaltspolitik innerhalb der Eurozone wäre verzichtbar. Jedenfalls wäre eine solche Koordinierung nicht zur Prävention beziehungsweise zur Korrektur möglicher staatlicher Verschuldungsfehlanreize erforderlich.

Diskutiert wird derzeit auch, ein auf Staaten der Eurozone zugeschnittenes Umschuldungsverfahren einzuführen.<sup>2</sup> Zwingend erforderlich ist die Schaffung eines solchen Verfahrens nicht. Gläubiger und Schuldner könnten die vorhandenen Foren (Pariser Club, Londoner Club) oder eventuell neu zu schaffende Foren für Verhandlungen nutzen. Allerdings hätte ein

<sup>2</sup> Im Folgenden verwenden wir die Begriffe Umschuldung, Restrukturierung und Insolvenz synonym. Dabei geht es im Wesentlichen um eine Beteilung der Gläubiger an den Kosten der Bewältigung von Schuldenkrisen in einzelnen Ländern. Es ist zu betonen, dass ein Insolvenzverfahren sich fundamental von der aus dem Privatrecht bekannten Liquidation von gescheiterten Unternehmen durch Konkurs unterscheidet. Ziel des staatlichen Insolvenzverfahrens ist die Sanierung der Staatsfinanzen und die Möglichkeit zum Neuanfang.

Ohne Finanzmarktreformen keine Lösung der Europäischen Staatsschuldenkrise

formalisiertes Insolvenzverfahren durchaus auch Vorteile. Insbesondere werden dadurch die Erwartungen der Gläubiger strukturiert. Sie können sich darauf verlassen, dass die Insolvenz ordentlich abläuft und kein anderer Gläubiger bevorzugt behandelt wird, der dies nicht für alle vorab feststellbar durchsetzen konnte. Eine neutrale Schiedsstelle kann zudem Streitfragen unter den Gläubigern und zwischen Gläubigern und Schuldnern klären helfen. Insgesamt werden die Transaktionskosten einer Umschuldung gesenkt. Im Fall einer tatsächlich vorliegenden Staateninsolvenz begünstigen niedrigere Transaktionskosten eine politische Entscheidung zu Gunsten einer Umschuldung und gegen ein multilaterales Rettungsprogramm.

Eine sorgfältig erarbeitete Insolvenzordnung allein gewährleistet indes noch nicht, dass sie im Sanierungsfall auch zur Anwendung kommt. Hierfür ist, wie oben dargelegt, eine unabdingbare Voraussetzung, die Finanzmärkte so zu stärken, dass sie eine Insolvenz einzelner Länder aushalten. Der Beirat ist deshalb der Auffassung, dass eine Rückkehr zur Eigenverantwortung in der Verschuldungspolitik in der Eurozone nur dann erreichbar ist, wenn bei den anstehenden Verhandlungen zwei Ziele in den Mittelpunkt gestellt werden:

- 1. Die Finanzmarktregulierung muss so schnell wie möglich reformiert werden, um eine größere Krisenresistenz zu erreichen.<sup>3</sup>
- 2. Die Staaten der Eurozone müssen sich darauf einstellen, dass eine Restrukturierung der Verschuldung überschuldeter Mitgliedstaaten notwendig und durchführbar ist. Dabei kann ein formelles Insolvenzverfahren helfen.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Dazu liegen verschiedene Vorschläge vor. Siehe etwa Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2010), Reform der Bankenregulierung und Bankenaufsicht nach der Finanzkrise, Berlin.

BUNDESPOLITIK UND KOMMUNALFINANZEN

# Bundespolitik und Kommunalfinanzen

# Maßnahmen des Bundes zugunsten der Kommunen

| 40 |
|----|
| 41 |
| 46 |
| 49 |
| 49 |
| 49 |
| 50 |
| 50 |
|    |

- Seit dem Jahr 2009 müssen auch die Kommunen als Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise hohe Finanzierungsdefizite verkraften.
- Mit der Einsetzung der Gemeindefinanzkommission reagiert die Bundesregierung auf die Schwächen des kommunalen Finanzsystems. Ziel ist, die kommunalen Finanzen auf der Einnahmen- und Ausgabenseite zu stabilisieren, um die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen zu sichern.
- Mit der Schaffung einer verfassungsrechtlichen Grundlage sind die gesetzlichen
   Voraussetzungen zur Fortführung der grundsätzlich bewährten Zusammenarbeit von Arbeitsagenturen und Kommunen bei den Job-Centern gelegt worden.

# 1 Zusammenfassung

Als Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise müssen die Kommunen ebenso wie Bund und Länder insgesamt seit dem Jahr 2009 hohe Finanzierungsdefizite verkraften. Die Verschlechterung der Finanzlage ist das Ergebnis stark zurückgehender Steuereinnahmen bei gleichzeitig weiter zunehmenden Ausgaben für soziale Leistungen. Ungeachtet eines Rückgangs bei den Kreditmarktschulden setzt sich der Zuwachs beim Volumen der Kassenkredite ungebremst fort. Dies ist ein Indiz für eine sich verfestigende Spreizung der Finanzsituation zwischen finanzstarken und finanzschwachen Kommunen.

Angesichts der Schwächen des kommunalen Finanzsystems hat die Bundesregierung am 24. Februar 2010 die Einsetzung

einer Kommission zur Erarbeitung von Vorschlägen zur Neuordnung der Gemeindefinanzierung unter dem Vorsitz des Bundesministers der Finanzen beschlossen. Der Gemeindefinanzkommission gehören weitere Vertreter des Bundes, der Länder und der kommunalen Spitzenverbände an. Die Kommission hat sich zur Aufgabe gemacht, auf der Basis einer Bestandsaufnahme Vorschläge zur Neuordnung der Gemeindefinanzierung zu erarbeiten und zu bewerten. Es besteht Einvernehmen bei allen Beteiligten, dass die aktuellen Probleme der Kommunen nicht allein über die Einnahmeseite zu lösen sind. Deswegen werden auch Entlastungsmöglichkeiten durch Abbau von Standards auf der Ausgabenseite geprüft. Darüber hinaus werden Fragen der Beteiligung der Kommunen an der Rechtsetzung des Bundes sowie auf EU-Ebene erörtert. Gemeinsames Ziel der Kommission ist es. die kommunalen Finanzen auf der Einnahmen-

BUNDESPOLITIK UND KOMMUNALFINANZEN

und Ausgabenseite zu stabilisieren und zu stärken, um die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen auch zukünftig zu sichern. Angesichts der Probleme des kommunalen Finanzsystems sind zeitnahe Lösungen erforderlich. Daher strebt die Kommission an, ihre Arbeit noch in diesem Jahr abzuschließen.

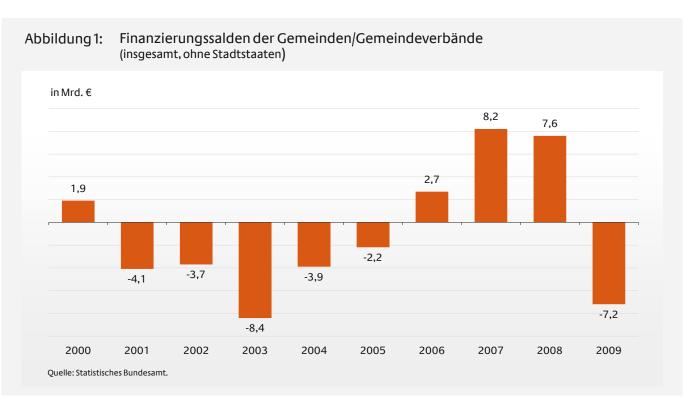
Die finanzielle Situation der Kommunen verbesserte der Bund in den letzten Jahren durch folgende Maßnahmen:

- Die Bundesbeteiligung an den im Rahmen des Arbeitslosengeldes II anfallenden Kosten der Unterkunft und Heizung entlastet die Kommunen – unter Beachtung aller Be- und Entlastungen bei der Durchführung des SGB II – um mehr als 2,5 Mrd. € jährlich.
- Mit der erfolgten Änderung des Grundgesetzes ist die verfassungsrechtliche Grundlage für eine Fortsetzung der im Grundsatz bewährten Zusammenarbeit von Arbeitsagenturen und Kommunen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende geschaffen worden.

- Die im Rahmen des Konjunkturpaketes II zur Verfügung stehenden Bundesmittel von 10 Mrd. € für Investitionen in die kommunale Infrastruktur sind bereits weitgehend belegt. Insgesamt werden 11,5 Mrd. € auf kommunaler Ebene investiert.
- Zur Finanzierung eines bedarfsgerechten Ausbaus der Betreuungsinfrastruktur für Kinder unter drei Jahren stellt der Bund 4 Mrd. € bereit.

# 2 Kommunale Finanzsituation

Die Wirkungen der Finanzmarktkrise zeigen sich auch in der Entwicklung des kommunalen Finanzierungssaldos. Die Kommunen insgesamt wiesen im Jahr 2009 ein Finanzierungsdefizit von 7,2 Mrd. € aus. In den Jahren 2008 und 2007 erzielten die Kommunen insgesamt deutliche Überschüsse, wobei im Jahr 2007 mit 8,2 Mrd. € der höchste Finanzierungsüberschuss in der Geschichte der Bundesrepublik erreicht wurde. Zur Entwicklung der Finanzierungssalden siehe Abbildung 1.



BUNDESPOLITIK UND KOMMUNALFINANZEN

Wesentlich für die Entwicklung waren die rückläufigen Steuereinnahmen: Die Steuereinnahmen insgesamt reduzierten sich 2009 um 8 Mrd. € auf 62,4 Mrd. € (-11,4%). Die Gewerbesteuereinnahmen (netto/ohne

Stadtstaaten) gingen um 6,1 Mrd. € auf 25 Mrd. € zurück (-19,7%). Die Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer verringerten sich um 2 Mrd. € auf 23,9 Mrd. € (-7,7%). Die Einnahmen aus der sich stetig

Tabelle 1: Kommunale Steuereinnahmen 2006 - 2009 insgesamt<sup>1</sup>

|                                               | 2006                               | 2007  | 2008  | 2009  |
|-----------------------------------------------|------------------------------------|-------|-------|-------|
| Steuerart                                     | Aufkommen in Mrd. €                |       |       |       |
| Gewerbesteuer (netto)                         | 28,2                               | 30,1  | 31,1  | 25,0  |
| Gemeindeanteil an der Einkommensteuer         | 20,2                               | 22,9  | 25,9  | 23,9  |
| Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer            | 2,8                                | 3,1   | 3,2   | 3,2   |
| Grundsteuern                                  | 9,3                                | 9,4   | 9,5   | 9,6   |
| Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen | 0,6                                | 0,6   | 0,6   | 0,7   |
| Steuern (netto) insgesamt                     | 61,0                               | 66,1  | 70,4  | 62,4  |
|                                               | Veränderung gegenüber Vorjahr in % |       |       |       |
| Gewerbesteuer (netto)                         | +20,9                              | +6,7  | +3,5  | -19,7 |
| Gemeindeanteil an der Einkommensteuer         | +8,4                               | +13,3 | +13,1 | -7,7  |
| Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer            | +4,8                               | +11,9 | +3,9  | -0,3  |
| Grundsteuern                                  | +1,5                               | +1,9  | +1,0  | +1,1  |
| Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen | -2,2                               | +4,5  | +4,7  | +3,5  |
| Steuern (netto) insgesamt                     | +12,3                              | +8,4  | +6,5  | -11,4 |

 $<sup>^{1}{\</sup>rm Ohne}\,{\rm Stadtstaaten;}\,{\rm Differenzen}\,{\rm in}\,{\rm den}\,{\rm Summen}\,{\rm durch}\,{\rm Rundungen}\,{\rm der}\,{\rm Zahlen}.$ 

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Abbildung 2: Einnahmen der Gemeinden/Gemeindeverbände (insgesamt) aus der Gewerbesteuer (netto, ohne Stadtstaaten) in Mrd. € 31,1 30,1 28,2 25.0 23,3 20,8 19,4 17,2 15,8 15,3 2002 2003 2004 2005 2006 2007 2008 2009 2000 2001 Quelle: Statistisches Bundesamt.

BUNDESPOLITIK UND KOMMUNALFINANZEN

entwickelnden Grundsteuer erhöhten sich um 1,1% auf 9,6 Mrd. €. Die Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer beliefen sich auf 3,2 Mrd. € (-0,3%). Zur Entwicklung der einzelnen Steuerarten siehe Tabelle 1. Zur Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen siehe Abbildung 2.

Die Einnahmen der Kommunen insgesamt gingen im Jahr 2009 um 2,8 % auf 170,0 Mrd. € zurück. Ursächlich hierfür war der Rückgang der Steuereinnahmen. Der Anstieg der Schlüsselzuweisungen (+ 1,3 %), der Einnahmen aus Gebühren (+ 0,5 %) sowie der Investitionszuweisungen vom Land (+ 5,0 %) konnten den Rückgang bei den Steuereinnahmen, auf die im Jahr 2009 rund 37 % aller kommunalen Einnahmen entfielen, nicht kompensieren. Zur Entwicklung der wesentlichen Einnahmen siehe Tabelle 2.

Die **Ausgaben** der Kommunen insgesamt erreichten im Jahr 2009 177,2 Mrd. € (+ 5,9 %). Mit Ausnahme der Zinsausgaben erhöhten sich alle wesentlichen Ausgaben; die Ausgaben für soziale Leistungen stiegen um 4,6 % auf 40,3 Mrd. €. Hervorzuheben ist, dass der Tiefpunkt bei den Sachinvestitionen bundesweit überwunden ist. Seit dem Jahr 2006 steigen die kommunalen Sachinvestitionen insgesamt wieder an. 2009 erhöhten sie sich um 5,3 % auf 21,9 Mrd. € (darunter die Baumaßnahmen um +7,0 % auf 16,8 Mrd. €), wobei die Entwicklung durch die im Rahmen des Zukunftsinvestitionsgesetzes zur Verfügung gestellten Finanzhilfen des Bundes positiv beeinflusst wird. Zur Entwicklung der wesentlichen Ausgaben siehe Tabelle 3.

Die Kommunen insgesamt konnten aufgrund der positiven Finanzierungssalden der Jahre 2006 bis 2008 auch im Jahr 2009 ihre **Kreditmarktschulden** (ohne Schulden bei öffentlichen Haushalten) auf 78,1 Mrd. € verringern (- 0,1%).

Die Gesamtheit der Länder konnte ihre Verschuldung am Kreditmarkt (inklusive kreditähnlicher Rechtsgeschäfte) im Jahr 2008 gegenüber 2007 ebenfalls reduzieren. 2009 stieg die Kreditmarktverschuldung der Länder jedoch wieder um 5,0 % auf 503 Mrd. € an. Im

Tabelle 2: Entwicklung der Einnahmen 2006 - 2009<sup>1</sup>

|                                   | 2006                               | 2007  | 2008  | 2009  |
|-----------------------------------|------------------------------------|-------|-------|-------|
|                                   |                                    | in M  | rd.€  |       |
| Einnahmen insgesamt               | 106,1                              | 169,7 | 174,9 | 170,0 |
| darunter:                         |                                    |       |       |       |
| Steuern                           | 61,0                               | 66,1  | 70,4  | 62,4  |
| Schlüsselzuweisungen              | 21,0                               | 24,3  | 26,8  | 27,2  |
| Gebühren                          | 16,1                               | 16,1  | 15,7  | 15,8  |
| Investitions zuweisungen vom Land | 7,3                                | 7,8   | 7,7   | 8,1   |
|                                   | Veränderung gegenüber Vorjahr in % |       |       |       |
| Einnahmen insgesamt               | +6,0                               | +6,0  | +3,1  | -2,8  |
| darunter:                         |                                    |       |       |       |
| Steuern                           | +12,3                              | +8,4  | +6,5  | -11,4 |
| Schlüsselzuweisungen              | -0,2                               | +15,8 | +10,2 | +1,3  |
| Gebühren                          | +0,8                               | +0,1  | -2,6  | +0,5  |
| Investitionszuweisungen vom Land  | +0,4                               | +5,9  | -1,2  | +5,0  |

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Ohne Stadtstaaten; Differenzen in den Summen durch Rundungen der Zahlen.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

BUNDESPOLITIK UND KOMMUNALFINANZEN

Tabelle 3: Entwicklung der Ausgaben 2006 - 2009<sup>1</sup>

|                           | 2006  | 2007                               | 2008  | 2009  |  |
|---------------------------|-------|------------------------------------|-------|-------|--|
|                           |       | in M                               | rd.€  |       |  |
| Ausgaben insgesamt        | 157,4 | 161,5                              | 167,3 | 177,2 |  |
| darunter:                 |       |                                    |       |       |  |
| Personal                  | 40,6  | 40,6                               | 42,2  | 44,3  |  |
| Sachaufwand               | 32,1  | 33,3                               | 34,5  | 36,4  |  |
| Soziale Leistungen        | 36,8  | 37,9                               | 38,5  | 40,3  |  |
| Zinsen                    | 4,9   | 5,2                                | 5,2   | 4,4   |  |
| Sachinvestitionen         | 19,4  | 20,0                               | 20,8  | 21,9  |  |
| ( darunter: Baumaßnahmen) | 14,9  | 15,5                               | 15,7  | 16,8  |  |
|                           |       | Veränderung gegenüber Vorjahr in % |       |       |  |
| Ausgaben insgesamt        | +2,7  | +2,6                               | +3,6  | +5,9  |  |
| darunter:                 |       |                                    |       |       |  |
| Personal                  | -0,3  | -0,1                               | +4,0  | +4,9  |  |
| Sachaufwand               | +6,2  | +3,6                               | +3,7  | +5,6  |  |
| Soziale Leistungen        | +4,6  | +3,0                               | +1,7  | +4,6  |  |
| Zinsen                    | +3,0  | +6,1                               | -0,4  | -15,0 |  |
| Sachinvestitionen         | +3,6  | +3,2                               | +3,7  | +5,3  |  |
| ( darunter: Baumaßnahmen) | +3,7  | +4,0                               | +1,4  | +7,0  |  |

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Ohne Stadtstaaten; Differenzen in den Summen durch Rundungen der Zahlen.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

selben Zeitraum verzeichnete der Bund einen stetigen Anstieg seiner Kreditmarktschulden auf 973,7 Mrd. €. Auch in Folge der Auswirkungen der Finanzkrise betrug der Anstieg 2009 im Vergleich zum Vorjahr 4,4 %.

Deutlich konträr zu den Kreditmarktschulden verlief die Entwicklung bei den Kassenkrediten. Der Bestand an Kassenkrediten - die eigentlich nur zur Überbrückung kurzfristiger Liquiditätsengpässe verwendet werden dürfen - erhöhte sich zum 31. Dezember 2009 stark und belief sich auf 34.9 Mrd. € (+17,3%). Eine steigende Anzahl von Kommunen kann ihre laufenden Ausgaben nicht mehr kontinuierlich durch laufende Einnahmen ausgleichen. Sie schließen die Finanzierungslücke regelmäßig durch Kassenkredite. Der weiter gestiegene Bestand an Kassenkrediten dokumentiert eine verfestigte Spreizung der Finanzsituation von finanzstarken und

finanzschwachen Kommunen, die Situation der Kommunalfinanzen in Deutschland ergibt somit ein äußerst differenziertes Bild.

Der Bestand an Kassenkrediten nach Ländern ist sehr unterschiedlich verteilt. So entfielen Ende 2009 49,3 % aller Kassenkredite auf die Kommunen in Nordrhein-Westfalen, 13,2% auf die Kommunen in Rheinland-Pfalz, rund 13 % auf die Kommunen in Niedersachsen und 10.7% auf die Kommunen in Hessen. Den höchsten Bestand an Kassenkrediten je Einwohner verzeichneten Ende 2009 die Kommunen im Saarland (1350 €), in Rheinland-Pfalz (1152 €) und in Nordrhein-Westfalen (963 €). In diesen drei Ländern war auch der Zuwachs der Kassenkreditbestände pro Kopf im Vergleich zu 2008 am höchsten. Zur Entwicklung insgesamt siehe Abbildung 3 und zur Entwicklung nach Ländern siehe Tabelle 4. Auffällig ist, dass die Kassenkredite auch im Jahr 2008, dem Jahr mit den höchsten

BUNDESPOLITIK UND KOMMUNALFINANZEN

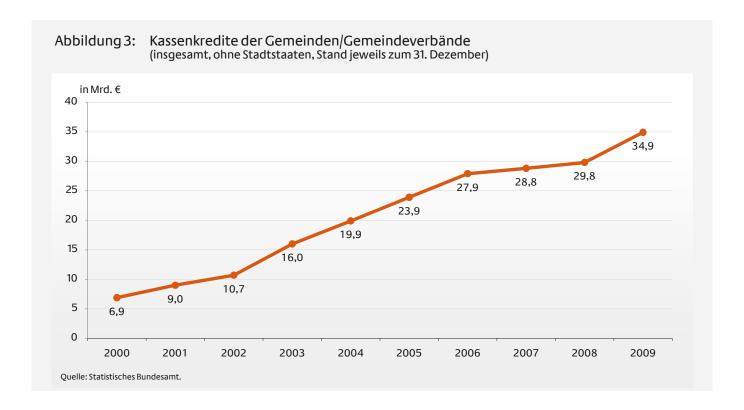


Tabelle 4: Kassenkredite 2009 nach Ländern<sup>1</sup>

|                        | 2009      |                                       |                   |                                                    |
|------------------------|-----------|---------------------------------------|-------------------|----------------------------------------------------|
| Gebietseinheit         | in Mio. € | Veränderung gegenüber<br>Vorjahr in % | in € je Einwohner | Veränderung gegenüber<br>Vorjahr in € je Einwohner |
| Saarland               | 1 385     | +11,7                                 | 1 350             | +151                                               |
| Rheinland-Pfalz        | 4628      | +25,3                                 | 1 152             | +237                                               |
| Nordrhein-Westfalen    | 17 240    | +18,0                                 | 963               | +150                                               |
| Hessen                 | 3 747     | +16,9                                 | 618               | +90                                                |
| Niedersachsen          | 4534      | +10,8                                 | 571               | +58                                                |
| Sachsen-Anhalt         | 982       | +1,4                                  | 415               | +11                                                |
| Mecklenburg-Vorpommern | 484       | -2,4                                  | 292               | -5                                                 |
| Brandenburg            | 618       | +1,5                                  | 246               | +5                                                 |
| Schleswig-Holstein     | 519       | +16,0                                 | 183               | +25                                                |
| Thüringen              | 99        | +0,1                                  | 44                | +0                                                 |
| Baden-Württemberg      | 444       | +383,4                                | 41                | +32                                                |
| Bayern                 | 199       | -4,9                                  | 16                | -1                                                 |
| Sachsen                | 64        | +49.0                                 | 15                | +5                                                 |
| Deutschland insgesamt  | 34 944    | +17,3                                 | 460               | +69                                                |

<sup>1</sup>Ohne Stadtstaaten; Stand: 31. Dezember 2009; Differenzen in den Summen durch Rundungen der Zahlen. Quelle: Statistisches Bundesamt.

BUNDESPOLITIK UND KOMMUNALFINANZEN

Einnahmen aus der Gewerbesteuer, gegenüber dem Vorjahr um 1 Mrd. € gestiegen sind.

#### **Ausblick**

Auch das laufende Jahr wird bei den Kommunen stark von den finanziellen Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise des Jahres 2008 beeinflusst. Die kommunalen Spitzenverbände gehen für das Jahr 2010 von einem Defizit für die Kommunen insgesamt von 15 Mrd. € aus. Es bleibt abzuwarten, ob die verbesserten gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen – im 2. Quartal 2010 erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem Vorquartal um 2,2% – mit eventuellen, im Vergleich zu den bisherigen Erwartungen höheren Gewerbesteuereinnahmen das erwartete Finanzierungsdefizit begrenzen.

#### 3 Gemeindefinanzkommission

Angesichts der Schwächen des kommunalen Finanzsystems (insbesondere mangelnde Stetigkeit, Entwicklung der Sozialausgaben) ist eine grundlegende Befassung mit der Frage der Gemeindefinanzierung dringend erforderlich. Deshalb hat die Bundesregierung am 24. Februar 2010 die Einsetzung einer Kommission zur Erarbeitung von Vorschlägen zur Neuordnung der Gemeindefinanzierung beschlossen. Die Gemeindefinanzkommission steht unter dem Vorsitz des Bundesministers der Finanzen; ihr gehören weiterhin der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, der Bundesminister des Innern sowie die Präsidenten der drei kommunalen Spitzenverbände und sieben Vertreter der Länder (Finanz-, Innen-, Wirtschaftsminister) an.

Die Kommission hat sich zur Aufgabe gemacht, auf der Basis einer Bestandsaufnahme Vorschläge zur Neuordnung der Gemeindefinanzierung zu erarbeiten und zu bewerten. Hierbei soll auch der Ersatz der Gewerbesteuer durch einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer und

einen kommunalen Zuschlag auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer mit eigenem Hebesatzrecht geprüft werden. Es besteht Einvernehmen bei allen Beteiligten, dass die aktuellen Probleme der Kommunen nicht allein über die Einnahmeseite zu lösen sind. Deswegen werden auch Entlastungsmöglichkeiten auf der Ausgabenseite geprüft, z. B. durch Flexibilisierung von Standards. Darüber hinaus sollen Handlungsempfehlungen zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung erarbeitet werden. Hierbei werden Fragen der Beteiligung der Kommunen an der Rechtsetzung des Bundes sowie auf EU-Ebene erörtert. Gemeinsames Ziel der Kommission ist es, die kommunalen Finanzen auf der Einnahmen- und Ausgabenseite zu stabilisieren und zu stärken, um die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen auch zukünftig zu sichern. Angesichts der Probleme des kommunalen Finanzsystems sind zeitnahe Lösungen erforderlich. Daher strebt die Kommission an, einen von allen Beteiligten getragenen Bericht noch in diesem Jahr vorzulegen.

Um die Arbeitsschwerpunkte effektiv zu bewältigen, hat die Kommission drei Arbeitsgruppen eingesetzt. Die **Arbeitsgruppe "Kommunalsteuern"** nimmt eine Bestandsaufnahme der bestehenden Gewerbesteuer vor. Aufgabe der Arbeitsgruppe ist es, der Kommission Vorschläge zur Zukunft der Gewerbesteuer zu unterbreiten und diese Vorschläge anhand von Prüfkriterien zu bewerten. Die Arbeitsgruppe hat zunächst die Rahmenbedingungen für die weitere Arbeit festgelegt und die Arbeitskreise "Quantifizierung", "Administrierbarkeit" und "Strukturanalyse" eingerichtet. Sie hat sich auf Prüfkriterien und ein Prüfmodell für einen Ersatz der Gewerbesteuer durch einen mit Hebesatzrecht der Gemeinden versehenen Zuschlag zur Einkommen- und Körperschaftsteuer verständigt.

Kernpunkt des Prüfmodells ist der Ersatz der Gewerbesteuer durch die Einführung einer Annexsteuer auf die Einkommen-

BUNDESPOLITIK UND KOMMUNALFINANZEN

und Körperschaftsteuer sowie einer stärkeren Beteiligung der Gemeinden an der Umsatzsteuer. Die Gemeinden erheben in diesem Modell auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer einen mit Hebesatzrecht ausgestatteten Zuschlag von im Durchschnitt 17,65 %. Das Volumen der Annexsteuer auf die Einkommensteuer entspricht dabei dem heutigen Anteil der Kommunen an der Einkommensteuer von 15 %. Die steuerliche Belastung von Wirtschaft und Bürgern durch die Einkommen- und Körperschaft- sowie die neue Annexsteuer soll gleich bleiben. Deshalb wird der Tarifverlauf der Einkommensteuer um 15 % gesenkt und der Körperschaftsteuertarif auf 24,29% angehoben. Das Prüfmodell sieht zudem gegenüber der geltenden Rechtslage eine deutlich stärkere Beteiligung der kommunalen Ebene an der Umsatzsteuer vor. Da die Umsatzsteuer aufkommensstabiler als die Gewerbesteuer ist, würde dies zu einer durchgängigen und nachhaltigen Verstetigung des kommunalen Steueraufkommens führen. Dies trüge dazu bei, die Einnahmen stärker mit den Ausgaben in Einklang zu bringen, und wäre ein effektiver Beitrag zur strukturellen Verbesserung der Gemeindefinanzierung.

Eine gute Gemeindesteuer sollte u. a. gestaltbar sein, nachhaltig ergiebig, eine möglichst geringe Konjunkturanfälligkeit haben und das Band zwischen Gemeinde und ihren Bürgern und Betrieben stärken beziehungsweise erhalten. Alle diese Kriterien erfüllt das Prüfmodell. Dieses verringert durch die stärkere Beteiligung der Gemeinden an der Umsatzsteuer die Konjunkturanfälligkeit, erhöht durch die mit Hebesatzrecht ausgestatteten Zuschläge bei der Einkommenund Körperschaftsteuer die Gestaltbarkeit vor Ort, stärkt so das Band zwischen der Gemeinde und ihren Bürgern und erhält das Band zwischen der Gemeinde und ihren Betrieben. Die grundlegende Systemumstellung durch das Prüfmodell erfordert eine gründliche Vorbereitung. Es könnte daher nicht kurzfristig umgesetzt werden.

Daneben soll auch ein Modell der kommunalen Spitzenverbände insbesondere auf seine finanziellen Auswirkungen geprüft werden. Mit ihrem Kommunalmodell erstreben die Kommunen einen Ausbau der heutigen Gewerbesteuer. Die Hinzurechnung von ertragsunabhängigen Komponenten (Zinsen, Mieten, Pachten, Lizenzen) soll ausgedehnt und die Freiberufler in die Gewerbesteuer einbezogen werden.

Außerdem wird geprüft, ob einzelne Module aus dem Modell der Stiftung Marktwirtschaft übernommen werden können. Dieses Modell sieht eine direkte Beteiligung am Lohnsteueraufkommen sowie eine Einführung einer Unternehmensteuer und einer Bürgersteuer, die von den Kommunen zu erheben sind, anstelle der Gewerbesteuer vor. Das Modell ähnelt in seiner Wirkung der Annexsteuer im Prüfmodell.

#### Die Arbeitsgruppe "Standards"

prüft Entlastungsmöglichkeiten auf der Ausgabenseite und benennt dazu durch Bundesrecht gesetzte Standards mit finanziellen Auswirkungen auf die Kommunen. In einem ersten Schritt wurde ein möglichst vollständiger Überblick über durch Bundesregelungen getroffene und von Ländern oder Kommunen umzusetzende Standards erarbeitet. Dazu haben Länder, kommunale Spitzenverbände und der Bund bei seinen Fachressorts Umfragen durchgeführt und die Ergebnisse der Arbeitsgruppe zur Verfügung gestellt.

In der Arbeitsgruppe "Standards" besteht unabhängig vom weiteren Verlauf des Beratungsverfahrens und der Anzahl der letztlich geänderten Standards Einigkeit, dass mit der eingeleiteten Änderung von Standards ein Beitrag zur Reduzierung der Ausgaben der Kommunen geleistet werden kann. Allein durch Standardänderungen lässt sich die angespannte Situation der kommunalen Finanzen aber nicht lösen. Nach jetzigem Stand sind in der Arbeitsgruppe rund 200 Änderungsvorschläge eingebracht worden. Ein Schwerpunkt liegt dabei im

BUNDESPOLITIK UND KOMMUNALFINANZEN

Politikbereich "Arbeit und Soziales", aber auch alle anderen Politikbereiche werden angesprochen. Die Palette der Vorschläge reicht dabei von Verfahrensänderungen über Gebührenanpassungen und Senkung oder Abschaffung von Standards bis hin zu reinen Lastenverschiebungen auf den Bund und die Sozialversicherung. Die Arbeitsgruppe bewertet die Vorschläge in Gesprächen mit der Fachseite von Bund und Ländern und wird der Kommission Empfehlungen geben, welche Vorschläge weiter verfolgt werden sollen.

Länder und kommunale Spitzenverbände sind der Auffassung, dass sich eine signifikante und nachhaltige Verbesserung der kommunalen Finanzen nur durch Maßnahmen im Bereich der Sozialausgaben erreichen lasse. Hier seien daher durchgreifende Änderungen erforderlich, die die kommunale Ebene auf der Ausgaben- und/oder auf der Einnahmenseite entlasten. Sie fordern neben der im Arbeitsauftrag der Arbeitsgruppe definierten Standardänderung und Darstellung der Soziallasten eine weitere Befassung mit der Thematik Soziallasten, um diesbezügliche Entscheidungen der Gemeindefinanzkommission beziehungsweise der politischen Entscheidungsträger vorbereiten zu können.

Die Arbeitsgruppe "Rechtsetzung" stellt die bestehende Praxis zur Beteiligung der Kommunen an der Gesetzgebung des Bundes sowie an der EU-Rechtsetzung vor dem Hintergrund der mit dem Vertrag von Lissabon und den Begleitgesetzen eingeführten Verfahren dar. Sie unterbreitet und bewertet Vorschläge zur stärkeren Berücksichtigung der kommunalen Interessen in diesen Verfahren. Gegenstand der Diskussion sind konkrete Vorstellungen der kommunalen Spitzenverbände und das Ausloten von Wegen für eine praktikable Umsetzung der anstehenden Fragen. Grundsätzlich existieren bereits umfangreiche Vorschriften zur Beteiligung der Kommunen an der Gesetzgebung des Bundes und an der EU-Rechtsetzung z.B. in der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien,

in der Geschäftsordnung des Bundestages, im Vertrag über die Europäische Union, im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union und im Gesetz über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Angelegenheiten der Europäischen Union.

Die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände hat aber darauf hingewiesen, dass es insbesondere bei der Beteiligung der Kommunen am Vollzug der Bundesgesetzgebung ein Umsetzungsdefizit gebe. Die Kommunen würden oftmals gar nicht oder nur in formalisierter Weise beteiligt. Die Bundesregierung und die Länder lehnen aber die von der Bundesvereinigung geforderte Verankerung von kommunalen Anhörungs- und Beteiligungsrechten im Grundgesetz ab Das Grundgesetz solle frei von "Geschäftsordnungsregelungen" bleiben und nicht um fehleranfällige Wirksamkeitsvoraussetzungen für Gesetzesvorhaben erweitert werden. Nach Auffassung der Bundesregierung können bereits durch die vorgesehene Änderung des Gesetzes über die Einsetzung eines Nationalen Normenkontrollrats vorbehaltlich des weiteren Verlaufs des Gesetzgebungsverfahrens – gestärkt wewrden, wodurch den bereits existierenden kommunalen Anhörungsund Beteiligungsrechten zu mehr Durchsetzungskraft verholfen würde.

Unterhalb einer Grundgesetzänderung hat die Arbeitsgruppe mehrere Verbesserungsmöglichkeiten erörtert und eine Vielzahl von Handlungsempfehlungen vorgeschlagen. Hierzu zählen u. a. Änderungen in der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien, die die Position der kommunalen Spitzenverbände im Vergleich zu Interessengruppen stärken. Mit der Bitte einer Prüfung einer derartigen Privilegierung ist die Kommission auch an den Bundestag und den Bundesrat herangetreten. Auf dem Gebiet der EU-Rechtsetzung empfiehlt die Arbeitsgruppe u. a. die Prüfung, ob eine stärkere Einbindung der kommunalen Spitzenverbände bei

BUNDESPOLITIK UND KOMMUNALFINANZEN

den Verfahren auf Landesebene möglich ist. Nach Auffassung der kommunalen Spitzenverbände ist die Arbeitsgruppe mit den Handlungsempfehlungen auf einem guten Weg.

Die Gemeindefinanzkommission hat in ihrer zweiten Sitzung am 8. Juli 2010 bei der Beratung der Zwischenberichte aus den Arbeitsgruppen einvernehmlich vereinbart, dass diese ihre Arbeit fortsetzen und der Kommission zu ihrer nächsten Sitzung Bericht erstatten. Auf Grundlage dieser Berichte wird die Gemeindefinanzkommission Empfehlungen zu den behandelten Themenfeldern geben.

# 4 Maßnahmen zur Entlastung der Kommunen

# 4.1 Förderung von Familien

Bund, Länder und Kommunen haben in der vergangenen Legislaturperiode ein Gesamtpaket zum bedarfsgerechten Ausbau der Betreuungsinfrastruktur für Kinder unter drei Jahren beschlossen. Ziel ist, bis Ende 2013 ein flächendeckendes Angebot für Kinder unter drei Jahren zur Verfügung zu stellen. Ab 2014 sollen 750 000 Plätze zur Verfügung stehen, das entspricht einer bundesweiten Versorgungsquote von 35 %. Der Bund stellt für den bedarfsgerechten Ausbau 4 Mrd. € bereit. Davon fließen 2.15 Mrd. € in Investitionsmaßnahmen. 1,85 Mrd. € werden für die Betriebskosten bereitgestellt. Ab 2014 beteiligt sich der Bund auf Dauer jährlich an den zusätzlichen Betriebskosten mit 770 Mio. €. Die Bundesbeteiligung an den Betriebskosten erfolgt über eine Änderung der Umsatzsteuerverteilung zwischen Bund und Ländern zugunsten der Länder.

Mit der Neuregelung sollen spätestens zum 31. Juli 2013 für Kinder im Alter unter drei Jahren Plätze in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege nach erweiterten Kriterien bereitstehen. Für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr wird zum 1. August 2013 ein Rechtsanspruch auf frühkindliche Förderung in einer Tageseinrichtung oder in Kindertagespflege eingeführt. Ein begleitendes Aktionsprogramm Kindertagespflege wird dazu beitragen, mehr Personal für die Tagespflege zu gewinnen, die Qualität der Betreuung deutlich zu steigern und das Berufsbild insgesamt aufzuwerten.

# 4.2 Entlastungen der Kommunen im sozialen Bereich

Die Bundesbeteiligung an den im Rahmen des ALG II anfallenden Kosten der Unterkunft und Heizung entlastet die Kommunen – unter Beachtung aller Be- und Entlastungen bei der Durchführung des SGB II – um mehr als 2,5 Mrd. € jährlich. Die bundesdurchschnittliche Beteiligung an den Kosten für Unterkunft und Heizung beträgt 23,6 % im Jahr 2010 und wird jährlich anhand einer gesetzlich fixierten Anpassungsformel neu berechnet. Diese Anpassungsformel wurde im Jahr 2006 nach intensiven Verhandlungen zwischen Bund und Ländern vereinbart und im Bundesrat mit breiter Zustimmung beschlossen. Die Anpassungsformel basiert auf der Zahl der Bedarfsgemeinschaften und bildet deren Entwicklung zeitlich versetzt ab. Im Jahr 2010 trägt der Bund 3,4 Mrd. € von den Kosten der Unterkunft.

Mit dieser zunächst für die Jahre 2008 bis 2010 gültigen, gesetzlich fixierten Anpassungsformel wird die Bundesbeteiligung anhand einer validen, transparenten und eindeutigen Datenbasis angepasst. Jährliche Neu-Verhandlungen zur Anpassung der Bundesbeteiligung werden vermieden. Mit dem Vierten Gesetz zur Änderung des SGB II ist festgelegt worden, die Anpassungsformel zu entfristen und damit über das Jahr 2010 hinaus unverändert zu erhalten. Mit der Anwendung der gesetzlichen Anpassungsformel ist auch über das Jahr 2010 hinaus eine faire Kostenverteilung zwischen Bund und Kommunen im SGB II sichergestellt.

Der Bund beteiligt sich seit dem Jahr 2009 prozentual gestaffelt an den Ausgaben

BUNDESPOLITIK UND KOMMUNALFINANZEN

der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Im Jahr 2010 trägt er einen Anteil von 14% (nach 13% im Jahr 2009). In den folgenden Jahren erhöht sich dieser Anteil weiter um jeweils 1 Prozentpunkt, bis 2012 der endgültige Anteil von 16 % erreicht wird. Die bis 2008 geltende Festbetragsregelung wurde abgelöst. Den Kommunen wird damit eine erhebliche und dynamisch steigende Entlastung der grundsätzlich von ihnen zu tragenden Sozialhilfeleistungen durch den Bund zuteil. Die jetzige Regelung ist nach intensiven Verhandlungen zwischen Bund und Ländern zustande gekommen und gibt den Kommunen Planungssicherheit.

# 4.3 Neuorganisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Hartz IV)

Mit der durch Gesetz vom 21. Juli 2010 erfolgten Änderung des Grundgesetzes (vergleiche BGBl. I 2010, S. 944 Einführung eines Art. 91 e) ist die verfassungsrechtliche Grundlage für eine Neuorganisation und Weiterentwicklung der Aufgabenwahrnehmung in der Grundsicherung für Arbeitsuchende geschaffen worden. Bei der Ausführung von Bundesgesetzen auf dem Gebiet der Grundsicherung für Arbeitsuchende wirken Bund und Länder in der Regel in gemeinsamen Einrichtungen (Jobcenter) zusammen. Der Gesetzentwurf zur Weiterentwicklung im SGB II sieht hierfür die Bildung von gemeinsamen Einrichtungen der Bundesagentur für Arbeit zugehörigen örtlichen Agenturen für Arbeit sowie den jeweiligen Kommunen vor. Die Zusammenarbeit von Arbeitsagenturen und Kommunen hat sich grundsätzlich bewährt und gewährleistet die Betreuung und Leistungserbringung aus einer Hand. Sie wird daher als Regelfall fortgesetzt.

Daneben wird die bisher im Rahmen einer Experimentierklausel mögliche alleinige Aufgabenwahrnehmung durch zugelassene Kommunen (Optionskommunen) entfristet und ihre mögliche Anzahl erhöht (25 % aller 2010 bestehenden Arbeitsgemeinschaften).
Damit können weitere Gemeinden und
Gemeindeverbände auf Antrag und mit
Zustimmung der obersten Landesbehörde
künftig die Aufgaben der Grundsicherung für
Arbeitssuchende vollständig wahrnehmen.

# 4.4 Konjunkturpaket II: Stand der Umsetzung in den Kommunen

Mit dem "Pakt für Beschäftigung und Stabilität in Deutschland" hatte die Bundesregierung Anfang 2009 auf weitere Herausforderungen durch die Konjunkturkrise reagiert. Das Konjunkturpaket II umfasst mit seinem Gesamtvolumen von gut 50 Mrd. € in den Jahren 2009 und 2010 ein breites Spektrum an Maßnahmen insbesondere zur Stärkung der öffentlichen Investitionen. Zentraler Bestandteil des Konjunkturpaketes II für die Kommunen ist das Zukunftsinvestitionsgesetz. Der Bund stellt den Ländern und Kommunen 10 Mrd. € Finanzhilfen für zusätzliche Investitionen bereit. Die Länder und Kommunen übernehmen einen Kofinanzierungsanteil von 25 %, sodass insgesamt 13,3 Mrd. € zur Verfügung stehen. Mindestens 70 % davon und damit rund 9,3 Mrd. € sollen auf die Finanzierung kommunalbezogener Investitionen entfallen. Mit den Finanzhilfen werden Investitionen in den Bereichen Bildungsinfrastruktur und sonstige Infrastruktur gefördert.

Das Zukunftsinvestitionsgesetz verpflichtet die Länder den finanzschwächeren Kommunen die gleiche Chance auf Teilnahme an dem Investitionsprogramm zu ermöglichen wie den finanzstärkeren Kommunen. Zudem ist eine Ausnahme vom Doppelförderungsverbot vorgesehen, die es Kommunen ermöglicht, ihre Eigenanteile über das KfW-Programm "Investitionsoffensive Infrastruktur" finanzieren zu können.

Die Bilanz des Zukunftsinvestitionsgesetzes ist sehr positiv. Länder und Kommunen haben die Zielsetzungen des Bundes durch die rasche Umsetzung eindrucksvoll unterstützt: Zum Stichtag 15. August 2010 wurden insgesamt

BUNDESPOLITIK UND KOMMUNALFINANZEN

38 500 laufende und bereits beendete Vorhaben mit einem Investitionsvolumen von 14,6 Mrd. € gemeldet. Der Finanzierungsanteil des Bundes beläuft sich auf gut 9,4 Mrd. €, sodass die zur Verfügung stehenden Bundesmittel bereits weitgehend belegt sind. Der Anteil der kommunalbezogenen Investitionen liegt in den Flächenländern mit etwa 78 % deutlich über der vorgegebenen Zielgröße von 70 %. Somit werden 11,5 Mrd. € auf kommunaler Ebene investiert.

TRANSPARENZ VON PRIVATEN RIESTER- UND BASISRENTENPRODUKTEN

# Transparenz von privaten Riester- und Basisrentenprodukten

# Problemanalyse und Eckpunkte eines umsetzbaren Konzepts zur Transparenzsteigerung<sup>1</sup>

| 1   | Einleitung                                                                             | 52 |
|-----|----------------------------------------------------------------------------------------|----|
| 2   | Grundsätzliche Probleme beim Vergleich von Altersvorsorgeprodukten                     | 53 |
| 3   | Indikatoren zur Transparenz von Altersvorsorgeprodukten aus theoretischer Sicht        | 54 |
| 4   | Ausweis von Renditen, Risiken und Kosten in der Praxis                                 | 54 |
| 5   | Ergebnisse empirischer Erhebungen bei Akteuren im deutschen Markt                      | 55 |
| 6   | Beispiele und Erfahrungen mit Produktinformationen aus dem Ausland                     | 56 |
| 7   | Ansatzpunkte zur Steigerung der Kosten-, Rendite- und Risikotransparenz von            |    |
|     | Altersvorsorgeprodukten                                                                | 57 |
| 7.1 | Zusammengefasste Kennziffern zur Steigerung der Kostentransparenz                      | 57 |
| 7.2 | Angaben zu Rendite- und Risikoeigenschaften: Ein praxisorientiertes Drei-Ebenen-Modell | 58 |
| 7.3 | Jährliche Anlegerinformationen                                                         | 60 |
| 7.4 | Sicherstellung des rechtzeitigen Erhalts und der Richtigkeit der vorvertraglichen      |    |
|     | Informationen                                                                          | 60 |
| 8   | Übertragung der Riester-Informationspflichten auf Basisrentenverträge                  | 61 |

- Die Informationen, die Altersvorsorgesparern für ihre Anlageentscheidung derzeit an die Hand gegeben werden, gehen an ihrem Informationsbedarf oft vorbei. Grundprobleme sind die Überfülle der angebotenen Informationen, in viele Einzelpositionen aufgegliederte Kostendarstellungen und fehlende Standardisierung.
- Das Gutachten erarbeitet auf Basis der Erfahrungen im Markt und theoretischer Überlegungen ein umsetzungsfähiges und weiterentwicklungsfähiges Konzept für größere Transparenz im Markt für Altersvorsorgeprodukte.
- Kernpunkte dieses Konzepts sind der Ausweis zusammenfassender Kennziffern für die Kosten von Altersvorsorgeprodukten und die übersichtliche Darstellung der wichtigsten Informationen in einem standardisierten dreistufigen Schema (Pyramidenmodell), das übersichtlich ist und unterschiedlichen Informationsbedürfnissen der Anleger Rechnung trägt.

<sup>1</sup> Der vorliegende Beitrag basiert auf einem Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen, das vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Zusammenarbeit mit dem infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft und dem Institut für Finanzdienstleistungen (iff) erstellt wurde. Die Projektleitung hatte Dr. Peter Westerheide (ZEW), weitere Autoren des Gutachtens waren Lena Jaroszek (ZEW), Dr. Johannes Leinert (infas), Dr. Achim Tiffe und Michael Feigl (iff).

# 1 Einleitung

Die private kapitalgedeckte Altersvorsorge wird in Deutschland seit Einführung der Riester-Rente im Jahr 2002 und der Basisrente im Jahr 2005 mit erheblichen Mitteln staatlich gefördert. Seither hat sich ein umfangreicher Markt für förderfähige Vorsorgeprodukte etabliert. Die Phase der Markteinführung ist mittlerweile abgeschlossen, und es liegen umfangreiche

TRANSPARENZ VON PRIVATEN RIESTER- UND BASISRENTENPRODUKTEN

Erfahrungen der Marktteilnehmer mit den neuen Produkten vor. Dies gibt Anlass zu untersuchen, inwieweit die bestehenden Informationsvorschriften für staatlich geförderte private Altersvorsorgeprodukte und Basisrentenprodukte den Informationsbedürfnissen der Anleger gerecht werden und wie sie gegebenenfalls weiterentwickelt werden sollten, um einen übersichtlichen und aussagefähigeren Vergleich zwischen verschiedenen Altersvorsorgeprodukten und Anlageformen zu ermöglichen.

# 2 Grundsätzliche Probleme beim Vergleich von Altersvorsorgeprodukten

Ein offensichtliches Problem beim Vergleich von Altersvorsorgeprodukten stellt der sich meist über mehrere Jahrzehnte erstreckende Anlagehorizont dar. Verlässliche Renditeprognosen für risikobehaftete Anlagen sind über einen langen Zeitraum grundsätzlich kaum möglich. Zudem variiert im Zeitverlauf bei vielen Sparprodukten die Anlagestruktur. Bei Lebenszyklusprodukten werden z.B. Umschichtungen in Abhängigkeit vom Lebensalter des Vorsorgesparers vorgenommen. Außerdem wird die Struktur der Kapitalanlagen häufig im Rahmen von Absicherungsstrategien an die Kapitalmarktentwicklung angepasst. Darüber hinaus verfügen die angebotenen Produkte über unterschiedliche Elemente zur Absicherung von Ertragsrisiken und biometrischen Risiken (Langlebigkeit und vorzeitiger Todesfall). Die Kostenmodelle in den einzelnen Produktkategorien sind auch durch diese Heterogenität bedingt sehr unterschiedlich ausgestaltet. Dies erschwert den Vergleich verschiedener Produkte beträchtlich. Die Renditen auf Anlegerebene werden darüber hinaus von den Förderbedingungen beeinflusst.

Die damit nur kurz umrissene Komplexität des Produktspektrums verdeutlicht die Notwendigkeit übersichtlicher Informationen

für den privaten Anleger, der im Gegensatz zu den Anbietern üblicherweise nicht über Spezialisierungsvorteile auf diesem Markt verfügt. Bei Riester- und Basisrentenprodukten sind Vorsorgesparer in ganz besonderem Maße auf qualitativ gute Informationen angewiesen, die eine Vergleichbarkeit verschiedener Produkte ermöglichen und fehlende Erfahrung zumindest zum Teil kompensieren. Dabei ist insbesondere zu vermeiden, dass der Sparer einem "Information Overload" ausgesetzt wird, da erfahrungsgemäß der Nutzen von Informationen mit zunehmendem Informationsvolumen und zunehmender Komplexität sinkt. Aus diesen allgemeinen Überlegungen lassen sich einige grundlegende Leitlinien für die Informationsvermittlung auf Altersvorsorgemärkten ableiten: Verbraucher benötigen Informationen in gebündelter, leicht verständlicher und standardisierter Form, um ihre Informationskosten senken und effiziente Anlageentscheidungen treffen zu können. Es sollte erkennbar sein, welcher Anteil der Einzahlungen der Sparer für Kosten verwendet wird und wie hoch der verbleibende Anteil der Einzahlungen ist, der der verzinslichen Kapitalanlage zugeführt wird. Das Rendite-Risikoprofil von Altersvorsorgeprodukten sollte möglichst deutlich erkennbar sein. Zusagen, Garantien und einzelne Risiken wie Markt- und Insolvenzrisiken als externe Faktoren auf der einen Seite sowie Risiken durch Abbruch und Umstellung der Verträge als persönliche Faktoren auf der anderen Seite sollten klar benannt werden. Um einen aussagefähigen Vergleich von Produkten zu ermöglichen, sollten die Kostenangaben zudem sinnvoll untergliedert werden. Insbesondere sollten Abschlusskosten, laufende Verwaltungs- und Kapitalanlagekosten sowie Risikokosten/Kosten für besondere Optionen (wie Beitragsrückgewähr im Todesfall, Rentengarantiezeiten, Absicherung des Berufsunfähigkeitsrisikos) getrennt ausgewiesen werden.

TRANSPARENZ VON PRIVATEN RIESTER- UND BASISRENTENPRODUKTEN

# 3 Indikatoren zur Transparenz von Altersvorsorgeprodukten aus theoretischer Sicht

Aus theoretischer Sicht stellt die jährliche Rendite ein geeignetes Maß für den Vergleich von Altersvorsorgeprodukten dar. Die Schwankungen der Rendite sind dementsprechend ein geeignetes Maß für das Ertragsrisiko von Altersvorsorgeprodukten. Letzteres kann allerdings mit herkömmlichen Risikomaßen nicht adäguat erfasst werden. Aufgrund vielfältiger Garantieund Sicherungselemente, z. B. der Mindestsicherung gegen nominale Verluste bei Riester-Produkten zu Laufzeitende und der Garantieverzinsung bei konventionellen Versicherungsprodukten, eignen sich einfache symmetrische Risikomaße – wie z. B. die Standardabweichung der jährlichen Renditen – nur bedingt für geförderte Altersvorsorgeprodukte. Besser geeignet sind asymmetrische Risikomaße (Shortfall-Maße), die die Wahrscheinlichkeit des Unterschreitens einer bestimmten Zielrendite und die Höhe des zu erwartenden Verlusts beziffern. Risikokennzahlen sind jedoch im Allgemeinen für den Laien zum Teil schwer verständlich und sollten durch Angaben zur Spannweite der möglichen Verluste, besser noch durch Konfidenzintervalle für Ablaufrenditen und zu erwartende Endvermögen ergänzt werden.

Aus den obengenannten Gründen sind Rendite- und Risikokennzahlen für langlaufende komplexe Altersvorsorgeprodukte ohnehin nur schwer zu ermitteln. Auf mögliche Verbesserungen durch Modelle, die statistisch basierte (stochastische) Simulationsrechnungen verwenden, wird im letzten Abschnitt dieses Artikels noch einmal eingegangen. Ein leichter erreichbares Zwischenziel stellt zunächst die Verbesserung der Kostentransparenz von Altersvorsorgeprodukten dar. Angesichts der Vielzahl unterschiedlicher Kostenpositionen bei verschiedenen Altersvorsorgeprodukten sind zusammenfassende Indikatoren zur

Kostenbelastung von Produkten eine sinnvolle Ergänzung zu den bisher dominierenden detaillierten Kostenaufstellungen.

Aus theoretischer Sicht können Kosten sowohl in absoluten Beträgen zusammengefasst als auch als Kostenquoten (in Bezug auf die Beiträge) oder als Renditeminderung, die im englischen Sprachraum und auch in der deutschen Fachdiskussione üblicherweise als "Reduction in Yield" bezeichnet wird, ausgewiesen werden. Beitragsbezogene Quoten und Renditeminderung können im Vergleich zu absoluten Beträgen besser interpretiert werden und reagieren weniger stark auf unterschiedliche Renditeannahmen. Besonders geeignet im Hinblick auf ihre Robustheit für unterschiedliche Renditeannahmen ist die Reduction in Yield.

# 4 Ausweis von Renditen, Risiken und Kosten in der Praxis

Es existiert eine Vielzahl von unterschiedlichen Informationspflichten in der Regulierung der einzelnen Produktkategorien, die für Riester-Renten- und Basisrentenprodukte relevant sind. Allerdings sind bei weitem nicht alle Informationspflichten mit dem Gesetz über die Zertifizierung von Altersvorsorge- und Basisrentenverträgen (AltZertG) abgestimmt. In den derzeit im Umlauf befindlichen Kundeninformationen werden daher vielfach unterschiedliche Angaben zu Kosten und Renditen innerhalb eines Angebots gemacht, die für den Verbraucher verwirrend sind. Darüber hinaus führt die Vielzahl an nicht abgestimmten Vorschriften dazu, dass dem Anleger äußerst umfangreiche Informationen übergeben werden müssen.

Basisrenten- und Riester-Renten-Produkte werden aus diesem Grund oft als intransparent und kostenintensiv wahrgenommen. Die Angaben des AltZertG in Kombination mit den allgemeinen Informationspflichten für die verschiedenen Produkte erlauben keinen unmittelbaren Überblick über die Kosten in

TRANSPARENZ VON PRIVATEN RIESTER- UND BASISRENTENPRODUKTEN

Prozent der eingezahlten Beiträge oder über den Effekt der Kosten auf die Rendite der eingezahlten Beiträge. Ein Produktvergleich wird vor allem dann erschwert, wenn die zu vergleichenden Produkte unterschiedliche Renditen und Kosten aufweisen.

Hinzu kommt, dass Kosten oft auf verschiedene Parameter mit unterschiedlichen Bezügen verteilt und durch Bezug auf kleine Zeiteinheiten (z. B. je Monat) als unbedeutend dargestellt werden. Zugleich fehlen teilweise Informationen darüber, auf welchen Zeitraum sich die Werte beziehen. Garantierte, vergangenheitsbezogene oder künftig angestrebte Renditen als Prozent der Beiträge unter Berücksichtigung von Kosten (Effektivrenditen) werden bislang insbesondere in der Versicherungswirtschaft nicht angegeben. Angaben zur garantierten Verzinsung beziehen sich regelmäßig nicht auf die Beiträge, sondern auf die nach Abzug der Kosten verbleibenden Einzahlungen und erlauben keinen Vergleich zu anderen Produkten. Transparentere Informationen und produktübergreifende Standards werden sowohl von Anbieterals auch von Verbraucherseite gefordert oder befürwortet. Bisher wird aber branchenübergreifend keine Kostenkennzahl verwendet, die alle Kosten in der Anspar- und Rentenbezugsphase (Ausgabeaufschläge, Abschlusskosten, laufende Verwaltungskosten, Kapitalanlagekosten) berücksichtigt.

Vorvertragliche Informationen, die dem Anleger die Produktauswahl erleichtern sollen, werden in der Praxis oft als Anhang zum Vertrag mitgegeben, also kurz bevor der Vertrag unterschrieben wird. Juristisch ist dies nicht grundsätzlich angreifbar, faktisch laufen die Produktinformationen damit aber ins Leere, weil sie nicht mehr als Grundlage für die Entscheidung und für den Vergleich mit anderen Produkten herangezogen werden können.

Viele Anbieter verteilen Angaben zudem auf verschiedene Unterlagen und erschweren so den Überblick. Um Kunden die Information über verschiedene Produkte zu erleichtern, sollten Produktinformationsblätter in Bezug auf Inhalt und Form vereinheitlicht werden, damit das Auffinden von Informationen und der Vergleich untereinander für die Verbraucher vereinfacht wird. Die Produkte sollten zudem einheitlich klassifiziert werden, damit die Verbraucher auf den ersten Blick erkennen, um welche Art von Produkt es sich handelt.

# 5 Ergebnisse empirischer Erhebungen bei Akteuren im deutschen Markt

In das Forschungsprojekt wurden Einschätzungen und Erfahrungen von Anbietern, Verbraucherberatungen, Verbrauchern und externen Experten im Rahmen von Expertenbefragungen, Workshops und Gruppendiskussionen einbezogen.

Die Experten von Banken, Versicherungen und Fondsanbietern beurteilen die nach AltZertG geforderten Informationen grundsätzlich positiv: Sie stufen diese in der Regel als hilfreich für einen potenziellen Kunden bei der Entscheidung für ein konkretes Altersvorsorgeprodukt ein – mit Ausnahme der Angaben, inwieweit bei der Geldanlage soziale, ethische und ökologische Belange berücksichtigt werden. Allerdings wird die konkrete Ausgestaltung der entsprechenden Informationspflichten beziehungsweise deren Umsetzung in der Praxis kritisch beurteilt. Eine große Mehrheit der Befragten hält die entsprechenden Informationsangaben in der Praxis für nicht transparent. Das zentrale Problem stellt demnach die Masse der Informationen dar, womit der Vorsorgesparer regelrecht "überflutet" werde. Als Lösung wird eine knappe, vereinfachte Darstellung der wesentlichen Informationen auf einem "Produktinformationsblatt" von einer großen Mehrheit unterstützt. Als zentralen Bestandteil sollte dieses Produktinformationsblatt nach Einschätzung der Experten unter anderem Angaben darüber enthalten, welche

TRANSPARENZ VON PRIVATEN RIESTER- UND BASISRENTENPRODUKTEN

Leistungen zu welchem Zeitpunkt garantiert sind beziehungsweise welches Risiko die Geldanlage birgt.

Ob ein solches Produktinformationsblatt bei gegebenen Produkten die Transparenz auf dem Markt für staatlich geförderte Altersvorsorge erheblich verbessern kann, wird jedoch teilweise bezweifelt. In den vertiefenden Expertengesprächen wurde mehrfach darauf verwiesen, dass ein wirkungsvoller Ansatzpunkt für eine verbesserte Transparenz und für eine Verringerung der Kosten auch in einer Vereinfachung der Produkte beziehungsweise der Förderregelungen zu sehen sei. Denn durch die komplexen Förderregelungen seien Riester-Produkte einerseits sehr beratungsintensive Produkte; andererseits führten die sich im Lebensverlauf stets wandelnden Zulagenansprüche zu hohen Verwaltungskosten im Zulagen-Handling.

Bei gegebener Produktkomplexität ist der Schritt zu einem standardisierten Produktinformationsblatt vermutlich dennoch der richtige Weg. Dies haben zusätzliche Gruppendiskussionen mit Verbrauchern gezeigt. Entscheidend ist dabei, dass die Informationen sehr einfach und verständlich präsentiert werden. Die Ergebnisse dieser Gruppendiskussion werfen jedoch die Frage auf, ob Verbraucher durch eine verbesserte Produktinformation allein – bei gegebenem Wissensstand und gegebenen Produkten – in die Lage versetzt werden, fundierte Entscheidungen über ein Altersvorsorgeprodukt zu treffen. Als flankierende Maßnahme könnte auch aus dieser Perspektive geprüft werden, inwieweit die finanzielle Allgemeinbildung verbessert werden kann. Das Thema geht jedoch über den Untersuchungsauftrag der hier vorgestellten Studie hinaus.

In einem projektbegleitenden Workshop mit Vertretern von Anbietern, Anbieterverbänden, Verbraucherverbänden, externen Wissenschaftlern und Vertretern verschiedener Ministerien wurde eine einheitliche Kostenkennzahl, etwa in Form einer "Reduction in Yield", von mehreren Diskussionsteilnehmern grundsätzlich positiv beurteilt. Allerdings wurde in der Diskussion darauf hingewiesen, dass die Kostenkennzahlen in Relation zu den zu erwartenden Renditen gestellt werden sollten. Außerdem seien die Kostenangaben auch im Hinblick auf die damit verbundenen Garantieleistungen, sonstigen Zusatzleistungen und die Stabilität der Kosten selbst zu hinterfragen. Ein Ausweis der Garantieelemente der verschiedenen Verträge sei daher nicht nur für die Vorsorgesparer relevant, sondern auch von den Anbietern sehr erwünscht.

Unzufriedenheit wurde von den Diskussionsteilnehmern an Modellrechnungen mit vorgegebenen Normrenditen geäußert, da die unterschiedlichen Renditeerwartungen der Produktgruppen hier nicht deutlich werden. Allerdings dürften voraussichtlich erhebliche Schwierigkeiten bestehen, sich auf eine gemeinsame Basis für realistische Modellrechnungen zu einigen. Auf die große Bedeutung von Simulationsrechnungen zur Ermittlung realistischer Rendite-Risikoprofile in dynamischen, auf die Kapitalmarktsituation reagierenden Portfoliostrukturen wurde von mehreren Diskussionsteilnehmern hingewiesen. Die Erreichbarkeit eines entsprechenden Marktstandards, dem sich auch andere Anbietergruppen anschließen könnten, wurde unterschiedlich beurteilt. Letztlich bestand aber weitgehend Einigkeit, dass eine entsprechende gesetzliche Detailregulierung derzeit geringe Chancen auf Umsetzung hat.

# 6 Beispiele und Erfahrungen mit Produktinformationen aus dem Ausland

Bei den im internationalen Umfeld verwendeten Informationsmaterialien lassen sich verschiedene Standardisierungsniveaus feststellen. Bei geringer Standardisierung – wie z. B. in Deutschland – finden sich lediglich allgemein gehaltene Vorgaben, wie z. B. zur

TRANSPARENZ VON PRIVATEN RIESTER- UND BASISRENTENPRODUKTEN

Ausweisung von Kosten, die den Anbietern die Darstellung selbst überlassen. Der tolerierte Rahmen wird dann von der Rechtsprechung gezogen, die bei der Auslegung auf allgemeine Grundsätze - wie in Deutschland zum Beispiel auf das Transparenzgebot und die Unwirksamkeit überraschender Klauseln – zurückgreift. Vorteil eines solchen Systems allgemeiner Vorgaben ist neben einer einfachen gesetzlichen Gestaltung die Flexibilität gegenüber neuen Produkten und Umständen, ohne dass es einer erneuten gesetzlichen Änderung bedarf. Nachteil ist, dass intransparente Angaben insbesondere bei Produktinformationen, die nicht direkter Bestandteil des Vertrages sind, in der Praxis oft weder aufsichtsrechtliche noch zivilrechtliche Sanktionen nach sich ziehen.

Andere Staaten wie die Niederlande und Großbritannien, aber auch Schweden haben bei bestimmten Formen von Altersvorsorgeverträgen strengere Vorgaben an vorvertragliche Informationspflichten. Sie schreiben nicht nur eine einheitliche Systematik und einheitliche Überschriften vor, sondern teilweise auch den optischen Rahmen, und haben klare Regeln für die Gestaltung bis hin zur Kontrolle der Eingaben. Dabei erscheinen die Produktinformationen nicht als starres System, sondern werden von den Aufsichtsbehörden immer wieder evaluiert. So entwickeln sich die Produktinformationen kontinuierlich fort, um dem Anspruch gerecht zu werden, Vorsorgesparer zu besseren Entscheidungen zu führen und den Markt insgesamt zu verbessern.

Besonders vielversprechend erscheinen auch Ansätze, die die Mitteilungen über erworbene Altersvorsorgeansprüche aus verschiedenen Quellen zusammenführen. Solche Ansätze gibt es schon in Schweden, wo die obligatorische kapitalgedeckte Altersvorsorge "Premium Pension" mit in der jährlichen Renteninformation der umlagefinanzierten gesetzlichen Rente ausgewiesen wird. Auch in den Niederlanden gibt es Überlegungen, die Ansprüche für die Bürger virtuell zusammenzubringen. Wichtig ist dafür, schon

jetzt an eine einheitliche Basis für digitale Produktinformationen zu denken, damit sich später die unterschiedlichen Informationen für die Vorsorgesparer sinnvoll vergleichen und auf der individuellen Ebene zusammenführen lassen.

- 7 Ansatzpunkte zur Steigerung der Kosten-, Rendite- und Risikotransparenz von Altersvorsorgeprodukten
- 7.1 Zusammengefasste Kennziffern zur Steigerung der Kostentransparenz

Die Analysen zeigen, dass die bisherigen Transparenzvorschriften zum Ausweis der Kosten von Altersvorsorgeverträgen das Ziel der Schaffung von Kostentransparenz beim Vorsorgesparer weitgehend verfehlen. Zur Steigerung der Kostentransparenz von Altersvorsorgeprodukten wird daher die Angabe einer zusammengefassten Kennzahl "Reduction in Yield" (Renditeminderung) für die Ansparphase und die Angabe einer Kostenquote, bezogen auf die Auszahlungen in der Rentenbezugsphase, vorgeschlagen. Beide Kennzahlen sollten alle ex ante kalkulierbaren Kosten einbeziehen, insbesondere anfänglich gezahlte Abschlusskosten und Ausgabeaufschläge, laufende Verwaltungs-, Vertriebskosten und Kapitalanlagekosten sowohl auf Ebene des Finanzdienstleisters, der die Sparprodukte verwaltet, als auch auf Ebene der Fonds, sofern es sich um fondsgebundene Produkte handelt. Für Lebenszyklusprodukte sollten Kostenintervalle oder maximale Kostensätze beziffert werden. Die Kostenquote für die Rentenbezugsphase sollte als Durchschnittswert für die gesamte Rentenbezugsphase angegeben werden.

Die entsprechenden Kennzahlen sollten in individuellen vorvertraglichen Informationen, basierend auf den geplanten Einzahlungen des Anlegers und seiner voraussichtlichen

TRANSPARENZ VON PRIVATEN RIESTER- UND BASISRENTENPRODUKTEN

Sparplandauer bis zum Renteneintritt, berechnet werden. Der Ausweis der Reduction in Yield sollte in den vorvertraglichen Informationen für die Zeitpunkte 1 Jahr, 5 Jahre und 10 Jahre nach Beginn des Sparplans und zum Ende der Ansparphase angegeben werden.

Es wird ergänzend vorgeschlagen, die entsprechenden Kennzahlen auch in standardisierten Produktinformationsblättern auszuweisen. Anstelle anlegerindividueller Eckdaten zu Sparplandauer und Einzahlungshöhe sollte hier eine monatliche Einzahlung von  $100 \in (\text{inklusive Zulagen})$  unterstellt werden. Dies entspricht bei einer Einzahlung von 4% des rentenversicherungspflichtigen Einkommens einem Bruttoeinkommen des Sparers von  $30\,000 \in \text{p.}$  a. beziehungsweise  $2\,500 \in \text{je}$  Monat, was dem Einkommen vieler jüngerer Vorsorgesparer nahekommen dürfte.

# In standardisierten

Produktinformationsblättern sollte eine Laufzeit der Ansparphase von 30 Jahren bis zum 65. Lebensjahr zugrunde gelegt werden. Dies dürfte einerseits die Mindestspardauer vieler individueller Sparpläne (Späteinsteiger) sein. Bei noch längeren Vertragslaufzeiten machen sich andererseits die Kostendegressionseffekte von Fixkostenelementen kaum noch bemerkbar.

# 7.2 Angaben zu Rendite- und Risikoeigenschaften: Ein praxisorientiertes Drei-Ebenen-Modell

Die derzeit vorgeschriebene Hochrechnung über 10 Jahre ausschließlich auf der Basis von Normrenditen von 2%, 4% oder 6% gibt dem Anleger keine Anhaltspunkte über die realistische Rendite seines Anlageprodukts. Da Simulationsrechnungen mit unterschiedlichen Kapitalmarktentwicklungen zur Ermittlung von Renditepfaden zwar derzeit als einheitlicher Marktstandard nicht vorliegen, gleichwohl aber in naher Zukunft möglicherweise vielfach Verwendung finden

könnten, empfiehlt sich aus unserer Sicht ein offenes Modell, in dem standardisierte obligatorische Angaben mit ebenfalls standardisierten freiwilligen Angaben kombiniert werden.

Wir empfehlen ein Drei-Ebenen-Modell, das von wesentlichen obligatorischen Eckdaten auf der ersten Ebene über ergänzende obligatorische Informationen auf einer zweiten bis zu weitestgehend standardisierten Informationen mit bestimmten Wahlmöglichkeiten auf einer dritten Ebene reicht. Dieses "Pyramidenmodell" bietet den Vorteil einer grundlegenden Orientierung auf der ersten Ebene und einer weitergehenden Information für stärker interessierte Anleger auf den beiden tieferliegenden Ebenen. Auf der ersten Ebene sollten die wichtigsten Eckdaten des Produktes aufgeführt werden. Dem Anleger sollte unmittelbar klar werden, ob er in der Ansparphase in einen Banksparplan, einen Fondssparplan, eine klassische oder fondsgebundene Rentenversicherung oder in ein sonstiges Produkt investiert. Da viele Produkte mit der Bezeichnung "Rente" werben, ist dies für den Anleger und selbst für den Experten oft nicht unmittelbar zu erkennen. Ebenfalls sollten auf der ersten Ebene die wichtigsten Zusagen/ Garantieelemente und Risiken erkennbar werden, insbesondere

- ob der Anbieter (wie bei Riester-Verträgen) die eingezahlten Beiträge zum Zeitpunkt des Rentenbeginns zusagt,
- ob das Produkt weitere Garantieelemente bietet, z. B. eine garantierte Ablaufrendite beziehungsweise Rentenzahlung bei Versicherungsprodukten oder eine Höchststandsicherung bei Garantieprodukten,
- welche Verlustrisiken bei vorzeitiger Kündigung durch verlorene Abschlusskosten und Kapitalmarktrisiken bestehen,

TRANSPARENZ VON PRIVATEN RIESTER- UND BASISRENTENPRODUKTEN

- in welchem Umfang ein grundsätzliches Ausfallrisiko des Anbieters besteht und welche Vorkehrungen der Anbieter gegen einen solchen Ausfall getroffen hat (Mitgliedschaft in Sicherungssystem, Höhe der Absicherung),
- dass ein Risiko der realen Geldentwertung durch Inflation besteht.

Ergänzend sollten die oben diskutierten Kostenkennzahlen auf dieser ersten Ebene in übersichtlicher tabellarischer Darstellung ausgewiesen werden.

Auf der zweiten Ebene sollten weitergehende, ebenfalls hochstandardisierte Angaben zum Rendite-Risiko-Profil und zur Eignung des Produkts für unterschiedliche Anlegergruppen gemacht werden. Hier bietet sich eine zweidimensionale Darstellung an, die Bezug sowohl auf die Risikoneigung des Anlegers als auch auf sein Lebensalter nimmt. Eine zweidimensionale Darstellung vermeidet die Nachteile einer einfachen Ampelklassifikation (Risiko/Rot = Negativmerkmal) und ermöglicht eine differenzierte Einordnung des Produkts in zwei Dimensionen. Darüber hinaus sollte bei fondsgebundenen Produkten die Anlagestruktur in einer aussagefähigen Gliederung dargestellt werden, differenziert z. B. nach Aktienfonds, Rentenfonds, Immobilienfonds, Geldmarktfonds etc. unter Hervorhebung besonderer Risikopositionen, wie z. B. Investitionen in Emerging Markets und risikoreiche Derivate. Für Banksparpläne eignet sich eine solche Darstellung der Anlagestruktur nicht. Für klassische Versicherungsprodukte ist dies zwar ungewöhnlich, wäre aber durchaus hilfreich. Es sollte den Versicherungsunternehmen daher nicht verwehrt werden, hier entsprechende Angaben auch über den Deckungsstock zu machen. Angesichts des Risikoprofils klassischer Versicherungsprodukte müsste dies aber aus unserer Sicht nicht vorgeschrieben werden.

Auf der dritten Ebene sollte das Rendite-Risiko-Profil detaillierter dargestellt werden.

Sofern entsprechende belastbare Eckdaten aus stochastischen Simulationsrechnungen vorliegen, empfiehlt sich als Standard eine grafische Darstellung von Häufigkeitsverteilungen beziehungsweise Konfidenzintervallen, die entsprechend verbraucherkonform erklärt werden. Dazu kann eine entsprechende Grafik abgebildet werden. Als zweite wichtige Maßzahl wird empfohlen, die Wahrscheinlichkeit anzugeben, mit der eine Rendite von 2% p. a. (als Näherung an die von der Europäischen Zentralbank angestrebte Inflationsrate) unterschritten wird. Gegenwärtig wird intensiv an entsprechenden Simulationsmodellen für Rendite-Risiko-Profile von Altersvorsorgeprodukten gearbeitet. Insbesondere ist auch das Bemühen erkennbar, ähnlich wie bei Unternehmensratings anbieterunabhängige Standards zu entwickeln. Bezüglich des in diesem Gutachten vorgeschlagenen Mehrebenen-Modells ist daher die Hoffnung nicht unbegründet, dass sich längerfristig weitgehend standardisierte Kapitalmarktszenarien und Darstellungsformen für die dritte Ebene der nicht-obligatorischen Angaben zu Rendite-Risiko-Profilen etablieren werden. Zwar ist nicht zu erwarten, dass jeder Anbieter entsprechende Simulationen durchführen und sich an den Darstellungsstandards orientieren wird. Der Verzicht auf einen entsprechenden Ausweis stellt dann aber auch ein entsprechendes – negatives – Signal für den Vorsorgesparer dar. Alternativ sollten auf dieser dritten Ebene Berechnungen auf der Basis der Normzinssätze des AltZertG beziehungsweise davon abweichender vertraglich vereinbarter Renditen angegeben werden. Sofern mit den Normzinssätzen gerechnet wird, muss deutlich auf den beispielhaften Charakter dieser Rechnungen hingewiesen werden.

Das Gutachten enthält einen konkreten Vorschlag für den Aufbau eines Produktinformationsblattes, das den vorstehend skizzierten Inhalten entspricht. Wir schlagen vor, das erläuterte Drei-Ebenen-Modell in ein dreigeteiltes

TRANSPARENZ VON PRIVATEN RIESTER- UND BASISRENTENPRODUKTEN

Produktinformationsblatt umzusetzen. Abschnitt 1 sollte die "Eckdaten" wiedergeben, Abschnitt 2 über "Eignungsprofil und Kapitalanlage" informieren und Abschnitt 3 ergänzende Angaben über das Rendite-Risiko-Profil enthalten. Es ist zu berücksichtigen, dass das im Gutachten vorgestellte Produktinformationsblatt als erster Rohentwurf zu interpretieren ist und vor seiner Verwendung weiterer Tests auf Akzeptanz durch und Verständlichkeit für Vorsorgesparer bedarf. Gleichwohl sollte die konkrete Ausgestaltung nach weiteren Tests und Korrekturen möglichst detailliert geregelt werden, um ein einheitliches späteres Erscheinungsbild zu gewährleisten.

# 7.3 Jährliche Anlegerinformationen

Im AltZertG sind die jährlichen Informationspflichten bereits recht umfassend geregelt. Ergänzende Informationen sollten dem Anleger aber im Hinblick auf die bisher erwirtschaftete jährliche Rendite seines Altersvorsorgevertrages (netto nach Kosten) gegeben werden. Der Anleger ist zwar auch auf der Basis der jährlichen Informationen im Grundsatz selbst in der Lage, diese Renditeberechnung durchzuführen. In der Praxis dürfte dies aber insbesondere den finanziell weniger gut vorgebildeten Anleger überfordern. Zudem sollte der Anleger in jedem Jahr Informationen über die zum Laufzeitende garantierten Guthaben und – sofern bereits quantifizierbar – die garantierten Rentenzahlungen erhalten. Ab dem 55. Lebensjahr sollte der Anleger darüber hinaus im Rahmen der jährlichen Informationen darauf aufmerksam gemacht werden, dass Vorkehrungen zur Vorbereitung der Auszahlungsphase zu treffen sind, sofern diese noch nicht abschließend vertraglich geregelt ist. Dies betrifft zum einen die Auszahlungsmodalitäten (Auszahlungsplan und Restverrentung), zum anderen gegebenenfalls zu treffende Maßnahmen zur Wertsicherung, sofern im Vertrag keine automatischen Umschichtungen mit zunehmendem Lebensalter vorgesehen sind.

Darüber hinaus ist auch im Rahmen der laufenden Informationen auf die Gefahr einer Informationsüberflutung der Vorsorgesparer hinzuweisen. Wichtig ist es daher, dass in den jährlichen Standmitteilungen auf einem Deckblatt alle wichtigen Informationen auf einer Seite enthalten sind und die ergänzenden Detailinformationen zur Verwendung von Einzahlungen und Ausschüttungen sowie zu Portfolioumschichtungen davon klar abgegrenzt werden. Dies gilt insbesondere für die Informationspflichten bei fondsgebundenen Produkten. Diese Mitteilungen können beträchtlichen Umfang annehmen, insbesondere weil die jährlichen Mitteilungen oft zusammen mit anderen wertpapierrechtlich erforderlichen Informationen verschickt werden. Hier besteht die Gefahr, dass der Anleger die wichtigsten Informationen nicht mehr von den weniger wichtigen trennen kann. Dennoch sollte von einer entsprechenden Novellierung der – zum Teil auf europäischer Ebene verankerten -Berichtspflichten Abstand genommen werden.

# 7.4 Sicherstellung des rechtzeitigen Erhalts und der Richtigkeit der vorvertraglichen Informationen

Zur Sicherstellung des rechtzeitigen Erhalts richtiger vorvertraglicher Information ist eine Mischung aus verschiedenen Maßnahmen sinnvoll. Wichtig sind eine klare Regelung, wann die Informationen dem Kunden ausgehändigt werden müssen, sowie konkrete zivilrechtliche Ansprüche bei Nicht-beziehungsweise Schlechterfüllung. Flankierende Maßnahmen könnten regelmäßige repräsentative bundesweite Kontrollen durch die Aufsichtsbehörden in Form von Mystery Shopping, regelmäßige öffentliche Berichte sowie Bußgelder und Möglichkeiten des Entzugs der Zertifizierung sein. Sinnvoll wäre eine gesetzliche Regelung, die vorgibt, dass die vorvertraglichen Informationen mit dem ersten Angebot (im Sinne erster personalisierter Produktinformationen), das der Kunde vom Anbieter über ein konkretes Produkt erhält,

TRANSPARENZ VON PRIVATEN RIESTER- UND BASISRENTENPRODUKTEN

ungefragt ausgehändigt werden müssen, also in der Phase, in der sich der Verbraucher auf dem Markt umsieht und Produkte miteinander vergleicht. Dies könnte gegebenenfalls von einem Widerrufs- beziehungsweise Rücktrittsrecht flankiert werden, dessen Frist erst dann beginnt, wenn der Kunde neben den vertraglichen Informationen auch die vorvertraglichen Informationen erhalten hat. Die Einhaltung der Übergabefristen könnte über eine datierte Bestätigung des Erhalts des Dokuments realisiert werden. Hilfreich könnte auch eine Verpflichtung zur Offenlegung der Berechnungsgrundlagen für aggregierte Kostenkennziffern sein, um die Richtigkeit (nicht die Angemessenheit!) der Kalkulation durch externe Gutachter überprüfen lassen zu können. Dies könnte kombiniert werden mit der Verpflichtung zur Lieferung eines Exemplars der Produktinformationen an die Aufsichtsbehörde in ein der Fachöffentlichkeit zugängliches Register.

Eindeutige Regelungen für zivilrechtliche Ansprüche bei Nicht- oder Schlechterfüllung der Informationspflichten, wie sie z. B. aus dem Kreditrecht bekannt sind, haben eine positive Anreizwirkung. Bußgelder und Entzug der Zertifizierung sind weitere Möglichkeiten, die das AltZertG auch jetzt schon vorsieht. Ergänzt werden könnten diese Maßnahmen durch eine regelmäßige öffentliche Berichterstattung z. B. gegenüber dem Bundestag über die Integration in den jährlichen "Alterssicherungsbericht" oder in einem eigenständigen Bericht zur Basis- und Riester-Rente. Dabei sollten die Einhaltung von Informationspflichten, durchschnittliche

Wertentwicklung und Kosten, die jährlichen Einzahlungen im Verhältnis zur notwendigen Absicherung sowie Wechsel, Beitragsveränderungen und Abbrüche dargestellt werden, um Risiken und Probleme frühzeitig zu erkennen und von staatlicher Seite aus gegensteuern zu können.

# 8 Übertragung der Riester-Informationspflichten auf Basisrentenverträge

Bisher gelten die Informationsvorschriften der Riester-Rente nicht für die Basisrente. Unsere Analysen haben ergeben, dass einer entsprechenden Übertragung keine wesentlichen Hemmnisse entgegenstehen. Die Anbieterseite rechnet zwar mit Zusatzaufwand, dieser wird aber in der Regel nicht als hoch oder sehr hoch eingeschätzt. Insbesondere bei Basisrenten, die häufig weniger flexibel sind, als es der unbeständigen Einkommenssituation der Selbständigen entspricht, sollte den Vorsorgesparern die Folgen eines frühzeitigen Abbruchs oder Ruhenlassens des Vertrages vor Vertragsschluss verdeutlicht werden. Dies muss bei einer Novellierung der Informationspflichten berücksichtigt werden. Die vorstehend vorgeschlagenen Ausführungen zum Ausweis der Kosten, zum Produktinformationsblatt und die im Gutachten vorgeschlagenen Novellierungen des AltZertG berücksichtigen diesen Tatbestand und beziehen die Basisrente entsprechend systematisch ein.

EUROPÄISCHE UNION - VON DER KONJUNKTURSTÜTZUNG ZUR HAUSHALTSKONSOLIDIERUNG

# Europäische Union – von der Konjunkturstützung zur Haushaltskonsolidierung

| 1   | Einleitung                                                                           | 62 |
|-----|--------------------------------------------------------------------------------------|----|
| 2   | Das Europäische Konjunkturprogramm als Reaktion auf die weltweite Finanz- und        |    |
|     | Wirtschaftskrise                                                                     | 63 |
| 3   | Die Verfahren wegen übermäßiger Defizite als Reaktion auf die zunehmende öffentliche |    |
|     | Verschuldung                                                                         | 64 |
| 4   | Haushaltskonsolidierung in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten                           | 65 |
| 4.1 | Griechenland                                                                         | 65 |
| 4.2 | Spanien                                                                              | 66 |
| 4.3 | Portugal                                                                             | 67 |
|     | Italien                                                                              |    |
| 4.5 | Irland                                                                               | 68 |
| 4.6 | Großbritannien                                                                       | 68 |
| 5   | Ausblick                                                                             | 69 |

- Im Rahmen des Europäischen Konjunkturprogramms wurden in den Mitgliedstaaten der EU in den Jahren 2009 und 2010 Maßnahmen zur Konjunkturstützung im Umfang von insgesamt knapp 3 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) der EU beschlossen.
- Gleichzeitig verdreifachte sich das durchschnittliche Haushaltsdefizit in der EU zwischen 2008 und 2009 auf knapp 7% des EU-BIP, die durchschnittliche öffentliche Schuldenstandsquote stieg im gleichen Zeitraum um 12 Prozentpunkte auf knapp 74 % des BIP. Inzwischen befinden sich 24 der 27 EU-Mitgliedstaaten in einem Verfahren wegen eines übermäßigen Defizits.
- In den vergangenen Monaten richtete sich das Hauptaugenmerk der EU-Partner und der Finanzmärkte auf die Entwicklungen der öffentlichen Finanzen vor allem in Griechenland, Spanien, Portugal, Italien, Irland und Großbritannien. Alle diese Staaten haben inzwischen umfangreiche Konsolidierungsmaßnahmen eingeleitet, um die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen dauerhaft zu gewährleisten und das Vertrauen in ihre Finanzpolitik wieder herzustellen.

# 1 Einleitung

Infolge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise haben sich die Haushaltsdefizite und öffentlichen Schuldenstände der meisten Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) über die letzten zwei Jahre deutlich erhöht. Nach den Maßnahmen zur Rettung des Finanzsektors und zur Konjunkturstützung sowie der erkennbaren Erholung der Wirtschaft richtet sich das Augenmerk der Regierungen und der Öffentlichkeit vermehrt auf die Entwicklung der öffentlichen Finanzen. Sowohl aus ordnungspolitischen als auch aus budgetären und stabilitätsorientierten Gründen ist es nun notwendig, die hohen Neuverschuldungsraten zügig zu reduzieren und damit mittelfristig auch die Entwicklung der Schuldenstände umzukehren.

EUROPÄISCHE UNION - VON DER KONJUNKTURSTÜTZUNG ZUR HAUSHALTSKONSOLIDIERUNG

Die Bundesregierung ist davon überzeugt, dass die Finanzpolitik durch eine glaubwürdige Sicherung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen langfristig den bestmöglichen Beitrag zu mehr Wachstum und damit mehr Wohlstand leisten kann. Steigt das Vertrauen der Bevölkerung, der Unternehmen und der Finanzmärkte in die Nachhaltigkeit und Verlässlichkeit der Finanzpolitik, so wirkt sich dies positiv auf Konsum und Investitionen aus, gleichzeitig sinken die Risikoprämien auf den Finanzmärkten. Darüber hinaus ist ein Konsolidierungskurs notwendig, da auch weiterhin durch langfristige Entwicklungen Druck auf die öffentlichen Haushalte entstehen kann, wie zum Beispiel durch Klimawandel oder die demografische Entwicklung. Außerdem: In einer Währungsunion leisten solide Staatsfinanzen in allen Mitgliedstaaten einen wichtigen Beitrag für eine stabilitätsorientierte Geldpolitik.

2 Das Europäische Konjunkturprogramm als Reaktion auf die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise

Als Reaktion auf die deutliche
Verschlechterung des makroökonomischen
Umfeldes im Zuge der Finanzmarktkrise
verständigte sich der Europäische Rat (ER)
auf seiner Tagung am 11./12. Dezember 2008
auf ein Europäisches Konjunkturprogramm.¹
Dieses sah einen Mittelaufwand in Höhe
von rund 1,5 % des Bruttoinlandsprodukts
(BIP) der Europäischen Union für
konjunkturstabilisierende Maßnahmen in
der EU vor. Im Vorfeld hatte die Europäische
Kommission eine Aufteilung in rund 1,2 %
des EU-BIP (rund 170 Mrd. €) an zusätzlichen

Haushaltsmitteln der Mitgliedstaaten sowie rund 0,3 % des EU-BIP (rund 30 Mrd. €) an finanzieller Unterstützung auf EU-Ebene vorgeschlagen. Die Maßnahmen sollten zeitnah, befristet und zielgerichtet sein. Sie sollten von längerfristigen Strukturreformen flankiert werden, um die Widerstandskraft der europäischen Volkswirtschaften zu stärken. Darüber hinaus sollten sie in Übereinstimmung mit den Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes erfolgen.

In ihrem Bericht zu den öffentlichen Finanzen in der Wirtschafts- und Währungsunion 2010<sup>2</sup> stellt die Europäische Kommission fest, dass in der EU auf nationaler Ebene im Vergleich zum Jahr 2008 in den Jahren 2009 und 2010 Konjunkturmaßnahmen im Umfang von insgesamt 2,9 % des EU-BIP ergriffen wurden oder noch geplant sind, die sich ungefähr hälftig auf diese beiden Jahre verteilen. Der Auftrag des ER von Ende 2008 ist damit voll erfüllt. Deutschland hat im vergangenen Jahr nach Berechnungen der Europäischen Kommission konjunkturstützende Maßnahmen im Umfang von 1,7% des BIP ergriffen, für das laufende Jahr erreichen die Maßnahmen in Deutschland einen Umfang von 2,4% des BIP. Deutschland trägt somit überdurchschnittlich zur Stabilisierung der Wirtschaftslage in der EU bei, zumal der Großteil der diesjährigen Maßnahmen der Unterstützung der privaten Haushalte dient. Die Europäische Kommission beurteilt die Mehrzahl der in den einzelnen EU-Staaten ergriffenen Maßnahmen als zeitnah und zielgerichtet, allerdings kritisiert sie, dass über die Hälfte der im Jahr 2010 gültigen konjunkturstützenden Maßnahmen dauerhaft sind und somit strukturelle Anpassungsprozesse verzögern könnten.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> "Tagung des Europäischen Rates vom 11./12. Dezember 2008 in Brüssel – Schlussfolgerungen des Vorsitzes" (17271/08) – http:// www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\_data/docs/ pressdata/de/ec/104697.pdf.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Europäische Kommission, "Public Finances in EMU 2010" (Juni 2010) – http://ec.europa.eu/economy\_finance/publications/european\_economy/2010/pdf/ee-2010-4\_en.pdf.

EUROPÄISCHE UNION - VON DER KONJUNKTURSTÜTZUNG ZUR HAUSHALTSKONSOLIDIERUNG

# 3 Die Verfahren wegen übermäßiger Defizite als Reaktion auf die zunehmende öffentliche Verschuldung

Das durchschnittliche Haushaltsdefizit in der EU verdreifachte sich von 2,3 % des EU-BIP im Jahr 2008 auf 6,8 % des EU-BIP im Jahr 2009. Im laufenden Jahr soll es sich laut Frühjahrsprognose der Europäischen Kommission<sup>3</sup> weiter auf 7,2 % des EU-BIP ausweiten (wobei die Annahmen alle zu diesem Zeitpunkt bekannten Maßnahmen berücksichtigen). Der durchschnittliche öffentliche Schuldenstand in der EU soll von 61.6 % des EU-BIP im Jahr 2008 auf 79.6 % des EU-BIP im laufenden Jahr stark ansteigen. Diese deutliche Verschlechterung der öffentlichen Finanzen lässt sich hauptsächlich auf drei Faktoren zurückführen: Laut Eurostat, dem europäischen Statistikamt, ging das BIP in der EU im Jahr 2009 um 4,2% zurück (wobei Polen als einziger EU-Staat noch ein positives Wirtschaftswachstum verzeichnen konnte und am anderen Ende der Skala Lettland einen Rückgang der Wirtschaftsleistung um 18 % verkraften musste). Diese gravierende Verschlechterung der Wirtschaftslage in den EU-Staaten hatte sinkende Steuereinnahmen und steigende Sozialausgaben zur Folge. Zusätzlich ergriffen viele EU-Staaten im Rahmen des Europäischen Konjunkturprogramms konjunkturstützende Maßnahmen, wenn auch in unterschiedlichem Umfang. Darüber hinaus waren in einigen Staaten Maßnahmen zur Stützung des Finanzsektors notwendig.

Bereits im Oktober 2009 einigte sich der Rat der Finanz- und Wirtschaftsminister

in der EU (ECOFIN-Rat) auf Prinzipien für Ausstiegsstrategien aus den konjunkturstützenden Maßnahmen. So sollen alle EU-Mitgliedstaaten spätestens im Jahr 2011 mit der Haushaltskonsolidierung beginnen, wobei länderspezifischen Besonderheiten Rechnung zu tragen ist. In Anbetracht der Herausforderungen sollten die strukturellen Konsolidierungsschritte in den meisten EU-Staaten beträchtlich über dem Referenzwert von 0,5 % des BIP pro Jahr liegen. Der fiskalpolitische Ausstieg soll durch eine Verstärkung der nationalen Haushaltsrahmen begleitet werden, um die Glaubwürdigkeit der Konsolidierungsstrategien zu verbessern. Ferner sollten Maßnahmen zur Unterstützung der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte ergriffen und die Bemühungen um strukturelle Reformen zur Erhöhung der Produktivität und der langfristigen Investitionen verstärkt werden.

Diese Prinzipien flankieren den Stabilitäts- und Wachstumspakt und die Verfahren wegen übermäßiger Defizite. Ein solches Verfahren wird eingeleitet, wenn das Haushaltsdefizit eines EU-Mitgliedstaates den Referenzwert von 3 % des BIP überschreitet und keiner der eng definierten Ausnahmetatbestände vorliegt. Inzwischen wurden gegenüber 24 der 27 EU-Mitgliedstaaten Verfahren wegen übermäßiger Defizite eingeleitet.4 Unter Beachtung der länderspezifischen Besonderheiten wird jedem betroffenen Land vom ECOFIN-Rat eine Frist zur Rückführung seines Haushaltsdefizits unter den Referenzwert gesetzt sowie die Höhe der dafür notwendigen durchschnittlichen jährlichen strukturellen Abbauschritte des Defizits empfohlen. Entsprechend der nationalen Gegebenheiten gibt es Staaten, die ihr übermäßiges Defizit bereits im kommenden Jahr wieder zurückgeführt

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Europäische Kommission, "European Economic Forecast – Spring 2010" (Mai 2010) – http://ec.europa. eu/economy\_finance/publications/european\_ economy/2010/pdf/ee-2010-2\_en.pdf.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Vergleiche Europäische Kommission, "Überblick über laufende Defizitverfahren" – http://ec.europa. eu/economy\_finance/sgp/deficit/countries/index\_ en.htm.

EUROPÄISCHE UNION - VON DER KONJUNKTURSTÜTZUNG ZUR HAUSHALTSKONSOLIDIERUNG

haben müssen (Finnland, Malta, Bulgarien und Ungarn), wohingegen anderen Staaten mit besonders hohen Haushaltsdefiziten bis 2014 Zeit gewährt wird (Griechenland, Irland und Großbritannien). Die geforderten durchschnittlichen jährlichen strukturellen Abbauschritte bewegen sich in einer Größenordnung von "mindestens 0,5 % des BIP" (Deutschland, Dänemark und Finnland) bis "mindestens 2¾% des BIP" (Lettland). Auch Deutschland befindet sich seit Ende 2009 in einem Defizitverfahren und soll sein übermäßiges Defizit bis spätestens 2013 wieder unter den Referenzwert zurückgeführt haben. Dazu werden strukturelle Abbauschritte von mindestens 0,5 % des BIP pro Jahr erwartet.

# 4 Haushaltskonsolidierung in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten

In einigen EU-Mitgliedstaaten verschlechterte sich die Haushaltslage in den vergangenen Monaten gravierend, teils aufgrund der Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise, teils aufgrund einer vorherigen Überhitzung der Volkswirtschaft mit Blasenbildung beispielsweise im Immobilienbereich, teils aufgrund langfristiger struktureller Probleme der öffentlichen Finanzen. Je mehr Zweifel an der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen eines bestimmten Staates aufkamen, desto stärker stiegen die Renditen der Staatsanleihen. Vor allem die Euro-Staaten Griechenland, Spanien, Portugal, Irland und Italien sowie Großbritannien als Nicht-Euro-Land rückten so in den vergangenen Monaten ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Als Konsequenz der dramatischen Entwicklungen legten die Euro-Mitgliedstaaten und der Internationale Währungsfonds (IWF) ein Hilfsprogramm für Griechenland mit strikten Konsolidierungsvorgaben und der Forderung nach weitreichenden Strukturreformen auf. Aber auch in den anderen genannten EU-Staaten werden mehr

und mehr Sparmaßnahmen angekündigt beziehungsweise umgesetzt. Diese werden im Folgenden näher dargelegt.

#### 4.1 Griechenland

Kern des Anfang Mai 2010 beschlossenen Hilfsprogramms der Staaten des Euroraums und des IWF für Griechenland ist eine sogenannte "Absichtserklärung für eine spezifische wirtschaftspolitische Konditionalität" ("Memorandum of Understanding"). Danach unterliegen die vierteljährlichen Auszahlungen bilateraler Finanzhilfen für die Dauer der Vereinbarung vierteljährlichen Konditionalitätsüberprüfungen. Die Auszahlung der Tranchen des Hilfskredits wird in Abhängigkeit von der Einhaltung quantitativer Leistungskriterien und auf Grundlage einer positiven Bewertung des erzielten Erfolgs hinsichtlich der festgelegten Maßnahmen erfolgen. In der "Absichtserklärung" sind die geforderten Maßnahmen detailliert ausformuliert, die bis Ende 2011 vierteljährlich bewertet werden. Die Maßnahmen für die Jahre 2012 und 2013 sollen bei der Frühjahrsüberprüfung 2011 konkretisiert werden.

Im Rahmen der europäischen Vereinbarungen soll Griechenland sein Haushaltsdefizit, das sich im Jahr 2009 auf 13,6 % des BIP belief, bis 2014 wieder unter den Referenzwert von 3% des BIP zurückführen, für das Jahr 2010 wurde ein Defizitziel von 8,0 % des BIP festgelegt. Bisher liegt die griechische Regierung im Zeitplan der vereinbarten "Absichtserklärung". So wurden die Verbrauchsteuern auf Brennstoffe, Alkohol, Tabak und Luxusgüter sowie die Mehrwertsteuer (von 21% auf 23%) erhöht. Sondervergünstigungen für staatliche Bedienstete sowie für Rentner wurden gestrichen, Gehälter im öffentlichen Dienst wurden gekürzt, die Höchstrenten wurden gekappt. Darüber hinaus sollen verschärfte Kontrollen zu einer Erhöhung der Steuereinnahmen führen.

EUROPÄISCHE UNION - VON DER KONJUNKTURSTÜTZUNG ZUR HAUSHALTSKONSOLIDIERUNG

Auch hinsichtlich der Strukturmaßnahmen gibt es Fortschritte. Die geforderte Reform zur Verschlankung der Verwaltung auf lokaler Ebene ist vom Parlament verabschiedet worden, ebenso wie ein Plan zur Vereinfachung von Unternehmensgründungen. Das Parlament hat Gesetze zur Reform des (öffentlichen und privaten) Rentensystems und zur Modernisierung des Arbeitsmarktes verabschiedet, ebenso wie einen Stabilisierungsfonds zur Sicherung des griechischen Bankensystems. Ein Restrukturierungsplan für die staatliche Eisenbahn wurde aufgestellt.

Im August 2010 bescheinigte eine gemeinsame Mission von EU-Kommission, IWF und Europäischer Zentralbank Griechenland, die im Hilfsprogramm definierten Maßnahmen bis Ende des 2. Quartals erfolgreich umgesetzt zu haben und auf einem guten Weg zu sein.<sup>5</sup>

# 4.2 Spanien

Spanien ist verpflichtet, sein übermäßiges Defizit, das im Jahr 2009 eine Höhe von 11,2 % des BIP erreichte, spätestens bis zum Jahr 2013 wieder unter den Referenzwert von 3 % des BIP zurückzuführen. Dafür sind durchschnittliche jährliche strukturelle Abbauschritte in Höhe von über 1,5 % des BIP notwendig. Das aktuelle Defizitziel liegt für das laufende Jahr bei 9,3 % des BIP. Laut EU-Kommission hatte Spanien im vergangenen Jahr eine öffentliche Schuldenstandsquote in Höhe von 53 % des BIP zu verzeichnen, die 2010 weiter auf 65 % des BIP ansteigen soll.

Über die bereits im aktuellen Stabilitätsprogramm geplanten Sparmaßnahmen hinaus hat die spanische Regierung Mitte Mai 2010 weitere Konsolidierungsmaßnahmen angekündigt. Im Rahmen des neuen Sparpakets werden

unter anderem die Gehälter im öffentlichen Dienst gekürzt und im Jahr 2011 eingefroren, die Rentenanpassung wird im Jahr 2011 ausgesetzt, öffentliche Investitionen, Ausgaben für Entwicklungshilfe sowie Zahlungen im Pflegebereich und für Medikamente werden gekürzt, der "Babyscheck" wird gestrichen. Darüber hinaus wurden die Mehrwertsteuersätze erhöht (Normalsatz von 16 % auf 18 %, reduzierter Satz von 7 % auf 8%, Niedrigsatz bleibt hingegen unverändert bei 4%). Noch nicht umgesetzt sind die angekündigten Steuererhöhungen für Besserverdienende, eine Schuldenbremse der Regionen sowie Sparmaßnahmen der autonomen Regionen.

Spanien ist bei der Neustrukturierung seines Sparkassensektors bereits gut vorangekommen. Darüber hinaus stehen als wichtigste Reformvorhaben eine Arbeitsmarktreform, eine Pensionsreform sowie eine Bildungsreform auf der Tagesordnung der spanischen Regierung. Die Vorschläge der Regierung zur Arbeitsmarktreform sind in Form eines Gesetzesdekrets im Juni mit unmittelbarer Wirkung in Kraft getreten. Anfang September hat das spanische Parlament das Gesetz dazu verabschiedet. Vor allem soll hier die Dualität des Arbeitsmarktes mit seinem hohen Anteil an befristeten Arbeitsverträgen vermindert und die Flexibilität der Unternehmen unter anderem durch die Einführung eines Kurzarbeitsmodells erhöht werden. Die derzeit vorliegenden Vorschläge zur Rentenreform sehen eine Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre, eine Änderung der Rentenformel sowie eine Erhöhung der Minimalanforderungen zum Erhalt einer Rente vor. Darüber hinaus plant die spanische Regierung Maßnahmen zur Modernisierung und Vereinfachung der öffentlichen Aktivitäten, zur Stärkung des Wettbewerbs sowie zur Förderung von Investitionen in Forschung und Entwicklung, die zusammen mit Maßnahmen im Bereich des Umweltschutzes und mit fiskalpolitischen Änderungen mittel- bis langfristig die spanische Wettbewerbsfähigkeit stärken sollen.

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> Europäische Kommission – http://ec.europa. eu/economy\_finance/articles/eu\_economic\_ situation/2010-08-20-eap-review-greece\_en.htm.

Europäische Union – von der Konjunkturstützung zur Haushaltskonsolidierung

Der ECOFIN-Rat bescheinigte Spanien im Juli, angemessene Fortschritte hin zur fristgemäßen Korrektur des übermäßigen Defizits zu machen. Er hält die aktualisierten Defizitziele für 2010 und 2011 für angemessen, stellt aber fest, dass zur Erreichung des neuen Defizitziels für 2011 (neu seit Mai 2010: 6,0%; vorher: 7,5 % des BIP) zusätzliche Maßnahmen im Umfang von 1 ¾ % des BIP erforderlich sind. Diese Maßnahmen sollen im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2011 spezifiziert werden.

# 4.3 Portugal

Auch Portugal wurde eine Frist bis zum Jahr 2013 gesetzt, um sein übermäßiges Defizit, das sich im Jahr 2009 auf 9,4% des BIP belief, wieder unter den Referenzwert von 3% des BIP zurückzuführen. Von den europäischen Partnern werden durchschnittliche jährliche strukturelle Abbauschritte im Umfang von 1¼% des BIP erwartet. Das aktualisierte Defizitziel für 2010 beläuft sich auf 7,3% des BIP. Portugal wird nach Berechnungen der EU-Kommission einen Anstieg seiner öffentlichen Schuldenstandsquote von 77% des BIP im Jahr 2009 auf 86% des BIP im laufenden Jahr verzeichnen müssen.

Bereits der Haushalt 2010 ist auf eine Senkung des Defizits um rund 1 Prozentpunkt angelegt, unter anderem durch ein Einfrieren der Gehälter im öffentlichen Dienst. Im Mai 2010 wurde beschlossen, einige Konsolidierungsmaßnahmen aus der mittelfristigen Finanzplanung vorzuziehen, wie beispielsweise die Begrenzung von Sozialtransfers durch eine strengere Überprüfung der Voraussetzungen ihrer Gewährung sowie ihrer Auszahlungen, eine Reform der Arbeitslosen-Unterstützung mit dem Ziel einer raschen Wiedereingliederung der Arbeitslosen, eine durchgängige Besteuerung von Börsen-Gewinnen, eine Einführung eines zusätzlichen höheren Steuersatzes der Einkommensteuer für hohe Einkommen sowie eine Erhebung von Nutzungsgebühren auf weiteren Autobahn-Teilstücken. Darüber hinaus wurden im Juni zusätzliche Maßnahmen im Rahmen eines

Sparpakets vom portugiesischen Parlament verabschiedet. Diese umfassen eine Anhebung der Mehrwertsteuersätze (Normalsatz von 20 % auf 21%, reduzierter Satz von 12% auf 13%, ermäßigter Satz für Güter des täglichen Lebens von 6 % auf 7 %), eine Erhöhung der Einkommen-sowie der Körperschaftsteuer, eine Kürzung von öffentlichen Ausgaben sowie von Finanzzuweisungen an öffentliche Unternehmen und Gebietskörperschaften sowie einen Einstellungsstopp und die Streichung nicht gesetzlich geregelter Zuschläge im öffentlichen Dienst. Darüber hinaus werden die konjunkturstützenden Maßnahmen weiter zurückgeführt. Zur Stärkung der Wirtschaft sollen längerfristige Strukturreformen in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Energie, Verwaltungsvereinfachung und digitale Wirtschaft fortgeführt werden.

Der ECOFIN-Rat bescheinigte auch Portugal im Juli, angemessene Fortschritte hin zur fristgemäßen Korrektur des übermäßigen Defizits zu machen. Die aktualisierten Defizitziele für 2010 und 2011 hält er für angemessen. Der ECOFIN-Rat ist der Auffassung, dass das Erreichen des aktualisierten Defizitziels für 2010 von einer strikten Umsetzung der Haushaltspläne während des restlichen Jahres abhängt. Zur Erreichung des neuen Defizitziels für 2011 (neu seit Mai 2010: 4,6 %; vorher: 6,6 % des BIP) seien zusätzliche Maßnahmen im Umfang von 1½% des BIP erforderlich. Diese Maßnahmen sollen im Haushaltsgesetz 2011 verankert werden.

#### 4.4 Italien

Der ECOFIN-Rat hat Italien vorgegeben, sein übermäßiges Defizit, das im Jahr 2009 eine Höhe von 5,3 % des BIP aufwies, bis zum Jahr 2012 wieder unter den Referenzwert von 3 % des BIP zurückzuführen. Dafür sind durchschnittliche jährliche strukturelle Abbauschritte von 0,8 % des BIP erforderlich. Das Defizitziel der italienischen Regierung für das laufende Jahr liegt bei 5,0 % des BIP. Die italienische öffentliche Schuldenstandsquote wird laut EU-Kommission von 115 % des BIP im

EUROPÄISCHE UNION - VON DER KONJUNKTURSTÜTZUNG ZUR HAUSHALTSKONSOLIDIERUNG

vergangenen Jahr auf 118 % des BIP in diesem Jahr weiter leicht ansteigen.

Ende Juli 2010 hat das italienische Parlament das Haushaltskorrekturgesetz der Regierung für die Jahre 2011 und 2012 im Umfang von 1½% des BIP angenommen. Dieses umfasst unter anderem Personalkürzungen, Ausgabenbegrenzungen und eine Reduzierung der Spitzengehälter im öffentlichen Dienst, eine 10 %ige Kürzung der Budgets aller Ministerien, eine Erhöhung des Pensionsalters für Frauen, Kürzungen der Zuweisungen an Gebietskörperschaften und Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung. Darüber hinaus sollen Unternehmensgründungen liberalisiert und der Fiskalföderalismus reformiert werden.

Der ECOFIN-Rat bescheinigte Italien im Juli, angemessene Fortschritte hin zur fristgerechten Korrektur des übermäßigen Defizits zu machen.

#### 4.5 Irland

Irland wurde angesichts der Schwere der Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise bis zum Jahr 2014 Zeit gegeben, das übermäßige Defizit wieder unter den Referenzwert von 3 % des BIP zurückzuführen. Dazu werden von Irland durchschnittliche strukturelle Abbauschritte im Umfang von 2% des BIP pro Jahr erwartet. Das Defizit belief sich im Jahr 2009 auf 14,3% des BIP, für 2010 wurde eine Reduzierung auf 11,6 % des BIP angestrebt. Dieses Ziel ist jedoch durch die Notwendigkeit weiterer Kapitalhilfen für den privaten Bankensektor inzwischen überholt. Am 10. August verkündete die irische Regierung, dass sie der bereits am 16. Januar 2009 verstaatlichten Anglo Irish Bank weitere 10 Mrd. € zur Stärkung des Kernkapitals gewährt. Der Kapitalbedarf dieser Bank beläuft sich bisher auf 24,3 Mrd. €. Zudem haben die Bank of Ireland und die Allied Irish Bank Kapitalhilfen von insgesamt rund 15,4 Mrd. € erhalten. Der Gesamtumfang dieser Hilfen beläuft sich mittlerweile auf 24,9 % des BIP. Die irischen Banken sind

besonders stark durch ausfallgefährdete Immobilienportfolios bedroht. Die irische Regierung gründete daher die staatlich kontrollierte Verwaltungsgesellschaft NAMA (National Asset Management Agency), die von irischen Banken risikobehaftete Immobilienkredite bis zu einem Nominalwert von 81 Mrd. € (entspricht 50,9 % des BIP) ankauft. Die EU-Kommission ging in ihrer Frühjahrsprognose vom Mai 2010 davon aus, dass sich die öffentliche Schuldenstandsquote von 64 % des BIP im vergangenen Jahr auf 77 % des BIP im Jahr 2010 weiter erhöht. Der unerwartet hohe Rekapitalisierungsbedarf des Bankensektors hat die Budgetsituation weiter verschlechtert und wird zu einem weiteren Anstieg des Schuldenstandes führen.

Im Haushalt des Jahres 2010 wurde ein umfangreiches Sparpaket verankert, unter anderem mit Gehaltskürzungen und Nachbesetzungssperren im öffentlichen Dienst, Kürzungen bei Sozialhilfe, Arbeitslosengeld, Kindergeld und im Gesundheitswesen sowie bei öffentlichen Investitionen und mit der Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer. Darüber hinaus wurde eine Anhebung des Rentenalters von 65 auf 68 Jahre angekündigt. Zur Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit, die als einer der wichtigsten Punkte auf dem Weg zur Erholung des Arbeitsmarktes angesehen wird, werden die Ansiedlung von Unternehmen sowie Ausgaben in Forschung und Entwicklung steuerlich begünstigt. Zudem bleibt der im europäischen Vergleich bereits niedrige Körperschaftsteuersatz von 12,5 % unverändert.

Der ECOFIN-Rat bescheinigte Irland im Juli, angemessene Fortschritte hin zur fristgerechten Korrektur des übermäßigen Defizits zu machen.

#### 4.6 Großbritannien

Aufgrund der Bedeutung des Finanzplatzes London und der Finanzindustrie hat die Finanz- und Wirtschaftskrise der britischen Volkswirtschaft besonders zugesetzt. Das Haushaltsdefizit erreichte im Haushaltsjahr

EUROPÄISCHE UNION - VON DER KONJUNKTURSTÜTZUNG ZUR HAUSHALTSKONSOLIDIERUNG

2009/2010<sup>6</sup> nach Regierungsangaben eine Höhe von 11,3 % des BIP und soll sich im laufenden Haushaltsjahr auf 10,1% des BIP reduzieren. Die öffentliche Schuldenstandsquote soll, ebenfalls nach Regierungsangaben, nach 71% des BIP im vergangenen Haushaltsjahr im Haushaltsjahr 2010/2011 eine Höhe von 79 % des BIP erreichen. Der ECOFIN-Rat hat der britischen Regierung eine Frist bis zum Haushaltsjahr 2014/2015 gesetzt, das übermäßige Defizit wieder unter den Referenzwert von 3 % des BIP zurückzuführen. Dafür werden zwischen 2010/2011 und 2014/2015 durchschnittliche jährliche strukturelle Abbauschritte in Höhe von 1 1 % des BIP erwartet.

Im Juni 2010 stellte die neue Regierung ihren "Nothaushalt" vor. Die Planung erstreckt sich auf die 5-jährige Dauer der Legislaturperiode. Das derzeitige Haushaltsdefizit von angestrebten 10,1% des BIP soll bis zum Ende der Legislaturperiode 2015/16 auf 1,1% des BIP gesenkt werden. Insgesamt 77 % der Einsparungen sollen sich aus Ausgabenkürzungen, 23 % aus einer Erhöhung der Staatseinnahmen ergeben. Im laufenden Haushalt sind einschließlich des "Nothaushalts" umfangreiche Einsparungen im öffentlichen Sektor verankert. Diese betreffen sowohl die öffentlichen Investitionen als auch die laufenden staatlichen Ausgaben. Ein Großteil der Gehälter im öffentlichen Dienst soll eingefroren werden, es kommt zu Privatisierungsmaßnahmen (u. a. Teilprivatisierung der staatlichen Post) und zu einer Erhöhung der Kapitalzuwachssteuer. Zum Jahreswechsel soll die Mehrwertsteuer von 17,5 % auf 20 % erhöht werden, auch die Versicherungsteuersätze werden angehoben. Eine Bankenabgabe soll eingeführt werden. Außerdem kündigte die neue britische Regierung umfassende Arbeitsmarkt- und Sozialreformen an. So sollen beispielsweise die existierenden Arbeitsmarktprogramme und die Sozialleistungen vereinfacht und zusammengeführt und die Betreuung

Im Juli bescheinigte der ECOFIN-Rat Großbritannien, angemessene Fortschritte hin zur fristgerechten Korrektur des übermäßigen Defizits zu machen.

#### 5 Ausblick

Die Bundesregierung begrüßt das Umdenken in der EU weg von der krisenbedingten Stützung des Finanzsektors und der Realwirtschaft hin zur Konsolidierung der öffentlichen Finanzen. Das Ziel muss nun sein, die Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspaktes einzuhalten und die beschlossenen Sparmaßnahmen konsequent umzusetzen, so dass die Haushaltsdefizite in den einzelnen EU-Staaten sukzessive wieder unter den Referenzwert von 3% des BIP zurückgeführt werden und die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen gestärkt wird. Vor allem Griechenland hat nun durch eine glaubwürdige Umsetzung seiner Verpflichtungen im Rahmen des Hilfsprogramms die Möglichkeit und auch die Zeit, zu einer tragfähigen Finanzpolitik zurückzukehren und das Vertrauen der Finanzmärkte und der internationalen Partner zu stärken. Deutschland selbst, das gemäß den Vorgaben des Defizitverfahrens sein übermäßiges Defizit bis zum Jahr 2013 korrigiert haben muss, wird alles daran setzen, die Defizitgrenze möglichst früh wieder zu unterschreiten.

69

der Arbeitslosen verändert werden, das
Kindergeld soll für drei Jahre eingefroren
werden. Im Rahmen einer Rentenreform
soll unter anderem das Renteneintrittsalter
erhöht werden. Zur Stärkung der
Wettbewerbsfähigkeit wurden Maßnahmen
zur Deregulierung, zur Förderung von
Wissenschaft, Forschung und Bildung,
Maßnahmen zur Milderung regionaler
Ungleichgewichte in der Wirtschaftsstruktur
sowie eine schrittweise Senkung der
Unternehmensteuersätze, die allerdings mit
Änderungen bei Abschreibungsmöglichkeiten
und anderen Steuervergünstigungen
austariert werden soll, angekündigt.

<sup>&</sup>lt;sup>6</sup> 1. April bis 31. März.

Analyse und Prognose des Spar- und Konsumverhaltens privater Haushalte

# Analyse und Prognose des Spar- und Konsumverhaltens privater Haushalte<sup>1</sup>

| 1   | Ausgangslage                                                                         | 70  |
|-----|--------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| 2   | Ökonomische Erklärungsansätze des Spar- und Konsumverhaltens                         | 71  |
| 2.1 | Ökonomische Determinanten des privaten Konsums                                       | 71  |
| 2.2 | Modellierung der Erwartungen                                                         | 72  |
| 3   | Wirtschaftspsychologische Erklärungsansätze des Spar- und Konsumverhaltens           | 73  |
| 3.1 | Psychologische Grundlagen der Konsumentscheidungen                                   | 73  |
| 3.2 | Informationsgehalt von Stimmungsindikatoren für die Entwicklung des privaten Konsums | 75  |
| 4   | Empirische Untersuchung der Bestimmungsgründe der Konsumentenstimmung und des        |     |
|     | privaten Konsums                                                                     | 76  |
| 4.1 | Einfluss der Medienberichterstattung auf die Konsumentenstimmung                     | 76  |
| 4.2 | Zusammenhang zwischen Konsumentenstimmung und der Veränderung des privaten Konsu     | ıms |
|     | 78                                                                                   |     |
| 5   | Ein neuer Indikator zur Prognose des privaten Konsums                                | 79  |
| 5.1 | Motivation eines neuen Konsumindikators                                              | 79  |
| 5.2 | Eigenschaften des neuen Konsumindikators                                             | 80  |
| 6   | Fazit                                                                                | 82  |

- Der Informationsgehalt des umfragebasierten Indikators der EU-Kommission zur
   Konsumentenstimmung ist für die Prognose des privaten Konsums in Deutschland relativ gering.
- Die Konsumentenstimmung wird durch die Medienberichterstattung über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung beeinflusst.
- Die Arbeitslosigkeit, die Lohn- und die Zinsentwicklung sind wichtige Einflussgrößen der Konsumentenstimmung.
- Durch eine veränderte Konstruktion des Stimmungsindikators der EU-Kommission ließe sich der Informationsgehalt erhöhen.
- Ein neuer, auf Daten zu Suchanfragen im Internet basierender Indikator ermöglicht ebenfalls bessere Prognosen des privaten Konsums.

# <sup>1</sup> Der vorliegende Artikel wurde von Dr. Torsten Schmidt (RWI Essen) verfasst. Der Artikel fasst die wesentlichen Ergebnisse des gleichnamigen Forschungsprojekts zusammen, das im Auftrag des BMF vom RWI Essen durchgeführt wurde. Rückfragen bitte an Torsten Schmidt (Torsten.Schmidt@rwi-essen.de).

# 1 Ausgangslage

Für die Analyse und Prognose der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung kommt dem Spar- und Konsumverhalten privater Haushalte eine große Bedeutung zu. Ein Grund dafür ist, dass der private Konsum in Deutschland, wie auch in anderen Ländern, eine zentrale Größe der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage darstellt. Zudem ist die Ersparnis der privaten Haushalte eine wichtige Quelle zur Finanzierung von

Analyse und Prognose des Spar- und Konsumverhaltens privater Haushalte

Investitionsprojekten der Unternehmen.
Aufgrund der engen Verbindung von
Konsum- und Sparentscheidungen und des
großen Anteils des privaten Konsums an der
gesamtwirtschaftlichen Nachfrage stehen
bei der Analyse der privaten Haushalte in der
Regel die Konsumentscheidungen im Fokus
des Interesses.

Ebenso wird einer verlässlichen Prognose der privaten Konsumausgaben ein großes Gewicht bei der Erstellung gesamtwirtschaftlicher Projektionen beigemessen. Da nur wenige zeitnah verfügbare "harte" Indikatoren über die Entwicklung des privaten Konsums verfügbar sind, wurden in Deutschland sowie in vielen anderen Ländern Indikatoren zur Konsumentenstimmung konstruiert, die auf monatlichen Umfragen bei privaten Haushalten basieren. Allerdings zeigen empirische Studien, dass Stimmungsindikatoren wie die Konsumstimmungsindikatoren der EU-Kommission in vielen Ländern nur einen geringen Zusammenhang mit der tatsächlichen Entwicklung des privaten Konsums aufweisen.

Um Möglichkeiten auszuloten, wie ein verbesserter Indikator für die kurzfristige Entwicklung des privaten Konsums konstruiert werden kann, wird zunächst ein Überblick über die bestehenden Erklärungsansätze des privaten Konsums gegeben. Dazu werden Faktoren herausgearbeitet, die für die Entwicklung der Konsumausgaben privater Haushalte von Bedeutung sind. Dabei kommt der Erklärung der Erwartungsbildung ein besonderes Gewicht zu, da zukunftsgerichtetes Handeln stark von Erwartungen geprägt ist. Der Zusammenhang zwischen Erwartungen und den Konsumentscheidungen wird aus der ökonomischen und wirtschaftspsychologischen Perspektive untersucht. Die Berücksichtigung wirtschaftspsychologischer Erklärungsansätze bietet sich an, da die Konstruktion der Indikatoren der Konsumentenstimmung explizit auf psychologische Einflussfaktoren Bezug nimmt.

Darauf aufbauend wird der Erklärungs- und Prognosegehalt der Stimmungsindikatoren der EU-Kommission für Deutschland genauer analysiert. Ein Ergebnis ist, dass die Konsumentenstimmung deutlich von der Berichterstattung der Medien über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung beeinflusst wird. Darüber hinaus zeigt sich, dass dieser Konsumstimmungsindikator für Deutschland kaum Informationen enthält, die für die Prognose des privaten Konsums genutzt werden können. Daher wird abschließend ein neuer Konsumindikator, der auf Google-Trends-Daten basiert, dargestellt. Ein Vergleich der Prognoseeigenschaften mit denen anderer Indikatoren zeigt, dass die Verwendung von Google-Daten zu einer Verbesserung der Prognose des privaten Konsums führt.

## 2 Ökonomische Erklärungsansätze des Sparund Konsumverhaltens

# 2.1 Ökonomische Determinanten des privaten Konsums

Im Mittelpunkt der Konsumtheorie steht der Zusammenhang zwischen der aggregierten Konsumentwicklung auf der einen sowie makroökonomischen Kernvariablen wie Einkommen, Vermögen und Zinsen auf der anderen Seite. Der klassische Ansatz der keynesianischen "absoluten" Einkommenshypothese unterstellt einen festen Zusammenhang zwischen dem Einkommen der laufenden Periode als erklärender Variablen und dem aktuellen Konsumniveau als endogener Variable. Eine Vielzahl von empirischen Ansätzen der makroökonometrischen Forschung konzentrierte sich insbesondere in den 50er Jahren auf die Schätzung des Einflusses des Einkommens (marginale Konsumneigung) auf die Konsumentwicklung. Dabei wurde ein abnehmender Erklärungsgehalt der absoluten Einkommenshypothese festgestellt.

Analyse und Prognose des Spar- und Konsumverhaltens privater Haushalte

Auch weil sich zunehmend eine mikroökonomische Fundierung von makroökonomischen Zusammenhängen durchsetzte, wurden Konsumgleichungen spezifiziert, die explizit auf einem konsistenten Theoriegerüst optimaler intertemporaler Konsumentscheidungen eines repräsentativen Agenten beruhen. Prominente Beispiele sind die "permanente" beziehungsweise "Lebenszyklus"-Einkommenshypothese von Friedman (1957) sowie Ando und Modigliani (1963).<sup>2</sup> Die permanente Einkommenshypothese impliziert, dass die aktuelle Konsumentscheidung nicht vom laufenden Einkommen, sondern von dem über die Lebensspanne hinweg erwarteten Einkommen (permanentes Einkommen) bestimmt wird. Wenn das Gesamtvermögen (einschließlich Humankapital) alle Quellen des Einkommens umfasst, stellt es den Gegenwartswert aller zukünftigen Ströme von Arbeits- und Unternehmereinkommen, Kapitalerträgen etc. dar. Das permanente Einkommen erfasst alle diese erwarteten zukünftigen Einkommensströme.

Jüngere Ansätze zur empirischen Modellierung der Konsumfunktion nehmen in der Mehrzahl Bezug auf die permanente Einkommenshypothese. Dabei haben sich im Wesentlichen zwei unterschiedliche Ansätze herausgebildet: Bei dem ersten Ansatz wird aus einem mikroökonomischen Modell zur Erklärung der Konsum- und Sparentscheidung eines repräsentativen privaten Haushalts eine Optimalitätsbedingung für die Aufteilung des Einkommens einer Periode in heutigen und zukünftigen Konsum (Ersparnis) abgeleitet. Die Koeffizienten dieser sogenannten Konsum-Eulergleichung werden dann empirisch geschätzt. Der zweite Ansatz ist

stärker empirisch orientiert. Zwar werden hier die Determinanten des privaten Konsums ebenfalls auf Basis theoretischer Überlegungen ermittelt, allerdings wird die Spezifikation der zu schätzenden Gleichung nicht direkt aus einem einheitlichen Modellrahmen abgeleitet, sondern auf Basis statistischer Tests bestimmt. Dieser zweite Ansatz ist somit deutlich eklektischer angelegt.³ Die empirischen Untersuchungen für Deutschland zeigen, dass sich mit Hilfe des realen verfügbaren Einkommens, dem realen Finanzvermögen sowie den realen Hauspreisen ein Großteil der Veränderung des privaten Konsums erklären lässt.

#### 2.2 Modellierung der Erwartungen

Die permanente Einkommenshypothese misst den Erwartungen der Haushalte eine große Bedeutung für die Konsumentscheidungen bei. In der ökonomischen Literatur ist eine Reihe verschiedener Ansätze zur Erklärung der Erwartungsbildung von privaten Haushalten und anderen ökonomischen Entscheidungsträgern entwickelt worden. Am häufigsten verwendet wird seit vielen Jahren die These rationaler Erwartungsbildung. Sie unterstellt in ihrer reinen Form, dass die Konsumenten über alle für ihre Entscheidungen relevanten Informationen verfügen. Darüber hinaus wird angenommen, dass die Haushalte grundsätzlich die für ihre Entscheidung relevanten ökonomischen Zusammenhänge richtig erkennen und dementsprechend keine systematischen Fehler begehen. Es wird somit von einem sehr hohen Informationsstand der Konsumenten ausgegangen. Gleichzeitig wird vorausgesetzt, dass es keine Liquiditätsbeschränkungen und sonstige Marktunvollkommenheiten gibt.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Vergleiche Friedman (1957), A Theory of the Consumption Function, Princeton, Princeton University Press, Modigliani/Ando (1963), The life cycle hypothesis of saving: Aggregated implications and tests. American Economic Review, 53, Seite 55-84.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Vergleiche Muellbauer/Lattimore (1995), The Consumption Function: A Theoretical and Empirical Overview. In: H. Pesaran, M. Wickens und P. Schmidt (Hrsg.): Handbook of Applied Econometrics 1, Seite 221-311.

Analyse und Prognose des Spar- und Konsumverhaltens privater Haushalte

Die Theorie rationaler Erwartungen wurde in den vergangenen Jahren in verschiedene Richtungen erweitert beziehungsweise eingeschränkt, ohne sie vollständig aufzugeben. Diese Erweiterungen berücksichtigen, dass der Informationsstand der Haushalte nicht so hoch sein dürfte wie in der rationalen Erwartungstheorie ursprünglich unterstellt. Damit greifen diese im ökonomischen Kontext entwickelten alternativen Erklärungsansätze Aspekte auf, die in der wirtschaftspsychologischen Literatur als wesentlich herausgearbeitet wurden. Als Alternative wird in empirischen Arbeiten das adaptive Erwartungsmodell verwendet. Dabei wird unterstellt, dass die Individuen versuchen, aus ihren Fehlern bei der Erwartungsbildung zu lernen. Entsprechend basieren die Erwartungen stärker auf Erfahrungen aus der Vergangenheit und weniger auf Informationen über die Zukunft als bei der rationalen Erwartungsbildung unterstellt.

Ein Ansatz zum Testen des Effekts von Konsumentenerwartungen auf die aktuelle Konsumentscheidung ist die Hinzunahme einer weiteren erklärenden Variablen in den oben spezifizierten empirischen Konsumfunktion-Ansatz. Diese Variable misst dann den Einfluss der erwarteten Änderung von strukturellen Konsumdeterminanten wie Einkommen, Vermögen, Zinsen etc. auf das zukünftige Konsumniveau. In der empirischen Umsetzung des mikroökonomischen Ansatzes nutzen Das und Donkers (1999) Haushaltsdaten für die Niederlande und Informationen, die die von den Haushalten erwartete Einkommensänderung entlang der Kategorien "starker Zuwachs", "Zuwachs", "keine Veränderung", "Rückgang" sowie "starker Rückgang" misst.<sup>4</sup> Auf Basis ihrer Ergebnisse kommen Das und Donkers (1999) zu dem Schluss, dass die Annahme "reiner" rationaler

## 3 Wirtschaftspsychologische Erklärungsansätze des Sparund Konsumverhaltens

# 3.1 Psychologische Grundlagen der Konsumentscheidungen

In nicht-ökonomischen Erklärungsansätzen des Konsumverhaltens privater Haushalte wird anerkannt, dass ökonomischen Bestimmungsfaktoren, wie z. B. dem Einkommen, eine große Bedeutung zukommt. Dennoch wird betont, dass insbesondere für den Zeitpunkt eines Kaufes weitere Faktoren von Bedeutung sind, die in ökonomischen Analysen in der Regel vernachlässigt werden. Auf dieser These beruht die Konstruktion von umfragebasierten Indikatoren der Konsumentenstimmung.

Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Einkommensänderungen abgelehnt werden kann. In einer ähnlichen Analyse untersucht Souleles (2004) auf Basis des Michigan-Haushaltspanels, ob Erwartungsvariablen auf Basis von Befragungen einen zusätzlichen Erklärungsgehalt bei der Erklärung des Konsumniveaus haben.5 Souleles' Studie kommt zu dem Ergebnis, dass die beobachtete Konsumentscheidung tatsächlich signifikant von verschiedenen Erwartungsvariablen beeinflusst wird dazu zählen u. a. Erwartungen über die Einkommensentwicklung, die Inflationsrate, das Geschäftsklima und die erwartete finanzielle Situation. Diese unterschiedlichen Ergebnisse zeigen, dass eine eindeutige Aussage über den Einfluss von Erwartungen auf die Konsumentscheidungen aus den bisherigen Studien nicht getroffen werden kann.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Vergleiche Das/Donkers (1999), How Certain are Dutch Households about Future Income? An Empirical Analysis, Review of Income and Wealth, Vol. 45, Seite 325-338.

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> Vergleiche Souleles (2004). Expectations, Heterogeneous Forecast Errors and Consumption: Micro evidence from the Michigan Consumer Sentiment Surveys, Journal of Money, Credit and Banking, Vol. 36, Seite 39-72.

Analyse und Prognose des Spar- und Konsumverhaltens privater Haushalte

Die Fragen zur Konsumentenstimmung sollen nicht nur ökonomische Bedingungen (Fähigkeit zu konsumieren), sondern auch emotionale Bedingungen (Bereitschaft zu konsumieren) erfassen. Ökonomische und wirtschaftspsychologische Ansätze stellen daher keine Gegensätze, sondern Komplemente dar, die gemeinsam zu einem besseren Verständnis des Konsumverhaltens privater Haushalte beitragen können.

Wie in anderen wissenschaftlichen Disziplinen gibt es auch in der Psychologie eine Fülle methodischer Ansätze, sodass auch hier die Konsumentscheidungen privater Haushalte aus unterschiedlichen Blickwinkeln betrachtet werden. Besonders vielversprechend für die hier vorzunehmende Untersuchung erscheinen die Ansätze der Aktivations- und Emotionstheorien zu sein (Wiswede 2007). 6 Diesem Erklärungsansatz zufolge werden die psychologischen Vorgänge, die schließlich zu einer Konsum- oder Sparentscheidung führen, durch Reize ausgelöst. Diese Reize können von außen, also aus der Umwelt des einzelnen Konsumenten, stammen. Hier ist z. B. an Informationen über neue Produkte oder aber auch steigende Zinsen zu denken. Es können aber ebenfalls Reize durch innere Vorgänge beim Konsumenten auftreten, wie z.B. das Entstehen eines Hungergefühls.

In der Konsumforschung wird die Bedeutung von Emotionen, Motivationen und Einstellungen bei der Konsumentscheidung betont. Zunächst werden z. B. Berichte über einen zunehmenden Arbeitsplatzverlust aus dem persönlichen Umfeld oder aus den Medien mit negativen Emotionen verbunden sein. Eine Motivation, die daraus entsteht, könnte sein, auf einen möglichen Verlust des eigenen Arbeitsplatzes vorbereitet zu sein. Eine Einstellung ist mit einer Beurteilung des Risikos eines Arbeitsplatzverlustes verbunden. Für die makroökonomische Analyse werden diese drei Konzepte zusammengefasst

und als Stimmungen bezeichnet. Die verschiedenen Fragen bei den Erhebungen für die Stimmungsindikatoren dienen dazu, Motivationen und Einstellungen in Bezug auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung zu erfassen.

Neben der emotionalen beinhaltet eine Konsumentscheidung aber auch eine kognitive Komponente. Allerdings wird die Annahme der Rationalität menschlicher Entscheidungen abgelehnt oder zumindest deutlich eingeschränkt (Wiswede 2007).7 Aus der Kritik am Rationalitätsprinzip wird die These abgeleitet, dass sich die Konsumenten bei ihren Entscheidungen an Heuristiken orientieren, d. h. an Daumenregeln, die sich aus eigener Erfahrung, aus der Erfahrung anderer oder aus vereinfachten Überlegungen ergeben. Ob eine Entscheidung stärker rational ist oder mithilfe von Heuristiken getroffen wird, hängt dabei nicht zuletzt von der Art des Reizes ab. Das Gewicht der kognitiven Komponente, die eher zu rationalen Entscheidungen führt, richtet sich z.B. nach dem Aktivierungsgrad (Involvement) des Konsumenten. Je stärker ein Konsument durch einen Reiz aktiviert wird, umso stärker wird er sich mit einer Kauf- oder Sparentscheidung auseinandersetzen. Demnach weisen Güter des täglichen Bedarfs in der Regel einen niedrigen Aktivierungsgrad des Konsumenten auf. Hier wird sich bei den Konsumenten daher eine gewisse Routine einstellen. Langlebige Gebrauchsgüter, die seltener gekauft werden, führen dagegen zu einem höheren Involvement. Kognitive Prozesse werden hier ein höheres Gewicht haben.

Auch die Erwartungsbildung der privaten Haushalte ist aus Sicht der Wirtschaftspsychologie im Sinne der ökonomischen Theorie nicht rational. Vielmehr werden Erwartungen in einem Prozess gebildet, der auf bruchstückhafter und verzerrter Wahrnehmung und

<sup>&</sup>lt;sup>6</sup> Vergleiche Wiswede (2007) oben, Seite 62.

<sup>&</sup>lt;sup>7</sup> Vergleiche Wiswede (2007) oben, Seite 26 ff.

Analyse und Prognose des Spar- und Konsumverhaltens privater Haushalte

Informationsverarbeitung beruht. Danach sind Erwartungen "Hypothesen über zukünftige Sachverhalte und Zustände" (Wiswede 2007).<sup>8</sup> Bei der Bildung dieser Hypothesen dürften sehr unterschiedliche Faktoren, wie z. B. eigene Erfahrungen, Berichte über fremde Erfahrungen, Erwartungen anderer und die Berichterstattung in den Medien, eine Rolle spielen.

Aufgrund der Komplexität des Erwartungsbildungsprozesses können bisher nur Teilaspekte dieses Prozesses modellhaft abgebildet werden. Nicht zuletzt deshalb werden in über 45 Ländern Indikatoren aus Umfragen bei Haushalten konstruiert, die die Lagebeurteilung und Zukunftseinschätzungen erfassen und Informationen über zukünftige Änderungen des privaten Konsums und der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung liefern sollen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Anschaffungen erfasst werden sollen, bei denen die Haushalte einen Entscheidungsspielraum haben, z. B. wie langlebige Konsumgüter. Die Deckung des täglichen Bedarfs dürfte von Konsumentenstimmungen hingegen nur in geringem Ausmaß beeinflusst werden.

#### 3.2 Informationsgehalt von Stimmungsindikatoren für die Entwicklung des privaten Konsums

Die Indikatoren zur Konsumentenstimmung sind in einer Vielzahl von Studien auf ihren Informationsgehalt für die Entwicklung des privaten Konsums überprüft worden. Die Studien konzentrieren sich dabei im Wesentlichen auf zwei Fragen: In älteren Studien wird analysiert, ob die Stimmungsindikatoren einen Beitrag zur Erklärung des Konsumverhaltens leisten, der über die üblichen ökonomischen Determinanten hinausgeht. Die Arbeiten zu dieser Frage kommen in der Regel

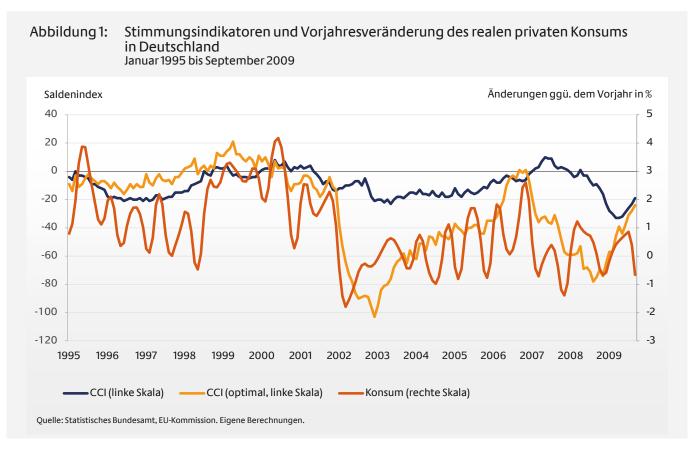
zu dem Ergebnis, dass der Großteil der Variation des Konsumindikators durch wenige ökonomische Variablen (z. B. Inflationsrate, Arbeitslosenquote) erklärt werden kann, womit der Indikator zur Konsumentenstimmung nur geringe zusätzliche Information enthalten würde. Neuere Studien gehen verstärkt der Frage nach, ob die Stimmungsindikatoren zu einer verbesserten Prognose des privaten Konsums beitragen können. Die empirischen Ergebnisse fallen dabei sehr unterschiedlich aus. Untersuchungen für die USA kommen mit Einzelgleichungsansätzen zu dem Ergebnis, dass Stimmungsindikatoren einen - wenn auch nur geringen – Erklärungsbeitrag leisten, sofern man für eine Reihe von makroökonomischen Variablen kontrolliert. Außerhalb der USA und Großbritanniens sind die Prognoseeigenschaften der Indikatoren zur Konsumentenstimmung aber deutlich schlechter.

Zu ähnlichen Ergebnissen gelangen Jonsson und Lindén (2009) bei ihrer Untersuchung des Zusammenhangs zwischen Konsumentenstimmung und Konsumnachfrage für 25 europäische Länder.<sup>9</sup> Darin zeigt sich, dass in einigen Ländern die Korrelation zwischen der Konsumentenstimmung und der Veränderung des privaten Konsums sogar negativ ist. Die höchste positive Korrelation zeigt sich in einigen osteuropäischen Ländern mit Werten um 0,8. Für Deutschland wird eine Korrelation von 0,2 ausgewiesen. Ausgehend davon kommen die Autoren zu dem Ergebnis, dass insbesondere die Fragen, die die persönliche Situation der Haushalte widerspiegeln, mehr Prognosekraft besitzen als die Fragen zur allgemeinen wirtschaftlichen Lage. Dies bedeutet, dass sich durch eine höhere Gewichtung dieser Teilindikatoren die Prognosegüte verbessern

<sup>&</sup>lt;sup>8</sup> Vergleiche Wiswede (2007) oben, Seite 134.

<sup>&</sup>lt;sup>9</sup> Jonsson/Lindén (2009), The Quest for the Best Consumer Confidence Indicator, European Commission Economic Papers 372.

Analyse und Prognose des Spar- und Konsumverhaltens privater Haushalte



lässt. Für Deutschland liefert ein entsprechend modifizierter Stimmungsindikator, der sich aus den Fragen zur vergangenen und zukünftigen Preisentwicklung, zu geplanten größeren Anschaffungen und zu den Sparplänen zusammensetzt, eine Korrelation von fast 0,7 mit der Veränderung des privaten Konsums (Abbildung 1). Dieser Indikator weist zudem eine deutlich höhere Prognosekraft auf als der derzeitige harmonisierte Gesamtindex zur Konsumentenstimmung der EU-Kommission.

- 4 Empirische Untersuchung der Bestimmungsgründe der Konsumentenstimmung und des privaten Konsums
- 4.1 Einfluss der Medienberichterstattung auf die Konsumentenstimmung

In jüngster Zeit ist der Einfluss der Medien auf die Konsumentenstimmung und die

Erwartungsbildung der privaten Haushalte wiederholt empirisch untersucht worden. Den Medien kommen vor allem drei Funktionen bei den Konsumentscheidungen zu: Zunächst stellen die Medien objektive Informationen bereit. In der Regel dürfte es einem einzelnen Haushalt unmöglich sein, aus dem unmittelbaren Lebensumfeld Rückschlüsse auf die makroökonomischen Rahmenbedingungen zu ziehen. Ohne die Medien ist eine Berücksichtigung makroökonomischer Rahmenbedingungen bei individuellen Konsumentscheidungen somit nicht möglich. Zum anderen liefern die Medien jedoch nicht nur objektive Rohinformationen, sondern nehmen erheblichen Einfluss darauf, ob Themen - wie etwa die wirtschaftliche Lage – überhaupt als aktuell relevant wahrgenommen werden (agenda setting). Darüber hinaus erscheint es naheliegend, dass Medien Informationen nicht neutral übermitteln, sondern auch deren Interpretation übernehmen. Gerade bei wirtschaftspolitischen Themen dürfte die positive oder negative Konnotation

Analyse und Prognose des Spar- und Konsumverhaltens privater Haushalte

einer Meldung in ihrer Wirkung auf die Konsumneigung der Mediennutzer wichtiger sein als deren objektiver Informationsgehalt.

In einer vielbeachteten Untersuchung für die USA haben Doms und Morin (2004) in Analogie zum Rezessions-Index des Economist Indikatoren zu den Stichworten Rezession, Entlassungen, schlechte Nachrichten, konjunkturelle Erholung konstruiert, um den Einfluss der Medien auf die Konsumentenstimmung untersuchen zu können.¹º Ihr Rezessionsindex zeigt einen signifikanten Einfluss auf die Konsumentenstimmung, der auch erhalten bleibt, wenn man für ökonomische Indikatoren kontrolliert. Der Entlassungsindex ist dagegen lediglich mit einigen Unterindikatoren der Konsumentenstimmung korreliert. Ein weiteres Ergebnis der Studie ist, dass in Phasen einer intensiven Medienberichterstattung über Konjunkturthemen die Haushalte ihre Erwartungen deutlich häufiger anpassen als in Zeiten, in denen nur wenige Artikel über die Konjunktur erscheinen. Einen positiven Zusammenhang zwischen der Medienberichterstattung und der Konsumentenstimmung finden Hagen (2005) und Wörsdorfer (2005) für Deutschland.11

Zur Untersuchung des Einflusses der Medien auf die Konsumentenstimmung in Deutschland wird im Rahmen dieser Studie ein Indikator des auf Meinungsanalysen spezialisierten Instituts "Media Tenor" verwendet. Vom

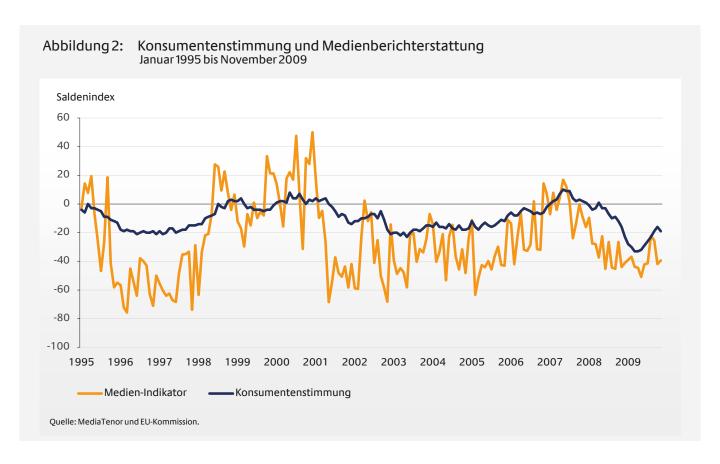
<sup>10</sup> Doms/Morin (2004), Consumer Sentiment, the Economy, and the News Media, Federal Reserve Board Finance and Economics Discussion Series 2004-51, Washington D. C.

" Vergleiche Hagen (2005), Konjunkturnachrichten, Konjunkturklima und Konjunktur. Köln: Herbert von Halem Verlag, Wörsdorfer (2005), Wie die Wirtschaftsberichterstattung der Medien das Konsumentenvertrauen lenkt – Empirische Evidenz für Deutschland, 1995-2005, Wirtschaft im Wandel 11/2005, Seite 338-344.

Datengeber werden die wichtigsten deutschen TV-Nachrichtensendungen systematisch ausgewertet und insbesondere gezählt, wie häufig dort im weiteren Sinne auf die "wirtschaftliche Lage" in Deutschland eingegangen wird. Dies kann als Indikator dafür gelten, wie stark die Wirtschaftslage durch das "agenda setting" der Medien zum gesellschaftlichen Thema gemacht wird. Darüber hinaus wird jeder einzelne Beitrag von Media Tenor als "positiv", "neutral" oder "negativ" bewertet.

Abbildung 2 zeigt die gemeinsame Entwicklung der Indikatoren für Medienberichterstattung und Konsumentenstimmung. Die beiden Reihen weisen einen gleichartigen Verlauf auf und scheinen dem Konjunkturverlauf zu folgen. Besonders deutlich ist der New-Economy-Boom des Jahres 2000 mit der anschließenden Rezession im Jahre 2001 zu erkennen. Aber auch die jüngste konjunkturelle Hochphase der Jahre 2006/2007 mit der dann einsetzenden Finanzkrise spiegelt sich deutlich in beiden Reihen wider. Dies lässt es als plausibel erscheinen, dass zwischen den Variablen ursächliche Zusammenhänge bestehen. Ob dies tatsächlich der Fall ist, wird im Rahmen eines Vektor-Autoregressiven (VAR-) Modells empirisch überprüft. Die empirischen Ergebnisse deuten darauf hin, dass die Konsumentenstimmung tatsächlich von der Medienberichterstattung beeinflusst wird. Dies bedeutet, dass die Medienberichterstattung nicht der bereits vorhandenen Grundstimmung der Konsumenten folgt, sondern unabhängig von dieser ein "agenda setting" betreibt. Weitere Ergebnisse zeigen keinen Zusammenhang zwischen der Entwicklung des tatsächlichen privaten Konsums auf der einen und des Konsumklimas sowie der Medienberichterstattung auf der anderen Seite. Weder trägt die Kenntnis der Vergangenheitswerte des Konsumklimaindexes und der Medienberichterstattung zu einer verbesserten Prognose des monatlichen Konsums der Folgeperiode bei, noch gilt dies in umgekehrter Richtung.

Analyse und Prognose des Spar- und Konsumverhaltens privater Haushalte



#### 4.2 Zusammenhang zwischen Konsumentenstimmung und der Veränderung des privaten Konsums

Um die Bedeutung von Konsumentenstimmungen für die Entwicklung des privaten Konsums besser zu verstehen, wird untersucht, ob der EU-Konsumklimaindikator einen signifikanten Zusammenhang mit der Entwicklung des privaten Konsums aufweist. Zusätzlich wird analysiert, ob verzögerte Werte dieses Indikators in einem signifikanten Zusammenhang mit dem Konsumverhalten stehen, d. h. inwiefern verzögerte Werte des EU-Konsumklimaindikators als Prognosevariable für den privaten Konsum dienen können. Anschließend wird nach ökonomischen Variablen gesucht, welche simultan den Verlauf des Konsums und des Konsumklimaindikators bestimmen, da der Stimmungsindikator den Verlauf des privaten Konsums möglicherweise nur deshalb erklärt, weil er die Entwicklung anderer ökonomischer Indikatoren abbildet, von denen der Konsum abhängt. Dazu wird der Zusammenhang zwischen dem privaten Konsum und wichtigen ökonomischen Erklärungsvariablen untersucht. Außerdem wird analysiert, in welchem Zusammenhang diese Variablen mit dem Indikator der Konsumentenstimmung stehen.

Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass der EU-Konsumklimaindikator den Verlauf des Konsums nur in geringem Umfang erklären kann. Der verzögerte EU-Konsumklimaindikator leistet zudem keinen signifikanten Beitrag mehr zur Erklärung des Konsums, wenn für verzögerte makroökonomische Variablen kontrolliert wird. Überdies hat sich gezeigt, dass der EU-Konsumklimaindikator sehr gut durch ökonomische Variablen wie Arbeitslosigkeit, Löhne, Realzins und Investitionen beschrieben. werden kann, die auch den Verlauf des Konsums erklären. Alleine dadurch, dass der EU-Konsumklimaindikator die Entwicklung ökonomischer Variablen abbildet, welche

Analyse und Prognose des Spar- und Konsumverhaltens privater Haushalte

auch mit dem Konsum korrelieren, könnte dieser als Frühindikator dieser Variablen verwendet werden. Seine Erklärungskraft ist aber niedriger als jene der ökonomischen Variablen, die er abbildet.

Der EU-Konsumklimaindikator wird auf Basis von lediglich vier der zwölf Fragen der EU-Konsumentenumfrage berechnet. Dies sind diejenigen Fragen, welche nach der Einschätzung der Befragten bezüglich ihrer persönlichen oder der allgemeinen künftigen ökonomischen Situation fragen. Dabei bleibt ungeklärt, ob nicht andere Fragen der EU-Konsumentenumfrage die Stimmung der Konsumenten besser abbilden. Es wurde deshalb untersucht, welche Kombination der zwölf gestellten Fragen der Konsumentenumfrage die Konsumentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland bestmöglich erklärt und prognostiziert. Auch für diese alternativen Indikatoren ist zu klären, inwieweit sie für den Konsum einen Erklärungs- und Prognosebeitrag leisten, wenn für die gleichen Variablen kontrolliert wird.

Die Analysen zeigen, dass die Salden-Statistiken der Einzelfragen des EU-Konsumentensurveys den Konsumverlauf besser erklären oder prognostizieren können als der ausgewiesene EU-Konsumklimaindikator selbst. Auch wurde deutlich, dass sich vor allem die Salden-Statistiken der Einzelfragen nach der erwarteten Preisentwicklung der geplanten bedeutenden Anschaffungen besser für die Erklärung oder die Prognose des Konsumverlaufs eignen als die Einzelfragen, welche dem Stimmungsindikator zugrunde liegen. Weiter konnte gezeigt werden, dass die Statistik zur Preisentwicklung einen engen Zusammenhang mit dem Index der wahrgenommenen Inflation aufweist. Dies bedeutet, dass die erwartete Preisentwicklung nicht von der amtlich gemessenen Preisentwicklung, sondern eher von der Inflationswahrnehmung der Konsumenten geleitet wird.

## 5 Ein neuer Indikator zur Prognose des privaten Konsums

# 5.1 Motivation eines neuen Konsumindikators

Aufgrund der vergleichsweise geringen Prognosekraft des umfragebasierten Konsumindikators der EU-Kommission für Deutschland wurde ein neuer Frühindikator für den privaten Konsum entwickelt, der auf Daten zu Internetsuchanfragen basiert, die von Google Trends bereitgestellt werden. Die Verwendung von Internet-Daten für die Konstruktion eines Indikators für die Entwicklung des privaten Konsums bietet eine interessante Alternative zu den Umfragedaten, da sie kostenlos wöchentlich und damit zeitnah zur Verfügung stehen.

Ein Zusammenhang zwischen den Suchanfragen und dem privaten Konsum kann vermutet werden, weil das Internet in den vergangenen Jahren zunehmend von privaten Haushalten genutzt wird. Es ist daher zu erwarten, dass das Internet inzwischen in allen Phasen (Anregungs-, Such-, Auswahl- und Umsetzungsphase) des Entscheidungsprozesses der Konsumenten, zumindest bei der Anschaffung größerer Konsumgüter, einwirkt (Butler und Peppard, 1998).12 Allerdings dürfte derzeit das Internet die größte Bedeutung in der Such- und Auswahlphase des Entscheidungsprozesses haben. So hat das Statistische Bundesamt auf Basis der Erhebung "Informations- und Kommunikationstechnologie in privaten Haushalten" (Destatis, 2009) ermittelt, dass der Anteil derjenigen, die das Internet zur Informationssuche über Waren und Dienstleistungen genutzt haben, im Jahr 2009 insgesamt 86% betrug. Dieser Wert steigt

<sup>&</sup>lt;sup>12</sup> Vergleiche Butler/Peppard (1998), Consumer Purchasing on the Internet: Processes and Prospects, European Management Journal 16(5), Seite 600-610.

Analyse und Prognose des Spar- und Konsumverhaltens privater Haushalte

stetig an. 2006 hatte er noch bei 83 % gelegen. Shaver (2007) verweist auf eine Umfrage von Pew Internet and American Life Projects, wonach in den USA für knapp die Hälfte der Befragten, die in den vergangenen zwei Jahren eine größere Anschaffung getätigt haben, das Internet für diese Kaufentscheidungen eine entscheidende Rolle gespielt hat.<sup>13</sup> Internetsuchmaschinen nehmen bei all diesen Aktivitäten eine wichtige Rolle ein. Dies gilt insbesondere für die Suchmaschine Google, die nach Angaben des Webstatistikanbieters Webhits in Deutschland mit rund 93 % Marktanteil eine dominierende Stellung unter den Suchmaschinen einnimmt.<sup>14</sup>

# 5.2 Eigenschaften des neuen Konsumindikators

Die Google-Trends-Applikation Insights for Search stellt Indizes für das relative Volumen von Suchanfragen für bestimmte Begriffe zur Verfügung. Diese werden von Google bereits mithilfe eines automatischen Sprachverarbeitungssystems in insgesamt 605 Kategorien und Unterkategorien klassifiziert. Zur Konstruktion des Indikators werden aus den von Google angebotenen Kategorien 47 ausgewählt, die für die privaten Konsumausgaben relevant sind. Um so viele Informationen wie möglich aus den Google-Trends-Zeitreihen zu nutzen, aber gleichzeitig eine Überspezifikation des Modells zu vermeiden, ist es notwendig, den Informationsgehalt der Zeitreihen zu verdichten. Dazu werden aus den Google-Trends-Zeitreihen mithilfe einer Faktorenanalyse zunächst zehn gemeinsame unbeobachtete Faktoren extrahiert. Für die Prognose des privaten Konsums ist

<sup>13</sup> Shaver (2007), Impact of the Internet on Consumer Information Search Behaviour in the United States, Journal of Media Business Studies 4(2), Seite 27-39.

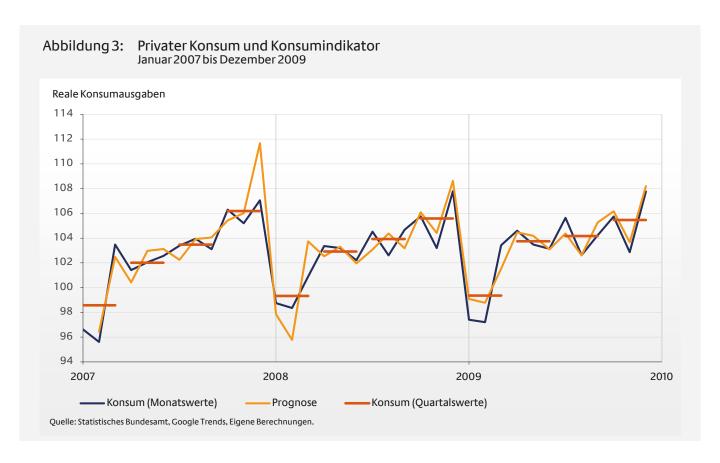
es im Hinblick auf den relativ kurzen Beobachtungszeitraum notwendig, die Zahl der Faktoren weiter zu reduzieren. Es werden daher zunächst Gleichungen für alle Kombination von bis zu vier dieser Faktoren geschätzt und jeweils die Prognosekraft dieser Gleichungen außerhalb des Stützbereichs evaluiert. Am besten schneidet das Modell ab, welches die gleitenden Durchschnitte des um zwei Monate verzögerten fünften und des um einen Monat verzögerten achten Faktors verwendet. Mithilfe dieser Faktoren wird eine Prognose des privaten Konsums für den folgenden Monat erstellt. Der Konsumindex wird dann aus diesen prognostizierten Werten konstruiert. Abbildung 3 zeigt den auf den Google-Daten basierenden Konsumindikator im Vergleich zur tatsächlichen Konsumentwicklung seit 2007. Dabei wird deutlich, dass der Indikator den tatsächlichen Verlauf recht gut beschreibt.

Um den Internet-basierten Indikator mit anderen Indikatoren des privaten Konsums zu vergleichen, werden mehrere Prognosen erstellt und ausgewertet. Dabei wird neben dem Prognosefehler der Monatswerte auch der Fehler der sich daraus ergebenden Quartalsprognosen betrachtet. Die Ergebnisse zeigen, dass der hier verwendete Google-Indikator eine deutlich bessere Prognosekraft aufweist als der EU- und der OECD-Konsumstimmungsindikator. Der Google-Indikator weist neben der im Vergleich zu den bisher betrachteten Konsumklimaindizes deutlich besseren Prognosekraft weitere Stärken auf. Hierzu zählen allem voran die äußerst zeitnahe Verfügbarkeit der Daten (wöchentlich) und der enge Bezug zur tatsächlichen Kaufhandlung. Zudem entfallen die üblichen mit Umfragen verbundenen Probleme fehlerhaft ausgefüllter Fragebögen (errors-in-variables bias), die das tatsächliche Bild verzerren können.

Allerdings weist der Google-Indikator auch eine Reihe von Schwächen auf, die unter anderem dem kurzen Beobachtungszeitraum ab 2004 und dem dadurch geringen Stichprobenumfang, aber auch der Art und

<sup>&</sup>lt;sup>14</sup> Vergleiche http://news.worldsites-schweiz.ch/marktanteil-suchmaschinen-in-deutschlandgoogle-bei-93.htm.

Analyse und Prognose des Spar- und Konsumverhaltens privater Haushalte



Weise, in der Google die Daten zur Verfügung stellt, geschuldet sind. Eines dieser Probleme ist, dass sich der Google-Indikator aufgrund der über Zufallsstichproben erfolgenden Konstruktion der Google-Trend-Indizes als noch recht instabil erwiesen hat. Ein weiterer Schwachpunkt ist, dass die Kürze des Beobachtungszeitraums die Auswahl des bestmöglichen Modells und die Evaluierung von dessen Prognosen erschwert. So dürfte sich das "beste Modell" bei Vorliegen von zusätzlichen Daten durchaus noch ändern. Darüber hinaus werden die hier genutzten Google-Zeitreihen auch durch nicht produktbeziehungsweise kaufbezogene Anfragen beeinflusst. Um dies auszuschließen, würde sich prinzipiell die Verwendung des von Google angebotenen Produkt-Suche-Filters eignen, wodurch ausschließlich konkrete Produkt-Suchanfragen berücksichtigt würden. Leider gehen die gefilterten Zeitreihen jedoch nur bis Januar 2008 zurück, weshalb eine aussagekräftige Prognoseevaluierung des Google-Indikators mit gefilterten Zeitreihen zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht möglich ist. Viele Schwächen des Google-Indikators dürften im Laufe der Zeit aber an Relevanz verlieren. Es verbleiben jedoch auch gewisse Risiken, was die Eignung des Ansatzes in der Zukunft angeht: Etwa könnte sich das Internetnutzungsverhalten dahingehend ändern, dass verstärkt auf andere Suchdienste (etwa auf andere Suchmaschinen oder direkte Onlineshops und Webseiten zum Preisvergleich) zurückgegriffen wird. Auch lässt sich nicht ausschließen, dass Google das Produkt "Google Trends" eines Tages verändert oder sogar einstellt. Hierfür gibt es allerdings bislang keine Anzeichen.

Zu berücksichtigen ist auch, dass sich ungeachtet der steigenden Verbreitung des Internets das Internetnutzungsverhalten zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen erheblich unterscheidet. So beträgt der Anteil der Personen, die das Internet bereits zum Kauf von Waren und Dienstleistungen genutzt haben, insgesamt 84% unter den 25 bis 44-jährigen, aber nur 16% unter den über 65-jährigen. Es ist

Analyse und Prognose des Spar- und Konsumverhaltens privater Haushalte

daher, zumindest noch zum gegenwärtigen Zeitpunkt, davon auszugehen, dass der Google-Indikator eher das Kaufverhalten des jüngeren Teils der Bevölkerung abbildet. Allerdings bestehen auch bei umfragebasierten Indikatoren stets Probleme bei der Stichprobenauswahl (sample selection bias), etwa weil z. B. Immigranten oder sehr wohlhabende Personen häufig untererfasst sind. Zudem stellt sich das altersbezogene Problem eher für Kausalanalysen als für Prognosezwecke, da hier auch ein nicht repräsentativer Datensatz von großem Nutzen sein kann, sofern er zeitnah relevante Informationen liefert.

#### 6 Fazit

Der vorherrschende Ansatz in der ökonomischen Theorie betont die Simultanität von Konsum- und Sparentscheidungen. Danach werden Ersparnisse gebildet, um in Zukunft konsumieren zu können. Da die zukünftigen Konsummöglichkeiten nicht nur von den Ersparnissen, sondern vor allem auch von der zukünftigen Einkommensentwicklung abhängen, müssen die privaten Haushalte Erwartungen darüber bilden. Allerdings hängt die Einkommensentwicklung wiederum von anderen Faktoren wie z. B. der Arbeitsmarktentwicklung ab. In ökonomischen Modellen wird zunehmend berücksichtigt, dass die Kapazitäten der privaten Haushalte zur Verarbeitung von Informationen bei der Erwartungsbildung begrenzt sind. In wirtschaftspsychologischen Ansätzen wird zudem betont, dass sich die Haushalte bei der Bildung ihrer Erwartungen auf Erfahrungen aus der Vergangenheit und auf Daumenregeln stützen. Zusätzlich werden in diesen Ansätzen auch der Einfluss von Emotionen und Stimmungen hervorgehoben.

Um diese Stimmungen, die nach diesen Ansätzen letztlich den Ausschlag für oder gegen einen Kauf bewirken, zu erfassen, wurden umfragebasierte Stimmungsindikatoren konzipiert. Diese Indikatoren weisen in den USA, wo ein solcher Indikator zuerst berechnet wurde, aber z. B. auch in Großbritannien eine relativ hohe Korrelation mit dem privaten Konsum auf. In vielen anderen Ländern, wie z. B. in Deutschland, ist die Korrelation des Stimmungsindikators (Konsumentenstimmung der EU-Kommission) dagegen gering. Entsprechend unterschiedlich ist auch die Prognosekraft der Indikatoren in den einzelnen Ländern.

In der empirischen Untersuchung der Einflussfaktoren der Konsumentenstimmung in Deutschland zeigt sich, dass dieser Indikator einem Index für die Medienberichterstattung über die konjunkturelle Lage folgt. Dies stützt die These, dass die privaten Haushalte einen wesentlichen Teil ihrer Informationen, der sich in dem Konsumklimaindikator widerspiegelt, aus den Medien erfahren. Die weiteren Untersuchungen des Konsumklimaindexes haben gezeigt, dass dieser zwar einen Zusammenhang mit der Veränderung des privaten Konsums aufweist. Der Erklärungsgehalt ist dabei aber relativ gering. Der Zusammenhang kann dadurch erklärt werden, dass beide Größen vor allem vom verfügbaren Einkommen beeinflusst werden. Zudem wird deutlich, dass der Konsumklimaindex für den Konsum relevante ökonomische Informationen nicht berücksichtigt. Die Untersuchung des Zusammenhangs zwischen den Salden-Statistiken der Einzelfragen und dem privaten Konsum zeigt, dass insbesondere die Fragen zur erwarteten Preisentwicklung und zu geplanten bedeutenden Anschaffungen einen signifikanten Zusammenhang mit dem privaten Konsum aufweisen, auch wenn für ökonomische Einflussgrößen kontrolliert wird. Ein verbesserter Konsumklimaindex sollte also diese beiden Fragen berücksichtigen.

Aufgrund des geringen Informationsgehalts des Konsumklimaindikators der EU-Kommission für die Entwicklung des privaten Konsums in Deutschland wurde ein neuer Indikator auf Basis von Daten zu Suchanfragen im Internet vorgeschlagen. Die Überprüfung der Prognoseeigenschaften ergibt, dass die

Analyse und Prognose des Spar- und Konsumverhaltens privater Haushalte

Informationen zu Suchanfragen tatsächlich Informationen über die zukünftige Entwicklung des privaten Konsums liefern. Die Berücksichtigung von Google-Daten führt sogar zu signifikant besseren Prognosen des privaten Konsums als die Verwendung des Konsumentenstimmungsindikators der EU-Kommission, selbst wenn man den optimierten Stimmungsindikator als Vergleich heranzieht. Wie jeder neue Indikator muss sich auch dieser Konsumindikator jedoch erst noch im Praxistest bewähren.

| Über | sichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung                        | 85  |
|------|------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| 1    | Kreditmarktmittel                                                                  | 85  |
| 2    | Gewährleistungen                                                                   | 86  |
| 3    | Bundeshaushalt 2009 bis 2014                                                       | 86  |
| 4    | Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren        |     |
|      | 2009 bis 2014                                                                      | 87  |
| 5    | Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen,  |     |
|      | Entwurf 2011                                                                       | 89  |
| 6    | Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2011             | 93  |
| 7    | Öffentlicher Gesamthaushalt von 2003 bis 2009                                      | 95  |
| 8    | Steueraufkommen nach Steuergruppen                                                 | 97  |
| 9    | Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten                                          | 99  |
| 10   | Entwicklung der Staatsquote                                                        | 100 |
| 11   | Schulden der öffentlichen Haushalte                                                | 102 |
| 12   | Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte                     | 104 |
| 13   | Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden                         | 105 |
| 14   | Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich                                  | 106 |
| 15   | Steuerquoten im internationalen Vergleich                                          | 107 |
| 16   | Abgabenquoten im internationalen Vergleich                                         |     |
| 17   | Staatsquoten im internationalen Vergleich                                          |     |
| 18   | Entwicklung der EU-Haushalte 2008 bis 2009                                         |     |
| Über | sichten zur Entwicklung der Länderhaushalte                                        | 111 |
| 1    | Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2010 im Vergleich zum Jahressoll 2010     | 111 |
| Abb. | 1 Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2009/2010                       | 111 |
| 2    | Die Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der  |     |
|      | Länder bis Juli 2010                                                               |     |
| 3    | Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juli 2010                    | 114 |
| Kenr | nzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung                                     | 118 |
| 1    | Wirtschaftswachstum und Beschäftigung                                              | 118 |
| 2    | Preisentwicklung                                                                   |     |
| 3    | Außenwirtschaft                                                                    |     |
| 4    | Einkommensverteilung                                                               |     |
| 5    | Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich                     |     |
| 6    | Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich                       |     |
| 7    | Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich                       |     |
| 8    | Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten |     |
|      | Schwellenländern                                                                   | 125 |
| Abb. | 1 Entwicklung von DAX und Dow Jones                                                |     |
| 9    | Übersicht Weltfinanzmärkte                                                         |     |
| 10   | Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF                    |     |
| 11   | lüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF                    |     |

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Kreditmarktmittel

I. Schuldenart

|                                        | Stand:        | Zunahme | Abnahme | Stand:        |
|----------------------------------------|---------------|---------|---------|---------------|
|                                        | 30. Juni 2010 |         |         | 31. Juli 2010 |
|                                        |               | in M    | io.€    |               |
| Inflationsindexierte Bundeswertpapiere | 33 000        | 1 000   | 0       | 34 000        |
| Anleihen <sup>1</sup>                  | 625 236       | 9 000   | 20 250  | 613 986       |
| Bundes obligationen                    | 185 000       | 5 000   | 0       | 190 000       |
| Bundesschatzbriefe <sup>2</sup>        | 9 438         | 34      | 83      | 9 388         |
| Bundesschatzanweisungen                | 125 000       | 6 000   | 0       | 131 000       |
| Unverzinsliche Schatzanweisungen       | 82 830        | 10 954  | 9 953   | 83 831        |
| Finanzierungsschätze <sup>3</sup>      | 736           | 24      | 51      | 709           |
| Tagesanleihe                           | 2 123         | 35      | 54      | 2 105         |
| Schuldscheindarlehen                   | 12 344        | 0       | 0       | 12 344        |
| Medium Term Notes Treuhand             | 51            | 0       | 0       | 51            |
| sonstige unterjährige Kreditaufnahme   | 1 830         | 0       | 0       | 1 830         |
| Kreditmarktmittel insgesamt            | 1 077 587     |         |         | 1 079 243     |

noch Tabelle 1: Kreditmarktmittel

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

|                                             | Stand:        |           | Stand:        |
|---------------------------------------------|---------------|-----------|---------------|
|                                             | 30. Juni 2010 |           | 31. Juli 2010 |
|                                             |               | in Mio. € |               |
| kurzfristig (bis zu 1 Jahr)                 | 227 289       |           | 232 000       |
| mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre) | 332 426       |           | 339 551       |
| langfristig (mehr als 4 Jahre)              | 517 873       |           | 507 692       |
| Kreditmarktmittel insgesamt                 | 1 077 587     |           | 1 079 243     |

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>10- u. 30-jährige Anleihen des Bundes und EURO-Gegenwert der USD-Anleihe.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Bundesschatzbriefe der Typen A und B.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup>1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätze.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Gewährleistungen

|                                                                                                                                              | Ermächtigungstatbestände | Belegung<br>am 30. Juni 2010 | Belegung<br>am 30. Juni 2009 |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------|------------------------------|------------------------------|
| Ermächtigungstatbestände                                                                                                                     |                          | in Mrd. €                    |                              |
| Ausfuhren                                                                                                                                    | 120,0                    | 108,4                        | 105,6                        |
| Kredite an ausländische Schuldner,<br>Direktinvestitionen im Ausland, ElB-Kredite,<br>Kapitalbeteiligung der KfW am ElF                      | 40,0                     | 33,1                         | 29,6                         |
| Bilaterale FZ-Vorhaben                                                                                                                       | 4,6                      | 2,0                          | 1,3                          |
| Ernährungsbevorratung                                                                                                                        | 7,5                      | 7,5                          | 7,5                          |
| Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland                                                                                               | 240,0                    | 106,3                        | 135,8                        |
| Internationale Finanzierungsinstitutionen                                                                                                    | 58,0                     | 50,6                         | 40,3                         |
| Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen                                                                                                       | 1,2                      | 1,0                          | 1,0                          |
| Zinsausgleichsgarantien                                                                                                                      | 6,0                      | 4,0                          | 4,0                          |
| Garantien für Kredite an Griechenland gemäß dem<br>Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz vom 7. Mai<br>2010                                  | 22,4                     | 22,4                         | -                            |
| Garantien gemäß dem Gesetz zur Übernahme von<br>Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen<br>Stabilisierungsmechanismus vom 22. Mai 2010 | 123,0                    | -                            | -                            |

Tabelle 3: Bundeshaushalt 2009 - 2014 Gesamtübersicht

|                                                        | 2009  | 2010  | 2011    | 2012   | 2013          | 2014   |
|--------------------------------------------------------|-------|-------|---------|--------|---------------|--------|
|                                                        | Ist   | Soll  | Entwurf |        | Finanzplanung |        |
| Gegenstand der Nachweisung                             |       |       | Mr      | d.€    |               |        |
| 1. Ausgaben                                            | 292,3 | 319,5 | 307,4   | 301,0  | 301,5         | 301,1  |
| Veränderung gegen Vorjahr in %                         | 3,5   | 9,3   | -3,8    | - 2,1  | +0,2          | -0,1   |
| 2. Einnahmen <sup>1</sup>                              | 257,7 | 238,9 | 249,5   | 260,6  | 269,6         | 276,7  |
| Veränderung gegen Vorjahr in %                         | -4,7  | -7,3  | +4,4    | +4,4   | +3,5          | +2,6   |
| darunter:                                              |       |       |         |        |               |        |
| Steuereinnahmen                                        | 227,8 | 211,9 | 221,8   | 232,8  | 241,8         | 250,3  |
| Veränderung gegen Vorjahr in %                         | -4,8  | -7,0  | +4,7    | +5,0   | +3,8          | +3,5   |
| 3. Finanzierungssaldo                                  | -34,5 | -80,6 | - 57,9  | - 40,5 | - 32,0        | - 24,5 |
| in % der Ausgaben                                      | 11,8  | 25,2  | 18,8    | 13,4   | 10,6          | 8,1    |
| Zusammensetzung des Finanzierungssaldos                |       |       |         |        |               |        |
| 4. Bruttokreditaufnahme <sup>2</sup> (-)               | 269,0 | 317,8 | 320,9   | 321,7  | 322,6         | 307,4  |
| 5. sonst. Einnahmen und haushalterische<br>Umbuchungen | -6,4  | 0,1   | - 0,5   | - 0,7  | + 0,0         | - 0,2  |
| 6. Tilgungen (+)                                       | 228,5 | 237,5 | 262,6   | 279,2  | 289,5         | 284,2  |
| 7. Nettokreditaufnahme                                 | -34,1 | -80,2 | - 57,5  | - 40,1 | - 31,6        | - 24,1 |
| 8. Münzeinnahmen                                       | -0,3  | -0,4  | - 0,4   | - 0,4  | - 0,4         | - 0,4  |
| Nachrichtlich:                                         |       |       |         |        |               |        |
| Investive Ausgaben                                     | 27,1  | 28,3  | 33,8    | 29,0   | 26,4          | 26,0   |
| Veränderung gegen Vorjahr in %                         | +11,5 | +5,9  | +19,6   | - 14,2 | - 9,1         | - 1,7  |
| Bundesanteil am Bundesbankgewinn                       | 3,5   | 3,5   | 3,0     | 2,5    | 2,5           | 2,5    |

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Stand: Juli 2010

 $<sup>^{1}\,\</sup>mbox{Gem.\,BHO}\,\S\,13\,\mbox{Absatz}\,4.2$  ohne Münzeinnahmen.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Inkl. Finanzierung der Eigenbestandsveränderung.

Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2009 bis 2014

|                                                        | 2009    | 2010    | 2011    | 2012    | 2013          | 2014    |
|--------------------------------------------------------|---------|---------|---------|---------|---------------|---------|
|                                                        | Ist     | Soll    | Entwurf |         | Finanzplanung |         |
| Ausgabeart                                             |         |         | in Mi   | o.€     |               |         |
| Ausgaben der laufenden Rechnung                        |         |         |         |         |               |         |
| Personalausgaben                                       | 27 939  | 27 704  | 27 794  | 27 699  | 27 550        | 27 421  |
| Aktivitätsbezüge                                       | 20977   | 20 789  | 20741   | 20 611  | 20 454        | 20 313  |
| Ziviler Bereich                                        | 9 269   | 9 342   | 9 2 4 0 | 9 2 5 6 | 9 2 6 7       | 9 289   |
| Militärischer Bereich                                  | 11 708  | 11 447  | 11 501  | 11 355  | 11 187        | 11 024  |
| Versorgung                                             | 6 962   | 6915    | 7 053   | 7 088   | 7 096         | 7 108   |
| Ziviler Bereich                                        | 2 462   | 2 435   | 2 444   | 2 445   | 2 431         | 2 407   |
| Militärischer Bereich                                  | 4 500   | 4 481   | 4 609   | 4 643   | 4 665         | 4701    |
| Laufender Sachaufwand                                  | 21 395  | 21 583  | 22 427  | 22 331  | 22 554        | 22 565  |
| Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens               | 1 478   | 1 466   | 1 357   | 1328    | 1311          | 1 3 1 3 |
| Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.               | 10 281  | 10 469  | 10 464  | 10305   | 10 497        | 10 453  |
| Sonstiger laufender Sachaufwand                        | 9 635   | 9 647   | 10 605  | 10 699  | 10 746        | 10 798  |
| Zinsausgaben                                           | 38 099  | 36 751  | 36 042  | 36 354  | 40 520        | 48 016  |
| an andere Bereiche                                     | 38 099  | 36751   | 36 042  | 36354   | 40 520        | 48 016  |
| Sonstige                                               | 38 099  | 36751   | 36 042  | 36354   | 40 520        | 48 016  |
| für Ausgleichsforderungen                              | 42      | 42      | 42      | 42      | 42            | 42      |
| an sonstigen inländischen Kreditmarkt                  | 38 054  | 36708   | 36 001  | 36313   | 40 479        | 47 975  |
| an Ausland                                             | 3       | 2       | 0       | 0       | 0             | C       |
| Laufende Zuweisungen und Zuschüsse                     | 177 289 | 205 272 | 187 513 | 186 508 | 186 052       | 185 558 |
| an Verwaltungen                                        | 14396   | 14 503  | 14563   | 14 563  | 14800         | 14 783  |
| Länder                                                 | 8 754   | 8 682   | 8 8 3 1 | 8 729   | 8 972         | 8 982   |
| Gemeinden                                              | 18      | 21      | 10      | 9       | 8             | 8       |
| Sondervermögen                                         | 5 624   | 5 799   | 5721    | 5 824   | 5 8 1 9       | 5 793   |
| Zweckverbände                                          | 1       | 0       | 1       | 1       | 1             | 1       |
| an andere Bereiche                                     | 162 892 | 190 769 | 172 950 | 171 945 | 171 252       | 170 775 |
| Unternehmen                                            | 22 951  | 25 316  | 24933   | 24762   | 24914         | 25 727  |
| Renten, Unterstützungen u.ä. an natürliche<br>Personen | 29 699  | 31 274  | 27932   | 27 889  | 26350         | 23 828  |
| an Sozialversicherung                                  | 105 130 | 128 365 | 114362  | 113 755 | 114436        | 115 667 |
| an private Institutionen ohne<br>Erwerbscharakter      | 1 249   | 1 529   | 1 574   | 1 572   | 1 596         | 1 604   |
| an Ausland                                             | 3 858   | 4284    | 4147    | 3 966   | 3 954         | 3 948   |
| an Sonstige                                            | 5       | 1       | 2       | 2       | 2             | 2       |
| Summe Ausgaben der laufenden Rechnung                  | 264 721 | 291 310 | 273 776 | 272 892 | 276 676       | 283 561 |
| Ausgaben der Kapitalrechnung <sup>a</sup>              |         |         |         |         |               |         |
| Sachinvestitionen                                      | 8 504   | 8 113   | 7 545   | 7 505   | 7 366         | 7 307   |
| Baumaßnahmen                                           | 6 830   | 6 532   | 6067    | 5 960   | 5 745         | 5 707   |
| Erwerb von beweglichen Sachen                          | 1 030   | 1 035   | 907     | 898     | 882           | 895     |
| Grunderwerb                                            | 643     | 546     | 571     | 647     | 740           | 704     |

noch Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2009 bis 2014

|                                                                  | 2009    | 2010    | 2011    | 2012    | 2013          | 2014    |
|------------------------------------------------------------------|---------|---------|---------|---------|---------------|---------|
|                                                                  | Ist     | Soll    | Entwurf |         | Finanzplanung |         |
| Ausgabeart                                                       |         |         | in Mic  | o.€     |               |         |
| -<br>Vermögensübertragungen                                      | 15 619  | 15 754  | 15 040  | 14 778  | 14 596        | 14 420  |
| Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen                      | 15 190  | 15 342  | 14644   | 14421   | 14239         | 14 064  |
| an Verwaltungen                                                  | 5 852   | 5 138   | 5 086   | 4927    | 4786          | 4 640   |
| Länder                                                           | 5 804   | 5 0 7 4 | 5 0 2 1 | 4848    | 4 693         | 4 547   |
| Gemeinden und Gemeindeverbände                                   | 48      | 60      | 62      | 77      | 91            | 91      |
| Sondervermögen                                                   | 0       | 4       | 2       | 2       | 2             | 2       |
| an andere Bereiche                                               | 9 338   | 10 204  | 9 558   | 9 4 9 4 | 9 454         | 9 424   |
| Sonstige - Inland                                                | 6 462   | 6 9 4 5 | 6 2 8 0 | 6 4 1 5 | 6384          | 6 3 8 1 |
| Ausland                                                          | 2 876   | 3 259   | 3 278   | 3 0 7 9 | 3 069         | 3 043   |
| Sonstige Vermögensübertragungen                                  | 429     | 413     | 397     | 358     | 356           | 356     |
| an andere Bereiche                                               | 429     | 413     | 397     | 358     | 356           | 356     |
| Sonstige - Inland                                                | 148     | 157     | 160     | 138     | 136           | 136     |
| Ausland                                                          | 282     | 256     | 237     | 220     | 220           | 220     |
| Darlehensgewährung, Erwerb von<br>Beteiligungen, Kapitaleinlagen | 3 409   | 4 838   | 11 660  | 7 120   | 4 798         | 4 582   |
| Darlehensgewährung                                               | 2 490   | 4028    | 10 854  | 6 189   | 3 864         | 3 760   |
| an Verwaltungen                                                  | 1       | 1       | 1       | 1       | 1             | 1       |
| Länder                                                           | 1       | 1       | 1       | 1       | 1             | 1       |
| an andere Bereiche                                               | 2 490   | 4027    | 10853   | 6188    | 3 863         | 3 760   |
| Sozialversicherung                                               | 0       | 0       | 6 550   | 2 150   | 0             | 0       |
| Sonstige - Inland (auch Gewährleistungen)                        | 872     | 2 426   | 2 598   | 2 527   | 2 439         | 2 228   |
| Ausland                                                          | 1 618   | 1 601   | 1 705   | 1511    | 1 425         | 1 532   |
| Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen                        | 919     | 810     | 806     | 931     | 934           | 822     |
| Inland                                                           | 13      | 13      | 1       | 1       | 1             | 1       |
| Ausland                                                          | 905     | 797     | 805     | 931     | 933           | 822     |
| Summe Ausgaben der Kapitalrechnung <sup>a</sup>                  | 27 532  | 28 706  | 34 245  | 29 404  | 26 760        | 26 310  |
| <sup>a</sup> Darunter: Investive Ausgaben                        | 27 103  | 28 293  | 33 848  | 29 046  | 26 403        | 25 953  |
| Globale Mehr-/Minderausgaben                                     | 0       | - 516   | - 621   | -1 296  | -1 936        | -8 771  |
| Ausgaben zusammen                                                | 292 253 | 319 500 | 307 400 | 301 000 | 301 500       | 301 100 |

Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Entwurf 2011

|          |                                                                          | Ausgaben<br>zusammen | Ausgaben<br>der<br>laufenden | Personal-<br>ausgaben | Laufender<br>Sachaufwand | Zinsausgaben | Laufende<br>Zuweisunger<br>und Zuschüss |  |
|----------|--------------------------------------------------------------------------|----------------------|------------------------------|-----------------------|--------------------------|--------------|-----------------------------------------|--|
| Funktion | Ausgabengruppe                                                           |                      | Rechnung                     |                       | in Mio. €                |              |                                         |  |
| 0        | Allgemeine Dienste                                                       | 55 471               | 48 873                       | 25 098                | 17 934                   | _            | 5 842                                   |  |
| 1        | Politische Führung und zentrale Verwaltung                               | 6 287                | 6 033                        | 3 794                 | 1324                     | _            | 915                                     |  |
| 2        | Auswärtige Angelegenheiten                                               | 8 833                | 3 786                        | 494                   | 172                      | _            | 3 120                                   |  |
| 3        | Verteidigung                                                             | 32 212               | 31 914                       | 16110                 | 14816                    |              | 988                                     |  |
| 4        | Öffentliche Sicherheit und Ordnung                                       | 3 608                | 3 2 6 0                      | 2 085                 | 982                      |              | 193                                     |  |
| 5        | Rechtsschutz                                                             | 362                  | 351                          | 247                   | 87                       | _            | 16                                      |  |
| 6        | Finanzverwaltung                                                         | 4 167                | 3 529                        | 2367                  | 553                      | _            | 609                                     |  |
|          | Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung,                                  |                      |                              |                       |                          |              |                                         |  |
| 1        | kulturelle Angelegenheiten                                               | 16 336               | 12 967                       | 480                   | 809                      | -            | 11 678                                  |  |
| 13       | Hochschulen                                                              | 3 423                | 2 428                        | 10                    | 9                        | -            | 2 409                                   |  |
| 14       | Förderung von Schülern, Studenten                                        | 2 185                | 2 185                        | -                     | -                        | -            | 2 185                                   |  |
| 15       | Sonstiges Bildungswesen                                                  | 541                  | 477                          | 9                     | 67                       | -            | 401                                     |  |
| 16       | Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen           | 9 496                | 7 3 7 5                      | 461                   | 727                      | -            | 6187                                    |  |
| 19       | Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1                                      | 690                  | 501                          | 1                     | 5                        | -            | 495                                     |  |
| 2        | Soziale Sicherung, soziale<br>Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung      | 158 826              | 151 368                      | 224                   | 201                      | -            | 150 943                                 |  |
| 22       | Sozialversicherung einschl.<br>Arbeitslosenversicherung                  | 114096               | 107 546                      | 47                    | -                        | -            | 107 498                                 |  |
| 23       | Familien-, Sozialhilfe, Förderung der<br>Wohlfahrtspflege u.Ä.           | 6 297                | 6 297                        | -                     | -                        | -            | 6 297                                   |  |
| 24       | Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen      | 2 573                | 2 3 3 3                      | -                     | 36                       | -            | 2 296                                   |  |
| 25       | Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz                                       | 34 122               | 33 993                       | 49                    | 94                       | -            | 33 851                                  |  |
| 26       | Jugendhilfe nach dem SGB VIII                                            | 232                  | 232                          | -                     | -                        | -            | 232                                     |  |
| 29       | Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2                                      | 1 507                | 968                          | 128                   | 71                       | -            | 769                                     |  |
| 3        | Gesundheit und Sport                                                     | 3 589                | 2 884                        | 275                   | 279                      | -            | 2 330                                   |  |
| 31       | Einrichtungen und Maßnahmen des<br>Gesundheitswesen                      | 2 451                | 2 3 7 2                      | 146                   | 151                      | -            | 2 074                                   |  |
| 312      | Krankenhäuser und Heilstätten                                            | -                    | -                            | -                     | -                        | -            | -                                       |  |
| 319      | Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31                                      | 2 451                | 2 3 7 2                      | 146                   | 151                      | -            | 2 074                                   |  |
| 32       | Sport                                                                    | 132                  | 110                          | -                     | 5                        | -            | 105                                     |  |
| 33       | Umwelt- und Naturschutz                                                  | 412                  | 225                          | 81                    | 68                       | -            | 75                                      |  |
| 34       | Reaktorsicherheit und Strahlenschutz                                     | 594                  | 177                          | 47                    | 54                       | -            | 76                                      |  |
| 4        | Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste | 2 087                | 779                          | -                     | 16                       | -            | 763                                     |  |
| 41       | Wohnungswesen                                                            | 1 351                | 767                          | -                     | 4                        | -            | 763                                     |  |
| 42       | Raumordnung, Landesplanung,<br>Vermessungswesen                          | 1                    | 1                            | -                     | 1                        | -            | -                                       |  |
| 43       | Kommunale Gemeinschaftsdienste                                           | 12                   | -                            | -                     | -                        | -            | -                                       |  |
| 44       | Städtebauförderung                                                       | 724                  | 12                           | -                     | 12                       | -            | -                                       |  |
| 5        | Ernährung, Landwirtschaft und Forsten                                    | 1 160                | 746                          | 29                    | 165                      | -            | 552                                     |  |
| 52       | Verbesserung der Agrarstruktur                                           | 567                  | 199                          | -                     | 1                        | -            | 198                                     |  |
| 53       | Einkommensstabilisierende Maßnahmen                                      | 346                  | 346                          | -                     | 70                       | -            | 276                                     |  |
| 533      | Gasölverbilligung                                                        | -                    | -                            | -                     | -                        | -            | -                                       |  |
| 539      | Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53                                      | 346                  | 346                          | -                     | 70                       | _            | 276                                     |  |
| 599      | Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5                                      | 247                  | 201                          | 29                    | 94                       |              | 77                                      |  |

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Entwurf 2011

| Funktion | Ausgabengruppe                                                           | Sach-<br>investitionen | Vermögens-<br>beratungen | Darlehns-<br>gewährung,<br>Erwerb von<br>Beteiligungen,<br>Kapitaleinlagen<br>in Mio. € | Summe<br>Ausgaben der<br>Kapital-<br>rechnung <sup>a</sup> | <sup>a</sup> Darunter:<br>Investive<br>Ausgaben |
|----------|--------------------------------------------------------------------------|------------------------|--------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------|
| 0        | Allgemeine Dienste                                                       | 975                    | 2 554                    | 3 068                                                                                   | 6 597                                                      | 6 560                                           |
| 1        | Politische Führung und zentrale Verwaltung                               | 253                    | 2                        | 0                                                                                       | 254                                                        | 254                                             |
| 2        | Auswärtige Angelegenheiten                                               | 106                    | 2 432                    | 2510                                                                                    | 5 047                                                      | 5 046                                           |
| 3        | Verteidigung                                                             | 217                    | 81                       | _                                                                                       | 297                                                        | 261                                             |
| 4        | Öffentliche Sicherheit und Ordnung                                       | 308                    | 40                       | _                                                                                       | 348                                                        | 348                                             |
| 5        | Rechtsschutz                                                             | 12                     | -                        | _                                                                                       | 12                                                         | 12                                              |
| 6        | Finanzverwaltung                                                         | 80                     | 0                        | 558                                                                                     | 638                                                        | 638                                             |
| 1        | Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle<br>Angelegenheiten    | 181                    | 3 177                    | 11                                                                                      | 3 369                                                      | 3 369                                           |
| 13       | Hochschulen                                                              | 1                      | 993                      | -                                                                                       | 994                                                        | 994                                             |
| 14       | Förderung von Schülern, Studenten                                        | _                      | -                        | -                                                                                       | _                                                          | -                                               |
| 15       | Sonstiges Bildungswesen                                                  | 0                      | 64                       | -                                                                                       | 64                                                         | 64                                              |
| 16       | Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der<br>Hochschulen        | 180                    | 1 930                    | 11                                                                                      | 2 121                                                      | 2 121                                           |
| 19       | Übrige Bereiche aus Hauptfunktion1                                       | 0                      | 189                      | -                                                                                       | 189                                                        | 189                                             |
| 2        | Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben,<br>Wiedergutmachung      | 11                     | 896                      | 6 551                                                                                   | 7 458                                                      | 7 098                                           |
| 22       | Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung                     | -                      | -                        | 6 550                                                                                   | 6 5 5 0                                                    | 6 5 5 0                                         |
| 23       | Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.              |                        | -                        | -                                                                                       | -                                                          | -                                               |
| 24       | Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen<br>Ereignissen   | 1                      | 238                      | 1                                                                                       | 240                                                        | 3                                               |
| 25       | Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz                                       | 5                      | 123                      | -                                                                                       | 129                                                        | 6                                               |
| 26       | Jugendhilfe nach dem SGB VIII                                            | -                      | -                        | -                                                                                       | -                                                          | -                                               |
| 29       | Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2                                      | 4                      | 534                      | -                                                                                       | 538                                                        | 538                                             |
| 3        | Gesundheit und Sport                                                     | 472                    | 234                      | -                                                                                       | 705                                                        | 705                                             |
| 31       | Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen                         | 62                     | 17                       | -                                                                                       | 80                                                         | 80                                              |
| 312      | Krankenhäuser und Heilstätten                                            | -                      | -                        | -                                                                                       | -                                                          | -                                               |
| 319      | Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31                                      | 62                     | 17                       | -                                                                                       | 80                                                         | 80                                              |
| 32       | Sport                                                                    | -                      | 22                       | -                                                                                       | 22                                                         | 22                                              |
| 33       | Umwelt- und Naturschutz                                                  | 7                      | 180                      | -                                                                                       | 187                                                        | 187                                             |
| 34       | Reaktorsicherheit und Strahlenschutz                                     | 403                    | 15                       | -                                                                                       | 417                                                        | 417                                             |
| 4        | Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste | -                      | 1 305                    | 3                                                                                       | 1 308                                                      | 1 308                                           |
| 41       | Wohnungswesen                                                            | -                      | 581                      | 3                                                                                       | 584                                                        | 584                                             |
| 42       | Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen                             | -                      | -                        | -                                                                                       | -                                                          | -                                               |
| 43       | Kommunale Gemeinschaftsdienste                                           | -                      | 12                       | -                                                                                       | 12                                                         | 12                                              |
| 44       | Städtebauförderung                                                       | -                      | 712                      | -                                                                                       | 712                                                        | 712                                             |
| 5        | Ernährung, Landwirtschaft und Forsten                                    | 5                      | 408                      | 1                                                                                       | 414                                                        | 414                                             |
| 52       | Verbesserung der Agrarstruktur                                           | -                      | 367                      | 1                                                                                       | 368                                                        | 368                                             |
| 53       | Einkommensstabilisierende Maßnahmen                                      | -                      | -                        | -                                                                                       | -                                                          | -                                               |
| 533      | Gasölverbilligung                                                        |                        | -                        | -                                                                                       | -                                                          | -                                               |
| 539      | Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53                                      | -                      | _                        | -                                                                                       | -                                                          | -                                               |
| 599      | Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5                                      | 5                      | 41                       | 0                                                                                       | 46                                                         | 46                                              |

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Entwurf 2011

|          |                                                                                   | Ausgaben<br>zusammen | Ausgaben<br>der<br>laufenden<br>Rechnung | Personal-<br>ausgaben | Laufender<br>Sachaufwand | Zinsausgaben | Laufende<br>Zuweisunger<br>und Zuschüsse |
|----------|-----------------------------------------------------------------------------------|----------------------|------------------------------------------|-----------------------|--------------------------|--------------|------------------------------------------|
| Funktion | Ausgabengruppe                                                                    |                      |                                          | i                     | in Mio. €                |              |                                          |
| 6        | Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe,<br>Dienstleistungen                       | 5 487                | 2 637                                    | 58                    | 598                      | -            | 1 980                                    |
| 62       | Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau                                          | 796                  | 653                                      | -                     | 434                      | -            | 219                                      |
| 621      | Kernenergie                                                                       | 282                  | 202                                      | -                     | -                        | -            | 202                                      |
| 622      | Erneuerbare Energieformen                                                         | 50                   | 19                                       | -                     | 4                        | -            | 16                                       |
| 629      | Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62                                               | 464                  | 431                                      | -                     | 430                      | -            | 1                                        |
| 63       | Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und<br>Baugewerbe                              | 1 604                | 1 584                                    | -                     | 9                        | -            | 1 574                                    |
| 64       | Handel                                                                            | 113                  | 113                                      | -                     | 51                       | -            | 62                                       |
| 69       | Regionale Förderungsmaßnahmen                                                     | 663                  | 11                                       | -                     | 10                       | -            | 1                                        |
| 699      | Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6                                               | 2310                 | 277                                      | 58                    | 94                       | -            | 124                                      |
| 7        | Verkehrs- und Nachrichtenwesen                                                    | 11 726               | 4 145                                    | 1 038                 | 2 087                    | -            | 1 021                                    |
| 72       | Straßen                                                                           | 7 254                | 965                                      | -                     | 880                      | -            | 85                                       |
| 73       | Wasserstraßen und Häfen, Förderung der<br>Schifffahrt                             | 1 721                | 839                                      | 510                   | 289                      | -            | 40                                       |
| 74       | Eisenbahnen und öffentlicher<br>Personennahverkehr                                | 343                  | 11                                       | -                     | -                        | -            | 11                                       |
| 75       | Luftfahrt                                                                         | 206                  | 194                                      | 46                    | 20                       | -            | 129                                      |
| 799      | Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7                                               | 2 201                | 2 136                                    | 482                   | 898                      | -            | 757                                      |
| 8        | Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund-<br>und Kapitalvermögen, Sondervermögen | 16 068               | 12 142                                   | -                     | 7                        | -            | 12 135                                   |
| 81       | Wirtschaftsunternehmen                                                            | 10 785               | 6 859                                    | -                     | 7                        | -            | 6 852                                    |
| 832      | Eisenbahnen                                                                       | 3 877                | 77                                       | -                     | 5                        | -            | 71                                       |
| 869      | Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81                                               | 6 908                | 6 782                                    | -                     | 2                        | -            | 6 780                                    |
| 87       | Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen,<br>Sondervermögen                         | 5 283                | 5 283                                    | -                     | -                        | -            | 5 283                                    |
| 873      | Sondervermögen                                                                    | 5 283                | 5 283                                    | -                     | -                        | -            | 5 283                                    |
| 879      | Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87                                               | -                    | -                                        | -                     | -                        | -            | -                                        |
| 9        | Allgemeine Finanzwirtschaft                                                       | 36 651               | 37 234                                   | 592                   | 330                      | 36 042       | 270                                      |
| 91       | Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen                                          | 308                  | 270                                      | -                     | -                        | -            | 270                                      |
| 92       | Schulden                                                                          | 36 061               | 36 061                                   | -                     | 19                       | 36 042       | -                                        |
| 999      | Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9                                               | 281                  | 903                                      | 592                   | 311                      | -            | 0                                        |
| Summe al | ler Hauptfunktionen                                                               | 307 400              | 273 776                                  | 27 794                | 22 427                   | 36 042       | 187 513                                  |

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Entwurf 2011

|          |                                                                                   | Sachin-<br>vestitionen | Vermögens-<br>beratungen | Darlehns-<br>gewährung,<br>Erwerb von<br>Beteiligungen,<br>Kapitaleinlagen | Summe<br>Ausgaben der<br>Kapital-<br>rechnung <sup>a</sup> | <sup>a</sup> Darunter<br>Investive<br>Ausgaben |
|----------|-----------------------------------------------------------------------------------|------------------------|--------------------------|----------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------|------------------------------------------------|
| Funktion |                                                                                   |                        |                          | in Mio. €                                                                  |                                                            |                                                |
| 6        | Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe,<br>Dienstleistungen                       | 81                     | 743                      | 2 026                                                                      | 2 850                                                      | 2 850                                          |
| 62       | Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau                                          | 80                     | 64                       | -                                                                          | 144                                                        | 144                                            |
| 621      | Kernenergie                                                                       | 80                     | -                        | -                                                                          | 80                                                         | 80                                             |
| 622      | Erneuerbare Energieformen                                                         | -                      | 31                       | -                                                                          | 31                                                         | 31                                             |
| 629      | Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62                                               | -                      | 33                       | -                                                                          | 33                                                         | 33                                             |
| 63       | Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe                                 | -                      | 21                       | -                                                                          | 21                                                         | 21                                             |
| 64       | Handel                                                                            | -                      | -                        | -                                                                          | -                                                          | -                                              |
| 69       | Regionale Förderungsmaßnahmen                                                     | -                      | 652                      | -                                                                          | 652                                                        | 652                                            |
| 699      | Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6                                               | 1                      | 7                        | 2 026                                                                      | 2 034                                                      | 2 034                                          |
| 7        | Verkehrs- und Nachrichtenwesen                                                    | 5 820                  | 1 760                    | -                                                                          | 7 580                                                      | 7 580                                          |
| 72       | Straßen                                                                           | 4877                   | 1 412                    | -                                                                          | 6 289                                                      | 6 289                                          |
| 73       | Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt                                | 882                    | -                        | -                                                                          | 882                                                        | 882                                            |
| 74       | Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr                                   | -                      | 333                      | -                                                                          | 333                                                        | 333                                            |
| 75       | Luftfahrt                                                                         | 12                     | -                        | -                                                                          | 12                                                         | 12                                             |
| 799      | Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7                                               | 49                     | 16                       | -                                                                          | 65                                                         | 65                                             |
| 8        | Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und<br>Kapitalvermögen, Sondervermögen | -                      | 3 926                    | -                                                                          | 3 926                                                      | 3 926                                          |
| 81       | Wirtschaftsunternehmen                                                            | -                      | 3 926                    | -                                                                          | 3 926                                                      | 3 926                                          |
| 832      | Eisenbahnen                                                                       | -                      | 3 801                    | -                                                                          | 3 801                                                      | 3 801                                          |
| 869      | Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81                                               | -                      | 125                      | -                                                                          | 125                                                        | 125                                            |
| 87       | Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen                            | -                      | -                        | -                                                                          | -                                                          | -                                              |
| 873      | Sondervermögen                                                                    | -                      | -                        | -                                                                          | -                                                          | -                                              |
| 879      | Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87                                               | -                      | -                        | -                                                                          | -                                                          | -                                              |
| 9        | Allgemeine Finanzwirtschaft                                                       | -                      | 38                       | -                                                                          | 38                                                         | 38                                             |
| 91       | Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen                                          | -                      | 38                       | -                                                                          | 38                                                         | 38                                             |
| 92       | Schulden                                                                          | -                      | -                        | -                                                                          | -                                                          | -                                              |
| 999      | Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9                                               | -                      | -                        | -                                                                          | -                                                          | -                                              |
| Summe a  | ıller Hauptfunktionen                                                             | 7 545                  | 15 040                   | 11 660                                                                     | 34 245                                                     | 33 848                                         |

Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2011 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

| Gegenstand der Nachweisung                                                | Einheit | 1969 | 1975  | 1980    | 1985     | 1990  | 1995   | 2000   |
|---------------------------------------------------------------------------|---------|------|-------|---------|----------|-------|--------|--------|
|                                                                           |         |      |       | Ist-Erg | jebnisse |       |        |        |
| I. Gesamtübersicht                                                        |         |      |       |         |          |       |        |        |
| Ausgaben                                                                  | Mrd.€   | 42,1 | 80,2  | 110,3   | 131,5    | 194,4 | 237,6  | 244,4  |
| Veränderung gegenüber Vorjahr                                             | %       | 8,6  | 12,7  | 37,5    | 2,1      | 0,0   | -1,4   | -1,0   |
| Einnahmen                                                                 | Mrd.€   | 42,6 | 63,3  | 96,2    | 119,8    | 169,8 | 211,7  | 220,5  |
| Veränderung gegenüber Vorjahr                                             | %       | 17,9 | 0,2   | 6,0     | 5,0      | 0,0   | -1,5   | -0,1   |
| Finanzierungssaldo                                                        | Mrd.€   | 0,6  | -16,9 | -14,1   | -11,6    | -24,6 | -25,8  | -23,9  |
| darunter:                                                                 |         |      |       |         |          |       |        |        |
| Nettokreditaufnahme                                                       | Mrd.€   | -0,0 | -15,3 | -27,1   | -11,4    | -23,9 | -25,6  | -23,8  |
| Münzeinnahmen                                                             | Mrd.€   | -0,1 | -0,4  | -27,1   | -0,2     | -0,7  | -0,2   | -0,1   |
| Rücklagenbewegung                                                         | Mrd.€   | 0,0  | -1,2  | -       | -        | -     | -      |        |
| Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge                                         | Mrd.€   | 0,7  | 0,0   | -       | -        | -     | -      | -      |
| II. Finanzwirtschaftliche                                                 |         |      |       |         |          |       |        |        |
| Vergleichsdaten<br>Personalausgaben                                       | Mrd.€   | 6,6  | 13,0  | 16,4    | 18,7     | 22,1  | 27,1   | 26,5   |
| 5                                                                         | %       | 12,4 | 5,9   | 6,5     | 3,4      | 4,5   | 0,5    | -1,7   |
| Veränderung gegenüber Vorjahr                                             |         |      |       |         |          | 11,4  |        |        |
| Anteil an den Bundesausgaben Anteil a. d. Personalausgaben des            | %       | 15,6 | 16,2  | 14,9    | 14,3     | 11,4  | 11,4   | 10,8   |
| öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>                                     | %       | 24,3 | 21,5  | 19,8    | 19,1     | 0,0   | 14,4   | 15,7   |
| Zinsausgaben                                                              | Mrd.€   | 1,1  | 2,7   | 7,1     | 14,9     | 17,5  | 25,4   | 39,1   |
| Veränderung gegenüber Vorjahr                                             | %       | 14,3 | 23,1  | 24,1    | 5,1      | 6,7   | -6,2   | -4,7   |
| Anteil an den Bundesausgaben                                              | %       | 2,7  | 5,3   | 6,5     | 11,3     | 9,0   | 10,7   | 16,0   |
| Anteil an den Zinsausgaben des                                            | %       | 35,1 | 35,9  | 47,6    | 52,3     | 0,0   | 38,7   | 57,9   |
| öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>                                     | N4d C   | 7.2  | 12.1  | 16.1    | 171      | 20.1  | 24.0   | 20.1   |
| Investive Ausgaben                                                        | Mrd.€   | 7,2  | 13,1  | 16,1    | 17,1     | 20,1  | 34,0   | 28,1   |
| Veränderung gegenüber Vorjahr                                             | %       | 10,2 | 11,0  | -4,4    | -0,5     | 8,4   | 8,8    | -1,7   |
| Anteil an den Bundesausgaben<br>Anteil a. d. investiven Ausgaben des      | %       | 17,0 | 16,3  | 14,6    | 13,0     | 10,3  | 14,3   | 11,5   |
| öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>                                     | %       | 34,4 | 35,4  | 32,0    | 36,1     | 0,0   | 37,0   | 35,0   |
| Steuereinnahmen <sup>1</sup>                                              | Mrd.€   | 40,2 | 61,0  | 90,1    | 105,5    | 132,3 | 187,2  | 198,8  |
| Veränderung gegenüber Vorjahr                                             | %       | 18,7 | 0,5   | 6,0     | 4,6      | 4,7   | -3,4   | 3,3    |
| Anteil an den Bundesausgaben                                              | %       | 95,5 | 76,0  | 81,7    | 80,2     | 68,1  | 78,8   | 81,3   |
| Anteil an den Bundeseinnahmen                                             | %       | 94,3 | 96,3  | 93,7    | 88,0     | 77,9  | 88,4   | 90,1   |
| Anteil am gesamten                                                        | %       | 54,0 | 49,2  | 48,3    | 47,2     | 0,0   | 44,9   | 42,5   |
| Steueraufkommen <sup>3</sup>                                              |         |      |       |         |          |       |        |        |
| Nettokreditaufnahme                                                       | Mrd.€   | 0,0  | -15,3 | -13,9   | -11,4    | -23,9 | -25,6  | -23,8  |
| Anteil an den Bundesausgaben                                              | %       | 0,0  | 19,1  | 12,6    | 8,7      |       | 10,8   | 9,7    |
| Anteil a.d. investiven Ausgaben des<br>Bundes                             | %       | 0,0  | 117,2 | 86,2    | 67,0     |       | 75,3   | 84,4   |
| Anteil a.d. Nettokreditaufnahme des öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup> | %       | 0,0  | 55,8  | 50,4    | 55,3     |       | 51,2   | 62,0   |
| nachrichtlich: Schuldenstand <sup>3</sup>                                 |         |      |       |         |          |       |        |        |
| öffentliche Haushalte <sup>2</sup>                                        | Mrd.€   | 59,2 | 129,4 | 238,9   | 388,4    | 538,3 | 1018,8 | 1210,9 |
| darunter: Bund                                                            | Mrd.€   | 23,1 | 54,8  | 120,0   | 204,0    | 306,3 | 658,3  | 774,8  |

noch Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2011 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

| Gegenstand der Nachweisung                                                | Einheit | 2005    | 2006    | 2007          | 2008    | 2009     | 2010   | 2011    |
|---------------------------------------------------------------------------|---------|---------|---------|---------------|---------|----------|--------|---------|
| Gegenstand der Nachweisung                                                |         |         | I       | st-Ergebnisse |         |          | Soll   | Entwurf |
| I. Gesamtübersicht                                                        |         |         |         |               |         |          |        |         |
| Ausgaben                                                                  | Mrd.€   | 259,8   | 261,0   | 270,4         | 282,3   | 292,3    | 319,5  | 307,    |
| Veränderung gegenüber Vorjahr                                             | %       | 3,3     | 0,5     | 3,6           | 4,4     | 3,5      | 9,3    | - 3,8   |
| Einnahmen                                                                 | Mrd.€   | 228,4   | 232,8   | 255,7         | 270,5   | 257,7    | 238,9  | 249,    |
| Veränderung gegenüber Vorjahr                                             | %       | 7,8     | 1,9     | 9,8           | 5,8     | -4,7     | -7,3   | 4,      |
| Finanzierungssaldo                                                        | Mrd.€   | -31,4   | - 28,2  | - 14,7        | - 11,8  | -34,5    | - 80,6 | - 57,9  |
| darunter:                                                                 |         |         |         |               |         |          |        |         |
| Nettokreditaufnahme                                                       | Mrd.€   | -31,2   | - 27,9  | - 14,3        | - 11,5  | - 34,1   | -80,2  | - 57,   |
| Münzeinnahmen                                                             | Mrd.€   | - 0,2   | - 0,3   | - 0,4         | - 0,3   | - 0,3    | -0,4   | - 0,4   |
| Rücklagenbewegung                                                         | Mrd.€   | -       | -       |               | -       | -        | -      |         |
| Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge                                         | Mrd.€   | -       | -       | -             | -       | -        | -      |         |
| II. Finanzwirtschaftliche                                                 |         |         |         |               |         |          |        |         |
| Vergleichsdaten                                                           |         |         |         |               |         |          |        |         |
| Personalausgaben                                                          | Mrd.€   | 26,4    | 26,1    | 26,0          | 27,0    | 27,9     | 27,7   | 27,8    |
| Veränderung gegenüber Vorjahr                                             | %       | - 1,4   | - 1,0   | - 0,3         | 3,7     | 3,4      | - 0,8  | 0,      |
| Anteil an den Bundesausgaben                                              | %       | 10,1    | 10,0    | 9,6           | 9,6     | 9,6      | 8,7    | 9,      |
| Anteil a. d. Personalausgaben des                                         | %       | 15,3    | 14,7    | 15,0          | 15,1    | 14,4     | 14,0   |         |
| öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>                                     |         |         |         |               |         |          |        |         |
| Zinsausgaben                                                              | Mrd.€   | 37,4    | 37,5    | 38,7          | 40,2    | 38,1     | 36,8   | 36,0    |
| Veränderung gegenüber Vorjahr                                             | %       | 3,0     | 0,3     | 3,3           | 3,7     | - 5,2    | - 3,5  | - 1,9   |
| Anteil an den Bundesausgaben                                              | %       | 14,4    | 14,4    | 14,3          | 14,2    | 13,0     | 11,5   | 11,     |
| Anteil an den Zinsausgaben des                                            | %       | 58,3    | 57,9    | 58,6          | 59,8    | 61,3     | 60,1   |         |
| öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup> Investive Ausgaben                  | Mrd.€   | 23,8    | 22,7    | 26,2          | 24,3    | 27,1     | 28,3   | 33,8    |
| _                                                                         | wiid.e  | 6,2     | - 4,4   | 15,4          | - 7,2   | 11,5     | 4,4    | 19,     |
| Veränderung gegenüber Vorjahr                                             |         |         |         |               |         |          |        |         |
| Anteil an den Bundesausgaben Anteil a. d. investiven Ausgaben des         | %       | 9,1     | 8,7     | 9,7           | 8,6     | 9,3      | 8,9    | 11,0    |
| öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>                                     | %       | 34,2    | 33,7    | 39,6          | 36,7    | 25,7     | 31,4   |         |
| Steuereinnahmen <sup>1</sup>                                              | Mrd.€   | 190,1   | 203,9   | 230,0         | 239,2   | 227,8    | 211,9  | 221,    |
| Veränderung gegenüber Vorjahr                                             | %       | 1,7     | 7,2     | 12,8          | 4,0     | - 4,8    | - 7,0  | 4,      |
| Anteil an den Bundesausgaben                                              | %       | 73,2    | 78,1    | 85,1          | 84,7    | 78,0     | 66,3   | 72,     |
| Anteil an den Bundeseinnahmen                                             | %       | 83,2    | 87,6    | 90,0          | 88,4    | 88,4     | 88,7   | 88,     |
| Anteil am gesamten                                                        | 0/      | 42.1    | 41.7    | 42.7          | 42.6    | 42.5     | 41.5   |         |
| Steueraufkommen <sup>3</sup>                                              | %       | 42,1    | 41,7    | 42,7          | 42,6    | 43,5     | 41,5   |         |
| Nettokreditaufnahme                                                       | Mrd.€   | -31,2   | - 27,9  | -14,3         | - 11,5  | - 34,1   | -80,2  | - 57,   |
| Anteil an den Bundesausgaben                                              | %       | 12,0    | 10,7    | 5,3           | 4,1     | 11,7     | 25,1   | 18,     |
| Anteil a.d. investiven Ausgaben des<br>Bundes                             | %       | 131,3   | 122,8   | 54,7          | 47,4    | 126,0    | 283,5  | 169,    |
| Anteil a.d. Nettokreditaufnahme des öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup> | %       | 58,6    | 59,7    | 99,3          | 59,0    | 37,8     | 105,7  |         |
| nachrichtlich: Schuldenstand <sup>3</sup>                                 |         |         |         |               |         |          |        |         |
| öffentliche Haushalte <sup>2</sup>                                        | Mrd.€   | 1 489,9 | 1 545,4 | 1 553,1       | 1 579,5 | 1694 1/2 |        |         |
| darunter: Bund                                                            | Mrd.€   | 903,3   | 950,3   | 957,3         | 985,7   | 1054     |        |         |

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Stand Finanzplanungsrat Dezember 2009; 2009 u. 2010 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschl. Kassenkredite. Bund einschl. Sonderrechnungen und Kassenkredite.

Tabelle 7: Öffentlicher Gesamthaushalt von 2003 bis 2009

|                                          | 2003                                 | 2004  | 2005  | 2006      | 2007  | 2008  | 2009 <sup>4</sup> |  |  |  |  |
|------------------------------------------|--------------------------------------|-------|-------|-----------|-------|-------|-------------------|--|--|--|--|
|                                          |                                      |       |       | in Mrd. € |       |       |                   |  |  |  |  |
| Öffentlicher Gesamthaushalt <sup>1</sup> |                                      |       |       |           |       |       |                   |  |  |  |  |
| Ausgaben                                 | 620,7                                | 615,3 | 627,7 | 638,5     | 649,2 | 675,0 | 727,9             |  |  |  |  |
| Einnahmen                                | 552,9                                | 549,9 | 575,1 | 598,0     | 648,5 | 667,7 | 637,6             |  |  |  |  |
| Finanzierungssaldo                       | -67,9                                | -65,5 | -52,5 | -40,5     | -0,6  | -5,5  | -88,5             |  |  |  |  |
| darunter:                                |                                      |       |       |           |       |       |                   |  |  |  |  |
| Bund <sup>2</sup>                        |                                      |       |       |           |       |       |                   |  |  |  |  |
| Ausgaben                                 | 256,7                                | 251,6 | 259,9 | 261,0     | 270,5 | 282,3 | 292,3             |  |  |  |  |
| Einnahmen                                | 217,5                                | 211,8 | 228,4 | 232,8     | 255,7 | 270,5 | 257,7             |  |  |  |  |
| Finanzierungssaldo                       | -39,2                                | -39,8 | -31,4 | -28,2     | -14,7 | -11,8 | -34,5             |  |  |  |  |
| Länder <sup>2</sup>                      |                                      |       |       |           |       |       |                   |  |  |  |  |
| Ausgaben                                 | 259,7                                | 257,1 | 260,0 | 260,0     | 265,5 | 275,1 | 286,8             |  |  |  |  |
| Einnahmen                                | 229,2                                | 233,5 | 237,2 | 250,1     | 273,1 | 274,9 | 259,8             |  |  |  |  |
| Finanzierungssaldo                       | -30,5                                | -23,5 | -22,7 | -10,1     | 7,6   | -0,2  | -27,0             |  |  |  |  |
| Gemeinden <sup>2</sup>                   |                                      |       |       |           |       |       |                   |  |  |  |  |
| Ausgaben                                 | 149,9                                | 150,1 | 153,2 | 157,4     | 161,5 | 167,3 | 177,2             |  |  |  |  |
| Einnahmen                                | 141,5                                | 146,2 | 150,9 | 160,1     | 169,7 | 174,9 | 170,0             |  |  |  |  |
| Finanzierungssaldo                       | -8,4                                 | -3,9  | -2,2  | 2,8       | 8,2   | 7,6   | -7,2              |  |  |  |  |
|                                          | Veränderungen gegenüber Vorjahr in % |       |       |           |       |       |                   |  |  |  |  |
| Öffentlicher Gesamthaushalt              |                                      |       |       |           |       |       |                   |  |  |  |  |
| Ausgaben                                 | 1,3                                  | -0,9  | 2,0   | 1,7       | 1,7   | 4,0   | 7,8               |  |  |  |  |
| Einnahmen                                | -0,6                                 | -0,5  | 4,6   | 4,0       | 8,4   | 3,0   | -4,5              |  |  |  |  |
| darunter:                                |                                      |       |       |           |       |       |                   |  |  |  |  |
| Bund                                     |                                      |       |       |           |       |       |                   |  |  |  |  |
| Ausgaben                                 | 3,0                                  | -2,0  | 3,3   | 0,5       | 3,6   | 4,4   | 3,5               |  |  |  |  |
| Einnahmen                                | 0,4                                  | -2,6  | 7,8   | 1,9       | 9,8   | 5,8   | -4,7              |  |  |  |  |
| Länder                                   |                                      |       |       |           |       |       |                   |  |  |  |  |
| Ausgaben                                 | 0,7                                  | -1,0  | 1,1   | 0,0       | 2,1   | 3,6   | 4,2               |  |  |  |  |
| Einnahmen                                | 0,3                                  | 1,9   | 1,6   | 5,4       | 9,2   | 0,7   | -5,5              |  |  |  |  |
| Gemeinden                                |                                      |       |       |           |       |       |                   |  |  |  |  |
| Ausgaben                                 | -0,0                                 | 0,1   | 2,1   | 2,8       | 2,6   | 3,6   | 5,9               |  |  |  |  |
| Einnahmen                                | -3,3                                 | 3,3   | 3,3   | 6,0       | 6,0   | 3,1   | -2,8              |  |  |  |  |

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

#### noch Tabelle 7: Öffentlicher Gesamthaushalt von 2003 bis 2009

|                                                | 2003  | 2004  | 2005  | 2006         | 2007 | 2008 | 2009 <sup>4</sup> |
|------------------------------------------------|-------|-------|-------|--------------|------|------|-------------------|
|                                                |       |       |       | Anteile in % |      |      |                   |
| Finanzierungssaldo                             |       |       |       |              |      |      |                   |
| (1) in % des BIP (nominal)                     |       |       |       |              |      |      |                   |
| Öffentlicher Gesamthaushalt                    | -3,1  | -3,0  | -2,3  | -1,7         | -0,0 | -0,2 | -3,7              |
| darunter:                                      |       |       |       |              |      |      |                   |
| Bund                                           | -1,8  | -1,8  | -1,4  | -1,2         | -0,6 | -0,5 | -1,4              |
| Länder                                         | -1,4  | -1,1  | -1,0  | -0,4         | 0,3  | -0,0 | -1,1              |
| Gemeinden                                      | -0,4  | -0,2  | -0,1  | 0,1          | 0,3  | 0,3  | -0,3              |
| (2) in % der Ausgaben                          |       |       |       |              |      |      |                   |
| Öffentlicher Gesamthaushalt                    | -10,9 | -10,6 | -8,4  | -6,3         | -0,1 | -0,8 | -12,2             |
| darunter:                                      |       |       |       |              |      |      |                   |
| Bund                                           | -15,3 | -15,8 | -12,1 | -10,8        | -5,4 | -4,2 | -11,8             |
| Länder                                         | -11,7 | -9,1  | -8,7  | -3,9         | 2,9  | -0,1 | -9,4              |
| Gemeinden                                      | -5,6  | -2,6  | -1,5  | 1,8          | 5,1  | 4,6  | -4,0              |
| Ausgaben in % des BIP (nominal)                |       |       |       |              |      |      |                   |
| Öffentlicher Gesamthaushalt                    | 28,7  | 27,8  | 28,0  | 27,4         | 26,7 | 27,2 | 30,4              |
| darunter:                                      |       |       |       |              |      |      |                   |
| Bund                                           | 11,9  | 11,4  | 11,6  | 11,2         | 11,1 | 11,4 | 12,2              |
| Länder                                         | 12,0  | 11,6  | 11,6  | 11,2         | 10,9 | 11,1 | 12,0              |
| Gemeinden                                      | 6,9   | 6,8   | 6,8   | 6,8          | 6,6  | 6,7  | 7,4               |
| Gesamtwirtschaftliche Steuerquote <sup>3</sup> | 20,4  | 20,0  | 20,1  | 21,0         | 22,1 | 22,6 | 21,9              |

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Fonds Aufbauhilfe, BPS-PT Versorgungskasse, Sondervermögen Kinderbetreuungsausbau, Versorgungsfonds des Bundes, Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin), Investitions- und Tilgungsfonds, Sondervermögen Vorsorge für Schlusszahlungen für inflationsindexierte Bundeswertpapiere, Zweckverbände.

Stand: September 2010.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Bis einschließlich 2007 Rechnungsergebnisse.

 $<sup>^3</sup>$  Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in Relation zum nominalen BIP.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Bund und Gemeinden: Ist, Länder: vorl. Ist.

Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen<sup>1</sup>

|      |                 |                          | Steueraufkommen           |                 |                   |
|------|-----------------|--------------------------|---------------------------|-----------------|-------------------|
|      |                 |                          | dav                       | on              |                   |
|      | insgesamt       | Direkte Steuern          | Indirekte Steuern         | Direkte Steuern | Indirekte Steuern |
| Jahr |                 | in Mrd. €                |                           | in              | %                 |
|      | Gebiet der Bund | esrepublik Deutschland r | nach dem Stand bis zum 3. | Oktober 1990    |                   |
| 1950 | 10,5            | 5,3                      | 5,2                       | 50,6            | 49,4              |
| 1955 | 21,6            | 11,1                     | 10,5                      | 51,3            | 48,7              |
| 1960 | 35,0            | 18,8                     | 16,2                      | 53,8            | 46,2              |
| 1965 | 53,9            | 29,3                     | 24,6                      | 54,3            | 45,7              |
| 1970 | 78,8            | 42,2                     | 36,6                      | 53,6            | 46,4              |
| 1975 | 123,8           | 72,8                     | 51,0                      | 58,8            | 41,2              |
| 1980 | 186,6           | 109,1                    | 77,5                      | 58,5            | 41,5              |
| 1981 | 189,3           | 108,5                    | 80,9                      | 57,3            | 42,7              |
| 1982 | 193,6           | 111,9                    | 81,7                      | 57,8            | 42,2              |
| 1983 | 202,8           | 115,0                    | 87,8                      | 56,7            | 43,3              |
| 1984 | 212,0           | 120,7                    | 91,3                      | 56,9            | 43,               |
| 1985 | 223,5           | 132,0                    | 91,5                      | 59,0            | 41,0              |
| 1986 | 231,3           | 137,3                    | 94,1                      | 59,3            | 40,7              |
| 1987 | 239,6           | 141,7                    | 98,0                      | 59,1            | 40,9              |
| 1988 | 249,6           | 148,3                    | 101,2                     | 59,4            | 40,6              |
| 1989 | 273,8           | 162,9                    | 111,0                     | 59,5            | 40,5              |
| 1990 | 281,0           | 159,5                    | 121,6                     | 56,7            | 43,3              |
|      |                 | Bundesrepublik           | Deutschland               |                 |                   |
| 1991 | 338,4           | 189,1                    | 149,3                     | 55,9            | 44,1              |
| 1992 | 374,1           | 209,5                    | 164,6                     | 56,0            | 44,0              |
| 1993 | 383,0           | 207,4                    | 175,6                     | 54,2            | 45,8              |
| 1994 | 402,0           | 210,4                    | 191,6                     | 52,3            | 47,7              |
| 1995 | 416,3           | 224,0                    | 192,3                     | 53,8            | 46,2              |
| 1996 | 409,0           | 213,5                    | 195,6                     | 52,2            | 47,8              |
| 1997 | 407,6           | 209,4                    | 198,1                     | 51,4            | 48,6              |
| 1998 | 425,9           | 221,6                    | 204,3                     | 52,0            | 48,0              |
| 1999 | 453,1           | 235,0                    | 218,1                     | 51,9            | 48,               |

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

#### noch Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen<sup>1</sup>

|                   |           | Steuerauf       | kommen            |                 |                   |  |  |  |
|-------------------|-----------|-----------------|-------------------|-----------------|-------------------|--|--|--|
|                   |           |                 | dav               | on .            |                   |  |  |  |
|                   | insgesamt | Direkte Steuern | Indirekte Steuern | Direkte Steuern | Indirekte Steuern |  |  |  |
| Jahr              |           | in Mrd. €       |                   | in %            |                   |  |  |  |
|                   |           | Bundesrepubli   | k Deutschland     |                 |                   |  |  |  |
| 2000              | 467,3     | 243,5           | 223,7             | 52,1            | 47,9              |  |  |  |
| 2001              | 446,2     | 218,9           | 227,4             | 49,0            | 51,0              |  |  |  |
| 2002              | 441,7     | 211,5           | 230,2             | 47,9            | 52,1              |  |  |  |
| 2003              | 442,2     | 210,2           | 232,0             | 47,5            | 52,5              |  |  |  |
| 2004              | 442,8     | 211,9           | 231,0             | 47,8            | 52,2              |  |  |  |
| 2005              | 452,1     | 218,8           | 233,2             | 48,4            | 51,6              |  |  |  |
| 2006              | 488,4     | 246,4           | 242,0             | 50,5            | 49,5              |  |  |  |
| 2007              | 538,2     | 272,1           | 266,2             | 50,6            | 49,4              |  |  |  |
| 2008              | 561,2     | 290,2           | 270,9             | 51,7            | 48,3              |  |  |  |
| 2009              | 524,0     | 253,5           | 270,5             | 48,4            | 51,6              |  |  |  |
| 2010 <sup>2</sup> | 510,3     | 237,6           | 272,7             | 46,6            | 53,4              |  |  |  |
| 2011 <sup>2</sup> | 515,0     | 240,0           | 275,0             | 46,6            | 53,4              |  |  |  |
| 2012 <sup>2</sup> | 539,8     | 259,8           | 280,0             | 48,1            | 51,9              |  |  |  |
| 2013 <sup>2</sup> | 561,3     | 277,6           | 283,7             | 49,5            | 50,5              |  |  |  |
| 2014 <sup>2</sup> | 581,5     | 293,0           | 288,5             | 50,4            | 49,6              |  |  |  |

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

Stand: Mai 2010.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Steuerschätzung vom 4. bis 6. Mai 2010.

Tabelle 9: Entwicklung der Steuer- und Abgabequoten<sup>1</sup> (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

|      | Abgrenzung der Volk<br>Gesamtrech |                | Abgrenzung der F | inanzstatistik² |
|------|-----------------------------------|----------------|------------------|-----------------|
|      | Steuerquote                       | Abgabenquote   | Steuerquote      | Abgabenquote    |
| Jahr |                                   | in Relation zu | m BIP in %       |                 |
| 1960 | 23,0                              | 33,4           | 22,6             | 32              |
| 1965 | 23,5                              | 34,1           | 23,1             | 32              |
| 1970 | 23,0                              | 34,8           | 22,4             | 33              |
| 1975 | 22,8                              | 38,1           | 23,1             | 3               |
| 1976 | 23,7                              | 39,5           | 23,4             | 38              |
| 1977 | 24,6                              | 40,4           | 24,5             | 39              |
| 1978 | 24,2                              | 39,9           | 24,4             | 39              |
| 1979 | 23,9                              | 39,6           | 24,3             | 39              |
| 1980 | 23,8                              | 39,6           | 24,3             | 39              |
| 1981 | 22,8                              | 39,1           | 23,7             | 39              |
| 1982 | 22,5                              | 39,1           | 23,3             | 39              |
| 1983 | 22,5                              | 38,7           | 23,2             | 39              |
| 1984 | 22,6                              | 38,9           | 23,2             | 38              |
| 1985 | 22,8                              | 39,1           | 23,4             | 39              |
| 1986 | 22,3                              | 38,6           | 22,9             | 38              |
| 1987 | 22,5                              | 39,0           | 22,9             | 38              |
| 1988 | 22,2                              | 38,6           | 22,7             | 38              |
| 1989 | 22,7                              | 38,8           | 23,4             | 39              |
| 1990 | 21,6                              | 37,3           | 22,7             | 38              |
| 1991 | 22,0                              | 38,9           | 22,0             | 38              |
| 1992 | 22,4                              | 39,6           | 22,7             | 3:              |
| 1993 | 22,4                              | 40,2           | 22,6             | 39              |
| 1994 | 22,3                              | 40,5           | 22,5             | 3:              |
| 1995 | 21,9                              | 40,3           | 22,5             | 4               |
| 1996 | 22,4                              | 41,4           | 21,8             | 39              |
| 1997 | 22,2                              | 41,4           | 21,3             | 39              |
| 1998 | 22,7                              | 41,7           | 21,7             | 3:              |
| 1999 | 23,8                              | 42,5           | 22,5             | 40              |
| 2000 | 24,2                              | 42,5           | 22,7             | 4               |
| 2001 | 22,6                              | 40,8           | 21,1             | 38              |
| 2002 | 22,3                              | 40,5           | 20,6             | 3               |
| 2003 | 22,3                              | 40,6           | 20,4             | 3.              |
| 2004 | 21,8                              | 39,7           | 20,0             | 3               |
| 2005 | 22,0                              | 39,7           | 20,1             | 3               |
| 2006 | 22,8                              | 40,0           | 21,0             | 3               |
| 2007 | 23,7                              | 40,1           | 22,1             | 3               |
| 2008 | 23,8                              | 40,2           | 22,6             | 38              |
| 2009 | 23,5                              | 40,6           | 21,9             | 3               |
| 2010 | 23                                | 39 1/2         | 21               | 36              |

 $<sup>^{\</sup>rm 1}$  Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2006 bis 2008 vorläufiges Ergebnis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR); Stand: August 2009. 2009 vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: August 2010. 2010 Schätzung; Stand: Juli 2010.

 $<sup>^3\,</sup>Bis\,2007\,Rechnungsergebnisse.\,2008\,und\,2009\,Kassenergebnisse.\,2010\,Sch\"{a}tzung;\,Stand:\,Juli\,2010.$ 

Tabelle 10: Entwicklung der Staatsquote<sup>1,2</sup>

|      |              | Ausgaben des Staates               |                                  |
|------|--------------|------------------------------------|----------------------------------|
|      | insgesamt    | darunt                             | er                               |
|      | llisgesallit | Gebietskörperschaften <sup>3</sup> | Soziaversicherungen <sup>3</sup> |
| Jahr |              | in Relation zum BIP in %           |                                  |
| 1960 | 32,9         | 21,7                               | 11,                              |
| 1965 | 37,1         | 25,4                               | 11,                              |
| 1970 | 38,5         | 26,1                               | 12,                              |
| 1975 | 48,8         | 31,2                               | 17,                              |
| 1976 | 48,3         | 30,5                               | 17,                              |
| 1977 | 47,9         | 30,1                               | 17,                              |
| 1978 | 47,0         | 29,4                               | 17,                              |
| 1979 | 46,5         | 29,3                               | 17,                              |
| 1980 | 46,9         | 29,6                               | 17,                              |
| 1981 | 47,5         | 29,7                               | 17,                              |
| 1982 | 47,5         | 29,4                               | 18,                              |
| 1983 | 46,5         | 28,8                               | 17,                              |
| 1984 | 45,8         | 28,2                               | 17,                              |
| 1985 | 45,2         | 27,8                               | 17,                              |
| 1986 | 44,5         | 27,4                               | 17,                              |
| 1987 | 45,0         | 27,6                               | 17,                              |
| 1988 | 44,6         | 27,0                               | 17,                              |
| 1989 | 43,1         | 26,4                               | 16,                              |
| 1990 | 43,6         | 27,3                               | 16,                              |
| 1991 | 46,3         | 28,2                               | 18,                              |
| 1992 | 47,2         | 28,0                               | 19,                              |
| 1993 | 48,2         | 28,3                               | 19,                              |
| 1994 | 47,9         | 27,8                               | 20,                              |
| 1995 | 48,1         | 27,6                               | 20,                              |
| 1996 | 49,3         | 27,9                               | 21,                              |
| 1997 | 48,4         | 27,1                               | 21,                              |
| 1998 | 48,0         | 27,0                               | 21,                              |
| 1999 | 48,1         | 26,9                               | 21,                              |

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# noch Tabelle 10: Entwicklung der Staatsquote 1,2

|                   |           | Ausgaben des Staates     |                                  |  |  |  |  |
|-------------------|-----------|--------------------------|----------------------------------|--|--|--|--|
|                   | incocomt  | darunter                 |                                  |  |  |  |  |
|                   | insgesamt | Gebietskörperschaften³   | Soziaversicherungen <sup>3</sup> |  |  |  |  |
| Jahr              |           | in Relation zum BIP in % |                                  |  |  |  |  |
| 2000              | 47,6      | 26,5                     | 21,1                             |  |  |  |  |
| 2000 <sup>4</sup> | 45,1      | 24,0                     | 21,1                             |  |  |  |  |
| 2001              | 47,6      | 26,3                     | 21,3                             |  |  |  |  |
| 2002              | 48,1      | 26,4                     | 21,7                             |  |  |  |  |
| 2003              | 48,5      | 26,5                     | 22,0                             |  |  |  |  |
| 2004              | 47,1      | 25,9                     | 21,2                             |  |  |  |  |
| 2005              | 46,8      | 26,1                     | 20,8                             |  |  |  |  |
| 2006              | 45,3      | 25,4                     | 19,9                             |  |  |  |  |
| 2007              | 43,6      | 24,5                     | 19,1                             |  |  |  |  |
| 2008              | 43,8      | 24,7                     | 19,0                             |  |  |  |  |
| 2009              | 47,5      | 26,6                     | 20,9                             |  |  |  |  |
| 2010              | 48        | 26 1/2                   | 21                               |  |  |  |  |

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

 $2006\ bis\ 2008\ vorl\"{a}ufiges\ Ergebnis\ der\ VGR;\ Stand:\ August\ 2009.$ 

2009 vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: August 2010.

2010 Schätzung; Stand: Juli 2010.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995).

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung. In der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wirken die Erlöse ausgabensenkend.

Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte einschl. Kassenkredite

|                                                        | 2002      | 2003      | 2004      | 2005      | 2006                  | 2007      | 2008      | 2009      |
|--------------------------------------------------------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------------------|-----------|-----------|-----------|
|                                                        |           |           |           | Schulden  | (Mio. €) <sup>1</sup> |           |           |           |
| Öffentlicher Gesamthaushalt                            | 1 277 272 | 1 357 723 | 1 429 750 | 1 489 852 | 1 545 399             | 1 553 058 | 1 579 535 | 1 694 66  |
| Bund                                                   | 784615    | 826 526   | 869 332   | 903 281   | 950 338               | 957 270   | 985 749   | 1 053 813 |
| Kernhaushalte                                          | 725 405   | 767 697   | 812 082   | 887915    | 919304                | 940 187   | 959918    | 991 28    |
| Kreditmarktmittel iwS                                  | 719 397   | 760 453   | 802 994   | 872 653   | 902 054               | 922 045   | 933 169   | 973 73    |
| Kassenkredite                                          | 6 0 0 8   | 7 244     | 9 088     | 15 262    | 17 250                | 18 142    | 26 749    | 17 54     |
| Extrahaushalte                                         | 59 210    | 58 829    | 57 250    | 15 366    | 31 034                | 17 082    | 25 831    | 62 53     |
| Kreditmarktmittel iwS                                  | 59210     | 58 829    | 57 250    | 15 366    | 30 056                | 15 600    | 23 700    | 59 53     |
| Kassenkredite                                          | -         | -         | -         | -         | 978                   | 1 483     | 2 131     | 2 99      |
| Länder                                                 | 392 123   | 423 666   | 448 622   | 471 339   | 482 818               | 485 162   | 484 922   | 52674     |
| Kernhaushalte                                          | 392 123   | 423 666   | 448 622   | 471 339   | 481 822               | 484 038   | 483 572   | 505 34    |
| Kreditmarktmittel iwS                                  | 384773    | 414952    | 442 922   | 468 214   | 479 489               | 481 628   | 480 392   | 503 00    |
| Kassenkredite                                          | 7 350     | 8 714     | 5 700     | 3 125     | 2 3 3 3               | 2 410     | 3 180     | 2 33      |
| Extrahaushalte                                         | -         | -         | -         | -         | 996                   | 1124      | 1 350     | 21 39     |
| Kreditmarktmittel iwS                                  | -         | -         | -         | -         | 986                   | 1124      | 1 325     | 20 82     |
| Kassenkredite                                          | -         | -         | -         | -         | 10                    | -         | 25        | 57        |
| Gemeinden                                              | 100 534   | 107 531   | 111 796   | 115 232   | 112 243               | 110627    | 108 864   | 11410     |
| Kernhaushalte                                          | 93 332    | 100 033   | 104 193   | 107 686   | 109 541               | 108 015   | 106 182   | 111 33    |
| Kreditmarktmittel iwS                                  | 82 662    | 84 069    | 84 257    | 83 804    | 81 877                | 79 239    | 76 381    | 7638      |
| Kassenkredite                                          | 10 670    | 15 964    | 19936     | 23 882    | 27 664                | 28 776    | 29 801    | 3494      |
| Extrahaushalte                                         | 7 202     | 7 498     | 7 603     | 7 546     | 2 702                 | 2 612     | 2 682     | 277       |
| Kreditmarktmittel iwS                                  | 7 153     | 7 429     | 7 531     | 7 467     | 2 649                 | 2 560     | 2 626     | 272       |
| Kassenkredite                                          | 49        | 69        | 72        | 79        | 53                    | 52        | 56        | 4         |
| nachrichtlich:                                         |           |           |           |           |                       |           |           |           |
| Länder + Gemeinden                                     | 492 657   | 531 197   | 560 418   | 586 571   | 595 061               | 595 789   | 593 786   | 640 84    |
| Maastricht-Schuldenstand                               | 1 293 000 | 1 384 000 | 1 454 000 | 1 524 000 | 1 571 000             | 1 578 000 | 1 644 000 | 1 762 00  |
| nachrichtlich:                                         |           |           |           |           |                       |           |           |           |
| Extrahaushalte des Bundes                              | 59 210    | 58 829    | 57 250    | 15 366    | 31 034                | 17 082    | 25 831    | 62 53     |
| ERP-Sondervermögen                                     | 19 400    | 19 261    | 18 200    | 15 066    | 14357                 | -         | -         |           |
| Fonds "Deutsche Einheit"                               | 39 441    | 39 099    | 38 650    | -         | -                     | -         | -         |           |
| Entschädigungsfonds                                    | 369       | 469       | 400       | 300       | 199                   | 100       | 0         |           |
| Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation | -         | -         | -         | -         | 16 478                | 16 983    | 17 631    | 18 49     |
| SoFFin                                                 | -         | -         | -         | -         | -                     | -         | 8 200     | 36 54     |
| Investitions- und Tilgungsfonds                        | -         | -         | -         | -         | -                     | -         | -         | 7 49      |

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte einschl. Kassenkredite

|                                  | 2002       | 2003       | 2004       | 2005             | 2006            | 2007       | 2008       | 2009      |
|----------------------------------|------------|------------|------------|------------------|-----------------|------------|------------|-----------|
|                                  |            |            | ,          | Anteil an den S  | Schulden (in %) |            |            |           |
| Bund                             | 61,4       | 60,9       | 60,8       | 60,6             | 61,5            | 61,6       | 62,4       | 62,2      |
| Kernhaushalte                    | 56,8       | 56,5       | 56,8       | 59,6             | 59,5            | 60,5       | 60,8       | 58,5      |
| Extrahaushalte                   | 4,6        | 4,3        | 4,0        | 1,0              | 2,0             | 1,1        | 1,6        | 3,7       |
| Länder                           | 30,7       | 31,2       | 31,4       | 31,6             | 31,2            | 31,2       | 30,7       | 31,1      |
| Gemeinden                        | 7,9        | 7,9        | 7,8        | 7,7              | 7,3             | 7,1        | 6,9        | 6,7       |
| nachrichtlich:                   |            |            |            |                  |                 |            |            |           |
| Länder + Gemeinden               | 38,6       | 39,1       | 39,2       | 39,4             | 38,5            | 38,4       | 37,6       | 37,8      |
|                                  |            |            | Ar         | iteil der Schuld | den am BIP (in  | %)         |            |           |
| Öffentlicher Gesamthaushalt      | 59,6       | 62,7       | 64,7       | 66,4             | 66,4            | 63,8       | 63,6       | 70,7      |
| Bund                             | 36,6       | 38,2       | 39,3       | 40,3             | 40,8            | 39,4       | 39,7       | 44,0      |
| Kernhaushalte                    | 33,8       | 35,5       | 36,7       | 39,6             | 39,5            | 38,7       | 38,7       | 41,4      |
| Extrahaushalte                   | 2,8        | 2,7        | 2,6        | 0,7              | 1,3             | 0,7        | 1,0        | 2,6       |
| Länder                           | 18,3       | 19,6       | 20,3       | 21,0             | 20,8            | 19,9       | 19,5       | 22,0      |
| Gemeinden                        | 4,7        | 5,0        | 5,1        | 5,1              | 4,8             | 4,5        | 4,4        | 4,8       |
| nachrichtlich:                   |            |            |            |                  |                 |            |            |           |
| Länder + Gemeinden               | 23,0       | 24,5       | 25,3       | 26,2             | 25,6            | 24,5       | 23,9       | 26,7      |
| Maastricht-Schuldenstand         | 60,3       | 63,9       | 65,7       | 68,0             | 67,6            | 64,9       | 66,3       | 73,5      |
|                                  |            |            |            | Schulden in      | sgesamt (€)     |            |            |           |
| je Einwohner                     | 15 487     | 16 454     | 17331      | 18 066           | 18 761          | 18 871     | 19213      | 20 701    |
| nachrichtlich:                   |            |            |            |                  |                 |            |            |           |
| Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €) | 2 143,2    | 2 163,8    | 2 210,9    | 2 242,2          | 2 3 2 6, 5      | 2 432,4    | 2 481,2    | 2 397,    |
| Einwohner 30.06.                 | 82 474 729 | 82 517 958 | 82 498 469 | 82 468 020       | 82 371 955      | 82 260 693 | 82 126 628 | 81 861 86 |

 $<sup>^1</sup> Kredit markt schulden im weiteren Sinne zzgl. \, Kassen kredite.$ 

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

Tabelle 12: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte<sup>1</sup>

|                   |       | Abgrenzu                   | ng der Volkswirtsch       | aftlichen Gesan | ntrechungen²               |                           | Abgrenzung der Finanzstatisti |                             |  |
|-------------------|-------|----------------------------|---------------------------|-----------------|----------------------------|---------------------------|-------------------------------|-----------------------------|--|
|                   | Staat | Gebiets-<br>körperschaften | Sozial-<br>versicherungen | Staat           | Gebiets-<br>körperschaften | Sozial-<br>versicherungen | Öffentlicher Ge               | esamthaushalt³              |  |
| Jahr              |       | in Mrd. €                  |                           | i               | n Relation zum BIP         | in%                       | in Mrd. €                     | in Relation<br>zum BIP in % |  |
| 1960              | 4,7   | 3,4                        | 1,3                       | 3,0             | 2,2                        | 0,9                       |                               |                             |  |
| 1965              | -1,4  | -3,2                       | 1,8                       | -0,6            | -1,4                       | 0,8                       | -4,8                          | -2,0                        |  |
| 1970              | 1,9   | -1,1                       | 2,9                       | 0,5             | -0,3                       | 0,8                       | -4,1                          | -1,1                        |  |
| 1975              | -30,9 | -28,8                      | -2,1                      | -5,6            | -5,2                       | -0,4                      | -32,6                         | -5,9                        |  |
| 1976              | -20,4 | -20,1                      | -0,3                      | -3,4            | -3,4                       | -0,1                      | -24,6                         | -4,1                        |  |
| 1977              | -15,9 | -13,1                      | -2,8                      | -2,5            | -2,1                       | -0,4                      | -15,9                         | -2,5                        |  |
| 1978              | -17,5 | -15,8                      | -1,7                      | -2,6            | -2,3                       | -0,3                      | -20,3                         | -3,0                        |  |
| 1979              | -19,6 | -19,0                      | -0,6                      | -2,7            | -2,6                       | -0,1                      | -23,8                         | -3,2                        |  |
| 1980              | -23,2 | -24,3                      | 1,1                       | -2,9            | -3,1                       | 0,1                       | -29,2                         | -3,7                        |  |
| 1981              | -32,2 | -34,5                      | 2,2                       | -3,9            | -4,2                       | 0,3                       | -38,7                         | -4,7                        |  |
| 1982              | -29,6 | -32,4                      | 2,8                       | -3,4            | -3,8                       | 0,3                       | -35,8                         | -4,2                        |  |
| 1983              | -25,7 | -25,0                      | -0,7                      | -2,9            | -2,8                       | -0,1                      | -28,3                         | -3,1                        |  |
| 1984              | -18,7 | -17,8                      | -0,8                      | -2,0            | -1,9                       | -0,1                      | -23,8                         | -2,5                        |  |
| 1985              | -11,3 | -13,1                      | 1,8                       | -1,1            | -1,3                       | 0,2                       | -20,1                         | -2,0                        |  |
| 1986              | -11,9 | -16,2                      | 4,2                       | -1,1            | -1,6                       | 0,4                       | -21,6                         | -2,1                        |  |
| 1987              | -19,3 | -22,0                      | 2,7                       | -1,8            | -2,1                       | 0,3                       | -26,1                         | -2,5                        |  |
| 1988              | -22,2 | -22,3                      | 0,1                       | -2,0            | -2,0                       | 0,0                       | -26,5                         | -2,4                        |  |
| 1989              | 1,0   | -7,3                       | 8,2                       | 0,1             | -0,6                       | 0,7                       | -13,8                         | -1,2                        |  |
| 1990              | -24,8 | -34,7                      | 9,9                       | -1,9            | -2,7                       | 0,8                       | -48,3                         | -3,7                        |  |
| 1991              | -43,8 | -54,7                      | 10,9                      | -2,9            | -3,6                       | 0,7                       | -62,8                         | -4,1                        |  |
| 1992              | -40,7 | -39,1                      | -1,6                      | -2,5            | -2,4                       | -0,1                      | -59,2                         | -3,6                        |  |
| 1993              | -50,9 | -53,9                      | 3,0                       | -3,0            | -3,2                       | 0,2                       | -70,5                         | -4,2                        |  |
| 1994              | -40,9 | -42,9                      | 2,0                       | -2,3            | -2,4                       | 0,1                       | -59,5                         | -3,3                        |  |
| 1995              | -59,1 | -51,4                      | -7,7                      | -3,2            | -2,8                       | -0,4                      | -55,9                         | -3,0                        |  |
| 1996              | -62,5 | -56,1                      | -6,4                      | -3,3            | -3,0                       | -0,3                      | -62,3                         | -3,3                        |  |
| 1997              | -50,6 | -52,1                      | 1,5                       | -2,6            | -2,7                       | 0,1                       | -48,1                         | -2,5                        |  |
| 1998              | -42,7 | -45,7                      | 3,0                       | -2,2            | -2,3                       | 0,2                       | -28,8                         | -1,5                        |  |
| 1999              | -29,3 | -34,6                      | 5,3                       | -1,5            | -1,7                       | 0,3                       | -26,9                         | -1,3                        |  |
| 2000              | -23,7 | -24,3                      | 0,6                       | -1,2            | -1,2                       | 0,0                       | -34,0                         | -1,6                        |  |
| 2000 <sup>4</sup> | 27,1  | 26,5                       | 0,6                       | 1,3             | 1,3                        | 0,0                       |                               | -                           |  |
| 2001              | -59,6 | -55,8                      | -3,8                      | -2,8            | -2,6                       | -0,2                      | -46,6                         | -2,2                        |  |
| 2002              | -78,3 | -71,5                      | -6,8                      | -3,7            | -3,3                       | -0,3                      | -57,0                         | -2,7                        |  |
| 2003              | -87,2 | -79,5                      | -7,7                      | -4,0            | -3,7                       | -0,4                      | -67,9                         | -3,1                        |  |
| 2004              | -83,5 | -82,3                      | -1,2                      | -3,8            | -3,7                       | -0,1                      | -65,5                         | -3,0                        |  |
| 2005              | -74,1 | -70,2                      | -3,9                      | -3,3            | -3,1                       | -0,2                      | -52,5                         | -2,3                        |  |
| 2006              | -37,1 | -42,2                      | 5,1                       | -1,6            | -1,8                       | 0,2                       | -40,5                         | -1,7                        |  |
| 2007              | 6,3   | -4,6                       | 10,9                      | 0,3             | -0,2                       | 0,4                       | -0,6                          | 0,0                         |  |
| 2008              | 2,8   | -6,0                       | 8,9                       | 0,1             | -0,2                       | 0,4                       | -5,5                          | -0,2                        |  |
| 2009              | -72,7 | -59,3                      | -13,3                     | -3,0            | -2,5                       | -0,6                      | -88,5                         | -3,7                        |  |
| 2010              | -114  | -109                       | -5                        | -4 1/2          | -41/2                      | -0                        | -1171/2                       | -5                          |  |

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2006 bis 2009 vorläufiges Ergebnis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR); Stand: August 2010. 2010 Schätzung; Stand: Juli 2010.

 $<sup>^3\,</sup>Ohne\,Sozial versicherungen, ab\,1997\,ohne\,Krankenh\"{a}user.\,2008\,und\,2009\,Kassenergebnisse.\,2010\,Sch\"{a}tzung;\,Stand:\,Juli\,2010.$ 

 $<sup>^4</sup>$  Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung. In der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wirken die Erlöse ausgabensenkend.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden<sup>1</sup>

| Land                      |      |       |       |       |       | in % de | s BIP |      |      |       |       |       |
|---------------------------|------|-------|-------|-------|-------|---------|-------|------|------|-------|-------|-------|
|                           | 1980 | 1985  | 1990  | 1995  | 2000² | 2005    | 2006  | 2007 | 2008 | 2009  | 2010  | 2011  |
| Deutschland               | -2,9 | -1,1  | -1,9  | -3,2  | -1,2  | -3,3    | -1,6  | 0,2  | 0,0  | -3,3  | -5,0  | -4,7  |
| Belgien                   | -9,4 | -10,1 | -6,7  | -4,5  | 0,0   | -2,7    | 0,3   | -0,2 | -1,2 | -6,0  | -5,0  | -5,0  |
| Griechenland              | -    | -     | -14,0 | -9,1  | -3,7  | -5,2    | -3,6  | -5,1 | -7,7 | -13,6 | -9,3  | -9,9  |
| Spanien                   | -    | -     | -     | -6,5  | -1,1  | 1,0     | 2,0   | 1,9  | -4,1 | -11,2 | -9,8  | -8,8  |
| Frankreich                | -0,1 | -3,0  | -2,4  | -5,5  | -1,5  | -2,9    | -2,3  | -2,7 | -3,3 | -7,5  | -8,0  | -7,4  |
| Irland                    | -    | -10,7 | -2,8  | -2,0  | 4,8   | 1,6     | 3,0   | 0,1  | -7,3 | -14,3 | -11,7 | -12,1 |
| Italien                   | -7,0 | -12,4 | -11,4 | -7,4  | -2,0  | -4,3    | -3,3  | -1,5 | -2,7 | -5,3  | -5,3  | -5,0  |
| Zypern                    | -    | -     | -     | -0,8  | -2,3  | -2,4    | -1,2  | 3,4  | 0,9  | -6,1  | -7,1  | -7,7  |
| Luxemburg                 | -    | -     | 4,3   | 2,4   | 6,0   | 0,0     | 1,4   | 3,6  | 2,9  | -0,7  | -3,5  | -3,9  |
| Malta                     | _    | -     | -     | -4,2  | -6,2  | -2,9    | -2,6  | -2,2 | -4,5 | -3,8  | -4,3  | -3,6  |
| Niederlande               | -3,9 | -3,6  | -5,3  | -4,3  | 1,3   | -0,3    | 0,5   | 0,2  | 0,7  | -5,3  | -6,3  | -5,1  |
| Österreich                | -1,6 | -2,7  | -2,5  | -5,8  | -2,1  | -1,7    | -1,5  | -0,4 | -0,4 | -3,4  | -4,7  | -4,6  |
| Portugal                  | -7,1 | -8,6  | -6,2  | -5,0  | -3,2  | -6,1    | -3,9  | -2,6 | -2,8 | -9,4  | -8,5  | -7,9  |
| Slowakei                  | -    | -     | -     | -3,4  | -12,3 | -2,8    | -3,5  | -1,9 | -2,3 | -6,8  | -6,0  | -5,4  |
| Slowenien                 | -    | -     | -     | -8,4  | -3,7  | -1,4    | -1,3  | 0,0  | -1,7 | -5,5  | -6,1  | -5,2  |
| Finnland                  | 3,8  | 3,5   | 5,4   | -6,2  | 6,8   | 2,7     | 4,0   | 5,2  | 4,2  | -2,2  | -3,8  | -2,9  |
| Euroraum                  | -    | -     | -     | -5,0  | -1,1  | -2,5    | -1,3  | -0,6 | -2,0 | -6,3  | -6,6  | -6,1  |
| Bulgarien                 | -    | -     | -     | -3,4  | -0,3  | 1,9     | 3,0   | 0,1  | 1,8  | -3,9  | -2,8  | -2,2  |
| Dänemark                  | -2,3 | -1,4  | -1,3  | -2,9  | 2,3   | 5,2     | 5,2   | 4,8  | 3,4  | -2,7  | -5,5  | -4,9  |
| Estland                   | -    | -     | -     | 1,1   | -0,2  | 1,6     | 2,5   | 2,6  | -2,7 | -1,7  | -2,4  | -2,4  |
| Lettland                  | -    | -     | 6,8   | -1,6  | -2,8  | -0,4    | -0,5  | -0,3 | -4,1 | -9,0  | -8,6  | -9,9  |
| Litauen                   | -    | -     | -     | -1,5  | -3,2  | -0,5    | -0,4  | -1,0 | -3,3 | -8,9  | -8,4  | -8,5  |
| Polen                     | -    | -     | -     | -4,4  | -3,0  | -4,1    | -3,6  | -1,9 | -3,7 | -7,1  | -7,3  | -7,0  |
| Rumänien                  | -    | -     | -     | -2,1  | -4,7  | -1,2    | -2,2  | -2,5 | -5,4 | -8,3  | -8,0  | -7,4  |
| Schweden                  | _    | -     | -     | -7,4  | 3,7   | 2,3     | 2,5   | 3,8  | 2,5  | -0,5  | -2,1  | -1,6  |
| Tschechien                | _    | -     | -     | -13,4 | -3,7  | -3,6    | -2,6  | -0,7 | -2,7 | -5,9  | -5,7  | -5,7  |
| Ungarn                    | -    | -     | -     | -8,8  | -3,0  | -7,9    | -9,3  | -5,0 | -3,8 | -4,0  | -4,1  | -4,0  |
| Vereinigtes<br>Königreich | -3,2 | -2,8  | -1,8  | -5,9  | 1,2   | -3,4    | -2,7  | -2,8 | -4,9 | -11,5 | -12,0 | -10,0 |
| EU                        | -    | -     | -     | -5,2  | -0,4  | -2,5    | -1,4  | -0,8 | -2,3 | -6,8  | -7,2  | -6,5  |
| Japan                     | -4,5 | -1,4  | 2,0   | -4,7  | -7,6  | -6,7    | -1,6  | -2,5 | -2,0 | -6,9  | -6,7  | -6,6  |
| USA                       | -2,3 | -4,9  | -4,1  | -3,2  | 1,5   | -3,2    | -2,0  | -2,7 | -6,4 | -11,1 | -10,1 | -9,9  |

 $<sup>^{\</sup>rm 1}$  Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95.

Quellen:

Für die Jahre ab 2005: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2010.

Stand: Mai 2010.

 $<sup>^{\</sup>rm 2}$  Alle Angaben ohne einmalige UMTS-Erlöse.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 14: Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

| Land                      | in% des BIP |       |       |       |       |       |       |       |       |       |       |       |
|---------------------------|-------------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
|                           | 1980        | 1985  | 1990  | 1995  | 2000  | 2005  | 2006  | 2007  | 2008  | 2009  | 2010  | 2011  |
| Deutschland               | 30,3        | 39,5  | 41,3  | 55,6  | 59,7  | 68,0  | 67,6  | 65,0  | 66,0  | 73,2  | 78,8  | 81,0  |
| Belgien                   | 74,1        | 115,2 | 125,7 | 129,9 | 107,9 | 92,1  | 88,1  | 84,2  | 89,8  | 96,7  | 99,0  | 100,9 |
| Griechenland              | 22,3        | 47,9  | 71,0  | 97,0  | 103,4 | 100,0 | 97,8  | 95,7  | 99,2  | 115,1 | 124,9 | 133,9 |
| Spanien                   | 16,4        | 41,4  | 42,6  | 63,3  | 59,3  | 43,0  | 39,6  | 36,2  | 39,7  | 53,2  | 64,9  | 72,5  |
| Frankreich                | 20,7        | 30,6  | 35,2  | 55,5  | 57,3  | 66,4  | 63,7  | 63,8  | 67,5  | 77,6  | 83,6  | 88,6  |
| Irland                    | 69,0        | 100,6 | 93,1  | 82,1  | 37,8  | 27,6  | 24,9  | 25,0  | 43,9  | 64,0  | 77,3  | 87,3  |
| Italien                   | 56,9        | 80,5  | 94,7  | 121,5 | 109,2 | 105,8 | 106,5 | 103,5 | 106,1 | 115,8 | 118,2 | 118,9 |
| Zypern                    | -           | -     | -     | 40,6  | 48,7  | 69,1  | 64,6  | 58,3  | 48,4  | 56,2  | 62,3  | 67,6  |
| Luxemburg                 | 9,9         | 10,3  | 4,7   | 7,4   | 6,2   | 6,1   | 6,5   | 6,7   | 13,7  | 14,5  | 19,0  | 23,6  |
| Malta                     | -           | _     | -     | 35,3  | 55,9  | 70,1  | 63,7  | 61,9  | 63,7  | 69,1  | 71,5  | 72,5  |
| Niederlande               | 45,3        | 69,7  | 76,8  | 76,1  | 53,8  | 51,8  | 47,4  | 45,5  | 58,2  | 60,9  | 66,3  | 69,6  |
| Österreich                | 35,3        | 48,0  | 56,1  | 68,3  | 66,5  | 63,9  | 62,2  | 59,5  | 62,6  | 66,5  | 70,2  | 72,9  |
| Portugal                  | 30,5        | 58,3  | 55,0  | 61,0  | 50,5  | 63,6  | 64,7  | 63,6  | 66,3  | 76,8  | 85,8  | 91,1  |
| Slowakei                  | -           | _     | -     | 22,1  | 50,3  | 34,2  | 30,5  | 29,3  | 27,7  | 35,7  | 40,8  | 44,0  |
| Slowenien                 | -           | _     | -     | -     | -     | 27,0  | 26,7  | 23,4  | 22,6  | 35,9  | 41,6  | 45,4  |
| Finnland                  | 11,3        | 16,0  | 14,1  | 56,6  | 43,8  | 41,7  | 39,7  | 35,2  | 34,2  | 44,0  | 50,5  | 54,9  |
| Euroraum                  | 33,4        | 50,3  | 56,5  | 72,5  | 69,5  | 70,1  | 68,3  | 66,0  | 69,4  | 78,7  | 84,7  | 88,5  |
| Bulgarien                 | -           | -     | -     | -     | 74,3  | 29,2  | 22,7  | 18,2  | 14,1  | 14,8  | 17,4  | 18,8  |
| Dänemark                  | 39,1        | 74,7  | 62,0  | 72,5  | 51,5  | 37,1  | 32,1  | 27,4  | 34,2  | 41,6  | 46,0  | 49,5  |
| Estland                   | -           | -     | -     | 9,0   | 5,1   | 4,6   | 4,5   | 3,8   | 4,6   | 7,2   | 9,6   | 12,4  |
| Lettland                  | -           | -     | -     | 15,1  | 12,3  | 12,4  | 10,7  | 9,0   | 19,5  | 36,1  | 48,5  | 57,3  |
| Litauen                   | -           | -     | -     | 11,5  | 23,7  | 18,4  | 18,0  | 16,9  | 15,6  | 29,3  | 38,6  | 45,4  |
| Polen                     | -           | _     | -     | 49,0  | 36,8  | 47,1  | 47,7  | 45,0  | 47,2  | 51,0  | 53,9  | 59,3  |
| Rumänien                  | -           | -     | -     | 7,0   | 22,5  | 15,8  | 12,4  | 12,6  | 13,3  | 23,7  | 30,5  | 35,8  |
| Schweden                  | 39,3        | 60,9  | 41,2  | 72,2  | 53,6  | 50,8  | 45,7  | 40,8  | 38,3  | 42,3  | 42,6  | 42,1  |
| Tschechien                | -           | _     | -     | 14,6  | 18,5  | 29,7  | 29,4  | 29,0  | 30,0  | 35,4  | 39,8  | 43,5  |
| Ungarn                    |             |       |       | 86,2  | 55,0  | 61,8  | 65,6  | 65,9  | 72,9  | 78,3  | 78,9  | 77,8  |
| Vereinigtes<br>Königreich | 52,7        | 51,8  | 33,3  | 50,8  | 41,0  | 42,2  | 43,5  | 44,7  | 52,0  | 68,1  | 79,1  | 86,9  |
| EU                        | -           | _     | -     | 69,6  | 63,2  | 62,7  | 61,4  | 58,8  | 61,6  | 73,6  | 79,6  | 83,8  |
| Japan                     | 51,4        | 67,7  | 68,4  | 92,5  | 142,1 | 191,6 | 191,3 | 187,8 | 172,0 | 189,2 | 193,5 | 194,9 |
| USA                       | 43,9        | 56,1  | 64,3  | 71,5  | 55,0  | 61,7  | 61,2  | 62,2  | 70,7  | 84,5  | 94,1  | 103,0 |

#### Quellen:

Für die Jahre 1980 bis 2000: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Mai 2010; für USA und Japan alle Jahre. Für die Jahre ab 2005: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2010.

Stand: Mai 2010.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Steuerquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

| Land                       |      |      |      | Steuern in | % des BIP |      |      |      |
|----------------------------|------|------|------|------------|-----------|------|------|------|
|                            | 1970 | 1980 | 1990 | 1995       | 2000      | 2006 | 2007 | 2008 |
| Deutschland <sup>2,3</sup> | 22,0 | 23,9 | 21,8 | 22,7       | 22,7      | 21,9 | 22,9 | 23,1 |
| Belgien                    | 24,1 | 29,4 | 28,1 | 29,2       | 31,0      | 31,0 | 30,3 | 30,3 |
| Dänemark                   | 37,1 | 42,5 | 45,6 | 47,7       | 47,6      | 48,1 | 47,9 | 47,3 |
| Finnland                   | 28,7 | 27,4 | 32,4 | 31,6       | 35,3      | 31,3 | 31,1 | 30,8 |
| Frankreich                 | 21,7 | 23,0 | 23,5 | 24,5       | 28,4      | 27,8 | 27,4 | 27,0 |
| Griechenland               | 14,0 | 14,5 | 18,3 | 19,5       | 23,6      | 20,2 | 20,4 | 20,3 |
| Irland                     | 26,1 | 26,6 | 28,2 | 27,8       | 27,5      | 27,6 | 26,1 | 23,3 |
| Italien                    | 16,0 | 18,4 | 25,4 | 27,5       | 30,2      | 29,6 | 30,4 | 29,8 |
| Japan                      | 15,2 | 18,0 | 21,4 | 17,9       | 17,5      | 17,7 | 18,0 | k.A. |
| Kanada                     | 27,9 | 27,7 | 31,5 | 30,6       | 30,8      | 28,4 | 28,5 | 27,5 |
| Luxemburg                  | 16,7 | 25,3 | 26,0 | 27,3       | 29,1      | 26,0 | 26,4 | 27,5 |
| Niederlande                | 23,1 | 26,6 | 26,9 | 24,1       | 24,2      | 25,1 | 24,0 | k.A. |
| Norwegen                   | 29,0 | 33,5 | 30,2 | 31,3       | 33,7      | 35,2 | 34,6 | 33,2 |
| Österreich                 | 25,2 | 26,8 | 26,6 | 26,5       | 28,5      | 27,3 | 28,0 | 28,6 |
| Polen                      | -    | -    | -    | 25,2       | 19,8      | 21,4 | 22,9 | k.A. |
| Portugal                   | 14,0 | 16,1 | 20,2 | 22,1       | 23,8      | 24,3 | 24,7 | 24,6 |
| Schweden                   | 32,2 | 33,0 | 38,0 | 34,4       | 38,1      | 36,6 | 35,7 | 35,4 |
| Schweiz                    | 16,2 | 18,9 | 19,7 | 20,2       | 22,7      | 22,7 | 22,2 | 22,6 |
| Slowakei                   | -    | -    | -    | -          | 20,0      | 17,9 | 17,7 | 17,4 |
| Spanien                    | 10,0 | 11,6 | 21,0 | 20,5       | 22,3      | 24,4 | 25,1 | 20,9 |
| Tschechien                 | -    | -    | -    | 22,0       | 19,7      | 20,8 | 21,1 | 20,6 |
| Ungarn                     | -    | -    | -    | 26,6       | 26,9      | 25,2 | 26,6 | 26,9 |
| Vereinigtes<br>Königreich  | 31,9 | 29,0 | 29,5 | 28,0       | 30,2      | 30,3 | 29,5 | 28,8 |
| USA                        | 22,7 | 20,6 | 20,5 | 20,9       | 23,0      | 21,3 | 21,7 | 20,3 |

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2008, Paris 2009.

Stand: November 2009.

 $<sup>^2</sup> Nicht vergleich bar \ mit \ Quoten \ in \ der \ Abgrenzung \ der \ Volkswirtschaftlichen \ Gesamtrechnung \ oder \ deutschen \ Finanzstatistik.$ 

 $<sup>^{3}</sup>$  1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Abgabenquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

| Land                       | Steuern und Sozialabgaben in % des BIP |      |      |      |      |      |      |      |  |  |  |  |  |
|----------------------------|----------------------------------------|------|------|------|------|------|------|------|--|--|--|--|--|
|                            | 1970                                   | 1980 | 1990 | 1995 | 2000 | 2006 | 2007 | 2008 |  |  |  |  |  |
| Deutschland <sup>2,3</sup> | 31,5                                   | 36,4 | 34,8 | 37,2 | 37,2 | 35,6 | 36,2 | 36,4 |  |  |  |  |  |
| Belgien                    | 33,9                                   | 41,3 | 42,0 | 43,6 | 44,9 | 44,4 | 43,9 | 44,3 |  |  |  |  |  |
| Dänemark                   | 38,4                                   | 43,0 | 46,5 | 48,8 | 49,4 | 49,6 | 48,7 | 48,3 |  |  |  |  |  |
| Finnland                   | 31,5                                   | 35,7 | 43,5 | 45,7 | 47,2 | 43,5 | 43,0 | 42,8 |  |  |  |  |  |
| Frankreich                 | 34,1                                   | 40,1 | 42,0 | 42,9 | 44,4 | 44,0 | 43,5 | 43,1 |  |  |  |  |  |
| Griechenland               | 20,0                                   | 21,6 | 26,2 | 28,9 | 34,0 | 31,2 | 32,0 | 31,3 |  |  |  |  |  |
| Irland                     | 28,5                                   | 31,1 | 33,1 | 32,5 | 31,3 | 31,7 | 30,8 | 28,3 |  |  |  |  |  |
| Italien                    | 25,7                                   | 29,7 | 37,8 | 40,1 | 42,3 | 42,3 | 43,3 | 43,2 |  |  |  |  |  |
| Japan                      | 19,6                                   | 25,4 | 29,1 | 26,8 | 27,0 | 28,0 | 28,3 | k.A. |  |  |  |  |  |
| Kanada                     | 30,9                                   | 31,0 | 35,9 | 35,6 | 35,6 | 33,5 | 33,3 | 32,2 |  |  |  |  |  |
| Luxemburg                  | 23,5                                   | 35,6 | 35,7 | 37,1 | 39,1 | 35,8 | 36,5 | 38,3 |  |  |  |  |  |
| Niederlande                | 35,6                                   | 42,9 | 42,9 | 41,5 | 39,7 | 38,9 | 37,5 | k.A. |  |  |  |  |  |
| Norwegen                   | 34,5                                   | 42,4 | 41,0 | 40,9 | 42,6 | 44,0 | 43,6 | 42,1 |  |  |  |  |  |
| Österreich                 | 33,8                                   | 38,9 | 39,6 | 41,4 | 43,2 | 41,8 | 42,3 | 42,9 |  |  |  |  |  |
| Polen                      | -                                      | -    | -    | 36,2 | 32,8 | 34,0 | 34,9 | k.A. |  |  |  |  |  |
| Portugal                   | 18,4                                   | 22,9 | 27,7 | 32,1 | 34,1 | 35,5 | 36,4 | 36,5 |  |  |  |  |  |
| Schweden                   | 37,8                                   | 46,4 | 52,2 | 47,5 | 51,8 | 49,0 | 48,3 | 47,1 |  |  |  |  |  |
| Schweiz                    | 19,3                                   | 24,7 | 25,8 | 27,7 | 30,0 | 29,3 | 28,9 | 29,4 |  |  |  |  |  |
| Slowakei                   | -                                      | -    |      | -    | 34,1 | 29,4 | 29,4 | 29,3 |  |  |  |  |  |
| Spanien                    | 15,9                                   | 22,6 | 32,5 | 32,1 | 34,2 | 36,7 | 37,2 | 33,0 |  |  |  |  |  |
| Tschechien                 | -                                      | -    | -    | 37,5 | 35,3 | 37,1 | 37,4 | 36,6 |  |  |  |  |  |
| Ungarn                     | -                                      | -    | -    | 41,3 | 38,0 | 37,1 | 39,5 | 40,1 |  |  |  |  |  |
| Vereinigtes<br>Königreich  | 36,7                                   | 34,8 | 35,5 | 34,0 | 36,4 | 36,6 | 36,1 | 35,7 |  |  |  |  |  |
| USA                        | 27,0                                   | 26,4 | 27,3 | 27,9 | 29,9 | 28,2 | 28,3 | 26,9 |  |  |  |  |  |

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2008, Paris 2009.

Stand: November 2009.

 $<sup>^2 \,</sup> Nicht \, vergleich bar \, mit \, Quoten \, in \, der \, Abgrenzung \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, deutschen \, Finanzstatistik.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 17: Staatsquoten im internationalen Vergleich

| Land                      |      |      |      |      | Gesamtau | sgaben des | Staates in : | % des BIP |      |      |      |      |
|---------------------------|------|------|------|------|----------|------------|--------------|-----------|------|------|------|------|
|                           | 1980 | 1985 | 1990 | 1995 | 2000     | 2005       | 2006         | 2007      | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 |
| Deutschland <sup>1</sup>  | 46,9 | 45,2 | 43,6 | 48,3 | 45,1     | 46,8       | 45,3         | 43,7      | 43,7 | 48,0 | 48,3 | 47,5 |
| Belgien                   | 55,0 | 58,5 | 52,3 | 52,2 | 49,1     | 52,1       | 48,5         | 48,4      | 50,0 | 53,6 | 53,8 | 54,0 |
| Finnland                  | 40,1 | 46,3 | 47,9 | 61,5 | 48,3     | 50,1       | 48,6         | 47,3      | 48,9 | 54,3 | 55,0 | 55,0 |
| Frankreich                | 45,7 | 51,8 | 49,5 | 54,4 | 51,6     | 53,3       | 52,7         | 52,3      | 52,7 | 55,2 | 55,1 | 54,8 |
| Griechenland              | -    | -    | 44,8 | 45,7 | 46,6     | 43,7       | 42,6         | 44,1      | 48,3 | 50,0 | 49,4 | 49,8 |
| Irland                    | -    | 53,3 | 42,8 | 41,2 | 31,4     | 33,7       | 34,2         | 36,2      | 42,0 | 46,9 | 49,1 | 48,4 |
| Italien                   | 40,8 | 49,8 | 52,9 | 52,5 | 46,2     | 48,1       | 48,7         | 47,9      | 48,8 | 51,6 | 50,8 | 50,5 |
| Luxemburg                 | -    | -    | 37,7 | 39,7 | 37,6     | 41,5       | 38,3         | 36,2      | 37,7 | 43,3 | 43,9 | 43,6 |
| Malta                     | -    | -    | -    | 39,7 | 41,0     | 44,9       | 43,7         | 42,5      | 45,0 | 45,7 | 46,3 | 46,4 |
| Niederlande               | 55,2 | 57,3 | 54,9 | 51,6 | 44,2     | 44,8       | 45,5         | 45,5      | 45,9 | 49,5 | 50,9 | 50,7 |
| Österreich                | 50,0 | 53,5 | 51,5 | 56,2 | 52,0     | 50,0       | 49,5         | 48,7      | 48,9 | 52,3 | 52,6 | 52,4 |
| Portugal                  | 33,3 | 38,6 | 39,7 | 43,4 | 43,1     | 47,7       | 46,3         | 45,7      | 45,9 | 51,6 | 51,5 | 52,0 |
| Slowenien                 | -    | -    | -    | 52,6 | 46,8     | 45,2       | 44,5         | 42,4      | 44,2 | 49,5 | 50,2 | 49,9 |
| Spanien                   | -    | -    | -    | 44,4 | 39,1     | 38,4       | 38,4         | 39,2      | 41,1 | 45,2 | 45,6 | 45,3 |
| Zypern                    | -    | -    | -    | 33,1 | 37,0     | 43,6       | 43,4         | 42,2      | 42,6 | 44,4 | 47,8 | 48,0 |
| Euroraum                  | -    | -    | -    | 50,6 | 46,3     | 47,3       | 46,6         | 46,0      | 46,8 | 50,4 | 50,5 | 50,2 |
| Bulgarien                 | -    | -    | -    | -    | 42,6     | 39,3       | 36,5         | 41,5      | 37,3 | 39,5 | 39,5 | 38,7 |
| Dänemark                  | 52,7 | 55,5 | 55,9 | 59,3 | 53,5     | 52,6       | 51,5         | 50,9      | 51,9 | 55,9 | 57,6 | 56,4 |
| Estland                   | -    | -    | -    | 41,3 | 36,1     | 33,6       | 34,0         | 34,8      | 39,9 | 44,8 | 46,7 | 45,4 |
| Lettland                  | -    | -    | 31,6 | 38,6 | 37,3     | 35,5       | 38,2         | 35,8      | 38,8 | 43,8 | 45,7 | 45,1 |
| Litauen                   | -    | -    | -    | 34,4 | 39,1     | 33,3       | 33,6         | 34,8      | 37,4 | 45,9 | 46,0 | 46,0 |
| Polen                     | -    | -    | -    | 47,7 | 41,1     | 43,4       | 43,9         | 42,2      | 43,3 | 44,0 | 46,1 | 45,9 |
| Rumänien                  | -    | -    | -    | 35,9 | 38,5     | 33,5       | 35,3         | 36,0      | 38,4 | 39,4 | 38,6 | 37,9 |
| Schweden                  | -    | -    | -    | 65,2 | 55,6     | 55,0       | 54,0         | 52,5      | 53,1 | 55,9 | 55,6 | 54,6 |
| Slowakei                  | -    | -    | -    | 48,6 | 52,2     | 38,0       | 36,9         | 34,4      | 34,8 | 37,5 | 37,5 | 36,9 |
| Tschechien                | -    | -    | -    | -    | 41,8     | 45,0       | 43,8         | 42,6      | 43,0 | 46,9 | 46,5 | 46,6 |
| Ungarn                    | -    | -    | -    | 56,2 | 46,8     | 50,1       | 51,9         | 49,8      | 49,3 | 50,0 | 49,4 | 49,0 |
| Vereinigtes<br>Königreich | 47,6 | 44,6 | 41,1 | 43,9 | 36,8     | 44,1       | 44,0         | 44,0      | 47,3 | 51,2 | 52,1 | 50,7 |
| EU-27                     | -    | -    | -    | -    | 44,8     | 46,8       | 46,3         | 45,7      | 46,8 | 50,4 | 50,6 | 50,1 |
| USA                       | 34,2 | 37,3 | 37,2 | 37,1 | 33,9     | 36,3       | 36,0         | 36,7      | 38,8 | 42,2 | 43,8 | 44,2 |
| Japan                     | -    | -    | -    | -    | 39,0     | 38,4       | 36,2         | 36,0      | 37,2 | 40,5 | 41,6 | 42,3 |

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>1980 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Stand: November 2009.

 $Quelle: EU-Kommission\ {\tt `Statistischer Anhang der Europ\"{a} ischen Wirtschaft".}$ 

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2008 bis 2009

|                                                                   |             | Eu-Haush | alt 2008 <sup>1</sup> |       |           | EU-Haus | halt 2009 <sup>2</sup> |       |
|-------------------------------------------------------------------|-------------|----------|-----------------------|-------|-----------|---------|------------------------|-------|
|                                                                   | Verpflichtu | ıngen    | Zahlun                | gen   | Verpflich | tungen  | Zahluı                 | ngen  |
|                                                                   | in Mio. €   | in%      | in Mio. €             | in%   | in Mio. € | in%     | in Mio. €              | in%   |
| 1                                                                 | 2           | 3        | 4                     | 5     | 6         | 7       | 8                      | 9     |
| Rubrik                                                            |             |          |                       |       |           |         |                        |       |
| 1. Nachhaltiges Wachstum                                          | 58 341,9    | 44,5     | 45 731,7              | 39,5  | 60 195,9  | 45,0    | 45 999,5               | 39,6  |
| davon<br>Globalisierungsanpassungsfonds                           | 500,0       | 0,4      |                       |       | 500,0     | 0,4     |                        |       |
| 2. Bewahrung und<br>Bewirtschaftung der natürlichen<br>Ressourcen | 56314,7     | 43,0     | 53 217,1              | 46,0  | 56 121,4  | 41,9    | 52 566,1               | 45,3  |
| 3. Unionsbürgerschaft, Freiheit,<br>Sicherheit und Recht          | 1 625,9     | 1,2      | 1 488,9               | 1,3   | 1 514,9   | 1,1     | 1 296,4                | 1,1   |
| 4. Die EU als globaler Akteur                                     | 7311,2      | 5,6      | 7 847,1               | 6,8   | 8 103,9   | 6,1     | 8 324,2                | 7,2   |
| davon Soforthilfereserve<br>(40 - Reserven)                       | 239,2       | 0,2      |                       |       | 244,0     | 0,2     |                        |       |
| 5. Verwaltung                                                     | 7 279,2     | 5,6      | 7 279,8               | 6,3   | 7 700,7   | 5,8     | 7 700,7                | 6,6   |
| 6. Ausgleichszahlungen                                            | 206,6       | 0,2      | 206,6                 | 0,2   | 209,1     | 0,2     | 209,1                  | 0,2   |
| Gesamtbetrag                                                      | 131 079,6   | 100,0    | 115 771,3             | 100,0 | 133 846,0 | 100,0   | 116 096,1              | 100,0 |

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> EU-Haushalt 2008 (einschl. Berichtigungshaushaltspläne Nrn. 1-10/2008).

noch Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2008 bis 2009

|                                                                   | Differenz i | n%      | Differenz | in Mio. € |
|-------------------------------------------------------------------|-------------|---------|-----------|-----------|
|                                                                   | SP. 6/2     | Sp. 8/4 | Sp. 6-2   | Sp. 8-4   |
| Rubrik                                                            | 10          | 11      | 12        | 13        |
| 1. Nachhaltiges Wachstum                                          | 2,3         | 0,6     | 1 853,9   | 267,8     |
| davon<br>Globalisier ungsan passungsfonds                         | 0,0         | -       | 0,0       | 0,0       |
| 2. Bewahrung und<br>Bewirtschaftung der natürlichen<br>Ressourcen | - 0,3       | - 1,2   | - 193,3   | - 651,0   |
| 3. Unionsbürgerschaft, Freiheit,<br>Sicherheit und Recht          | - 6,8       | -12,9   | - 111,0   | - 192,5   |
| 4. Die EU als globaler Akteur                                     | 10,8        | 6,1     | 792,7     | 477,0     |
| davon Soforthilfereserve<br>(40 - Reserven)                       | 2,0         | -       | 4,8       | 0,0       |
| 5. Verwaltung                                                     | 5,8         | 5,8     | 421,5     | 421,0     |
| 6. Ausgleichszahlungen                                            | 1,2         | 1,2     | 2,5       | 2,5       |
| Gesamtbetrag                                                      | 2,1         | 0,3     | 2 766,3   | 324,8     |

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> EU-Haushalt 2009 (endg. Feststellung vom 18.12.2008).

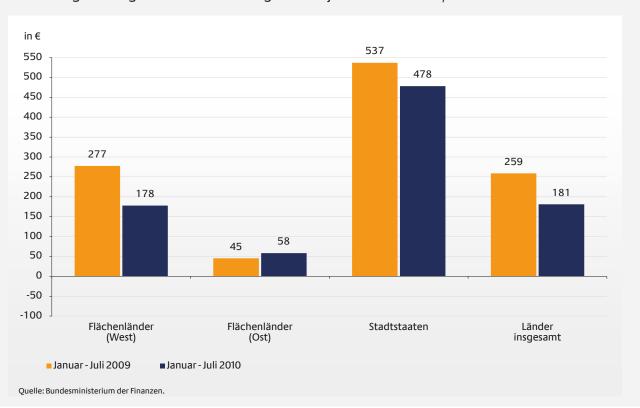
ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

# Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2010 im Vergleich zum Jahressoll 2010

|                           | Flächenländ | der (West) | Flächenlän | der (Ost) | Stadtsta | aaten  | Länder zus | ammen  |
|---------------------------|-------------|------------|------------|-----------|----------|--------|------------|--------|
|                           | Soll        | Ist        | Soll       | Ist       | Soll     | Ist    | Soll       | Ist    |
|                           |             |            |            | in M      | io.€     |        |            |        |
| Bereinigte Einnahmen      | 177 649     | 104 786    | 49 985     | 27 517    | 32 801   | 18 829 | 254 715    | 147 87 |
| darunter:                 |             |            |            |           |          |        |            |        |
| Steuereinnahmen           | 134010      | 80375      | 25 519     | 14559     | 20 649   | 11 825 | 180 178    | 106 75 |
| Übrige Einnahmen          | 43 639      | 24411      | 24 465     | 12 959    | 12 152   | 7 005  | 74 536     | 41 11  |
| Bereinigte Ausgaben       | 201 877     | 115 997    | 53 145     | 28 271    | 37 132   | 21 641 | 286 434    | 162 65 |
| darunter:                 |             |            |            |           |          |        |            |        |
| Personalausgaben          | 79 270      | 47 240     | 13 009     | 7 042     | 11 525   | 6 729  | 103 805    | 61 01  |
| Lfd. Sachaufwand          | 13 274      | 7 439      | 3 827      | 1 986     | 7 732    | 4750   | 24832      | 1417   |
| Zinsausgaben              | 14 147      | 8 8 2 4    | 3 187      | 1 861     | 4110     | 2 563  | 21 444     | 13 24  |
| Sachinvestitionen         | 4922        | 1816       | 2 074      | 625       | 1 333    | 425    | 8 3 2 9    | 286    |
| Zahlungen an Verwaltungen | 54110       | 29 173     | 18 942     | 10128     | 635      | 403    | 67 967     | 36 44  |
| Übrige Ausgaben           | 36 154      | 21 505     | 12 107     | 6 629     | 11 797   | 6 771  | 60 057     | 3490   |
| Finanzierungssaldo        | -24 225     | -11 211    | -3 160     | - 753     | -4 323   | -2 812 | -31 707    | -14 77 |

Abbildung 1: Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2009/2010



ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Juli 2010

|             |                                                                          |         |           |           |         | in Mio. € |           |         |           |           |
|-------------|--------------------------------------------------------------------------|---------|-----------|-----------|---------|-----------|-----------|---------|-----------|-----------|
|             |                                                                          |         | Juli 2009 |           |         | Juni 2010 |           |         | Juli 2010 |           |
| Lfd.<br>Nr. | Bezeichnung                                                              | Bund    | Länder    | Insgesamt | Bund    | Länder    | Insgesamt | Bund    | Länder    | Insgesamt |
|             | Seit dem 1. Januar<br>gebuchte                                           |         |           |           |         |           |           |         |           |           |
| l           | Bereinigte Einnahmen <sup>1</sup><br>für das laufende<br>Haushaltsjahr   | 148 441 | 145 709   | 283 307   | 122 389 | 129 078   | 244 220   | 143 120 | 147 877   | 281 367   |
| 11          | Einnahmen der laufenden<br>Rechnung                                      | 144 829 | 137 625   | 282 455   | 119806  | 122 557   | 242 363   | 139 462 | 139 885   | 279 348   |
| 111         | Steuereinnahmen                                                          | 128 650 | 110 130   | 238 780   | 104934  | 93 261    | 198 195   | 123 245 | 106 759   | 230 003   |
| 112         | Einnahmen von<br>Verwaltungen (laufende<br>Rechnung)                     | 6 446   | 22 640    | 29 086    | 1 259   | 23 484    | 24743     | 1 489   | 26 040    | 27 529    |
| 1121        | darunter: Allgemeine BEZ                                                 | -       | 2 284     | 2 284     | -       | 1 200     | 1 200     | -       | 1 200     | 1 200     |
| 1122        | Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>                                       | -       | -         | -         | -       | -         | -         | -       | -         |           |
| 12          | Einnahmen der<br>Kapitalrechnung                                         | 3 612   | 6 348     | 9 960     | 2 583   | 6 522     | 9 105     | 3 658   | 7 991     | 11 649    |
| 121         | Veräußerungserlöse                                                       | 2 071   | 169       | 2 240     | 1 633   | 159       | 1 791     | 1 822   | 204       | 2 0 2 6   |
| 1211        | darunter: Veräußerungen<br>von Beteiligungen und<br>Kapitalrückzahlungen | 1 804   | 40        | 1 844     | 1 330   | 59        | 1 389     | 1 480   | 64        | 1 544     |
| 122         | Einnahmen von<br>Verwaltungen<br>(Kapitalrechnung)                       | 394     | 2 345     | 2 739     | 236     | 4576      | 4812      | 462     | 5 758     | 6 220     |
|             | Bereinigte Ausgaben <sup>1</sup>                                         |         |           |           |         |           |           |         |           |           |
| 2           | für das laufende<br>Haushaltsjahr                                        | 176 517 | 166 937   | 332 610   | 155 292 | 139 562   | 287 607   | 188 128 | 162 652   | 341 151   |
| 21          | Ausgaben der laufenden<br>Rechnung                                       | 163 144 | 145 536   | 308 680   | 145 389 | 127 072   | 272 462   | 175 394 | 147 803   | 323 197   |
| 211         | Personalausgaben                                                         | 16 959  | 59 062    | 76 021    | 14634   | 52 487    | 67 121    | 17 075  | 61 011    | 78 087    |
| 2111        | darunter: Versorgung und<br>Beihilfe                                     | 4717    | 16 758    | 21 476    | 4 1 4 8 | 14985     | 19 133    | 4808    | 17 506    | 22 314    |
| 212         | Laufender Sachaufwand                                                    | 10 522  | 13 613    | 24 134    | 8 625   | 11 798    | 20 423    | 10 436  | 14 175    | 24610     |
| 2121        | darunter: Sächliche<br>Verwaltungsausgaben                               | 4889    | 9 035     | 13 924    | 3 979   | 7 837     | 11 816    | 4919    | 9 418     | 14336     |
| 213         | Zinsausgaben an andere<br>Bereiche                                       | 31 562  | 13 900    | 45 462    | 19 729  | 11 932    | 31 662    | 28 858  | 13 247    | 42 105    |
| 214         | Zahlungen an<br>Verwaltungen (laufende<br>Rechnung)                      | 8 3 1 6 | 32 644    | 40 960    | 6 472   | 27 204    | 33 676    | 8 124   | 31 026    | 39 149    |
| 2141        | darunter: Länder-<br>finanzausgleich <sup>1</sup>                        | -       | 23        | 23        | -       | - 391     | - 391     | -       | -419      | - 419     |
| 2142        | Zuweisungen an<br>Gemeinden                                              | 14      | 30 408    | 30 422    | 7       | 25 839    | 25 847    | 8       | 29 355    | 29 36     |
| 22          | Ausgaben der<br>Kapitalrechnung                                          | 13 373  | 20 691    | 34064     | 9 903   | 12 490    | 22 393    | 12 734  | 14849     | 27 583    |
| 221         | Sachinvestitionen                                                        | 3 423   | 2 580     | 6 002     | 2 394   | 2 273     | 4 6 6 7   | 3 092   | 2 866     | 5 95      |
| 222         | Zahlungen an<br>Verwaltungen<br>(Kapitalrechnung)                        | 2 956   | 4 566     | 7 522     | 1 844   | 4611      | 6 455     | 2 623   | 5 422     | 8 04      |
| 223         | nachrichtlich:<br>Investitionsausgaben                                   | 13 086  | 20 333    | 33 419    | 9719    | 12 126    | 21 846    | 12 435  | 14 446    | 26 88     |

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Juli 2010

|             |                                                                | in Mio. € |           |           |                      |           |           |                      |           |           |  |
|-------------|----------------------------------------------------------------|-----------|-----------|-----------|----------------------|-----------|-----------|----------------------|-----------|-----------|--|
|             |                                                                |           | Juli 2009 |           |                      | Juni 2010 |           |                      | Juli 2010 |           |  |
| Lfd.<br>Nr. | Bezeichnung                                                    | Bund      | Länder    | Insgesamt | Bund                 | Länder    | Insgesamt | Bund                 | Länder    | Insgesamt |  |
| 3           | Mehreinnahmen (+),<br>Mehrausgaben (-)<br>(Finanzierungssaldo) | -28 039 ² | -21 228   | -49 266   | -32 877 <sup>2</sup> | -10 484   | -43 360   | -44 982 <sup>2</sup> | -14 776   | -59 758   |  |
| 4           | Schuldenaufnahme und<br>Schuldentilgung                        |           |           |           |                      |           |           |                      |           |           |  |
| 41          | Schuldenaufnahme am<br>Kreditmarkt (brutto)                    | 159 612   | 50 170    | 209 781   | 154704               | 38 381    | 193 085   | 183 712              | 46 750    | 230 462   |  |
| 42          | Schuldentilgung am<br>Kreditmarkt                              | 141 098   | 48 125    | 189 222   | 117 440              | 44819     | 162 259   | 153 241              | 51 028    | 204 269   |  |
| 43          | Aktueller<br>Kapitalmarktsaldo<br>(Nettokreditaufnahme)        | 18 514    | 2 042     | 20 556    | 37 264               | -6 438    | 30826     | 30 471               | -4279     | 26 192    |  |
|             | Zum Ende des Monats<br>bestehende                              |           |           |           |                      |           |           |                      |           |           |  |
| 5           | Schwebende Schulden<br>und Kassenbestände                      |           |           |           |                      |           |           |                      |           |           |  |
| 51          | Kassenkredit von<br>Kreditinstituten                           | 4715      | 3 158     | 7 872     | -17880               | 5 801     | -12 079   | 452                  | 6 032     | 6 484     |  |
| 52          | Geldbestände der<br>Rücklagen und<br>Sondervermögen            | -         | 16 772    | 16 772    | -                    | 15 290    | 15 290    | -                    | 15 058    | 15 058    |  |
| 53          | Kassenbestand ohne schwebende Schulden                         | -4715     | -6 131    | -10 845   | 17881                | -7 101    | 10 780    | - 450                | -8 698    | -9 148    |  |

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Einschließlich haushaltstechnische Verrechnungen.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juli 2010

|             |                                                                          |                  |                     |                  |        | in Mio. €          |                    |                     |                 |          |
|-------------|--------------------------------------------------------------------------|------------------|---------------------|------------------|--------|--------------------|--------------------|---------------------|-----------------|----------|
| Lfd.<br>Nr. | Bezeichnung                                                              | Baden-<br>Württ. | Bayern <sup>3</sup> | Branden-<br>burg | Hessen | Mecklbg<br>Vorpom. | Nieder-<br>sachsen | Nordrh<br>Westf.    | Rheinl<br>Pfalz | Saarland |
|             | Seit dem 1. Januar<br>gebuchte                                           |                  |                     |                  |        |                    |                    |                     |                 |          |
| 1           | Bereinigte Einnahmen <sup>1</sup><br>für das laufende<br>Haushaltsjahr   | 19 071           | 22 916 a            | 5 003            | 10 803 | 3 535              | 12 513             | 27 737              | 6 562           | 1 455    |
| 11          | Einnahmen der laufenden<br>Rechnung                                      | 18 220           | 21 982              | 4 647            | 10 420 | 3 2 1 6            | 11938              | 26 491              | 6 250           | 1 429    |
| 111         | Steuereinnahmen                                                          | 13 667           | 17927               | 2 726            | 8 720  | 1 738              | 9 2 3 0            | 21 880              | 4712            | 1 170    |
| 112         | Einnahmen von<br>Verwaltungen (laufende<br>Rechnung)                     | 3 349            | 2 051               | 1 612            | 1 059  | 1 287              | 1 402              | 2 896               | 1 100           | 170      |
| 1121        | darunter: Allgemeine BEZ                                                 | -                | -                   | 90               | -      | 75                 | 52                 | 110                 | 62              | 1        |
| 1122        | Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>                                       | -                | -                   | 230              | -      | 235                | 87                 | 119                 | 131             | 43       |
| 12          | Einnahmen der<br>Kapitalrechnung                                         | 850              | 934 a               | 356              | 383    | 319                | 575                | 1 246               | 312             | 20       |
| 121         | Veräußerungserlöse                                                       | 5                | 7                   | 16               | 3      | 1                  | 6                  | 7                   | 1               | :        |
| 1211        | darunter: Veräußerungen<br>von Beteiligungen und<br>Kapitalrückzahlungen | -                | -                   | 5                | -      | -                  | 5                  | 1                   | -               | 3        |
| 122         | Einnahmen von<br>Verwaltungen<br>(Kapitalrechnung)                       | 590              | 736                 | 186              | 371    | 166                | 502                | 961                 | 202             | 1        |
| 2           | Bereinigte Ausgaben <sup>1</sup><br>für das laufende                     | 20 813           | 23 078 в            | 5 379            | 11 874 | 3 759              | 13 885             | 31 100              | 7 941           | 2 45     |
| 21          | Haushaltsjahr<br>Ausgaben der laufenden<br>Rechnung                      | 18 957           | 20831 b             | 4713             | 10 869 | 3 304              | 13 049             | 28 325              | 7 166           | 2 22     |
| 211         | Personalausgaben                                                         | 9 045            | 10 436              | 1 343            | 4 440  | 932                | 5418 <sup>2</sup>  | 11 640 <sup>2</sup> | 3 287           | 87       |
| 2111        | darunter: Versorgung und<br>Beihilfe                                     | 2 889            | 3 067               | 92               | 1 446  | 55                 | 1710               | 3 938               | 992             | 33:      |
| 212         | Laufender Sachaufwand                                                    | 1 005            | 1 662               | 301              | 974    | 239                | 947                | 1876                | 556             | 13       |
| 2121        | darunter: Sächliche<br>Verwaltungsausgaben                               | 892              | 1 354               | 247              | 817    | 213                | 790                | 1 399               | 473             | 128      |
| 213         | Zinsausgaben an andere<br>Bereiche                                       | 1 3 1 9          | 808 b               | 442              | 1 116  | 234                | 1 071              | 2910                | 652             | 37       |
| 214         | Zahlungen an<br>Verwaltungen (laufende<br>Rechnung)                      | 4 501            | 5 499               | 1714             | 2 590  | 1 169              | 3 408              | 6 381               | 1 625           | 25       |
| 2141        | darunter: Länder-<br>finanzausgleich <sup>1</sup>                        | 607              | 1716                | -                | 871    | -                  | -                  | 90                  | -               |          |
| 2142        | Zuweisungen an<br>Gemeinden                                              | 3 853            | 3 730               | 1 440            | 1 697  | 986                | 3 408              | 6 254               | 1 599           | 24       |
| 22          | Ausgaben der<br>Kapitalrechnung                                          | 1 857            | 2 247               | 665              | 1 005  | 455                | 837                | 2 775               | 774             | 22       |
| 221         | Sachinvestitionen                                                        | 346              | 716                 | 26               | 325    | 105                | 120                | 138                 | 64              | 1        |
| 222         | Zahlungen an<br>Verwaltungen<br>(Kapitalrechnung)                        | 852              | 752                 | 293              | 462    | 189                | 215                | 1326                | 269             | 2        |
| 223         | nachrichtlich:<br>Investitionsausgaben                                   | 1 788            | 2 180               | 665              | 968    | 455                | 837                | 2 644               | 752             | 21       |

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

### noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juli 2010

|             |                                                                |                  |                  |                  |        | in Mio. €          |                    |                  |                 |          |
|-------------|----------------------------------------------------------------|------------------|------------------|------------------|--------|--------------------|--------------------|------------------|-----------------|----------|
| Lfd.<br>Nr. | Bezeichnung                                                    | Baden-<br>Württ. | Bayern           | Branden-<br>burg | Hessen | Mecklbg<br>Vorpom. | Nieder-<br>sachsen | Nordrh<br>Westf. | Rheinl<br>Pfalz | Saarland |
| 3           | Mehreinnahmen (+),<br>Mehrausgaben (-)<br>(Finanzierungssaldo) | -1 743           | - 161 °          | - 376            | -1 071 | - 223              | -1 372             | -3 363           | -1 379          | - 995    |
| 4           | Schuldenaufnahme und<br>Schuldentilgung                        |                  |                  |                  |        |                    |                    |                  |                 |          |
| 41          | Schuldenaufnahme am<br>Kreditmarkt (brutto)                    | 5 120            | 3 234 d          | 4 3 5 6          | 3 091  | - 130              | 3 233              | 10 184           | 3 944           | 920      |
| 42          | Schuldentilgung am<br>Kreditmarkt                              | 3 408            | 2 789            | 4357             | 3 767  | 802                | 3816               | 10 266           | 5 029           | 524      |
| 43          | Aktueller<br>Kapitalmarktsaldo<br>(Nettokreditaufnahme)        | 1711             | 445 <sup>d</sup> | 4358             | - 676  | -932               | - 583              | - 83             | -1 085          | 396      |
|             | Zum Ende des Monats<br>bestehende                              |                  |                  |                  |        |                    |                    |                  |                 |          |
| 5           | Schwebende Schulden und Kassenbestände                         |                  |                  |                  |        |                    |                    |                  |                 |          |
| 51          | Kassenkredit von<br>Kreditinstituten                           | -                | -                | 4 351            | 243    | -                  | -                  | 1 588            | 1 732           | 136      |
| 52          | Geldbestände der<br>Rücklagen und<br>Sondervermögen            | 923              | 3 132            | 4352             | 679    | 996                | 2 554              | 468              | 3               | 540      |
| 53          | Kassenbestand ohne schwebende Schulden                         | - 18             | -                | 4353             | -1 068 | - 7                | 421                | -2018            | -1 731          | - 65     |

 $<sup>^{1}\,\</sup>mathrm{In}\,\mathrm{der}\,\mathrm{L\ddot{a}ndersumme}$  ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup>Ohne August-Bezüge.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a) 11,9 Mio. €, b) 194,4 Mio. €, c) -182,5 Mio. €, d) 1539,2 Mio. €.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juli 2010

|             |                                                                          |         | 6 .                | 6.1.1             | in Mi     | U. E   |         |         |                    |
|-------------|--------------------------------------------------------------------------|---------|--------------------|-------------------|-----------|--------|---------|---------|--------------------|
| Lfd.<br>Nr. | Bezeichnung                                                              | Sachsen | Sachsen-<br>Anhalt | Schlesw<br>Holst. | Thüringen | Berlin | Bremen  | Hamburg | Länder<br>zusammen |
|             | Seit dem 1. Januar<br>gebuchte                                           |         |                    |                   |           |        |         |         |                    |
| I           | Bereinigte Einnahmen <sup>1</sup><br>für das laufende<br>Haushaltsjahr   | 9 300   | 4 867              | 4 177             | 4 813     | 11 281 | 1 781   | 5 814   | 147 87             |
| 1           | Einnahmen der laufenden<br>Rechnung                                      | 7 960   | 4584               | 4011              | 4334      | 10 796 | 1 696   | 5 661   | 139 88             |
| 11          | Steuereinnahmen                                                          | 4870    | 2 638              | 3 069             | 2 588     | 5910   | 1 149   | 4765    | 106 75             |
| 12          | Einnahmen von<br>Verwaltungen (laufende<br>Rechnung)                     | 2 688   | 1 713              | 634               | 1 526     | 3 799  | 378     | 372     | 26 04              |
| 121         | darunter: Allgemeine BEZ                                                 | 156     | 87                 | 20                | 84        | 379    | 69      | -       | 1 20               |
| 122         | Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>                                       | 453     | 256                | 67                | 242       | 1 715  | 171     | -       |                    |
| 12          | Einnahmen der<br>Kapitalrechnung                                         | 1 340   | 283                | 166               | 479       | 485    | 84      | 153     | 7 99               |
| 21          | Veräußerungserlöse                                                       | 0       | 4                  | 1                 | 11        | 133    | 0       | 6       | 20                 |
| 1211        | darunter: Veräußerungen<br>von Beteiligungen und<br>Kapitalrückzahlungen | -       | 2                  | 1                 | -         | 46     | -       | 1       | 6                  |
| 22          | Einnahmen von<br>Verwaltungen<br>(Kapitalrechnung)                       | 1 067   | 186                | 116               | 197       | 272    | 65      | 121     | 5 75               |
| 2           | Bereinigte Ausgaben <sup>1</sup><br>für das laufende<br>Haushaltsjahr    | 8 518   | 5 440              | 5 303             | 5 176     | 12 690 | 2 600   | 6 397   | 162 65             |
| 21          | Ausgaben der laufenden<br>Rechnung                                       | 7 425   | 4916               | 4939              | 4 645     | 11 957 | 2 3 7 9 | 5 856   | 147 80             |
| 211         | Personalausgaben                                                         | 2 099   | 1 337              | 2 099             | 1 3 3 1   | 4 000  | 813     | 1916    | 61 01              |
| 2111        | darunter: Versorgung und<br>Beihilfe                                     | 103     | 89                 | 733               | 77        | 1 020  | 274     | 689     | 1750               |
| 212         | Laufender Sachaufwand                                                    | 531     | 559                | 281               | 356       | 2 753  | 447     | 1 551   | 14 17              |
| 2121        | darunter: Sächliche<br>Verwaltungsausgaben                               | 415     | 202                | 241               | 225       | 1 277  | 214     | 530     | 9 41               |
| 213         | Zinsausgaben an andere<br>Bereiche                                       | 198     | 529                | 573               | 457       | 1 628  | 370     | 564     | 13 24              |
| 214         | Zahlungen an<br>Verwaltungen (laufende<br>Rechnung)                      | 2 947   | 1 441              | 1 317             | 1 623     | 153    | 48      | 108     | 31 02              |
| 2141        | darunter: Länder-<br>finanzausgleich <sup>1</sup>                        | -       | -                  | -                 | -         | -      | -       | 47      | - 41               |
| 2142        | Zuweisungen an<br>Gemeinden                                              | 2 288   | 1 176              | 1 265             | 1 399     | 5      | 2       | 5       | 29 35              |
| 22          | Ausgaben der<br>Kapitalrechnung                                          | 1 093   | 523                | 364               | 531       | 733    | 222     | 541     | 1484               |
| 221         | Sachinvestitionen                                                        | 284     | 96                 | 93                | 115       | 160    | 42      | 223     | 286                |
| 222         | Zahlungen an<br>Verwaltungen<br>(Kapitalrechnung)                        | 379     | 219                | 143               | 154       | 63     | 59      | 18      | 5 42               |
| 223         | nachrichtlich:<br>Investitionsausgaben                                   | 1 093   | 523                | 364               | 531       | 683    | 221     | 525     | 1444               |

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

### noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juli 2010

|             |                                                                |         |                    |                   | in N      | ⁄lio.€ |        |         |                    |
|-------------|----------------------------------------------------------------|---------|--------------------|-------------------|-----------|--------|--------|---------|--------------------|
| Lfd.<br>Nr. | Bezeichnung                                                    | Sachsen | Sachsen-<br>Anhalt | Schlesw<br>Holst. | Thüringen | Berlin | Bremen | Hamburg | Länder<br>zusammen |
| 3           | Mehreinnahmen (+),<br>Mehrausgaben (-)<br>(Finanzierungssaldo) | 782     | - 573              | -1 126            | - 364     | -1 409 | - 820  | - 583   | -14 776            |
| 4           | Schuldenaufnahme und<br>Schuldentilgung                        |         |                    |                   |           |        |        |         |                    |
| 41          | Schuldenaufnahme am<br>Kreditmarkt (brutto)                    | -3 044  | 2 894              | 2 373             | 1 542     | 8 794  | 3 045  | - 186   | 46 750             |
| 42          | Schuldentilgung am<br>Kreditmarkt                              | 410     | 2 286              | 2 184             | 1 573     | 7 855  | 3 407  | -       | 51 028             |
| 43          | Aktueller<br>Kapitalmarktsaldo<br>(Nettokreditaufnahme)        | -3 454  | 608                | 189               | -31       | 939    | -362   | - 186   | -4279              |
|             | Zum Ende des Monats<br>bestehende                              |         |                    |                   |           |        |        |         |                    |
| 5           | Schwebende Schulden<br>und Kassenbestände                      |         |                    |                   |           |        |        |         |                    |
| 51          | Kassenkredit von<br>Kreditinstituten                           | -       | 1 177              | -                 | - 159     | 33     | 551    | 31      | 6032               |
| 52          | Geldbestände der<br>Rücklagen und<br>Sondervermögen            | 2 672   | 75                 | -                 | 101       | 349    | 338    | 2 229   | 15 058             |
| 53          | Kassenbestand ohne<br>schwebende Schulden                      | - 69    | -1 197             | -803              | 223       | - 26   | - 629  | - 397   | -8 698             |

 $<sup>^1 \</sup>operatorname{In} \operatorname{der} \operatorname{L\"{a}ndersumme} \operatorname{ohne} \operatorname{Zuweisungen} \operatorname{von} \operatorname{L\"{a}ndern} \operatorname{im} \operatorname{L\"{a}nderfinanzausgleich}.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ohne August-Bezüge.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a) 11,9 Mio. €, b) 194,4 Mio. €, c) -182,5 Mio. €, d) 1539,2 Mio. €.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

|         |           |                             |                           |             |                                     | Bruttoi | nlandsprodukt          | (real)                            |                                     |
|---------|-----------|-----------------------------|---------------------------|-------------|-------------------------------------|---------|------------------------|-----------------------------------|-------------------------------------|
|         | Erwerbstä | tige im Inland <sup>1</sup> | Erwerbsquote <sup>2</sup> | Erwerbslose | Erwerbslosen-<br>quote <sup>3</sup> | gesamt  | je Erwerbs-<br>tätigen | je Erwerbs-<br>tätigen-<br>stunde | Investitions-<br>quote <sup>4</sup> |
| Jahr    | in Mio.   | Veränderung in % p.a.       | in%                       | in Mio.     | in%                                 | Verä    | nderung in % p         | .a.                               | in%                                 |
| 1991    | 38,6      |                             | 51,0                      | 2,2         | 5,3                                 |         |                        |                                   | 23,2                                |
| 1992    | 38,1      | -1,5                        | 50,4                      | 2,5         | 6,2                                 | 2,2     | 3,7                    | 2,5                               | 23,6                                |
| 1993    | 37,6      | -1,3                        | 50,0                      | 3,1         | 7,5                                 | -0,8    | 0,5                    | 1,6                               | 22,5                                |
| 1994    | 37,5      | -0,1                        | 50,1                      | 3,3         | 8,1                                 | 2,7     | 2,8                    | 2,9                               | 22,6                                |
| 1995    | 37,6      | 0,2                         | 49,9                      | 3,2         | 7,9                                 | 1,9     | 1,7                    | 2,6                               | 21,9                                |
| 1996    | 37,5      | -0,3                        | 50,0                      | 3,5         | 8,6                                 | 1,0     | 1,3                    | 2,3                               | 21,3                                |
| 1997    | 37,5      | -0,1                        | 50,2                      | 3,8         | 9,2                                 | 1,8     | 1,9                    | 2,5                               | 21,0                                |
| 1998    | 37,9      | 1,2                         | 50,7                      | 3,7         | 9,0                                 | 2,0     | 0,8                    | 1,2                               | 21,1                                |
| 1999    | 38,4      | 1,4                         | 50,9                      | 3,4         | 8,2                                 | 2,0     | 0,7                    | 1,4                               | 21,3                                |
| 2000    | 39,1      | 1,9                         | 51,3                      | 3,1         | 7,4                                 | 3,2     | 1,3                    | 2,6                               | 21,5                                |
| 2001    | 39,3      | 0,4                         | 51,5                      | 3,2         | 7,5                                 | 1,2     | 0,8                    | 1,8                               | 20,0                                |
| 2002    | 39,1      | -0,6                        | 51,5                      | 3,5         | 8,3                                 | 0,0     | 0,6                    | 1,5                               | 18,3                                |
| 2003    | 38,7      | -0,9                        | 51,6                      | 3,9         | 9,2                                 | -0,2    | 0,7                    | 1,2                               | 17,9                                |
| 2004    | 38,9      | 0,4                         | 52,1                      | 4,2         | 9,7                                 | 1,2     | 0,8                    | 0,6                               | 17,5                                |
| 2005    | 38,8      | -0,1                        | 52,5                      | 4,6         | 10,6                                | 0,8     | 0,9                    | 1,4                               | 17,4                                |
| 2006    | 39,1      | 0,6                         | 52,5                      | 4,3         | 9,8                                 | 3,4     | 2,7                    | 3,1                               | 18,2                                |
| 2007    | 39,7      | 1,7                         | 52,6                      | 3,6         | 8,3                                 | 2,7     | 1,0                    | 1,0                               | 18,7                                |
| 2008    | 40,3      | 1,4                         | 52,8                      | 3,1         | 7,2                                 | 1,0     | -0,4                   | -0,2                              | 19,0                                |
| 2009    | 40,3      | 0,0                         | 53,0                      | 3,2         | 7,4                                 | -4,7    | -4,7                   | -2,2                              | 17,6                                |
| 2004/99 | 38,9      | 0,2                         | 51,5                      | 3,6         | 8,4                                 | 1,1     | 0,8                    | 1,5                               | 19,4                                |
| 2009/04 | 39,5      | 0,7                         | 52,6                      | 3,8         | 8,8                                 | 0,6     | -0,1                   | 0,6                               | 18,1                                |

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $<sup>^2\,</sup>Erwerbspersonen\,(inländische\,Erwerbstätige + Erwerbslose[ILO])\,in\,\%\,der\,Wohnbev\"{o}lkerung\,nach\,ESVG\,95.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.

 $<sup>^4\,</sup> Anteil\, der\, Bruttoanlage investitionen\, am\, Bruttoinlandsprodukt\, (nominal).$ 

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Preisentwicklung

|         | Bruttoinlands-<br>produkt<br>(nominal) | Bruttoinlands-<br>produkt<br>(Deflator) | Terms of Trade | Inlandsnach-<br>frage (Deflator) | Konsum der<br>Privaten<br>Haushalte<br>(Deflator)1 | Verbraucher-<br>preisindex<br>(2005=100) | Lohnstück-<br>kosten² |
|---------|----------------------------------------|-----------------------------------------|----------------|----------------------------------|----------------------------------------------------|------------------------------------------|-----------------------|
| Jahr    |                                        |                                         | V              | eränderung in % p.a              | а.                                                 |                                          |                       |
| 1991    |                                        |                                         |                |                                  |                                                    |                                          |                       |
| 1992    | 7,3                                    | 5,0                                     | 3,2            | 4,1                              | 4,1                                                | 5,1                                      | 6,3                   |
| 1993    | 2,9                                    | 3,7                                     | 2,0            | 3,2                              | 3,4                                                | 4,4                                      | 3,8                   |
| 1994    | 5,1                                    | 2,4                                     | 1,0            | 2,2                              | 2,5                                                | 2,7                                      | 0,2                   |
| 1995    | 3,8                                    | 1,9                                     | 1,5            | 1,5                              | 1,3                                                | 1,7                                      | 2,1                   |
| 1996    | 1,5                                    | 0,5                                     | -0,7           | 0,7                              | 1,0                                                | 1,4                                      | 0,4                   |
| 1997    | 2,1                                    | 0,3                                     | -2,2           | 0,9                              | 1,4                                                | 1,9                                      | -0,9                  |
| 1998    | 2,6                                    | 0,6                                     | 1,6            | 0,1                              | 0,5                                                | 0,9                                      | 0,1                   |
| 1999    | 2,4                                    | 0,3                                     | 0,5            | 0,2                              | 0,3                                                | 0,6                                      | 0,5                   |
| 2000    | 2,5                                    | -0,7                                    | -4,8           | 0,9                              | 0,9                                                | 1,5                                      | 0,7                   |
| 2001    | 2,5                                    | 1,2                                     | -0,1           | 1,3                              | 1,7                                                | 2,0                                      | 0,6                   |
| 2002    | 1,4                                    | 1,4                                     | 2,1            | 0,8                              | 1,1                                                | 1,4                                      | 0,6                   |
| 2003    | 1,0                                    | 1,2                                     | 1,0            | 1,0                              | 1,5                                                | 1,0                                      | 0,8                   |
| 2004    | 2,2                                    | 1,0                                     | -0,3           | 1,1                              | 1,4                                                | 1,7                                      | -0,5                  |
| 2005    | 1,4                                    | 0,6                                     | -1,4           | 1,2                              | 1,4                                                | 1,6                                      | -0,8                  |
| 2006    | 3,8                                    | 0,4                                     | -1,4           | 0,9                              | 1,1                                                | 1,6                                      | -1,7                  |
| 2007    | 4,6                                    | 1,8                                     | 0,5            | 1,7                              | 1,9                                                | 2,3                                      | -0,2                  |
| 2008    | 2,0                                    | 1,0                                     | -1,2           | 1,6                              | 1,8                                                | 2,6                                      | 2,4                   |
| 2009    | -3,4                                   | 1,4                                     | 4,0            | 0,0                              | 0,0                                                | 0,4                                      | 5,7                   |
| 2004/99 | 1,9                                    | 0,8                                     | -0,5           | 1,0                              | 1,3                                                | 1,5                                      | 0,4                   |
| 2009/04 | 1,6                                    | 1,1                                     | 0,1            | 1,1                              | 1,2                                                | 1,7                                      | 1,0                   |

 $<sup>^{1}</sup> Ohne\ private\ Organisation en\ ohne\ Erwerbszweck.$ 

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $<sup>^2</sup> Arbeit nehmer entgelte je Arbeit nehmer stunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbst \"atigenstunde (Inlandskonzept).$ 

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 3: Außenwirtschaft<sup>1</sup>

|         | Exporte   | Importe      | Außenbeitrag | Finanzie-<br>rungssaldo<br>übrige Welt | Exporte | Importe | Außenbeitrag | Finanzie-<br>rungssaldo<br>übrige Welt |
|---------|-----------|--------------|--------------|----------------------------------------|---------|---------|--------------|----------------------------------------|
| Jahr    | Veränderu | ng in % p.a. | in Mr        | d.€                                    |         | Anteile | am BIP in %  |                                        |
| 1991    |           |              | -6,1         | -23,1                                  | 25,8    | 26,2    | -0,4         | -1,5                                   |
| 1992    | 0,2       | 0,6          | -7,5         | -18,6                                  | 24,1    | 24,5    | -0,5         | -1,1                                   |
| 1993    | -4,8      | -6,4         | -0,5         | -17,8                                  | 22,3    | 22,3    | 0,0          | -1,1                                   |
| 1994    | 8,9       | 8,1          | 2,6          | -28,4                                  | 23,1    | 22,9    | 0,1          | -1,6                                   |
| 1995    | 7,7       | 6,2          | 8,7          | -24,0                                  | 24,0    | 23,5    | 0,5          | -1,3                                   |
| 1996    | 5,5       | 3,7          | 16,9         | -12,3                                  | 24,9    | 24,0    | 0,9          | -0,7                                   |
| 1997    | 12,7      | 11,6         | 23,9         | -8,6                                   | 27,5    | 26,2    | 1,2          | -0,4                                   |
| 1998    | 7,0       | 6,8          | 26,8         | -13,4                                  | 28,7    | 27,3    | 1,4          | -0,7                                   |
| 1999    | 5,0       | 7,0          | 17,4         | -24,0                                  | 29,4    | 28,5    | 0,9          | -1,2                                   |
| 2000    | 16,4      | 18,7         | 7,2          | -26,7                                  | 33,4    | 33,0    | 0,4          | -1,3                                   |
| 2001    | 6,9       | 1,8          | 42,5         | -0,9                                   | 34,8    | 32,8    | 2,0          | 0,0                                    |
| 2002    | 4,1       | -3,6         | 97,7         | 45,9                                   | 35,7    | 31,2    | 4,6          | 2,1                                    |
| 2003    | 0,7       | 2,6          | 85,9         | 44,8                                   | 35,6    | 31,7    | 4,0          | 2,1                                    |
| 2004    | 10,2      | 7,5          | 112,9        | 106,5                                  | 38,4    | 33,3    | 5,1          | 4,8                                    |
| 2005    | 8,5       | 8,9          | 118,9        | 116,8                                  | 41,1    | 35,8    | 5,3          | 5,2                                    |
| 2006    | 14,5      | 14,9         | 133,0        | 153,8                                  | 45,4    | 39,7    | 5,7          | 6,6                                    |
| 2007    | 8,1       | 5,0          | 172,8        | 186,5                                  | 46,9    | 39,8    | 7,1          | 7,7                                    |
| 2008    | 3,2       | 5,2          | 159,5        | 166,6                                  | 47,5    | 41,0    | 6,4          | 6,7                                    |
| 2009    | -16,9     | -15,5        | 118,5        | 119,7                                  | 40,8    | 35,9    | 4,9          | 5,0                                    |
| 2004/99 | 7,5       | 5,1          | 60,6         | 24,3                                   | 34,6    | 31,8    | 2,8          | 1,1                                    |
| 2009/04 | 2,9       | 3,1          | 135,9        | 141,6                                  | 43,4    | 37,6    | 5,8          | 6,0                                    |

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 4: Einkommensverteilung

|         | Volkseinkommen | Unternehmens-<br>und Vermögens-<br>einkommen | Arbeitnehmer-<br>entgelte<br>(Inländer) | Lohn                     | quote                  | Bruttolöhne und -<br>gehälter (je<br>Arbeitnehmer) | Reallöhne<br>(je<br>Arbeitnehmer) |
|---------|----------------|----------------------------------------------|-----------------------------------------|--------------------------|------------------------|----------------------------------------------------|-----------------------------------|
|         |                |                                              |                                         | unbereinigt <sup>1</sup> | bereinigt <sup>2</sup> |                                                    |                                   |
| Jahr    | V              | eränderung in % p.a                          | a.                                      | in                       | 1%                     | Veränderu                                          | ng in % p.a.                      |
| 1991    |                |                                              |                                         | 71,0                     | 71,0                   |                                                    |                                   |
| 1992    | 6,5            | 2,0                                          | 8,3                                     | 72,2                     | 72,5                   | 10,3                                               | 4,2                               |
| 1993    | 1,4            | -1,1                                         | 2,4                                     | 72,9                     | 73,4                   | 4,3                                                | 1,1                               |
| 1994    | 4,1            | 8,7                                          | 2,5                                     | 71,7                     | 72,4                   | 1,9                                                | -2,4                              |
| 1995    | 4,2            | 5,6                                          | 3,7                                     | 71,4                     | 72,1                   | 3,1                                                | -0,6                              |
| 1996    | 1,5            | 2,7                                          | 1,0                                     | 71,0                     | 71,7                   | 1,4                                                | -1,1                              |
| 1997    | 1,5            | 4,1                                          | 0,4                                     | 70,3                     | 71,1                   | 0,1                                                | -2,6                              |
| 1998    | 1,9            | 1,4                                          | 2,1                                     | 70,4                     | 71,3                   | 0,9                                                | 0,6                               |
| 1999    | 1,4            | -1,4                                         | 2,6                                     | 71,2                     | 72,0                   | 1,4                                                | 1,5                               |
| 2000    | 2,5            | -0,8                                         | 3,8                                     | 72,2                     | 72,9                   | 1,5                                                | 1,2                               |
| 2001    | 2,4            | 3,7                                          | 1,9                                     | 71,8                     | 72,6                   | 1,8                                                | 1,5                               |
| 2002    | 1,0            | 1,7                                          | 0,7                                     | 71,6                     | 72,5                   | 1,4                                                | -0,2                              |
| 2003    | 1,5            | 4,4                                          | 0,3                                     | 70,8                     | 71,9                   | 1,2                                                | -0,8                              |
| 2004    | 4,5            | 14,5                                         | 0,4                                     | 68,0                     | 69,4                   | 0,6                                                | 1,0                               |
| 2005    | 1,3            | 5,5                                          | -0,6                                    | 66,7                     | 68,3                   | 0,3                                                | -1,0                              |
| 2006    | 5,0            | 11,5                                         | 1,7                                     | 64,6                     | 66,2                   | 1,0                                                | -1,2                              |
| 2007    | 3,3            | 4,3                                          | 2,7                                     | 64,3                     | 65,8                   | 1,6                                                | -0,6                              |
| 2008    | 1,8            | -1,4                                         | 3,6                                     | 65,4                     | 66,8                   | 2,2                                                | -0,4                              |
| 2009    | -4,2           | -12,6                                        | 0,2                                     | 68,4                     | 69,9                   | -0,2                                               | -0,3                              |
| 2004/99 | 2,4            | 4,6                                          | 1,4                                     | 70,9                     | 71,9                   | 1,3                                                | 0,5                               |
| 2009/04 | 1,4            | 1,1                                          | 1,5                                     | 66,2                     | 67,7                   | 1,0                                                | -0,7                              |

 $<sup>^1</sup> Arbeit nehmer entgelte in \% \, des \, Volksein kommens.$ 

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 5: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

| Land                   |      |      |       |      | jährliche ' | /eränderun | ıgen in % |       |        |       |       |
|------------------------|------|------|-------|------|-------------|------------|-----------|-------|--------|-------|-------|
|                        | 1985 | 1990 | 1995  | 2000 | 2005        | 2006       | 2007      | 2008  | 2009   | 2010  | 2011  |
| Deutschland            | 2,3  | 5,3  | 1,9   | 3,2  | 0,8         | 3,2        | 2,5       | 1,3   | - 5,0  | 1,2   | 1,6   |
| Belgien                | 1,7  | 3,1  | 2,4   | 3,7  | 1,8         | 2,8        | 2,9       | 1,0   | - 3,1  | 1,3   | 1,6   |
| Griechenland           | 2,5  | 0,0  | 2,1   | 4,5  | 2,2         | 4,5        | 4,5       | 2,0   | - 2,0  | - 3,0 | - 0,5 |
| Spanien                | 2,3  | 3,8  | 2,8   | 5,0  | 3,6         | 4,0        | 3,6       | 0,9   | - 3,6  | -0,4  | 0,8   |
| Frankreich             | 1,7  | 2,6  | 2,1   | 3,9  | 1,9         | 2,2        | 2,3       | 0,4   | - 2,2  | 1,3   | 1,5   |
| Irland                 | 3,1  | 7,6  | 9,8   | 9,4  | 6,2         | 5,4        | 6,0       | - 3,0 | - 7,1  | - 0,9 | 3,0   |
| Italien                | 2,8  | 2,1  | 2,8   | 3,7  | 0,7         | 2,0        | 1,5       | - 1,3 | - 5,0  | 0,8   | 1,4   |
| Zypern                 | -    | -    | 9,9   | 5,0  | 3,9         | 4,1        | 5,1       | 3,6   | - 1,7  | -0,4  | 1,3   |
| Luxemburg              | 2,9  | 5,3  | 1,4   | 8,4  | 5,4         | 5,6        | 6,5       | 0,0   | - 3,4  | 2,0   | 2,4   |
| Malta                  | -    | -    | 6,2   | 6,4  | 3,9         | 3,6        | 3,8       | 2,1   | - 1,9  | 1,1   | 1,7   |
| Niederlande            | 2,3  | 4,2  | 3,1   | 3,9  | 2,0         | 3,4        | 3,6       | 2,0   | - 4,0  | 1,3   | 1,6   |
| Österreich             | 2,5  | 4,2  | 2,5   | 3,7  | 2,5         | 3,5        | 3,5       | 2,0   | - 3,6  | 1,3   | 1,6   |
| Portugal               | 1,6  | 7,9  | 2,3   | 3,9  | 0,9         | 1,4        | 1,9       | 0,0   | - 2,7  | 0,5   | 0,7   |
| Slowakei               | -    | _    | 5,8   | 1,4  | 6,7         | 8,5        | 10,6      | 6,2   | - 4,7  | 2,7   | 3,6   |
| Slowenien              | -    | _    | 4,1   | 4,4  | 4,5         | 5,8        | 6,8       | 3,5   | - 7,8  | 1,1   | 1,8   |
| Finnland               | 3,3  | 0,5  | 4,0   | 5,3  | 2,9         | 4,4        | 4,9       | 1,2   | - 7,8  | 1,4   | 2,1   |
| Euroraum               | 2,3  | 3,5  | 2,4   | 3,9  | 1,7         | 3,0        | 2,8       | 0,6   | - 4,1  | 0,9   | 1,5   |
| Bulgarien              | -    | _    | 2,9   | 5,4  | 6,2         | 6,3        | 6,2       | 6,0   | - 5,0  | 0,0   | 2,7   |
| Dänemark               | 4,0  | 1,6  | 3,1   | 3,5  | 2,4         | 3,4        | 1,7       | - 0,9 | - 4,9  | 1,5   | 1,8   |
| Estland                | -    | _    | 4,5   | 10,0 | 9,4         | 10,0       | 7,2       | -3,6  | - 14,1 | 0,9   | 3,8   |
| Lettland               | -    | _    | - 0,9 | 6,9  | 10,6        | 12,2       | 10,0      | - 4,6 | - 18,0 | -3,5  | 3,3   |
| Litauen                | -    | -    | 3,3   | 3,3  | 7,8         | 7,8        | 9,8       | 2,8   | - 15,0 | -0,6  | 3,2   |
| Polen                  | -    | -    | 7,0   | 4,3  | 3,6         | 6,2        | 6,8       | 5,0   | 1,7    | 2,7   | 3,3   |
| Rumänien               | -    | _    | 7,1   | 2,4  | 4,2         | 7,9        | 6,3       | 7,3   | - 7,1  | 0,8   | 3,5   |
| Schweden               | 2,2  | 1,0  | 4,0   | 4,4  | 3,3         | 4,2        | 2,5       | - 0,2 | - 4,9  | 1,8   | 2,5   |
| Tschechien             | -    | _    | 5,9   | 3,6  | 6,3         | 6,8        | 6,1       | 2,5   | - 4,2  | 1,6   | 2,4   |
| Ungarn                 | -    | _    | 1,5   | 5,2  | 3,5         | 4,0        | 1,0       | 0,6   | - 6,3  | 0,0   | 2,8   |
| Vereinigtes Königreich | 3,6  | 0,8  | 3,1   | 3,9  | 2,2         | 2,9        | 2,6       | 0,5   | - 4,9  | 1,2   | 2,1   |
| EU                     | 2,5  | 3,0  | 2,6   | 3,9  | 2,0         | 3,2        | 2,9       | 0,7   | - 4,2  | 1,0   | 1,7   |
| Japan                  | 6,3  | 5,6  | 1,9   | 2,9  | 1,9         | 2,0        | 2,4       | - 1,2 | - 5,2  | 2,1   | 1,5   |
| USA                    | 4,1  | 1,9  | 2,5   | 4,2  | 3,1         | 2,7        | 2,1       | 0,4   | - 2,4  | 2,8   | 2,5   |

#### Quellen:

Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Mai 2010. Für die Jahre ab 2005: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2010.

Stand: Mai 2010.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 6: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

| Land                   |       |      | jährlich | ne Veränderunge | n in % |       |       |
|------------------------|-------|------|----------|-----------------|--------|-------|-------|
|                        | 2005  | 2006 | 2007     | 2008            | 2009   | 2010  | 2011  |
| Deutschland            | 1,9   | 1,8  | 2,3      | 2,8             | 0,2    | 1,3   | 1,5   |
| Belgien                | 2,5   | 2,3  | 1,8      | 4,5             | 0,0    | 1,6   | 1,6   |
| Griechenland           | 3,5   | 3,3  | 3,0      | 4,2             | 1,3    | 3,1   | 2,1   |
| Spanien                | 3,4   | 3,6  | 2,8      | 4,1             | - 0,3  | 1,6   | 1,6   |
| Frankreich             | 1,9   | 1,9  | 1,6      | 3,2             | 0,1    | 1,4   | 1,6   |
| Irland                 | 2,2   | 2,7  | 2,9      | 3,1             | - 1,7  | - 1,3 | 0,8   |
| Italien                | 2,2   | 2,2  | 2,0      | 3,5             | 0,8    | 1,8   | 2,0   |
| Zypern                 | 2,0   | 2,2  | 2,2      | 4,4             | 0,2    | 2,7   | 2,5   |
| Luxemburg              | 3,8   | 3,0  | 2,7      | 4,1             | 0,0    | 2,6   | 2,0   |
| Malta                  | 2,5   | 2,6  | 0,7      | 4,7             | 1,8    | 2,0   | 2,1   |
| Niederlande            | 1,5   | 1,7  | 1,6      | 2,2             | 1,0    | 1,3   | 1,5   |
| Österreich             | 2,1   | 1,7  | 2,2      | 3,2             | 0,4    | 1,3   | 1,5   |
| Portugal               | 2,1   | 3,0  | 2,4      | 2,7             | -0,9   | 1,0   | 1,4   |
| Slowakei               | 2,8   | 4,3  | 1,9      | 3,9             | 0,9    | 1,3   | 2,8   |
| Slowenien              | 2,5   | 2,5  | 3,8      | 5,5             | 0,9    | 1,8   | 2,0   |
| Finnland               | 0,8   | 1,3  | 1,6      | 3,9             | 1,6    | 1,7   | 1,9   |
| Euroraum               | 2,2   | 2,2  | 2,1      | 3,3             | 0,3    | 1,5   | 1,7   |
| Bulgarien              | 6,0   | 7,4  | 7,6      | 12,0            | 2,5    | 2,3   | 2,7   |
| Dänemark               | 1,7   | 1,9  | 1,7      | 3,6             | 1,1    | 2,3   | 1,5   |
| Estland                | 4,1   | 4,4  | 6,7      | 10,6            | 0,2    | 1,3   | 2,0   |
| Lettland               | 6,9   | 6,6  | 10,1     | 15,3            | 3,3    | -3,2  | - 0,7 |
| Litauen                | 2,7   | 3,8  | 5,8      | 11,1            | 4,2    | - 0,1 | 1,4   |
| Polen                  | 2,2   | 1,3  | 2,6      | 4,2             | 4,0    | 2,4   | 2,6   |
| Rumänien               | 9,1   | 6,6  | 4,9      | 7,9             | 5,6    | 4,3   | 3,0   |
| Schweden               | 0,8   | 1,5  | 1,7      | 3,3             | 1,9    | 1,7   | 1,6   |
| Tschechien             | 1,6   | 2,1  | 3,0      | 6,3             | 0,6    | 1,0   | 1,3   |
| Ungarn                 | 3,5   | 4,0  | 7,9      | 6,0             | 4,0    | 4,6   | 2,8   |
| Vereinigtes Königreich | 2,1   | 2,3  | 2,3      | 3,6             | 2,2    | 2,4   | 1,4   |
| EU                     | 2,3   | 2,3  | 2,4      | 3,7             | 1,0    | 1,8   | 1,7   |
| Japan                  | - 0,3 | 0,3  | 0,0      | 1,4             | -1,4   | - 0,5 | - 0,4 |
| USA                    | 3,4   | 3,2  | 2,8      | 3,8             | -0,4   | 1,7   | 0,3   |

Quelle:

EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2010.

Stand: Mai 2010.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 7: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

| Land                   |      |      |      | ir   | n % der zivile | n Erwerbsb | evölkerung |      |      |      |      |
|------------------------|------|------|------|------|----------------|------------|------------|------|------|------|------|
|                        | 1985 | 1990 | 1995 | 2000 | 2005           | 2006       | 2007       | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 |
| Deutschland            | 7,2  | 4,8  | 8,0  | 7,5  | 10,7           | 9,8        | 8,4        | 7,3  | 7,5  | 7,8  | 7,8  |
| Belgien                | 10,1 | 6,6  | 9,7  | 6,9  | 8,5            | 8,3        | 7,5        | 7,0  | 7,9  | 8,8  | 9,0  |
| Griechenland           | 7,0  | 6,4  | 9,2  | 11,2 | 9,9            | 8,9        | 8,3        | 7,7  | 9,5  | 11,8 | 13,2 |
| Spanien                | 17,8 | 13,0 | 18,4 | 11,1 | 9,2            | 8,5        | 8,3        | 11,3 | 18,0 | 19,7 | 19,8 |
| Frankreich             | 9,6  | 8,4  | 11,0 | 9,0  | 9,3            | 9,2        | 8,4        | 7,8  | 9,5  | 10,2 | 10,1 |
| Irland                 | 16,8 | 13,4 | 12,3 | 4,2  | 4,4            | 4,5        | 4,6        | 6,3  | 11,9 | 13,8 | 13,4 |
| Italien                | 8,2  | 8,9  | 11,2 | 10,1 | 7,7            | 6,8        | 6,1        | 6,7  | 7,8  | 8,8  | 8,8  |
| Zypern                 | -    | _    | 2,6  | 4,9  | 5,3            | 4,6        | 4,0        | 3,6  | 5,3  | 6,7  | 7,0  |
| Luxemburg              | 2,9  | 1,7  | 2,9  | 2,2  | 4,6            | 4,6        | 4,2        | 4,9  | 5,4  | 6,1  | 6,4  |
| Malta                  | -    | 4,8  | 4,9  | 6,7  | 7,2            | 7,1        | 6,4        | 5,9  | 6,9  | 7,3  | 7,2  |
| Niederlande            | 7,9  | 5,8  | 6,6  | 2,8  | 4,7            | 3,9        | 3,2        | 2,8  | 3,4  | 4,9  | 5,2  |
| Österreich             | 3,1  | 3,1  | 3,9  | 3,6  | 5,2            | 4,8        | 4,4        | 3,8  | 4,8  | 5,1  | 5,4  |
| Portugal               | 9,1  | 4,8  | 7,2  | 4,0  | 7,7            | 7,8        | 8,1        | 7,7  | 9,6  | 9,9  | 9,9  |
| Slowakei               | -    | _    | 13,2 | 18,8 | 16,3           | 13,4       | 11,1       | 9,5  | 12,0 | 14,1 | 13,3 |
| Slowenien              | -    | -    | 6,9  | 6,7  | 6,5            | 6,0        | 4,9        | 4,4  | 5,9  | 7,0  | 7,3  |
| Finnland               | 4,9  | 3,2  | 15,4 | 9,8  | 8,4            | 7,7        | 6,9        | 6,4  | 8,2  | 9,5  | 9,2  |
| Euroraum               | 9,3  | 7,5  | 10,4 | 8,4  | 9,0            | 8,3        | 7,5        | 7,5  | 9,4  | 10,3 | 10,4 |
| Bulgarien              | -    | -    | 12,0 | 16,4 | 10,1           | 9,0        | 6,9        | 5,6  | 6,8  | 7,9  | 7,3  |
| Dänemark               | 6,7  | 7,2  | 6,7  | 4,3  | 4,8            | 3,9        | 3,8        | 3,3  | 6,0  | 6,9  | 6,5  |
| Estland                | -    | -    | 9,7  | 13,6 | 7,9            | 5,9        | 4,7        | 5,5  | 13,8 | 15,8 | 14,6 |
| Lettland               | -    | 0,5  | 18,9 | 13,7 | 8,9            | 6,8        | 6,0        | 7,5  | 17,1 | 20,6 | 18,8 |
| Litauen                | -    | 0,0  | 6,9  | 16,4 | 8,3            | 5,6        | 4,3        | 5,8  | 13,7 | 16,7 | 16,3 |
| Polen                  | -    | -    | 13,2 | 16,1 | 17,8           | 13,9       | 9,6        | 7,1  | 8,2  | 9,2  | 9,4  |
| Rumänien               | -    | -    | 6,0  | 7,3  | 7,2            | 7,3        | 6,4        | 5,8  | 6,9  | 8,5  | 7,9  |
| Schweden               | 2,9  | 1,7  | 8,8  | 5,6  | 7,7            | 7,0        | 6,1        | 6,2  | 8,3  | 9,2  | 8,8  |
| Tschechien             | -    | -    | 3,9  | 8,7  | 7,9            | 7,2        | 5,3        | 4,4  | 6,7  | 8,3  | 8,0  |
| Ungarn                 | -    | -    | 10,0 | 6,4  | 7,2            | 7,5        | 7,4        | 7,8  | 10,0 | 10,8 | 10,1 |
| Vereinigtes Königreich | 11,2 | 6,9  | 8,5  | 5,4  | 4,8            | 5,4        | 5,3        | 5,6  | 7,6  | 7,8  | 7,4  |
| EU                     | 9,4  | 7,2  | 10,0 | 8,7  | 8,9            | 8,2        | 7,1        | 7,0  | 8,9  | 9,8  | 9,7  |
| Japan                  | 2,6  | 2,1  | 3,1  | 4,7  | 4,4            | 4,1        | 3,9        | 4,0  | 5,1  | 5,3  | 5,3  |
| USA                    | 7,2  | 5,5  | 5,6  | 4,0  | 5,1            | 4,6        | 4,6        | 5,8  | 9,3  | 9,7  | 9,8  |

#### Quellen:

Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Mai 2010. Für die Jahre ab 2005: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2010.

Stand: Mai 2010.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

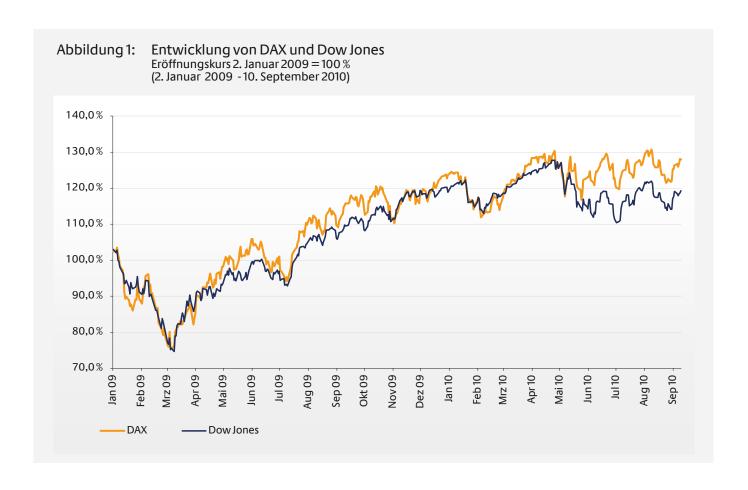
Tabelle 8: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

|                                                  | Rea  | les Brutto | inlandspro        | dukt              |           | Verbraud   | cherpreise        |                   | Leistungsbilanz |      |                        |      |
|--------------------------------------------------|------|------------|-------------------|-------------------|-----------|------------|-------------------|-------------------|-----------------|------|------------------------|------|
|                                                  |      |            | Veränd            | erung geg         | enüber Vo | rjahr in % |                   |                   |                 |      | nominalen<br>ndprodukt |      |
|                                                  | 2008 | 2009       | 2010 <sup>1</sup> | 2011 <sup>1</sup> | 2008      | 2009       | 2010 <sup>1</sup> | 2011 <sup>1</sup> | 2008            | 2009 | 2010 <sup>1</sup>      | 2011 |
| Gemeinschaft<br>Unabhängiger Staaten<br>darunter | 5,5  | -6,6       | 4,0               | 3,6               | 15,6      | 11,2       | 7,2               | 6,1               | 4,9             | 2,6  | 4,0                    | 3,6  |
| Russische Föderation                             | 5,6  | -7,9       | 4,0               | 3,3               | 14,1      | 11,7       | 7,0               | 5,7               | 6,2             | 3,9  | 5,1                    | 4,6  |
| Ukraine                                          | 2,1  | -15,1      | 3,7               | 4,1               | 25,2      | 15,9       | 9,2               | 8,9               | -7,1            | -1,7 | -2,3                   | -2,3 |
| Asien                                            | 7,9  | 6,6        | 8,7               | 8,7               | 7,4       | 3,1        | 5,9               | 3,7               | 5,7             | 4,1  | 4,1                    | 4,1  |
| darunter                                         |      |            |                   |                   |           |            |                   |                   |                 |      |                        |      |
| China                                            | 9,6  | 8,7        | 10,0              | 9,9               | 5,9       | -0,7       | 3,1               | 2,4               | 9,4             | 5,8  | 6,2                    | 6,5  |
| Indien                                           | 7,3  | 5,7        | 8,8               | 8,4               | 8,3       | 10,9       | 13,2              | 5,5               | -2,2            | -2,1 | -2,2                   | -2,0 |
| Indonesien                                       | 6,0  | 4,5        | 6,0               | 6,2               | 9,8       | 4,8        | 4,7               | 5,8               | 0,0             | 2,0  | 1,4                    | 0,4  |
| Korea                                            | 2,3  | 0,2        | 4,5               | 5,0               | 4,7       | 2,8        | 2,9               | 3,0               | -0,6            | 5,1  | 1,6                    | 2,2  |
| Thailand                                         | 2,5  | -2,3       | 5,5               | 5,5               | 5,5       | -0,8       | 3,2               | 1,9               | 0,6             | 7,7  | 2,5                    | 0,3  |
| Lateinamerika                                    | 4,3  | -1,8       | 4,0               | 4,0               | 7,9       | 6,0        | 6,2               | 5,9               | -0,6            | -0,5 | -1,0                   | -1,2 |
| darunter                                         |      |            |                   |                   |           |            |                   |                   |                 |      |                        |      |
| Argentinien                                      | 6,8  | 0,9        | 3,5               | 3,0               | 8,6       | 6,3        | 10,1              | 9,1               | 1,5             | 2,8  | 2,8                    | 2,0  |
| Brasilien                                        | 5,1  | -0,2       | 5,5               | 4,1               | 5,7       | 4,9        | 5,1               | 4,6               | -1,7            | -1,5 | -2,9                   | -2,9 |
| Chile                                            | 3,7  | -1,5       | 4,7               | 6,0               | 8,7       | 1,7        | 2,0               | 3,0               | -1,5            | 2,2  | -0,8                   | -2,1 |
| Mexiko                                           | 1,5  | -6,5       | 4,2               | 4,5               | 5,1       | 5,3        | 4,6               | 3,7               | -1,5            | -0,6 | -1,1                   | -1,4 |
| Sonstige                                         |      |            |                   |                   |           |            |                   |                   |                 |      |                        |      |
| Türkei                                           | 0,7  | -4,7       | 5,2               | 3,4               | 10,4      | 6,3        | 9,7               | 5,7               | -5,7            | -2,3 | -4,0                   | -4,4 |
| Südafrika                                        | 3,7  | -1,8       | 2,6               | 3,6               | 11,5      | 7,1        | 5,8               | 5,8               | -7,1            | -4,0 | -5,0                   | -6,7 |

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Prognosen des IWF.

 $Quelle: IWF World \ Economic \ Outlook \ April \ 2010 \ in \ ver\"{o}ffent lichter \ Form.$ 

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG



KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 9: Übersicht Weltfinanzmärkte

| Aktienindizes                          | Aktuell    | Ende   | Änderung in % | Tief      | Hoch      |
|----------------------------------------|------------|--------|---------------|-----------|-----------|
|                                        | 13.09.2010 | 2009   | zu Ende 2009  | 2009/2010 | 2009/2010 |
| Dow Jones                              | 10 544     | 10 428 | 1,11          | 6 547     | 11 205    |
| Eurostoxx 50                           | 2 805      | 2 966  | -5,43         | 1 810     | 3 018     |
| Dax                                    | 6 262      | 5 957  | 5,11          | 3 666     | 6 3 5 2   |
| CAC 40                                 | 3 767      | 3 936  | -4,30         | 2 5 1 9   | 4 0 6 6   |
| Nikkei                                 | 9 322      | 10 546 | -11,61        | 7 055     | 11 339    |
| Renditen staatlicher Benchmarkanleihen | Aktuell    | Ende   | Spread zu     | Tief      | Hoch      |
| 10 Jahre                               | 13.09.2010 | 2009   | US-Bond       | 2009/2010 | 2009/2010 |
| USA                                    | 2,77       | 3,88   | -             | 2,22      | 4,03      |
| Deutschland                            | 2,44       | 3,40   | -0,33         | 2,11      | 3,70      |
| Japan                                  | 1,16       | 1,30   | -1,61         | 0,91      | 1,57      |
| Vereinigtes Königreich                 | 3,15       | 4,08   | 0,38          | 2,84      | 4,31      |
| Währungen                              | Aktuell    | Ende   | Änderung in % | Tief      | Hoch      |
|                                        | 13.09.2010 | 2009   | zu Ende 2009  | 2009/2010 | 2009/2010 |
| Dollar/Euro                            | 1,28       | 1,44   | -11,14        | 1,19      | 1,51      |
| Yen/Dollar                             | 83,74      | 92,40  | -9,37         | 83,74     | 101,11    |
| Yen/Euro                               | 107,69     | 133,16 | -19,13        | 106,19    | 138,09    |
| Pfund/Euro                             | 0,83       | 0,89   | -6,41         | 0,81      | 0,96      |

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

|                           |      | BIP  | (real) |      |      | Verbrauc | herpreise | Arbeitslosenquote |      |      |      |      |
|---------------------------|------|------|--------|------|------|----------|-----------|-------------------|------|------|------|------|
|                           | 2008 | 2009 | 2010   | 2011 | 2008 | 2009     | 2010      | 2011              | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 |
| Deutschland               |      |      |        |      |      |          |           |                   |      |      |      |      |
| EU-KOM                    | 1,3  | -4,7 | 3,4    | 1,6  | 2,8  | 0,2      | 1,1       | 1,5               | 7,3  | 7,5  | 7,8  | 7,8  |
| OECD                      | 1,0  | -4,9 | 1,9    | 2,1  | 2,8  | 0,2      | 1,3       | 1,0               | 7,2  | 7,4  | 7,6  | 8,0  |
| IWF                       | 1,2  | -4,9 | 1,4    | 1,6  | 2,8  | 0,1      | 0,9       | 1,0               | 7,2  | 7,4  | 8,6  | 9,3  |
| USA                       |      |      |        |      |      |          |           |                   |      |      |      |      |
| EU-KOM                    | 0,4  | -2,4 | 2,8    | 2,5  | 3,8  | -0,4     | 1,7       | 0,3               | 5,8  | 9,3  | 9,7  | 9,8  |
| OECD                      | 0,4  | -2,4 | 3,2    | 3,2  | 3,8  | -0,3     | 1,9       | 1,1               | 5,8  | 9,3  | 9,7  | 8,9  |
| IWF                       | 0,4  | -2,4 | 3,3    | 2,9  | 3,8  | -0,3     | 2,1       | 1,7               | 5,8  | 9,3  | 9,4  | 8,3  |
| Japan                     |      |      |        |      |      |          |           |                   |      |      |      |      |
| EU-KOM                    | -1,2 | -5,2 | 2,1    | 1,5  | 1,4  | -1,4     | -0,5      | -0,4              | 4,0  | 5,1  | 5,3  | 5,3  |
| OECD                      | -1,2 | -5,2 | 3,0    | 2,0  | 1,4  | -1,4     | -0,7      | -0,3              | 4,0  | 5,1  | 4,9  | 4,7  |
| IWF                       | -1,2 | -5,2 | 2,4    | 1,8  | 1,4  | -1,4     | -1,4      | -0,5              | 4,0  | 5,1  | 5,1  | 4,9  |
| Frankreich                |      |      |        |      |      |          |           |                   |      |      |      |      |
| EU-KOM                    | 0,4  | -2,6 | 1,6    | 1,5  | 3,2  | 0,1      | 1,6       | 1,6               | 7,8  | 9,5  | 10,2 | 10,1 |
| OECD                      | 0,3  | -2,5 | 1,7    | 2,1  | 3,2  | 0,1      | 1,7       | 1,1               | 7,4  | 9,1  | 9,8  | 9,5  |
| IWF                       | 0,1  | -2,5 | 1,4    | 1,6  | 3,2  | 0,1      | 1,2       | 1,5               | 7,9  | 9,4  | 10,0 | 9,9  |
| Italien                   |      |      |        |      |      |          |           |                   |      |      |      |      |
| EU-KOM                    | -1,3 | -5,0 | 1,1    | 1,4  | 3,5  | 0,8      | 1,6       | 2,0               | 6,7  | 7,8  | 8,8  | 8,8  |
| OECD                      | -1,3 | -5,1 | 1,1    | 1,5  | 3,5  | 0,8      | 1,2       | 1,0               | 6,8  | 7,8  | 8,7  | 8,8  |
| IWF                       | -1,3 | -5,0 | 0,9    | 1,1  | 3,5  | 0,8      | 1,4       | 1,7               | 6,8  | 7,8  | 8,7  | 8,6  |
| Vereinigtes<br>Königreich |      |      |        |      |      |          |           |                   |      |      |      |      |
| EU-KOM                    | 0,5  | -4,9 | 1,7    | 2,1  | 3,6  | 2,2      | 3,0       | 1,4               | 5,6  | 7,6  | 7,8  | 7,4  |
| OECD                      | 0,5  | -4,9 | 1,3    | 2,5  | 3,6  | 2,2      | 3,0       | 1,5               | 5,7  | 7,6  | 8,1  | 7,9  |
| IWF                       | 0,5  | -4,9 | 1,2    | 2,1  | 3,6  | 2,2      | 2,7       | 1,6               | 5,6  | 7,5  | 8,3  | 7,9  |
| Kanada                    |      |      |        |      |      |          |           |                   |      |      |      |      |
| EU-KOM                    | -    | -    | -      | -    | -    | -        | -         | -                 | -    | -    | -    | -    |
| OECD                      | 0,4  | -2,7 | 3,6    | 3,2  | 2,4  | 0,3      | 1,6       | 1,7               | 6,2  | 8,3  | 7,9  | 7,2  |
| IWF                       | 0,5  | -2,5 | 3,6    | 2,8  | 2,4  | 0,3      | 1,8       | 2,0               | 6,2  | 8,3  | 7,9  | 7,5  |
| Euroraum                  |      |      |        |      |      |          |           |                   |      |      |      |      |
| EU-KOM                    | 0,6  | -4,1 | 1,7    | 1,5  | 3,3  | 0,3      | 1,4       | 1,7               | 7,5  | 9,4  | 10,3 | 10,4 |
| OECD                      | 0,5  | -4,1 | 1,2    | 1,8  | 3,3  | 0,3      | 1,4       | 1,0               | 7,5  | 9,4  | 10,1 | 10,1 |
| IWF                       | 0,6  | -4,1 | 1,0    | 1,3  | 3,3  | 0,3      | 1,1       | 1,3               | 7,6  | 9,4  | 10,5 | 10,5 |
| EZB                       | -    | -4,0 | 1,6    | 1,4  | -    | 0,3      | 1,6       | 1,7               | -    | -    | -    | -    |
| EU-27                     |      |      |        |      |      |          |           |                   |      |      |      |      |
| EU-KOM                    | 0,7  | -4,2 | 1,8    | 1,7  | 3,7  | 1,0      | 1,8       | 1,7               | 7,0  | 8,9  | 9,8  | 9,7  |
| IWF                       | 0,9  | -4,1 | 1,0    | 1,6  | -    | -        | _         | -                 | -    | -    | _    | _    |

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2010. Interimsprognose, September 2010 (nur für die Jahre 2009 u. 2010; nur BIP und Verbraucherpreise). OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2010.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2010. WEO Update, Juli 2010 (nur für EU-27, Euroraum, G7-Staaten & Spanien und nur zum BIP).

EZB: ECB Staff Macroeconomic Projections for the Euro Area; Sept. 2010 (nur BIP und Verbraucherpreise sowie nur für den Euroraum).

Stand: September 2010.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

|              |      | BIP  | (real) |      |      | Verbrauc | herpreise |      | Arbeitslosenquote |      |      |      |  |
|--------------|------|------|--------|------|------|----------|-----------|------|-------------------|------|------|------|--|
|              | 2008 | 2009 | 2010   | 2011 | 2008 | 2009     | 2010      | 2011 | 2008              | 2009 | 2010 | 2011 |  |
| Belgien      |      |      |        |      |      |          |           |      |                   |      |      |      |  |
| EU-KOM       | 1,0  | -3,1 | 1,3    | 1,6  | 4,5  | 0,0      | 1,6       | 1,6  | 7,0               | 7,9  | 8,8  | 9,0  |  |
| OECD         | 0,8  | -3,0 | 1,4    | 1,9  | 4,5  | 0,0      | 1,8       | 1,4  | 7,0               | 7,9  | 8,2  | 8,3  |  |
| IWF          | 0,8  | -3,0 | 1,2    | 1,3  | 4,5  | -0,2     | 1,6       | 1,5  | 7,0               | 8,0  | 9,3  | 9,4  |  |
| Finnland     |      |      |        |      |      |          |           |      |                   |      |      |      |  |
| EU-KOM       | 1,2  | -7,8 | 1,4    | 2,1  | 3,9  | 1,6      | 1,7       | 1,9  | 6,4               | 8,2  | 9,5  | 9,2  |  |
| OECD         | 1,2  | -7,8 | 1,7    | 2,5  | 3,9  | 1,6      | 1,7       | 1,4  | 6,4               | 8,3  | 9,4  | 9,0  |  |
| IWF          | 1,2  | -7,8 | 1,2    | 2,2  | 3,9  | 1,6      | 1,1       | 1,4  | 6,4               | 8,3  | 9,8  | 9,6  |  |
| Griechenland |      |      |        |      |      |          |           |      |                   |      |      |      |  |
| EU-KOM       | 2,0  | -2,0 | -3,0   | -0,5 | 4,2  | 1,3      | 3,1       | 2,1  | 7,7               | 9,5  | 11,8 | 13,2 |  |
| OECD         | 2,0  | -2,0 | -3,7   | -2,5 | 4,2  | 1,3      | 3,0       | 0,3  | 7,7               | 9,5  | 12,1 | 14,3 |  |
| IWF          | 2,0  | -2,0 | -2,0   | -1,1 | 4,2  | 1,4      | 1,9       | 1,0  | 7,6               | 9,4  | 12,0 | 13,0 |  |
| Irland       |      |      |        |      |      |          |           |      |                   |      |      |      |  |
| EU-KOM       | -3,0 | -7,1 | -0,9   | 3,0  | 3,1  | -1,7     | -1,3      | 0,8  | 6,3               | 11,9 | 13,8 | 13,4 |  |
| OECD         | -3,0 | -7,1 | -0,7   | 3,0  | 3,1  | -1,7     | -1,4      | 0,8  | 6,0               | 11,7 | 13,7 | 13,0 |  |
| IWF          | -3,0 | -7,1 | -1,5   | 1,9  | 3,1  | -1,7     | -2,0      | -0,6 | 6,1               | 11,8 | 13,5 | 13,0 |  |
| Luxemburg    |      |      |        |      |      |          |           |      |                   |      |      |      |  |
| EU-KOM       | 0,0  | -3,4 | 2,0    | 2,4  | 4,1  | 0,0      | 2,6       | 2,0  | 4,9               | 5,4  | 6,1  | 6,4  |  |
| OECD         | 0,0  | -3,4 | 2,7    | 3,1  | 4,1  | 0,0      | 3,0       | 1,9  | 4,4               | 5,7  | 6,0  | 5,8  |  |
| IWF          | 0,0  | -4,2 | 2,1    | 2,4  | 3,4  | 0,8      | 1,0       | 1,3  | 4,4               | 7,0  | 6,2  | 5,7  |  |
| Malta        |      |      |        |      |      |          |           |      |                   |      |      |      |  |
| EU-KOM       | 2,1  | -1,9 | 1,1    | 1,7  | 4,7  | 1,8      | 2,0       | 2,1  | 5,9               | 6,9  | 7,3  | 7,2  |  |
| OECD         | -    | -    | -      | -    | -    | -        | -         | -    | -                 | -    | -    | -    |  |
| IWF          | 2,1  | -1,9 | 0,5    | 1,5  | 4,7  | 1,8      | 2,0       | 2,1  | 5,8               | 7,1  | 7,3  | 7,2  |  |
| Niederlande  |      |      |        |      |      |          |           |      |                   |      |      |      |  |
| EU-KOM       | 2,0  | -3,9 | 1,9    | 1,8  | 2,2  | 1,0      | 1,1       | 1,5  | 2,8               | 3,4  | 4,9  | 5,2  |  |
| OECD         | 2,0  | -4,0 | 1,2    | 2,0  | 2,2  | 1,0      | 0,9       | 1,4  | 2,7               | 3,4  | 4,6  | 4,8  |  |
| IWF          | 2,0  | -4,0 | 1,3    | 1,3  | 2,2  | 1,0      | 1,1       | 1,3  | 2,8               | 3,5  | 4,9  | 4,7  |  |
| Österreich   |      |      |        |      |      |          |           |      |                   |      |      |      |  |
| EU-KOM       | 2,0  | -3,6 | 1,3    | 1,6  | 3,2  | 0,4      | 1,3       | 1,5  | 3,8               | 4,8  | 5,1  | 5,4  |  |
| OECD         | 1,8  | -3,4 | 1,4    | 2,3  | 3,2  | 0,4      | 1,4       | 1,0  | 3,8               | 4,8  | 4,9  | 5,0  |  |
| IWF          | 2,0  | -3,6 | 1,3    | 1,7  | 3,2  | 0,4      | 1,3       | 1,5  | 3,9               | 5,0  | 5,4  | 5,5  |  |
| Portugal     |      |      |        |      |      |          |           |      |                   |      |      |      |  |
| EU-KOM       | 0,0  | -2,7 | 0,5    | 0,7  | 2,7  | -0,9     | 1,0       | 1,4  | 7,7               | 9,6  | 9,9  | 9,9  |  |
| OECD         | 0,0  | -2,7 | 1,0    | 0,8  | 2,7  | -0,9     | 0,9       | 1,1  | 7,6               | 9,5  | 10,6 | 10,4 |  |
| IWF          | 0,0  | -2,7 | 0,3    | 0,7  | 2,7  | -0,9     | 0,8       | 1,1  | 7,6               | 9,5  | 11,0 | 10,3 |  |

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

|           |      | BIP  | (real) |      |      | Verbrauc | herpreise |      | Arbeitslosenquote |      |      |      |
|-----------|------|------|--------|------|------|----------|-----------|------|-------------------|------|------|------|
|           | 2008 | 2009 | 2010   | 2011 | 2008 | 2009     | 2010      | 2011 | 2008              | 2009 | 2010 | 2011 |
| Slowakei  |      |      |        |      |      |          |           |      |                   |      |      |      |
| EU-KOM    | 6,2  | -4,7 | 2,7    | 3,6  | 3,9  | 0,9      | 1,3       | 2,8  | 9,5               | 12,0 | 14,1 | 13,3 |
| OECD      | 6,2  | -4,7 | 3,6    | 3,9  | 3,9  | 0,9      | 0,8       | 2,2  | 9,6               | 12,1 | 14,0 | 13,4 |
| IWF       | 6,2  | -4,7 | 4,1    | 4,5  | 3,9  | 0,9      | 0,8       | 2,0  | 9,6               | 12,1 | 11,6 | 10,7 |
| Slowenien |      |      |        |      |      |          |           |      |                   |      |      |      |
| EU-KOM    | 3,5  | -7,8 | 1,1    | 1,8  | 5,5  | 0,9      | 1,8       | 2,0  | 4,4               | 5,9  | 7,0  | 7,3  |
| OECD      | -    | -    | -      | -    | -    | -        | -         | -    | -                 | -    | -    | -    |
| IWF       | 3,5  | -7,3 | 1,1    | 2,0  | 5,7  | 0,8      | 1,5       | 2,3  | 4,4               | 6,2  | 7,4  | 6,8  |
| Spanien   |      |      |        |      |      |          |           |      |                   |      |      |      |
| EU-KOM    | 0,9  | -3,7 | -0,3   | 0,8  | 4,1  | -0,2     | 1,6       | 1,6  | 11,3              | 18,0 | 19,7 | 19,8 |
| OECD      | 0,9  | -3,6 | -0,2   | 0,9  | 4,1  | -0,3     | 1,4       | 0,6  | 11,3              | 18,0 | 19,1 | 18,2 |
| IWF       | 0,9  | -3,6 | -0,4   | 0,6  | 4,1  | -0,3     | 1,2       | 1,0  | 11,3              | 18,0 | 19,4 | 18,7 |
| Zypern    |      |      |        |      |      |          |           |      |                   |      |      |      |
| EU-KOM    | 3,6  | -1,7 | -0,4   | 1,3  | 4,4  | 0,2      | 2,7       | 2,5  | 3,6               | 5,3  | 6,7  | 7,0  |
| OECD      | -    | -    | -      | -    | -    | -        | -         | -    | -                 | -    | -    | -    |
| IWF       | 3,6  | -1,7 | -0,7   | 1,9  | 4,4  | 0,2      | 2,7       | 2,3  | 3,6               | 5,3  | 6,1  | 6,4  |

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2010. Interimsprognose, September 2010 (nur für die Jahre 2009 u. 2010; nur BIP und Verbraucherpreise; hier nur für NL u. ES).

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2010.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2010. WEO Update, Juli 2010 (nur für EU-27, Euroraum, G7-Staaten & Spanien und nur zum BIP).

Stand: September 2010.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

|            |      | BIP   | (real) |      |      | Verbrauc | herpreise | Arbeitslosenquote |      |      |      |      |
|------------|------|-------|--------|------|------|----------|-----------|-------------------|------|------|------|------|
|            | 2008 | 2009  | 2010   | 2011 | 2008 | 2009     | 2010      | 2011              | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 |
| Bulgarien  |      |       |        |      |      |          |           |                   |      |      |      |      |
| EU-KOM     | 6,0  | -5,0  | 0,0    | 2,7  | 12,0 | 2,5      | 2,3       | 2,7               | 5,6  | 6,8  | 7,9  | 7,3  |
| OECD       | -    | -     | -      | -    | -    | -        | -         | -                 | -    | -    | -    | -    |
| IWF        | 6,0  | -5,0  | 0,2    | 2,0  | 12,0 | 2,5      | 2,2       | 2,9               | -    | -    | -    | -    |
| Dänemark   |      |       |        |      |      |          |           |                   |      |      |      |      |
| EU-KOM     | -0,9 | -4,9  | 1,6    | 1,8  | 3,6  | 1,1      | 2,3       | 1,5               | 3,3  | 6,0  | 6,9  | 6,5  |
| OECD       | -0,9 | -4,9  | 1,2    | 2,0  | 3,4  | 1,3      | 2,1       | 1,8               | 3,2  | 5,9  | 7,2  | 6,9  |
| IWF        | -0,9 | -5,1  | 1,2    | 1,6  | 3,4  | 1,3      | 2,0       | 2,0               | 1,7  | 3,3  | 4,2  | 4,7  |
| Estland    |      |       |        |      |      |          |           |                   |      |      |      |      |
| EU-KOM     | -3,6 | -14,1 | 0,9    | 3,8  | 10,6 | 0,2      | 1,3       | 2,0               | 5,5  | 13,8 | 15,8 | 14,6 |
| OECD       | -    | -     | -      | -    | -    | -        | -         | -                 | -    | -    | -    | -    |
| IWF        | -3,6 | -14,1 | 0,8    | 3,6  | 10,4 | -0,1     | 0,8       | 1,1               | -    | -    | -    | -    |
| Lettland   |      |       |        |      |      |          |           |                   |      |      |      |      |
| EU-KOM     | -4,6 | -18,0 | -3,5   | 3,3  | 15,3 | 3,3      | -3,2      | -0,7              | 7,5  | 17,1 | 20,6 | 18,8 |
| OECD       | -    | -     | -      | -    | -    | -        | -         | -                 | -    | -    | -    | -    |
| IWF        | -4,6 | -18,0 | -4,0   | 2,7  | 15,3 | 3,3      | -3,7      | -2,5              | -    | -    | -    | -    |
| Litauen    |      |       |        |      |      |          |           |                   |      |      |      |      |
| EU-KOM     | 2,8  | -15,0 | -0,6   | 3,2  | 11,1 | 4,2      | -0,1      | 1,4               | 5,8  | 13,7 | 16,7 | 16,3 |
| OECD       | -    | -     | -      | -    | -    | -        | -         | -                 | -    | -    | -    | -    |
| IWF        | 2,8  | -15,0 | -1,6   | 3,2  | 11,1 | 4,2      | -1,2      | -1,0              | -    | -    | -    | -    |
| Polen      |      |       |        |      |      |          |           |                   |      |      |      |      |
| EU-KOM     | 5,0  | 1,7   | 3,4    | 3,3  | 4,2  | 4,0      | 2,6       | 2,6               | 7,1  | 8,2  | 9,2  | 9,4  |
| OECD       | 5,0  | 1,8   | 3,1    | 3,9  | 4,2  | 3,8      | 2,7       | 2,8               | 7,1  | 8,2  | 8,9  | 8,6  |
| IWF        | 5,0  | 1,7   | 2,7    | 3,2  | 4,2  | 3,5      | 2,3       | 2,4               | -    | -    | -    | -    |
| Rumänien   |      |       |        |      |      |          |           |                   |      |      |      |      |
| EU-KOM     | 7,3  | -7,1  | 0,8    | 3,5  | 7,9  | 5,6      | 4,3       | 3,0               | 5,8  | 6,9  | 8,5  | 7,9  |
| OECD       | -    | -     | -      | -    | -    | -        | -         | -                 | -    | -    | -    | -    |
| IWF        | 7,3  | -7,1  | 0,8    | 5,1  | 7,8  | 5,6      | 4,0       | 3,1               | -    | -    | -    | -    |
| Schweden   |      |       |        |      |      |          |           |                   |      |      |      |      |
| EU-KOM     | -0,2 | -4,9  | 1,8    | 2,5  | 3,3  | 1,9      | 1,7       | 1,6               | 6,2  | 8,3  | 9,2  | 8,8  |
| OECD       | -0,6 | -5,1  | 1,6    | 3,2  | 3,4  | -0,3     | 1,4       | 2,0               | 6,2  | 8,3  | 8,8  | 8,7  |
| IWF        | -0,2 | -4,4  | 1,2    | 2,5  | 3,3  | 2,2      | 2,4       | 2,1               | 6,2  | 8,5  | 8,2  | 7,7  |
| Tschechien |      |       |        |      |      |          |           |                   |      |      |      |      |
| EU-KOM     | 2,5  | -4,2  | 1,6    | 2,4  | 6,3  | 0,6      | 1,0       | 1,3               | 4,4  | 6,7  | 8,3  | 8,0  |
| OECD       | 2,3  | -4,1  | 2,0    | 3,0  | 6,3  | 1,0      | 1,8       | 2,0               | 4,4  | 6,7  | 7,8  | 7,5  |
| IWF        | 2,5  | -4,3  | 1,7    | 2,6  | 6,3  | 1,0      | 1,6       | 2,0               | 4,4  | 6,7  | 8,8  | 8,5  |

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

## noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

|        | BIP (real) |      |      |      |      | Verbrauc | herpreise |      | Arbeitslosenquote |      |      |      |
|--------|------------|------|------|------|------|----------|-----------|------|-------------------|------|------|------|
|        | 2008       | 2009 | 2010 | 2011 | 2008 | 2009     | 2010      | 2011 | 2008              | 2009 | 2010 | 2011 |
| Ungarn |            |      |      |      |      |          |           |      |                   |      |      |      |
| EU-KOM | 0,6        | -6,3 | 0,0  | 2,8  | 6,0  | 4,0      | 4,6       | 2,8  | 7,8               | 10,0 | 10,8 | 10,1 |
| OECD   | 0,4        | -5,7 | 1,2  | 3,1  | 6,0  | 4,2      | 4,5       | 2,3  | 7,9               | 10,1 | 11,0 | 10,5 |
| IWF    | 0,6        | -6,3 | -0,2 | 3,2  | 6,1  | 4,2      | 4,3       | 2,5  | -                 | -    | -    | -    |

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2010. Interimsprognose, September 2010 (nur für die Jahre 2009 u. 2010; nur BIP und Verbraucherpreise; hier nur für Polen).

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2010.

 $IWF: Weltwirt schafts ausblick, April\,2010.$ 

Stand: September 2010.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

|                           |      | öffentl. Ha | aushaltssal | do    |       | Staatssch | nuldenquot | :e    | Leistungsbilanzsaldo |      |      |      |
|---------------------------|------|-------------|-------------|-------|-------|-----------|------------|-------|----------------------|------|------|------|
|                           | 2008 | 2009        | 2010        | 2011  | 2008  | 2009      | 2010       | 2011  | 2008                 | 2009 | 2010 | 2011 |
| Deutschland               |      |             |             |       |       |           |            |       |                      |      |      |      |
| EU-KOM                    | 0,0  | -3,3        | -5,0        | -4,7  | 66,0  | 73,2      | 78,8       | 81,6  | 6,6                  | 5,0  | 4,8  | 4,8  |
| OECD                      | 0,0  | -3,3        | -5,4        | -4,5  | 66,0  | 73,2      | 77,9       | 81,3  | 6,7                  | 5,0  | 6,0  | 7,2  |
| IWF                       | 0,0  | -3,3        | -5,7        | -5,1  | 65,9  | 72,5      | 76,7       | 79,6  | 6,7                  | 4,8  | 5,5  | 5,6  |
| USA                       |      |             |             |       |       |           |            |       |                      |      |      |      |
| EU-KOM                    | -6,4 | -11,0       | -10,0       | -9,9  | 70,7  | 84,0      | 93,6       | 102,5 | -4,9                 | -3,0 | -3,7 | -3,7 |
| OECD                      | -6,5 | -11,0       | -10,7       | -8,9  | 70,4  | 83,0      | 89,6       | 94,8  | -4,9                 | -2,9 | -3,8 | -4,0 |
| IWF                       | -6,6 | -12,5       | -11,0       | -8,2  | 70,6  | 83,2      | 92,6       | 97,4  | -4,9                 | -2,9 | -3,3 | -3,4 |
| Japan                     |      |             |             |       |       |           |            |       |                      |      |      |      |
| EU-KOM                    | -2,0 | -6,9        | -6,7        | -6,6  | 172,0 | 189,2     | 193,5      | 194,9 | 3,2                  | 2,8  | 3,1  | 2,5  |
| OECD                      | -2,1 | -7,2        | -7,6        | -8,3  | 173,8 | 192,9     | 199,2      | 204,6 | 3,3                  | 2,8  | 3,3  | 3,5  |
| IWF                       | -4,2 | -10,3       | -9,8        | -9,1  | 198,8 | 217,6     | 227,3      | 234,1 | 3,2                  | 2,8  | 2,8  | 2,4  |
| Frankreich                |      |             |             |       |       |           |            |       |                      |      |      |      |
| EU-KOM                    | -3,3 | -7,5        | -8,0        | -7,4  | 67,5  | 77,6      | 83,6       | 88,6  | -3,3                 | -2,9 | -3,3 | -3,6 |
| OECD                      | -3,3 | -7,6        | -7,8        | -6,9  | 67,5  | 77,7      | 85,1       | 90,6  | -2,3                 | -2,2 | -1,9 | -1,9 |
| IWF                       | -3,4 | -7,9        | -8,2        | -7,0  | 67,5  | 77,4      | 84,2       | 88,6  | -2,3                 | -1,5 | -1,9 | -1,8 |
| Italien                   |      |             |             |       |       |           |            |       |                      |      |      |      |
| EU-KOM                    | -2,7 | -5,3        | -5,3        | 5,0   | 106,1 | 115,8     | 118,2      | 118,9 | -3,1                 | -3,2 | -3,2 | -2,9 |
| OECD                      | -2,7 | -5,2        | -5,2        | -5,0  | 106,1 | 115,9     | 119,0      | 121,7 | -3,5                 | -3,1 | -3,6 | -3,5 |
| IWF                       | -2,7 | -5,3        | -5,2        | -4,9  | 106,0 | 115,8     | 118,6      | 120,5 | -3,4                 | -3,4 | -2,8 | -2,7 |
| Vereinigtes<br>Königreich |      |             |             |       |       |           |            |       |                      |      |      |      |
| EU-KOM                    | -4,9 | -11,5       | -12,0       | -10,0 | 52,0  | 68,1      | 79,1       | 86,9  | -1,5                 | -1,3 | -1,8 | -2,0 |
| OECD                      | -4,9 | -11,3       | -11,5       | -10,3 | 52,0  | 68,1      | 78,1       | 86,5  | -1,5                 | -1,3 | -1,6 | -1,0 |
| IWF                       | -4,8 | -10,9       | -11,4       | -9,4  | 52,0  | 68,2      | 78,2       | 84,9  | -1,5                 | -1,3 | -1,7 | -1,6 |
| Kanada                    |      |             |             |       |       |           |            |       |                      |      |      |      |
| EU-KOM                    | -    | -           | -           | -     | -     | -         | -          | -     | -                    | -    | -    | -    |
| OECD                      | 0,1  | -5,1        | -3,4        | -2,1  | 69,7  | 82,5      | 81,7       | 80,7  | 0,5                  | -2,7 | -1,6 | -1,6 |
| IWF                       | 0,1  | -5,0        | -5,1        | -2,8  | 70,4  | 81,6      | 82,3       | 80,9  | 0,5                  | -2,7 | -2,6 | -2,5 |
| Euroraum                  |      |             |             |       |       |           |            |       |                      |      |      |      |
| EU-KOM                    | -2,0 | -6,3        | -6,6        | -6,1  | 69,4  | 78,7      | 84,7       | 88,5  | -0,9                 | -0,6 | -0,4 | -0,3 |
| OECD                      | -2,0 | -6,3        | -6,6        | -5,7  | 69,6  | 78,9      | 85,0       | 89,3  | -0,8                 | -0,3 | 0,3  | 0,8  |
| IWF                       | -2,0 | -6,3        | -6,8        | -6,1  | 69,1  | 78,3      | 84,1       | 88,1  | -0,8                 | -0,4 | 0,0  | 0,1  |
| EU-27                     |      |             |             |       |       |           |            |       |                      |      |      |      |
| EU-KOM                    | -2,3 | -6,8        | -7,2        | -6,5  | 61,6  | 73,6      | 79,6       | 83,8  | -1,1                 | -0,5 | -0,4 | -0,4 |
| IWF                       | -2,4 | -6,9        | -7,4        | -     | -     | -         | -          | -     | -1,6                 | -0,5 | -0,5 |      |

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2010.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2010.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick, April\,2010\,\&\,Regionaler\,Wirts chafts ausblick\,Europa, Mai\,2010.$ 

Stand: Juli 2010.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

|              |      | öffentl. Ha | aushaltssal | do    |      | Staatssch | nuldenquot | :e    | Leistungsbilanzsaldo |       |       |       |  |
|--------------|------|-------------|-------------|-------|------|-----------|------------|-------|----------------------|-------|-------|-------|--|
|              | 2008 | 2009        | 2010        | 2011  | 2008 | 2009      | 2010       | 2011  | 2008                 | 2009  | 2010  | 2011  |  |
| Belgien      |      |             |             |       |      |           |            |       |                      |       |       |       |  |
| EU-KOM       | -1,2 | -6,0        | -5,0        | -5,0  | 89,8 | 96,7      | 99,0       | 100,9 | 0,2                  | 2,0   | 3,0   | 3,3   |  |
| OECD         | -1,2 | -6,1        | -4,9        | -4,2  | 90,0 | 97,0      | 99,6       | 101,1 | -2,9                 | 0,5   | 2,0   | 2,1   |  |
| IWF          | -1,2 | -5,8        | -5,1        | -4,4  | -    | -         | -          | -     | -2,5                 | -0,3  | -0,5  | -0,1  |  |
| Finnland     |      |             |             |       |      |           |            |       |                      |       |       |       |  |
| EU-KOM       | 4,2  | -2,2        | -3,8        | -2,9  | 34,2 | 44,0      | 50,5       | 54,9  | 3,5                  | 1,5   | 1,1   | 1,3   |  |
| OECD         | 4,1  | -2,4        | -3,8        | -3,8  | 34,2 | 43,9      | 52,3       | 60,1  | 3,0                  | 1,3   | 2,4   | 3,1   |  |
| IWF          | 4,2  | -2,4        | -4,1        | -     | -    | -         | -          | -     | 3,0                  | 1,4   | 2,0   | 1,8   |  |
| Griechenland |      |             |             |       |      |           |            |       |                      |       |       |       |  |
| EU-KOM       | -7,7 | -13,6       | -9,3        | -9,9  | 99,2 | 115,1     | 124,9      | 133,9 | -13,8                | -13,1 | -10,3 | -8,6  |  |
| OECD         | -7,7 | -13,5       | -8,1        | -7,1  | 99,2 | 115,1     | 125,3      | 134,8 | -14,6                | -11,2 | -8,9  | -6,7  |  |
| IWF          | -7,8 | -12,9       | -8,7        | -8,8  | -    | -         | -          | -     | -14,6                | -11,2 | -9,7  | -8,1  |  |
| Irland       |      |             |             |       |      |           |            |       |                      |       |       |       |  |
| EU-KOM       | -7,3 | -14,3       | -11,7       | -12,1 | 43,9 | 64,0      | 77,3       | 87,3  | -5,2                 | -2,9  | -0,9  | -0,6  |  |
| OECD         | -7,3 | -14,3       | -11,7       | -10,8 | 43,9 | 64,0      | 76,3       | 85,8  | -5,2                 | -2,9  | -0,4  | 1,4   |  |
| IWF          | -7,2 | -11,4       | -12,2       | -11,5 | -    | -         | -          | -     | -5,2                 | -2,9  | 0,4   | -0,1  |  |
| Luxemburg    |      |             |             |       |      |           |            |       |                      |       |       |       |  |
| EU-KOM       | 2,9  | -0,7        | -3,5        | -3,9  | 13,7 | 14,5      | 19,0       | 23,6  | 5,3                  | -0,4  | 0,9   | 1,5   |  |
| OECD         | 2,9  | -0,7        | -3,8        | -4,9  | 13,7 | 14,5      | 20,0       | 27,3  | 5,3                  | 5,6   | 6,3   | 6,0   |  |
| IWF          | 2,5  | -1,1        | -3,8        | -5,0  | -    | -         | -          | -     | 5,3                  | 5,7   | 11,2  | 11,6  |  |
| Malta        |      |             |             |       |      |           |            |       |                      |       |       |       |  |
| EU-KOM       | -4,5 | -3,8        | -4,3        | -3,6  | 63,7 | 69,1      | 71,5       | 72,5  | -5,4                 | -3,9  | -4,9  | -4,4  |  |
| OECD         | -    | -           | -           | -     | -    | -         | -          | -     | -                    | -     | -     |       |  |
| IWF          | -4,7 | -4,0        | -4,8        | -4,8  | -    | -         | -          | -     | -5,4                 | -3,9  | -5,1  | -5,1  |  |
| Niederlande  |      |             |             |       |      |           |            |       |                      |       |       |       |  |
| EU-KOM       | 0,7  | -5,3        | -6,3        | -5,1  | 58,2 | 60,9      | 66,3       | 69,6  | 4,2                  | 3,9   | 5,9   | 6,4   |  |
| OECD         | 0,7  | -5,3        | -6,4        | -5,4  | 58,2 | 60,9      | 67,2       | 71,5  | 4,8                  | 5,4   | 5,3   | 5,9   |  |
| IWF          | 0,7  | -4,9        | -5,9        | -5,1  | -    | -         | -          | -     | 4,8                  | 5,2   | 5,0   | 5,3   |  |
| Österreich   |      |             |             |       |      |           |            |       |                      |       |       |       |  |
| EU-KOM       | -0,4 | -3,4        | -4,7        | -4,6  | 62,6 | 66,5      | 70,2       | 72,9  | 3,6                  | 2,9   | 3,1   | 4,1   |  |
| OECD         | -0,5 | -3,4        | -4,7        | -4,6  | 62,7 | 66,4      | 70,1       | 73,5  | 3,3                  | 2,3   | 3,0   | 3,4   |  |
| IWF          | -0,5 | -3,6        | -4,8        | -4,5  | -    | -         | -          | -     | 3,5                  | 1,4   | 1,8   | 1,7   |  |
| Portugal     |      |             |             |       |      |           |            |       |                      |       |       |       |  |
| EU-KOM       | -2,8 | -9,4        | -8,5        | -7,9  | 66,3 | 76,8      | 85,8       | 91,1  | -12,1                | -10,5 | -10,1 | -10,0 |  |
| OECD         | -2,9 | -9,4        | -7,4        | -5,6  | 66,3 | 76,8      | 84,9       | 88,5  | -12,0                | -10,3 | -10,2 | -10,3 |  |
| IWF          | -2,8 | -9,4        | -8,8        | -7,5  | -    | -         |            | -     | -12,1                | -10,1 | -9,0  | -10,2 |  |

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

|           |      | öffentl. Ha | aushaltssald | do   |      | Staatssch | uldenquot | e    | Leistungsbilanzsaldo |      |       |       |  |
|-----------|------|-------------|--------------|------|------|-----------|-----------|------|----------------------|------|-------|-------|--|
|           | 2008 | 2009        | 2010         | 2011 | 2008 | 2009      | 2010      | 2011 | 2008                 | 2009 | 2010  | 2011  |  |
| Slowakei  |      |             |              |      |      |           |           |      |                      |      |       |       |  |
| EU-KOM    | -2,3 | -6,8        | -6,0         | -5,4 | 27,7 | 35,7      | 40,8      | 44,0 | -6,7                 | -3,1 | -4,5  | -4,1  |  |
| OECD      | -2,3 | -6,8        | -6,4         | -5,3 | 27,7 | 35,7      | 41,3      | 46,0 | -6,5                 | -1,3 | -0,9  | -3,0  |  |
| IWF       | -5,0 | -9,0        | -7,3         | -7,4 | -    | -         | -         | -    | -6,5                 | -3,2 | -1,8  | -1,9  |  |
| Slowenien |      |             |              |      |      |           |           |      |                      |      |       |       |  |
| EU-KOM    | -1,7 | -5,5        | -6,1         | -5,2 | 22,6 | 35,9      | 41,6      | 45,4 | -6,2                 | -0,9 | -1,4  | -1,6  |  |
| OECD      | -    | -           | -            | -    | -    | -         | -         | -    | -                    | -    | -     | -     |  |
| IWF       | -0,3 | -6,1        | -6,1         | -4,9 | -    | -         | -         | -    | -6,2                 | -0,3 | -1,5  | -1,2  |  |
| Spanien   |      |             |              |      |      |           |           |      |                      |      |       |       |  |
| EU-KOM    | -4,1 | -11,2       | -9,8         | -8,8 | 39,7 | 53,2      | 64,9      | 72,5 | -9,5                 | -5,1 | -4,6  | -4,5  |  |
| OECD      | -4,1 | -11,2       | -9,4         | -7,0 | 39,7 | 53,2      | 63,4      | 69,0 | -9,7                 | -5,4 | -4,1  | -3,3  |  |
| IWF       | -4,1 | -11,4       | -10,4        | -9,6 | -    | -         | -         | -    | -9,6                 | -5,1 | -5,3  | -5,1  |  |
| Zypern    |      |             |              |      |      |           |           |      |                      |      |       |       |  |
| EU-KOM    | 0,9  | -6,1        | -7,1         | -7,7 | 48,4 | 56,2      | 62,3      | 67,6 | -17,7                | -8,5 | -7,1  | -7,0  |  |
| OECD      | -    | -           | -            | -    | -    | -         | -         | -    | -                    | -    | -     | -     |  |
| IWF       | 0,9  | -6,1        | -7,5         | -8,8 | -    | -         | -         | -    | -17,7                | -9,3 | -11,4 | -10,9 |  |

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2010.

 $OECD: Wirtschaftsausblick, Juni\,2010.$ 

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick, April\,2010\,\&\,Regionaler\,Wirts chafts ausblick\,Europa, Mai\,2010.$ 

Stand: Juli 2010.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

|            |      | öffentl. Ha | aushaltssal | do   |      | Staatssch | uldenquot | е    |       | Leistung | sbilanzsaldo | )    |
|------------|------|-------------|-------------|------|------|-----------|-----------|------|-------|----------|--------------|------|
|            | 2008 | 2009        | 2010        | 2011 | 2008 | 2009      | 2010      | 2011 | 2008  | 2009     | 2010         | 2011 |
| Bulgarien  |      |             |             |      |      |           |           |      |       |          |              |      |
| EU-KOM     | 1,8  | -3,9        | -2,8        | -2,2 | 14,1 | 14,8      | 17,4      | 18,8 | -22,9 | -9,6     | -6,0         | -5,2 |
| OECD       | -    | -           | -           | -    | -    | -         | -         | -    | -     | -        | -            | -    |
| IWF        | 3,0  | -0,8        | -1,8        | -    | -    | -         | -         | -    | -24,2 | -9,5     | -6,3         | -5,8 |
| Dänemark   |      |             |             |      |      |           |           |      |       |          |              |      |
| EU-KOM     | 3,4  | -2,7        | -5,5        | -4,9 | 34,2 | 41,6      | 46,0      | 49,5 | 2,2   | 4,0      | 3,9          | 3,7  |
| OECD       | 3,4  | -2,8        | -5,5        | -4,8 | 34,2 | 41,5      | 44,6      | 46,7 | 2,2   | 4,0      | 3,2          | 2,7  |
| IWF        | 4,5  | -3,0        | -5,4        | -4,2 | -    | -         | -         | -    | 2,2   | 4,0      | 3,1          | 2,6  |
| Estland    |      |             |             |      |      |           |           |      |       |          |              |      |
| EU-KOM     | -2,7 | -1,7        | -2,4        | -2,4 | 4,6  | 7,2       | 9,6       | 12,4 | -9,4  | 4,6      | 4,9          | 3,8  |
| OECD       | -    | -           | -           | -    | -    | -         | -         | -    | -     | -        | -            | -    |
| IWF        | -2,3 | -2,1        | -2,4        | -    | -    | -         | -         | -    | -9,4  | 4,6      | 4,7          | 3,9  |
| Lettland   |      |             |             |      |      |           |           |      |       |          |              |      |
| EU-KOM     | -4,1 | -9,0        | -8,6        | -9,9 | 19,5 | 36,1      | 48,5      | 57,3 | -13,0 | 8,7      | 8,3          | 4,6  |
| OECD       | -    | -           | -           | -    | -    | -         | -         | -    | -     | -        | -            | -    |
| IWF        | -7,5 | -7,7        | -12,9       | -    | -    | -         | -         | -    | -13,0 | 9,4      | 7,0          | 6,3  |
| Litauen    |      |             |             |      |      |           |           |      |       |          |              |      |
| EU-KOM     | -3,3 | -8,9        | -8,4        | -8,5 | 15,6 | 29,3      | 38,6      | 45,4 | -11,9 | 2,6      | 2,8          | 2,0  |
| OECD       | -    | -           | -           | -    | -    | -         | -         | -    | -     | -        | -            | -    |
| IWF        | -3,3 | -8,9        | -8,6        | -    | -    | -         | -         | -    | -11,9 | 3,8      | 2,7          | 2,6  |
| Polen      |      |             |             |      |      |           |           |      |       |          |              |      |
| EU-KOM     | -3,7 | -7,1        | -7,3        | -7,0 | 47,2 | 51,0      | 53,9      | 59,3 | -5,0  | -1,6     | -2,8         | -3,3 |
| OECD       | -3,7 | -7,1        | -6,9        | -6,5 | 47,2 | 51,0      | 56,9      | 61,9 | -5,0  | -1,6     | -1,6         | -2,7 |
| IWF        | -3,7 | -7,2        | -7,5        | -    | -    | -         | -         | -    | -5,1  | -1,6     | -2,8         | -3,2 |
| Rumänien   |      |             |             |      |      |           |           |      |       |          |              |      |
| EU-KOM     | -5,4 | -8,3        | -8,0        | -7,4 | 13,3 | 23,7      | 30,5      | 35,8 | -12,7 | -4,4     | -4,4         | -5,6 |
| OECD       | -    | -           | -           | -    | -    | -         | -         | -    | -     | -        | -            | -    |
| IWF        | -4,8 | -7,4        | -6,5        | -    | -    | -         | -         | -    | -12,2 | -4,4     | -5,5         | -5,5 |
| Schweden   |      |             |             |      |      |           |           |      |       |          |              |      |
| EU-KOM     | 2,5  | -0,5        | -2,1        | -1,6 | 38,3 | 42,3      | 42,6      | 42,1 | 9,5   | 7,1      | 6,1          | 6,1  |
| OECD       | 2,2  | -1,1        | -2,9        | -1,7 | 37,6 | 41,6      | 44,3      | 47,1 | 9,3   | 7,2      | 6,3          | 7,1  |
| IWF        | 2,5  | -2,2        | -3,3        | -2,1 | -    | -         | -         | -    | 7,8   | 6,4      | 5,4          | 5,8  |
| Tschechien |      |             |             |      |      |           |           |      |       |          |              |      |
| EU-KOM     | -2,7 | -5,9        | -5,7        | -5,7 | 30,0 | 35,4      | 39,8      | 43,5 | -3,4  | -1,0     | -0,3         | -1,5 |
| OECD       | -2,7 | -5,9        | -5,4        | -5,7 | 30,0 | 35,3      | 41,5      | 48,9 | -0,6  | -1,0     | 0,1          | -0,4 |
| IWF        | -2,0 | -6,0        | -5,1        | -5,3 | _    | -         |           | -    | -3,1  | -1,0     | -1,7         | -2,4 |

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

## noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

|        | öffentl. Haushaltssaldo |      |      |      |      | Staatssch | uldenquot | e    | Leistungsbilanzsaldo |      |      |      |  |
|--------|-------------------------|------|------|------|------|-----------|-----------|------|----------------------|------|------|------|--|
|        | 2008                    | 2009 | 2010 | 2011 | 2008 | 2009      | 2010      | 2011 | 2008                 | 2009 | 2010 | 2011 |  |
| Ungarn |                         |      |      |      |      |           |           |      |                      |      |      |      |  |
| EU-KOM | -3,8                    | -4,0 | -4,1 | -4,0 | 72,9 | 78,3      | 78,9      | 77,8 | -7,2                 | 0,4  | -0,2 | -0,3 |  |
| OECD   | -3,8                    | -3,9 | -4,5 | -4,3 | 72,8 | 77,4      | 80,1      | 82,3 | -7,1                 | 0,2  | 0,8  | -0,4 |  |
| IWF    | -3,7                    | -3,9 | -3,8 | -    | -    | -         | -         | -    | -7,2                 | 0,4  | -0,4 | -1,0 |  |

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2010.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2010.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick, April 2010\ \&\ Regionaler\ Wirts chafts ausblick\ Europa, Mai\ 2010.$ 

Stand: Juli 2010.

#### Herausgeber:

Bundesministerium der Finanzen Referat Öffentlichkeitsarbeit Wilhelmstraße 97 10117 Berlin http://www.bundesfinanzministerium.de oder http://www.bmf.bund.de

#### Redaktion:

Bundesministerium der Finanzen Arbeitsgruppe Monatsbericht Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de Berlin, September 2010

Lektorat und Satz: heimbüchel pr, kommunikation und publizistik GmbH, Berlin/Köln

Gestaltung:

Pixelpark AG Agentur Köln

Bezugsservice für Publikationen des Bundesministeriums der Finanzen: telefonisch 0 18 05 / 77 80 90¹ per Telefax 0 18 05 / 77 80 94¹

<sup>1</sup> Jeweils 0,14 €/Min. aus dem Festnetz der Telekom, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

ISSN 1618-291X